J. publ. E. Geschichte
153a - 4

Digitized by Google

<36626721550015

<36626721550015

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

~~I. Kbl. gem. 279~~

Digitized by Google

Geheime Geschichte

der

Rastadter Friedensverhandlungen

in Verbindung

mit den Staatshändeln dieser Zeit.

Von

einem Schweizer.

Nebst den wichtigsten Urkunden.

Vierter Theil.

Germanien 1799.

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Digitized by Google

Sechster Abschnitt.

Sämtliche zwischen der Kaiserl. Plenipotenz und der Reichs-Friedens-Deputation mit den französischen bevollmächtigten Ministern gewechselte Noten.

Erste Note der Reichs-Friedens-Deputation auf die französische Friedens-Proposition, vom 27. Jan. 1798.

Der Antrag einer Friedens-Basis, welcher unterm 17ten dieses der Kaiserl. Plenipotenz und dem Churmainzischen Deputations-Directorium von den bevollmächtigen Ministern der französischen Republik, dahin gemacht worden sey, daß die französische Republik als Grundlage des abzuschliessenden Reichs-Friedens den Lauf des Rheins zur Grenze verlange, entfernt sich so sehr von derjenigen Friedens-Basis, welche von Kaiser und Reich beabsichtiget geworden ist, daß den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik diejenigen Betrachtungen nicht vorenthalten werden können, welche sich diesem Antrage entgegenstellen. Ohne jezt in die älteren rechtlichen Staatsgründe einzugehen, welche dem deutschen Reich in Absicht auf diesen Antrag überhaupt zur Seite stühnden, könne man vor allem nicht unbemerkt lassen, daß durch die in Vorschlag gebrachte neue Reichsgränze, nebst den Burgundischen, auch die beträchtlichsten Bestandtheile der 3. Rheinischen Reichskreise von Deutschland abgerissen, und hierdurch viele angesehene Stände des deutschen Reichs und so viel andere Reichsangehö-

Digitized by Google

rige ihre Lande und Besitzungen entweder ganz oder doch größtentheils verlieren würden.

Die ohnehin schon so mächtige französische Republik, würde durch diese, für sie verhältnismäßig unwichtige überrheinische Provinzen schon an sich selbst, noch mehr aber in Hinsicht ihrer Verschiedenheit in Sprache, Sitten und Denkungsart, keinen so beträchtlichen Zuwachs an reeller Macht und Grösse erhalten; das deutsche Reich hingegen und dessen ganzes System, wobey die deutschen Völker bisher zufrieden gewesen seyen, durch diesen, für dasselbe äusserst beträchtlichen Verlust, bis auf seine Grundpfeiler zerüttet, und der deutsche Staatskörper dermaassen geschwächt werden, daß er seine bisherigen Verhältnisse gegen die andern europäischen Staaten fortan zu behaupten, und seine dermalige Verfassung aufrecht zu erhalten, kaum mehr vermöchte.

Gleichwohl sey eben diese eigenthümliche von Frankreich im westphälischen Frieden ausdrücklich garantirte Verfassung im Centrum von Europa von jeder aufgeklärten Politik für eines der ersten Mittel das politische Gleichgewicht dieses Welttheils zu erhalten, angesehen worden, und selbst Frankreich, dem es bereits in vordern Zeiten nicht unmöglich gewesen wäre, seine Grenze bis an den Rhein auszudehnen, habe dieselbe dennoch seinem Staatsinteresse niemals angemessen gefunden.

Ganz im Geist dieser bisherigen Politik seyen die Präliminarien zu Leoben am 17. April 1797. abgeschlossen, und in denselben dem deutschen Reich seine Integrität zugesichert, auch solche im Definitiv-Frieden von Campo-Formio bestätigt worden. Hierdurch habe das deutsche Reich Gründe genug zu haben geglaubt, um über die Aufrechthaltung seiner Verfassung und seiner Integrität vollkommen beruhigt zu seyn; und man habe

Digitized by Google

nicht vermuthen können, daß dem klaren Innhalt dieser feyerlichen Verträge zuwider die französische Regierung ihre Forderung an das deutsche Reich nicht nur auf alles dasjenige, was sie auf dem linken Rheinufer vor dem Frieden vom Compo-Formio erobert, sondern sogar auch noch auf jene Lande, deren sie sich erst während des Waffenstillstandes und während der Friedensunterhandlungen selbst plözlich bemächtiget habe, sonderlich aber auf die eigentlich nicht eroberte deutsche Grenzfestung Mainz erstrecken würde.

Wenn man nun endlich hierbey noch betrachtet, daß das deutsche Reich nicht angreifender, sondern angegriffener, mithin zum Krieg genöthigter Theil sey; auch, daß die französische Republik mehrmals selbst öffentlich sich von allen Eroberungs-Absichten entfernt erklärt habe; überhaupt aber eine siegende Nation nur durch Mäßigung sich das allgemeine Vertrauen von Europa erwerben, und sich dadurch eine dauerhafte Grösse versprechen könne, so glaubt die Friedens-Deputation, man könne von der Gerechtigkeit und Großmuth des französischen Gouvernements erwarten, es werde dasselbe geneigt seyn, statt des dermalen geschehenen Antrags, eine solche Grundlage des Friedens zu proponiren, welche mit demjenigen, was in den Präliminarien zu Leoben zu Gunsten des Reichs stipulirt geworden ist, sich mehr in Uebereinstimmung setzen lasse. Mit diesem auf den Reichsfrieden und dessen Basis selbst sich beziehenden Antrag, sehe man sich noch vermüssiget, einige andere provisorische Anträge an die französische Gesandtschaft in Verbindung zu setzen, welche die dermalige bedrückte Lage der französischer Seits occupirten deutschen Reichslande beträfen; man glaube um so sicherer die Erfüllung derselben entgegensehen zu dürfen, als diese Ausflüsse der mit der fran-

Digitized by Google

zösischen Nation abgeschlossenen Verträge und der allgemein anerkannten Gesetze des Völkerrechts auch wesentliche Folge der nunmehr wirklich eröfneten Definitiv-Friedens-Negoziationen seyen.

Diese Anträge concentrirten sich dahin, daß:

1.) Den Friedens-Präliminarien von Leoben gemäß, der Waffenstillstand bis zum Definitivfriedensschluß genau beobachtet werde.

2.) Daß nunmehr die französischen Truppen sich von dem rechten Rheinufer ab, auf dem linken aber hinter die vertragsmäßige Waffenstillstandslinie zurückziehen möchten.

3.) Daß alle Feindseligkeiten, und daher auch die, unter mancherley Nahmen auferlegten ausserordentlichen Contributionen und Requisitionen für jezt und künftig aufhören.

4.) Daß alle Veräusserungen der den Reichsständen und ihren Unterthanen, Stiftungen und Vasallen, auch allen und jeden mittel- und unmittelbaren Reichsangehörigen zustehende sowohl in als ausser dem deutschen Reichsgebiete gelegenen Begüterungen, den verderblichen Waldverheerungen und Holzverkäufen, der Suppression der geistlichen und frommen Stiftungen, den Verfolgungen der Unterthanen, welche ihren bisherigen Herrschaften ihre gesezmäßige Anhänglichkeit bezeigt haben, und besonders deren sich noch wirklich im Dienst ihrer Herrschaften befindenden Civil- und Militair-Personen, unter dem auf sie ohne allen Grund angewandten Emigranten-Nahmen, und der daher vorgenommenen Sequestration oder Verkauf ihrer Güter und Habschaften, Einhalt geschehe; weniger nicht diejenigen Diener, welche bisher noch in den, theils vorhin, theils jezt erst occupirten Landen geblieben, mit Arrest ihrer Person und ihres

Vermögens auf keine Art bekümmert, sondern ihnen mit ihren Effekten sich wegzubegeben und ihren Herren zu folgen, erlaubt werden möge; überhaupt aber die in den von den französischen Truppen occupirten deutschen Ländern gar nicht anwendbaren Emigrationsgesetze bey allen denjenigen, wessen Standes sie immer seyn mögen, nicht in Vollzug gesezt werden, welche sich von dem Schauplaz des Krieges und von den Aufenthaltsorten der Armeen in diesen Gegenden entfernt hätten.

5.) Daß das Republikanisiren der Unterthanen und jede Veränderung der bisherigen Grundverfassung, so wie überhaupt alle Revolutionsanstalten und Neuerungen, in den von den französischen Truppen sowohl besezten als nicht besezten Reichslanden abgestellt werde; und endlich:

6.) Die Truppenzahl selbst in den sodann noch besezt bleibenden Landen, um ihrer gänzlichen Erschöpfung zuvorzukommen, verhältnismäßig vermindert werde.

Gegennote der franz. Minister, vom 28. Jan. 1798.

Les soussignés ont reçu la réponse de la deputation de l'Empire à la proposition du Rhin pour limites de la Republique Françoise. En la transmettant à leur gouvernement, ils ne peuvent pas se dispenser d'observer qu'elle repose sur des bases essentiellement vicieuses. Toute l'Europe sait que l'Empire a déclaré la guerre à la Republique dans un tems où elle avoit un désir sincère et un puissant intérêt à maintenir la paix; on ne peut donc se prévaloir ici de la declaration que la Republique n'entreprendroit jamais de guerres dans la vue de s'aggrandir par les conquêtes; déclaration qui d'ailleurs n'exclut en aucune manière

les indemnités légitimes, dans le cas surtout d'une aggression injuste, et qui n'altère nullement le droit de pourvoir à sa sûreté en se donnant des limites fixes. Il est évident d'un autre côté, que la constitution de l'Empire ne sera pas alterée par le seul fait de la diminution de son territoire. Enfin les préliminaires d'un traité dans lequel l'Empire Germanique n'est pas même partie, ne peuvent être opposés avec fondement, surtout lorsque leurs dispositions sont remplacées par celles d'une paix définitive postérieurement conclüe. C'est cependant sur ces trois bases que porte toute la réponse de la deputation de l'Empire: du moment que leur vice est reconnu, le resultat ne peut se soutenir. Les motifs qui ont fondé la demande de la Republique Françoise, subsistent donc dans leur intégrité. L'indemnité prétenduë par la Republique est legitime: sa sûreté exige les limites du Rhin; *la tranquillité de l'Empire sollicite encore plus vivement ces limites.* La députation de l'Empire a été forcée de reconnoître formellement que *la Republique n'acquerroit pas un accroissement considérable de puissance et de grandeur, par l'acquisition des provinces transrhenanes, soit qu'on les envisageoit du côté de la proportion, soit de celui du langage, des mœurs et de la façon de penser.* Il résulte de cette observation sans réplique, que ce ne peut pas être par un désir d'aggrandissement que la République Françoise *veut les limites du Rhin*, et que sa demande repose sur un motif bien plus imperieux, *motif commun aux deux puissances, celui de pourvoir par des limites invariables à leur tranquillité future.* Voilà ce dont il s'agit dans ce moment, et non pas de cette série de questions que la députation de l'Empire

sembleroit vouloir substituer au veritables objets de la discussion. Les soussignés n'ajouteront qu'une réflexion, c'est que l'accession prompte à la demande de la République, l'examen subséquent des questions accessoires et la conclusion d'une paix solide, feront tomber tout prétexte de plaintes respectives; c'est le seul moyen de prouver qu'on veut réellement, et non pas seulement en apparence, faire cesser le fléau de la guerre.

Le 9. Pluviôse an 6.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Françoise.

Treilhard. Bonnier.

Zweyte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister vom 2. Febr. 1798.

Die höchste Kaiserl. Plenipotenz, vereint mit der Reichs-Deputation, müsse den Ministres Plenipotentiaires der fränkischen Republik die mittelst Note vom 28. Jan. gefällig ertheilte Versicherung, daß sie die auf ihre proponirte neue Friedens-Basis von den erstern erhaltene und von ihnen gemeinsam gutbefundene Antwort alsbald an das fränkische Gouvernement überschickt hätten, um so mehr verdanken, als die Hochansehnl. Kaiserl. Plenipotenz und die Reichs-Deputation zuversichtlich hoffen dürften, das fränkische Gouvernement werde der Erheblichkeit und Wahrheit der Gründe, welche in dieser Antwort vorgelegt worden, volle Gerechtigkeit wiederfahren lassen.

Daß aber eben diese Gründe nicht sogleich in dem ersten Augenblick bey den fränk. Ministres Plenipoten-

tiaires selbst die erwünschte Ueberzeugung gewirkt hätten, müsse man bloß dem Umstand zuschreiben, daß in gedachter Antwort alles nur vorerst in kurzen Sätzen habe vorgetragen werden wollen, was sich hiernächst bey weiterer Discussion bestimmter werde erläutern lassen; so habe man daher den wesentlichen Satz: Daß das deutsche Reich nicht angreifender, sondern angegriffener, mithin zum Kriege genöthigter Theil gewesen sey, vorerst allerdings ohne nähern Beweis vorgetragen. Dieser Beweis aber liege in den öffentlichen Acten und in der chronologischen Folge der damaligen notorischen Ereignisse. Nach der Verfassung des deutschen Reichs, werde jeder Reichs-Krieg durch Gutachten der allgemeinen Reichs-Versammlung und hinzukommende Ratification des allerhöchsten Reichs-Oberhauptes beschlossen. Dieses Reichs-Gutachten sey für den gegenwärtigen Krieg den 22. März 1793. zu Regensburg beschlossen worden, und in offenem Druck erschienen; damals sey die Custinische Armee schon lange ohne alle Kriegserklärung, ja sogar ohne alle Commination, in die rheinische Kreislande eingefallen gewesen, und habe sich wirklich schon eines grossen Theils des Ober- und Churreinischen Kreises bemeistert gehabt. Es heisse daher in dem gedachten Reichs-Gutachten wörtlich:

„Nachdem Frankreich dem Reiche mit der „That selbst ohne alle förmliche Erklärung den „Krieg gemacht, die Lande der Stände mit feindlicher Heeres-Macht angegriffen und occupiret „habe ꝛc. So sey dieser von Frankreich gegen „das deutsche Reich wirklich bereits angefangene und durch die That selbst erklärte abgenöthigte Krieg für einen allgemeinen Reichs-„Krieg zu achten".

Durch dieses constitutionelle Document und die in demselben enthaltene Thatsachen, sey es also nunmehr vollkommen bewiesen, daß das deutsche Reich, ein mit Krieg angegriffener, und nicht angreifender Theil gewesen sey, und daß mithin dieses Reich, indem es sich blos in den Schranken der abgedrungenen Nothwehr verhalten habe, wohl nicht erwarten sollte, eine solche Verminderung seines Territoriums zu erleiden, welche seine ganze Verfassung wesentlich zerrütte. Eine wesentliche Zerrüttung des Reichs aber sey unstreitig, wenn nicht nur viele ansehnliche Fürsten und Stände, auch Reichs-Ritterschaftliche Cantonen, ihre Lande ganz oder zum Theil verlieren, sondern sogar auch alle vier rheinische Herren Churfürsten, mithin das halbe Churfürstliche Collegium theils ihrer Residenzen, theils beynahe aller ihrer Churlande entsezt würden; neben dem Verlust des Burgundischen Kreises, würde hierdurch auch der Churreinische Kreis beynahe vernichtet werden; der Oberrheinische die Lande seiner beyden Directoren, Worms und Pfalz-Simmern, auch vieler andern Stände, beynahe gänzlich verlieren; der Niederrheinische aber fast eben so empfindlich in seinen Ständen leiden; daß also dem Reiche durch die Friedens-Basis der Rheingränze, ein äusserst beträchtlicher, seine bisherigen Verhältnisse zerstöhrender Verlust bevorstehen würde, ergebe sich hieraus von selbst. Nur als Gegensatz eines solchen erschütternden Verlustes könne man den Zuwachs, welchen dadurch die französische Republik erhalten würde, verhältnismäßig ihrer schon wirklich bestehenden Macht und Grösse, für dergestalt beträchtlich nicht ansehen, daß dieser Zuwachs in dem Augenblick, wo diese mächtige Republik, der schon so lange leidenden Menschheit, Ruhe und Frieden zu verschaffen, ernstlich gemeynet sey, für sie entscheidend seyn

könne; und nur insofern, als die Erhaltung dieser Lande bey dem deutschen Reiche ganz Europa interessiere, die französische Republik hingegen diesem Welttheile redende Beweise ihrer Mäßigung geben wolle, sehe man diese allerdings schöne, grosse und volkreiche Lande, in Rücksicht auf diese Republik für nicht so wichtig an, daß lezztere nicht den Reitz einer solchen Vergrösserung überwinden werde, um dagegen den wahren Ruhm politischer Mäßigung zu behaupten. Ueberzeugen könne man sich ohnehin nicht, daß die Grenzen des in manchen Gegenden sich sehr schlängelnden, in andern oft sein Bette verlassenden, auch häufig mit Inseln bedeckten Rheins, einer andern festbestimmten mehr militairischen Gränze vorzuziehen sey; noch weniger aber, daß das deutsche Reich selbst Ursache habe, diese Rheingrenze, auch mit geringerm Verlust, als wovon hier die Frage sey, sich zu wünschen; daß aber diese Grenze überhaupt mit der dem Reiche in den Präliminarien zu Leoben zugesagten Integrität sich nicht vertrage, davon schienen die französ. Ministres plenipotent. selbst überzeugt zu seyn, indem dieselbe blos in Zweifel zögen, ob das Reich die gedachten Präliminarien für sich anzuführen mit Recht vermöge. Nun giengen zwar diese fränk. Präliminarien allerdings das deutsche Reich weiter nicht an, als insofern Kaiserl. Majest. in Ihrer Allerhöchsten Eigenschaft als Reichs-Oberhaupt, nach der Allerhöchst Ihnen vom Reich ausdrücklich übertragenen und von Ihr übernommenen ersten Friedens-Einleitung, auch zugleich für das Reich zu Leoben tractiret haben. Allerhöchst Dieselbe hätten nun aber dem Reiche unterm 18. Junius v. J. feyerlich bekannt gemacht: „Daß in dem am 18. April, zwischen „den beyderseits Bevollmächtigten, unterzeichneten und „nunmehr wechselseitig ratificirten fränk. Präliminarien,

„zufolge der auf Allerhöchst Sie, durch das ratificirte „Gutachten vom 3. Jul. 1795. in ehrerbietigstem Ver„trauen übertragenen ersten Friedenseinleitung, zur Be„gründung eines sichern und billigen Friedens festgesezt „worden sey, daß, vom Tage der Unterzeichnung an, alle „Feindseligkeiten zwischen dem deutschen Reiche und der „französischen Republik aufhören sollten; sodann ein „Congreß von beyderseitigen Bevollmächtigten zu beschi„ken, und der Hauptfriede auf die Basis der Integri„tät des Reichs abzuschliessen sey". — Womit denn auch die zugleich mitgetheilte eigentliche französischen Worte dieses Präliminair-Friedens-Artikels vollkommen übereinstimmten.

Das Reich habe nicht gesäumt, diese bekannt gemachte Friedens-Basis, mittels eines eigenen Schreibens in tiefstem Danke zu acceptiren; und es habe nunmehr lediglich der versprochenen weitern Bestimmung entgegengesehen, wann und wo seine Deputirte zu Beschliessung des Definitiv-Friedens auf die festgesezte Basis eintreffen sollten.

Die Friedens-Bevollmächtigten Sr. Kaiserl. Majest. hätten nunmehr, für und Nahmens des Reichs, nichts anders mehr zu tractiren gehabt, als über die Zeit und Ort zu conferiren, wann und wo der Definitiv-Reichs-Frieden abgeschlossen werden solle.

Dieses noch einzigen Auftrags hätten sich gedachte Bevollmächtigte dadurch entlediget, daß in dem 20. Artikel des Friedens zu Campo Formio die gedachte Zeit und der Ort wirklich bestimmt worden seyen. Von andern Dispositionen des Friedens zu Campo Formio wisse man nichts; vielmehr seyen im Eingange dieses Friedens die Präliminarien zu Leoben ausdrücklich bestätiget worden, ob es gleich, so viel das deutsche Reich betreffe, wel-

Digitized by Google

ches von daher nichts weiter erwartet habe, keiner solchen Bestätigung bedurft hätte.

Was endlich die Reihe von Beschwerden betreffe, welche man der Antwort auf die proponirte Friedens-Basis beyzufügen sich genöthiget gesehen habe, so wünsche man zwar nichts sehnlicher, als daß solchen durch einen baldigen Definitiv-Friedens-Abschluß mit einem Male abgeholfen werden möge; da man jedoch von der Gerechtigkeit des fränk. Gouvernements sich versprechen dürfte, daß diese größtentheils sehr dringende Beschwerden, auch jezt schon im Gefolge der Leobener Fried. Präliminarien und des consentirten Waffenstillstandes würden gehoben werden; so müsse man die fränk. Ministres plenipotentiaires angelegentlichst ersuchen, nicht nur diesen wiederholten Antrag um baldige Abstellung der erwähnten Beschwerden, sondern zugleich auch alle hier oben zu Erhaltung der Reichs-Integrität weiter angeführte Gründe, so wie es bereits mit der ersten Antwort geschehen sey, ebenfalls noch an ihr Gouvernement zu bringen, und solche zu dessen billiger Rücksicht beßtens zu empfehlen.

Womit ꝛc.

Zweyte französische Gegennote vom 3. Febr. 1798.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française ont reçu la Note de la Deputation de l'Empire en date du jour d'hier; loin de présenter des motifs de modifier leur première proposition, cette note ne peut au contraire qu'en faire sentir toute la convenance et même la nécessité.

La protection ouverte et scandaleuse donnée, malgré les plus fortes reclamations, aux émigrés réunis et menaçans nos frontieres, fut un premier acte

Digitized by Google

d'hostilités contre la France, qui certainement vouloit la paix et qui incontestablement avoit un grand intérêt à la maintenir.

Le refus constant de dissiper le rassemblement de ces ennemis implacables força la France à des mésures conservatoires. Loin de chercher à les suspendre par une équitable satisfaction, l'Empire finit par déclarer l'état de guerre. Les faits sont de notoriété publique.

On n'a ni pris, ni voulu prendre l'intégrité de l'Empire pour base de la paix entre le Corps-Germanique et la République Française; c'est encore un fait notoire, et il y auroit un excés inconcevable de crédulité, à penser le contraire.

Aussi l'article 20. du traité de Campo-Formio, seul endroit, où il soit parlé de la pacification entre ces deux puissances, porte-t-il uniquement, qu'il sera tenu un congrés à Rastadt. Il est inutile d'examiner l'interprétation donnée par la Deputation à ses aveux sur l'importance des possessions de l'Empire au de là du Rhin. Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française se rendroient coupables s'ils se laissoient entraîner dans des divagations, dont le seul éffet seroit de réculer encore l'epoque, universellement desirée, de la fin de la guerre. Ils declarent à la Deputation de l'Empire, qu'elle sera responsable des suites du réfus d'adhésion à une base juste, convenable, utile aux deux Etats, et dont l'adoption doit préparer à ceux, qui ont perdu sur la rive gauche du Rhin, une indemnité sur la rive droite.

Rastadt le 15. Pluviose de l'an 6.
de la République Française.

Treilhard. Bonnier.

Digitized by Google

Dritte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 10. Febr. 1798.

Man habe aus der erwähnten Note mit Bedauern ersehen, daß die ferneren Erläuterungen, welche unterm 2ten dieses den Ministres plenipot. der französ. Republik, gegen die vorgeschlagene neue Friedens-Basis mitgetheilt worden seyen, ihren Beyfall ebenfalls nicht erhalten hätten. Ob man nun schon noch immer hoffen müßte, daß diese Gründe von dem fränk. Gouvernement annoch in gerechte und billige Erwägung würden gezogen werden, so wollte man doch gegenwärtig, um auch den entferntesten Schein zu beseitigen, als beziele man durch anhaltende Vertheidigung seiner Gründe, die Verzögerung der Friedens-Unterhandlungen, sich nicht nur der weitern Ausführung derselben dermalen gänzlich, sondern auch noch aller gründlichen Bemerkungen enthalten, welche sich den in der jüngsten fränk. Note angeführten neuen Thatsachen entgegenstellen ließen. Man halte für das beßte Mittel dieses Friedenswerk zu beschleunigen, wenn die Deputation in den Stand gesezt würde, dasjenige auf einmal vollständig zu übersehen, was die fränk. Republik von dem deutschen Reiche nach einem unglücklichen Kriege als Opfer verlange. Um den Umfang und den eigentlichen Werth der Abtretungen beurtheilen zu können, müsse man besonders wissen, welche Modificationen überhaupt dabey Statt finden, und welche Dominial- auch sonstige Zuständigkeiten, nebst dem als unverlezt vorauszusetzenden Privateigenthum, denjenigen verbleiben sollen, welche solche Abtretungen eigentlich betreffen möchten. Ohnehin könne es den Einsichten des fränk. Gouvernements nicht entgehen, daß es für die Unterhandlungen ein grosser Zeitverlust seyn würde, wenn eine vielumfassende Basis zuförderst

derſt allein feſtgeſezt werden ſollte, weil man ohne deren vorgängige Ratification von Kaiſer und Reich in dem Pacificationswerk nicht weiter fortſchreiten können; da hingegen, wenn dermalen eine vollſtändige der Lage der Umſtände angemeſſene, gerechte und billige Propoſition von Seiten der Republik erfolge, ſich die Deput. darauf in einer Art erklären könne, welche zu einem baldigen Abſchluſſe des ganzen Geſchäfts die gegründeſte Hofnung machen müſſe.

Man glaube hierdurch den thätigſten Beweis des dieſſeitigen eifrigen Wunſches zum baldigen Friedens-Schluſſe zu geben; würde es aber auch als die erſte Probe der gegenſeitig friedlichen Geſinnungen zu erkennen nicht verfehlen, wenn die franz. Republik übrigens, unter Beobachtung des Waffenſtillſtandes bis zum Ausgange der gegenwärtigen Friedens-Unterhandlungen, wenigſtens ihre Truppen einſtweilen von dem rechten Rheinufer abziehen und dadurch dieſe ſo hart mitgenommenen Lande zu erleichtern ſich entſchließen wollte.

Dritte franzöſiſche Gegennote vom 10. Febr. 1789.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Françoise répondant à la note de la Deputation de l'Empire, en date de ce jour (10. Fevrier), observent qu'on ne peut préciser avec plus de nettété qu'ils l'ont fait, l'objet de leur première proposition. La République demande le Rhin pour limites des deux etats. Tel est le voeu invariable du gouvernement François; on ne peut en douter, quand il est transmis par les Ministres de la République. Il ne s'agit point de calculer dans ce moment la valeur

Digitized by Google

des objets cédés; la Deputation de l'Empire a varié sur leur importance ; mais rien n'est plus indifferent, puisque la base est nécessaire dans toutes les hypothèses. Il s'agit encore moins de rechercher quelles possessions doivent rester aux princes qui ont perdu. Les domaines des princes qui exerçoient la souveraineté entreront, ainsi qu'il se pratique en pareil cas, dans le domaine de la nation à qui la cession a été faite. Ce ne seroit pas accélérer une conclusion, mais la retarder, que de compliquer les questions. La cession de ce qui est au de-là du Rhin, voilà la base; l'indemnité sur la rive droite, voilà la consequence; les évaluations, le mode et l'application des indemnités viennent ensuite. Comment pourroit-on s'occuper des questions subsidiaires, avant d'avoir réconnu le principe. Le voeu prononcé du gouvernement François pour la paix, ne peut pas être méconnu ; il est notoire que les ministres de la République Françoise se sont empressés de se rendre au congrès, qu'ils sont venus porteurs de pouvoirs suffisans pour négocier, qu'ils ont fait leur proposition avec franchise au premier instant où la députation de l'Empire, suffisamment autorisée, a pu l'entendre; et pour ne laisser aucun doute sur leur désir d'accélérer la conclusion, ils continueront à écarter soigneusement, tout ce qui, n'allant pas directement au but, retarderoit la marche de la négociation, en subsituant à la question principale des questions accessoires ou étrangères, en laissant à la malveillance le tems, de méditer des coalitions funestes et des coupables intrigues.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Françoise se réfèrent entièrement à leur note du 15.

Digitized by Google

Pluviôse (3. Fevrier); et persistent à déclarer la deputation de l'Empire responsable des refus et des évasions équivalentes à des refus, d'adherer à une base convenable et necessaire.

Rastadt le 12. Pluviôse an 6.
de la Républ. Françoise.

Sig. Treilhard et Bonnier.

Vierte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 16. Febr. 1798.

Die durch den Erlaß der K. H. A. Plenipotenz vom 11. d. M. mitgetheilte jüngste Note der französ. Gesandtschaft vom 10. Febr. (22. Pl.) sey abermals von der Deputation in reifliche Berathung gezogen worden. Nach Inhalt dieser Note habe der Wunsch der Deputation, den ganzen Umfang der Aufopferungen, welche von dem deutschen Reiche verlangt werden mögten, übersehen zu können, bey der französischen Gesandschaft keinen Eingang gefunden. Obschon man nun noch immer dafür halte, daß die Erfüllung dieses Wunsches, und die Eröfnung einer dahin abzweckenden Proposition, die baldigste Abschliessung des Friedens vorzüglich erleichtert und beschleuniget haben würde, so dürfe man sich doch nach der erfolgten sehr bestimmten Erklärung der franzöſ. Gesandtschaft nicht wohl länger der Hofnung überlassen, einem wiederholt darauf gerichteten Antrag, mehr Beyfall zu verschaffen. Es bleibe daher nichts übrig, als nunmehr eine solche Antwort zu ertheilen, wodurch die französischen Gesandtschaft überzeugt werde, daß es dieser Deputation wahrer Ernst sey, vermöge ihrer illimitirten Reichsvollmacht, die Abschliessung eines Friedens sal-

Digitized by Google

va ratificatione Caesaris et Imperii, thunlichst zu beschleunigen.

Nun könne man sich die allerdings sehr schmerzliche Ueberzeugung nicht verbergen, daß dieser Friede mit Aufopferungen erkauft werden müsse. Man habe dieß in der jüngsten Note vom 10. dieses Monats bereits ohne Zurückhaltung anerkannt, sich auch gegen die französ. Gesandtschaft allschon im Allgemeinen zu Abtretungen erboten. Die französ. Gesandtschaft bestehe aber, dieser Erklärungen ungeachtet, anhaltend auf der Abtretung aller Lande der linken Rheinseite. Bey unbefangener Erwägung und allen gegenwärtig in Betracht zu ziehenden und hinlänglich bekannten für das deutsche Reich so ungünstigen Ereignissen und Verhältnissen, könnte es selbst gefährlich seyn, wenn man sich zu lange mit leeren Hofnungen täuschen wollte. Und indem man auf der einen Seite von dem französ. Gouvernement noch immer erwarte, es werde die vortheilhafte Lage, in welche das Glück der Waffen die französische Republik versezt hat, nur mit derjenigen Mäßigung benutzen, die als Grundsaz der jetzigen Regierung so oft feyerlich zugesagt worden, sey es auf der andern Seite Pflicht, zu gestehen, daß der Friede, nach welchem Deutschland seufze, nur mit schweren Bedingungen erkauft werden könne. Es werde also nunmehro an dem seyn, daß sich den Anträgen der französ. Gesandtschaft noch mehr, als bisher geschehen, genähert, und das der Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes zubringende schwere Opfer bestimmter angegeben werde. Es halte daher die Reichs-Friedens-Deputation gegenwärtig dafür, daß der franz. Gesandtschaft auf ihre jüngste Note vom 10. d. zu erwiedern seyn möge: „Man habe mit Zuversicht gehoft, daß der den Ministres plenipotentiaires der französ. Republik in der diesseitigen Note

vom 10. dieses geäusserte Wunsch, alle Friedensbedingnisse mit ihren wesentlichsten Modificationen auf einmal zu erfahren, die Ueberzeugung bewirken werde, wie lebhaft man deutscher Seits die baldigste Erzielung eines Friedens-Abschlusses beabsichtige. Die Gegennote von demselben Tage aber, entspreche diesem Wunsche nicht, indem darinn auf den bereits am 17. v. M. von der franz. Gesandtschaft gemachten Propositionen einer Friedensbasis lediglich bestanden werde. Wenn man nun aber auch dem wiederholten Antrage, eine Friedensbasis vorläufig zu bestimmen, länger nicht zu widerstehen gemeynet sey, so würden doch die franz. Minist. Plenipot. bey nachmaliger Erwägung aller in den vorhergehenden Noten hierüber angeführten erheblichen Gründe, von selbst ermessen, wie wenig man auf die vorgeschlagene Basis, wornach der ganze Lauf des Rheins zur Gränze der beyden Staaten verlangt werde, in ihrer ganzen Ausdehnung einzugehen vermöge. Um jedoch alle Nachgiebigkeit zu beweisen, und aufs baldigste zur Abschliessung des Friedens zu gelangen, glaube man, so schmerzlich es auch der Deputation fallen müsse, dennoch sogar auch sehr beträchtliche Aufopferungen nicht versagen zu können. Wenn daher das französ. Gouvernement seine Friedens-Propositionen, wie man von dessen Gerechtigkeit und Billigkeit beharrlich erwarte, mäßigen, und nur die Hälfte der auf der linken Seite des Rheins liegenden deutschen Reichslande verlangen wollte, so würde auf dieser Basis die Unterhandlung gegründet werden können, und es vor's erste nur darauf kommen, daß man französischer Seits über diejenige Hälfte, welche der Gegenstand der Abtretung seyn sollte, unter den allenthalben und in jedem Betracht nöthigen Modificationen, und mit möglichster Rücksicht auf Festsetzung einer militäri-

Digitized by Google

schen Gränze sich sofort bestimmt erklären möge. Nach diesem unumwundenen Erbieten, könne der französ. Gesandtschaft nicht der geringste Zweifel mehr übrig bleiben, als ob man diesseits den Friedensschluß nicht aufrichtigst zu beschleunigen suche; es werde daher, französ. Seits, nunmehr desto minder Anstand finden, daß einstweilen die genaueste Beobachtung des Waffenstillstandes, mit Zurückziehung der Truppen vom rechten Rheinufer, um welche man sich schon mehrmals verwendet habe, verbindlich zugesichert werde".

Vierte französische Gegennote vom 20. Febr. 1798.

La Note de la Deputation de l'Empire, remise hier au soir aux Ministres plénipotentiaires de la République Française de la part de M. le Comte de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, présente une modification, inadmissible à tous égards, à la demande faite par la République Française.

Le partage proposé par cette note laisseroit subsister les inconvéniens de toute espèce, attachés à des limites non indiquées par la nature, sans offrir aucun avantage particulier, qui put balancer ces inconvéniens.

Si l'on considère ensuite, que les motifs, par lesquels la Députation de l'Empire a contesté jusqu'à ce jour la proposition de la République Française, ne répugneroient pas moins à une cession partielle, qu'à une cession totale, que par conséquent l'offre d'une moitié est un aveu formel de l'invalidité de ces motifs, on ne peut se rendre raison des causes, qui portent la Députation à contester encore pour l'autre moitié, surtout lorsqu'on se rappelle, que dans sa

Digitized by Google

première note elle se fondoit aussi sur la considération du peu d'importance de ces possessions.

Il est notoire d'ailleurs, que tous les Princes et Etats héréditaires possessionnés de l'autre côté du Rhin, ont émis leurs voeux pour une cession, dont ils réconnoissent la nécessité. Ainsi des interêts privés et obscurs peuvent seuls se trouver en opposition avec le voeu général, qui sollicite hautement la paix après une guerre longue et cruelle.

La République Française doit à ce voeu général, elle le doit à elle-même, de ne pas contribuer à la prolongation des maux, dont l'humanité est affligée, en tolerant plus longtems des délais, que la malveillance employe publiquement à ourdir de nouvelles coalitions.

Les Ministres plénipotentiaires déclarent donc, qu'ils persistent, plus fortement que jamais, dans l'intégrité de leur proposition; ils demandent une réponse *prompte* et *positive* sur une base prevuë depuis longtems, réconnuë convenable et nécessaire par tous les bons esprits, consentie par les parties les plus interessées, qui enfin, ne laissant à la République que ce qu'elle possede, garantit encore la tranquillité future des deux Etats.

C'est aux Membres de la Députation de l'Empire à examiner, s'ils entendent se rendre résponsables de tous les maux, que pourroient entrainer dans cette occasion les réfus ou les delais.

Rastatt le 2. Ventôse, an 6.
de la République Franç.

Treilhard. Bonnier.

Digitized by Google

Fünfte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die französischen Minister, vom 3. März 1798.

Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hat die neueste Note der bevollmächtigten Minister der französ. Republik mit aller der Aufmerksamkeit erwogen, welche der Gegenstand fodert. Zur Beantwortung derselben bezieht man sich, vorderst auf alle diejenige Gründe, welche man in den verschiedenen an die bevollmächtigten Minister der französ. Republik bisher erlassenen Noten, umständlich aus einander gesezt hat. Besonders muß man hier die so wesentliche Betrachtung erneuern, daß der angeforderte Verlust aller überrheinischen Provinzen, deren Wichtigkeit relativ auf Deutschland nicht verkannt werden mag, so wie die proponirte Gränzbestimmung durch den Lauf des Rheins, das deutsche Reich aufs äusserste schwächen, in seinen politischen und Commerzial-Verhältnissen wesentlichst beeinträchtigen, und bey seinen unübersehbaren Folgen, statt des Genusses einer friedlichen Ruhe, in seinem Innern tief zerrütten würde. Diese, mit dem Wohl des ganzen Reichs so innig zusammenhängende Betrachtung, nicht aber verborgenes Privatinteresse ist es, welche die Schritte, Anerbietungen und Beschlüsse des Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation bisher geleitet hat, und noch ferner leiten wird; sie könne daher solche eben so wenig, als die fernere Bemerkung unterdrücken, daß Unterzeichnetem und der Reichs-Friedens-Deputation von einem Anerkenntnis aller erblichen, auf der linken Rheinseite possessionirten deutschen Fürsten und Stände, von wirklicher Nothwendigkeit der Rheingränze, oder sogar von einem Wunsche, daß das linke Rheinufer abgetreten werden möge, nichts bekannt sey. Sie

wissen nur, daß ein Theil dieser Stände, sich einzeln bereit erkläret habe, dem Wohl des Vaterlandes, wenn es erforderlich werden sollte, das schmerzliche Opfer seiner überrheinischen Besitzungen unter solchen Bedingungen zu bringen, welche nicht von einzelnen Ständen, sondern von Kaiser und Reich abhängen. Ueberhaupt aber haben alle und jede Stände des Reichs, die Sorge für ihr eigenes Interesse dem allein kompetenten Ermessen des Unterzeichneten, vereint mit der Reichsdeputation überlassen. Sie bleiben also stets verpflichtet, den von dem gesammten Reich ihnen gegebenen Auftrag, das Wohl des Reichs im Ganzen zu wahren, nie aus den Augen zu verlieren.

Zufolge dessen finden sie forthin gegründetes Bedenken, auf die jenseits proponirte Friedensbasis, in ihrer ganzen Ausdehnung einzugehen. Da es jedoch dem franz. Gouvernement nach eigenen Erklärungen der französ. bevollmächtigten Minister an diese Reichsdeputation, nicht um Vergrösserung, sondern hauptsächlich um bestimmte natürliche Gränzen zu thun sey; so läßt man sich eine solche Gränzbestimmung, wenn gleich auch mit einiger weitern Aufopferung, willig gefallen. Man bringt demnach als solche künftige Gränzen zwischen Deutschland und Frankreich den Rhein und die Mosel, dergestalt in Vorschlag, daß dem französ. Gouvernement die Wahl bleibt, die Ueberlassung der deutschen Reichslande, die jenseits des Rheins und am rechten Ufer der Mosel liegen, oder diejenigen, die jenseits des Rheins und an dem linken Ufer der Mosel liegen, zu verlangen; und daß alsdann, mittelst etwa einiger Vorrückung einer hiernächst zu bestimmenden militärischen Gränzlinie, auf dem bey dem deutschen Reich bleibenden Theile, der franz. Republik auch noch in diesem Theile etwas mehr zugestanden werde.

Digitized by Google

Wes Endes man von der franz. Regierung nunmehr die Erklärung erwartet, welche Seite der Mosel sie wählen, und welche militärische Gränze sie auf der andern Seite zu verlangen gedenke. Daß aber bey einer so wichtigen Ueberlassung von Landen und Leuten, man diesseits auch verpflichtet sey, auf Milderung des Schicksals so vieler dabey betheiligten Reichsstände, der unmittelbaren Reichsritterschaft, und sonstigen Reichsangehörigen, den möglichsten Bedacht zu nehmen; dieses wird den Einsichten der bevollmächtigten Minister der französ. Republik nicht entgehen. Man fügt daher zugleich in der Anlage diejenigen Bedingungen bey, unter welchen man sich zu der andurch vorgeschlagenen alternativen Ceßion verstehen kann, und mit welchen man vorläufig einige weitere Artikel verbunden hat, welche bey dem gegenwärtigen Friedensschluß zu berichtigen seyn werden. Man glaubt hierdurch zur Beförderung des Geschäfts wesentlich beyzutragen, indem durch den gegenwärtigen Friedensschluß dennoch alle künftige Verhältnisse zwischen beyden Staaten mit einem male deutlich bestimmt werden müßten, und es den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in dieser Hinsicht nicht unangenehm seyn wird, die Anträge, welche diesseits bey gegenwärtiger Unterhandlung zu machen sind, jezt schon einiger Maassen zu übersehen; wobey man denn ohnehin voraussetzen darf, es werde die Absicht der französ. Regierung nicht seyn, diejenigen deutschen Lande, welche man nicht zum Gegenstand der Ueberlassung wählt, länger mit den Truppen der französischen Republik besezt zu halten.

Schlieslich darf Unterzeichneter aus der Kenntnis, welche die bevollmächtigte Minister der franz. Republik von der deutschen Reichsverfassung haben, mit Zuversicht erwarten, daß sie der zwischen ihm und der Reichsfriedens-

Digitized by Google

Deputation bestehenden gesezlichen Einheit und Untheilbarkeit gleichförmige Richtung geben, folglich dasjenige im Ausdruck nicht werden trennen wollen, was durch die kundbare Wesenheit der Reichsverfassung unauflöslich mit einander verbunden ist. Er wiederholt übrigens den bevollmächtigten Ministern der franzöf. Republik andurch die Versicherung seiner vollkommensten Hochachtung.

Punkte, welche obiger Note beygelegt sind.

1.) Daß die Flüsse, welche man zu künftigen Gränzen in Vorschlag bringt, zur Hälfte unter Botmäßigkeit des deutschen Reichs verbleiben; und daß vorzüglich in Rücksicht des Rheinstroms, der 18. Artikel der Ryswicker- und der 16. Art. des Badener-Friedens, nebst bisherigem völkerrechtlichem Herkommen, bey der dießfalsigen fernern Negotiation zum Grunde gelegt werde, auch ferner in Rücksicht der Zölle und anderer auf den Gränzflüssen bestehenden Rechten, Abgaben und Beschwerden, eine Uebereinkunft zu treffen sey.

2.) Daß in den zu überlassenden Landen jeder bey der ungestörten Ausübung der christlichen Religion, welcher er zugethan ist, so wie bey der freyen und ungehinderten Nutzung der bisher besessenen Kirchen- und Stiftungs- auch Armen- und Schul-Gütern, Renten und Zinsen zu schützen, und in allem, was zu jeder besondern kirchlichen Verfassung gehört, keine wesentliche Veränderung zu machen sey.

3.) Daß die französische Republik allen und jeden Ansprüchen auf Souverainetät, Hoheit, Justiz-Lehen- und Domainen-Rechte, Kammer-Besitzungen, Zinse, Zehnten und Gülten, Zölle, Brücken- Weg- und Geleits-Gelder, in den bey Deutschland bleibenden

Digitized by Google

Landen; kurz, allen und jeden Eigenthums- und andern Ansprüchen, welche etwa von den zu überlassenden Landen hergeleitet werden möchten, namentlich der Subrogation aux droits des Princes et états de la partie de la rive gauche à ceder sur les possessions situées sur la rive droite, entsage; so wie dagegen das deutsche Reich, in seiner Eigenschaft als Staat, auf alle und jede Rechte dieser Art, vorbehaltlich jedoch der Fürsten und Stände (die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen), deren Länder überlassen werden, feyerlichst verzichte.

4.) Daß der unbeschränkte Genuß aller den Reichsständen (die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen), in den zu überlassenden Ländern zustehender Patrimonial- Privat- und anderer Güter, namentlich der Forsten, Berg- und Salzwerke, Fabriken, Eisen- und Kupferhämmer und aller Anstalten, die im Französischen unter der Benennung Usines bekannt seyn, verbindlich zugesichert, keinem rechtmäßigen Besitzer unter irgend einem Vorwand entzogen, sondern demselben zur freyen Disposition frey belassen, auch ein hinlänglicher Zeitraum, während dessen dieses Eigenthum nicht anders, als jenes der französischen Unterthanen zu behandeln und mit Abgaben zu belasten sey, zu deren freyem und unbeschränktem Verkauf, auch Wegzug bestimmt werde.

5.) Daß eben so den gedachten Reichsständen, der unmittelbaren Reichsritterschaft, den sonstigen Reichsangehörigen, auch allen und jeden Unterthanen, was Standes und Würde sie seyn mögen, für alle in den zu überlassenden Landen ihnen zustehende Rechte und **Privateigenthum** aller Art, gleiche verbindliche Zusicherung der Erhaltung des ungestörten Genuß-

Digitized by Google

ses und Besitzes, des freyen Verkaufs und Wegzugs geschehe.

6.) Daß den ersagten Reichsständen und der freyen Reichsritterschaft für die in den zu überlassenden Landen besitzende Hoheits- Justiz- Domanial- und Lehen-Rechte, auch Zölle-, Landes- und Defensions-Abgaben, Fiscal- Revenuen (in so fern ihre Erhaltung für dieselbe mit den Grundsätzen der französischen Regierung unverträglich erachtet werden sollte), von der französischen Republik Entschädigung geleistet werde.

7.) Daß alle seit dem Anfang des Krieges von der französischen Republik, in Betref der in dem 4. und 5. Artikel mitbenannte Eigenthum vorgenommene Sequestrationen und Confiscationen aufgehoben, und diese Besitzungen ihren rechtmäßigen Eigenthümern wieder zurückgegeben, oder falls solches in natura nicht mehr thunlich sey, der Ersatz mit dermalen vollgültigen Zahlungsmitteln geleistet werde.

8.) Daß allen und jeden deutschen Staatsbürgern geistlichen und weltlichen Standes, wie auch allen und jeden geist- und weltlichen Stiftungen, Korporationen, Universitäts- und Schulanstalten, welche auf dem diesseitigen Rheinufer seßhaft oder belegen sind, das Eigenthum und die unbeschränkte Nutzung derjenigen Güter und Pertinenzien gelassen werde, so sie bis dahin auf dem linken Rheinufer besessen haben, und zwar ohne alle Einschränkung und Bekümmernis.

9.) Daß zur Bezahlung aller von deutschen unmittelbaren Reichsangehörigen und Unterthanen an die französ. Bürger oder an die französ. Nation selbst, und was immer für einen Titel habende Geldforderungen, die blos wegen des Kriegs angelegten Sequesters und Zah-

Digitized by Google

lungsverbote aufgehoben, und ein gleiches auch deutscher Seits zugesichert werde.

10.) Da die meisten Länder, welche in die französische Bothmäßigkeit kommen könnten, auch die Zölle und sonstige Wassereinkünfte, wegen darauf haftenden beträchtlichen Schulden verhypothecirt, und diese Hypotheken theils auf eigene Theile und Gefälle dieser Lande, theils auf die Lande im Ganzen gestellet seyen; so sey zu bedingen, daß die französ. Republik diese Schulden, samt rückständigen Zinsen, in so fern sie diese Unterpfänder acquiriret, als eine auf denselben haftende Last, nach den bey der Darleihung stipulirten Bedingungen übernehme; und folglich, wenn ihr das ganze Land zufällt, diese Schuldenlast ganz, wenn sie aber nur einen Theil erhält, solche pro rata auf sich nehme.

11.) Daß die französ. Gesetze gegen die Emigration, in denjenigen deutschen Reichslanden, welche jezt erst rechtlich überlassen werden, nicht angewendet, die desfalls bereits erlassenen Verfügungen zurückgenommen, und die Einwohner dieser Lande, welche sich etwa wegen Kriegsgefahren entfernt haben möchten, weder an ihrem Vermögen, noch sonst auf irgend eine Art gekränkt werden, daß demnach also die Nahmen derjenigen Stände des Reichs-Adels, ihre Frauen, Wittwen und Kinder, welche unerachtet ihrer anerkannten Reichs-Mitgliedschaft auf die Emigranten-Liste gesezt worden sind, allenthalben aus derselben gestrichen werden sollen.

12.) Daß niemand wegen seiner Anhänglichkeit an seine vorige Herrschaft und politische Staatsverwaltung verfolgt, oder ungleich behandelt, vielmehr der etwa deshalb an Haab und Gut erlittene Verlust baldigst ersezt werde.

Digitized by Google

13.) **Daß alle diejenigen Personen, geist- und weltlichen** Standes, welche ohne ihr Verschulden ihre Besoldungen, Benefizien, Emolumente, oder auch ein Unterkommen durch neue Einrichtungen und Organisationen ganz oder zum Theil verlieren würden, eine billigmäßige Entschädigung oder Versorgung erhalten.

14.) Daß, so wie vorstehende Bedingungen auch auf die im Elsaß und Lothringen betheiligten Stände und Angehörigen des Reichs und deren Besitzungen, in so fern solche auf sie Anwendung leiden, zu richten, also in Ansehung nur besagter Stände und Angehörigen des Reichs noch insbesondere zu bedingen sey:

a.) Daß ihnen wegen des Verlustes, den sie seit der Revolution durch die getroffenen neuen Einrichtungen auf so mancherley Art erlitten haben, ein verhältnismäßiger Schadenersatz angedeihe.

b.) Daß ihnen ihr Eigenthum und alles, was sie vor Ausbruch der Revolution besessen, mit der Erlaubnis, solches zu veräussern, und Abschoßfrey abführen zu dürfen, eingeräumt und verabfolgt, und was nicht mehr vorhanden, billigmäßig vergütet, auch bey den Successionen ihren Hausverträgen nachgegangen werde.

c.) Daß man die Diener und andere Personen, welche wegen der Revolution die Elsaßische und Lothringische Besitzungen ermeldter Stände und Reichsangehörigen verlassen haben, nicht als Emigrirte betrachte, und mithin die auf die Emigrantenliste schon gesezte ausstreiche, sofort ihnen alles restituire und vergüte, was sie in Beziehung auf diese Auswanderung verloren haben.

d.) Daß wegen der besondern Rechtsverhältnisse und verschiedener Zuständigkeiten, welche einige der mehr besagten Stände und Angehörigen des Reichs durch die vorigen Reichsfriedensschlüsse und Lettres patentes er-

Digitized by Google

langt haben, eine Uebereinkunft mit den Betheiligten sich ausdrücklich vorbehalten werde.

15.) Daß auf die in dem gegenwärtigen Krieg gemachten Geld- und Natural-Requisitionen, Kontributionen und andere Forderungen, in so fern solche noch nicht geleistet worden, kein weiterer Anspruch mehr gemacht werde.

16.) Daß die wechselseitigen Commercial-Verhältnisse näher bestimmt, und die Rheinschiffahrt, nicht nur so weit als der Rhein die Gränze zwischen Deutschland und Frankreich ausmache, sondern durch gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik festgestellet werde, damit der Rheinhandel nirgends willkührlichen Störungen ausgesezt seyn möge.

17.) Daß für alle künftige Fälle für die Aufenthalts-Orte des deutschen Reichstages und des Reichskammergerichts eine unverlezliche Neutralität und durchgängige Einquartirungsfreyheit festgesezt und verbindlich zugesichert werde.

18.) Daß die französische Republik dem deutschen Reich die annoch in Straßburg befindlichen Reichskammergerichtlichen Akten zurückstelle.

Rastadt, den 2. März 1798.

Fünfte französische Gegennote, vom 4. März 1798.

Les soussignés ont reçù la note de la Dèputation de l'Empire qui leur a été adressée hier au soir par Mr. le Comte de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

Voici leur réponse.

La République Française a déclaré dans le principe avec une franchise, dont elle ne s'écartera jamais, la base, sans laquelle la paix ne peut pas être faite.

La

Digitized by Google

La convenance, la justice, la nécessité en ont été demontrées dans les notes précedentes, l'intérêt commun des deux Etats la réclame.

La République Française auroit du s'attendre, que bannissant tout détour, toute évasion, on lui eût répondu avec la même franchise. Il faut mettre un terme à ces discussions. Les Ministres de la République Française requierent en consequence la Députation de l'Empire de déclarer positivement : si elle accede, ou si elle n'accede pas à la base proposée?

Rastatt le 14. Ventôse an 6.
de la République Franç.

Treilhard. Bonnier.

Nachtrags-Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 6. März 1798.

Unterzeichneter hat die Ehre, den bevollmächtigten Ministern der franzöſ. Republik, zu bemerken, daß in der Fertigung der ihnen am 3. dieſes übersendeten Note eine Stelle durch Verſehen ausgelaſſen worden ſeye. Zur Ergänzung des Sinnes, und um dem Deputations-Schluſſe im Ganzen getreu zu bleiben, dient gegenwärtige neue Ausfertigung eben dieſer Note, in welcher die in der erſten mangelnde Worte unterſtrichen ſind. Er erſucht die bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik, dieſe zweyte Ausfertigung als die wahre zu betrachten, und wiederholt ihnen bey dieſem Anlaſſe die Verſicherung ſeiner vollkommenſten Hochachtung.

Raſtadt, den 8. März 1798.

Antwort der bevollmächtigten Minister der französischen Republik an den Kais. Plenipotentiarum, vom 7. März 1798.

Les Ministres plénipotentiaires de la République Française ont reçu la nouvelle copie de la Note du 13. Ventôse (3. Mart.) avec une correction qui, n'opérant aucun changement dans le voeu de la Députation de l'Empire, ne doit en entraîner aucun dans la réponse faite le 14. Ventôse par les Soussignés.

Ils prient le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur d'agréer l'assurance de leur très parfaite consideration.

Treilhard. Bonnier.

Sechste Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französ. Minister, vom 11. März 1798.

Man habe aus der jüngsten Note der französischen Gesandtschaft vom 4. März (14. Ventose) ersehen, daß das beharrliche Verlangen des französischen Gouvernements unabänderlich darinn bestehe, daß man diesseits der proponirten Basis, nach welcher der Lauf des Rheins die Gränze beyder Staaten werden solle, beytreten möge. Die Reichsdeputation habe durch die so sehr beträchtlichen in den vorigen Noten vorgeschlagenen Anerbietungen bereits die Nothwendigkeit anerkannt, daß von Seiten des Reichs der allgemeinen Ruhe ein Theil des Reichsgebiets zum Opfer gebracht werde. Da nun aber alle diese Anerbietungen nicht als genügend angenommen, sondern in der angezogenen Note unumwunden erklärt werde, daß ohne den Beytritt zur vorgeschlagenen Basis kein Friede geschlossen werden könne; so habe die Reichs-

deputation, zur Erlangung dieses so sehnlichst gewünschten Friedens, auch das lezte Mittel zu erschöpfen, nunmehr für unvermeidlich erachtet, dem so bestimmten Verlangen des französischen Gouvernements nachzugeben, jedoch unter Voraussetzung:

a) Daß die gänzliche Zurückziehung der französis. Truppen von der rechten Seite des Rheins sofort erfolge, und keine weitere Kriegsprästation daselbst Statt finde:

b.) Daß die französische Republik, ausser der Ueberlassung der deutschen Reichslande jenseits des Rheins, sonstige Forderungen und Ansprüche von irgend einer Art an das Reich nicht mache; und daß

c.) Wegen der mit der Note vom 2. März der bevollmächtigten Minister der französischen Republik überreichten Punkte das Erforderliche in der angetragenen Maasse bey der weitern Unterhandlung festgesezt werde:

Der französ. Seits proponirten Friedensbasis hiemit beyzutreten.

Da es jedoch dem französ. Gouvernement blos um gute natürliche Gränzen, nicht aber um Vergrösserung zu thun sey: Da Frankreich die Aufrechterhaltung der deutschen Verfassung und den Wohlstand Deutschlands wolle: Da jeder Strich Landes auf der linken Rheinseite, den man bey Deutschland erhalte, für das Reich von äusserster Wichtigkeit sey: So hoffe man zuversichtlich, daß das französ. Gouvernement, wenigstens noch für den lezten Strich der deutschen Lande am Unterrhein, nämlich vom Ursprung der Roer, bis, wo sich solche in die Maaß ergießt, sodann aufwärts von dem Ursprung der Nette, bis, wo diese in den Rhein falle, einer Ausnahme Statt geben, und, solchen Strich Landes dem deutschen Reich zu überlassen, sich noch entschliessen werde.

Rastadt, den 11. März 1798.

Digitized by Google

Les Ministres plénipotentiaires de la République Française avoient toujours pensé, que la Députation de l'Empire, pénétrée de la necessité *d'une limite fixe et invariable* entre les deux Etats, accéderoit franchement et sans restriction à une demande, qui ne pourroit être combattue avec obstination, que par passion, ou par interêt. Ils voient avec satisfaction par le Conclusum du 11. Mars (21. Ventôse present mois) dont le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur leur a transmis la Copie avec sa Note d'hier, que leur espoir n'a pas été deçu. On peut donc actuellement travailler efficacement au bonheur des peuples, en s'occupant sans rélache et sans délai à prévenir pour toujours le fleau de la guerre par une prompte pacification, dont la rentrée des troupes dans l'interieur sera la première consequence.

Pour accélérer ce grand ouvrage, il convient d'abord, de regler le mode de préstation des indemnités aux Etats, qui ont perdu sur la rive gauche du Rhin. Les Ministres plénipotentiaires de la République Française en trouvent la base dans des sécularisations.

La Députation de l'Empire se convaincra facilement, que cette base n'est pas moins néccessaire que celle, déjà adoptée sur les limites. Il seroit sans doute superflu d'observer, qu'il ne s'agit pas dans ce moment, d'évaluer les pertes, qui pourront donner lieu à l'indemnité ni d'indiquer les objets, qui pourroient y être emploïés. On ne peut, on ne doit s'occuper de l'application d'un principe, que lorsqu'il est bien réconnu.

Digitized by Google

Alors seulement on pourra, pour nous servir des expressions mèmes de la Députation, *déterminer le nécessaire à l'égard des articles joints à la Note du* 3. *Mars* (13. Ventôse) dans lesquels on trouve en effet quelques dispositions admissibles.

Rastatt le 25. Ventöse an 6.
de la République Franç.

Treilhard. Bonnier.

Siebente Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 22. März 1798.

Die Reichs-Deputation habe gehoft, in der Note der französischen Minister vom 15. März (25. Ventose), worinn diese sich über die Acceßion der Deputation zu der proponirten Friedensbasis zufrieden bezeigen, zugleich auch eine beruhigende Erklärung über die mit der gedachten Acceßion wesentlich verbundenen Voraussetzungen, und über die geäusserte zuversichtliche Hofnung, daß ein in der Deputations-Antwort namentlich bemerkter Strich Landes von der erwähnten Basis würde ausgenommen werden, um so gewisser zu finden, als den Einsichten der französischen Minister nicht entgehen werde, wie wenig es mit den schweren Pflichten dieser Reichsdeputation vereinbarlich gewesen seyn würde, einer für das deutsche Reich so entscheidenden Basis ohne allen Vorbehalt zu accediren. Nur der Gedanke, daß durch ein so grosses Opfer alles erschöpft seyn werde, was nur irgend von dem Reiche, des so sehnlich gewünschten Friedens wegen, gefordert werden möge, habe die Deputation zu diesem wichtigen Entschlusse bringen können. — Es habe daher eine Hauptsorge dieser Reichsdeputation seyn müssen, sich dieser ihrer Voraussetzung zu vergewissern.

Digitized by Google

In eben dieser tröstlichen Ueberzeugung aber, daß keine weitere Forderung an das Reich werde gemacht werden, habe sie zugleich darauf antragen müssen, daß, nach solcher Gestalt zugestandenem Frieden, das französische Gouvernement nunmehr seine Truppen von den bisher so hart mitgenommenen Landen der rechten Rheinseite zurücknehmen, und diese Lande von allen weitern Kriegsprästationen befreyen möge; und da endlich die Deputation in Ansehung des künftigen Schicksals der zu überlassenden Lande sowohl, als ihrer bisherigen deutschen Besitzer unmöglich habe gleichgültig seyn dürfen — sondern dafür angelegenst zu sorgen sich verbunden erachte, so habe sie nothwendig erwarten müssen, daß ihr auf die von ihr bereits unterm 5. v. M. den französischen Ministern mitgetheilten desfallsigen Artikel eine bestimmte Aeusserung zukommen werde. Allein, in der Note der französischen Minister würden beynahe alle diese wichtigen Voraussetzungen mit Stillschweigen übergangen, wenigstens auf keine derselben gewährig und bestimmt geantwortet, sich auch gar nicht darüber geäussert, in wie ferne man hoffen dürfe, daß das französische Gouvernement der Ausnahme jenes Strich Landes auf der linken Rheinseite Statt geben werde. Die Reichsdeputation müsse hierüber um so mehr verlegen seyn, je enger alle diese Anträge mit dem natürlichen Gange dieser Friedens-Negotiation verbunden seyen; und je weniger sie, ohne hierüber die Gesinnungen des französischen Gouvernements zu wissen, das ganze Friedenswerk zu übersehen vermöge. Man sehe sich daher genöthiget, die französische Minister nochmals dringend zu ersuchen, der Reichsdeputation auf die gedachte drey Voraussetzungen eine bestimmte Erklärung zu ertheilen; und man sehe zugleich die Erfüllung der so zuversichtlich geäusserten Hofnung, daß der vorhin benannte

Strich Landes auf der linken Rheinseite von der proponirten Basis werde ausgenommen werden, in vollem Vertrauen auf die gerechte und billige Gesinnungen des französischen Gouvernements noch immer entgegen.

Siebente französ. Gegennote, vom 27. März 1798.

Les Ministres plénipotentiaires de la République Française ont vu avec surprise par la Note, que vient de leur transmettre le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, qu'au lieu de s'occuper efficacement, de remplir l'espoir trop long-tems déçu des peuples, en adoptant pour les indemnités des pertes sur la rive gauche du Rhin un mode depuis long-tems prévu et annoncé, et dont chaque membre de la Députation ne peut au fond de sa conscience se dissimuler la justice et la necessité, on se borne après de longs délais à réproduire l'espoir non fondé, d'acquérir une portion de territoire de l'autre coté du Rhin, et à rappéller des propositions, auxquels toute personne raisonnable trouvera, que les Ministres de la République Française ont fait la seule réponse convenable pour le moment dans leur Note du 25. Ventôse. Ils adjurent la Députation de l'Empire au nom de l'humanité, de ne pas rétarder plus long-tems l'ouvrage de la pacification, en se livrant à des discussions prématurées, et en différant ainsi de s'expliquer sur un mode d'indemnités, sans lequel il est impossible, qu'elle s'opère. La Députation doit être pleinement convaincue, que dans le cours des discussions ulterieures la République Française n'écartera rien de ce, qui sera juste et concordant avec l'intérêt commun des deux Nations.

Digitized by Google

Les Ministres de la République Française attendent une déclaration prompte, franche et loyale sur l'objet de la presente Note et de la précédente, à laquelle ils se refèrent. Ils prient le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, d'agréer l'assurance de leur consideration la plus distinguée.

Rastadt le 7. Germinal an 6.
de la Republique Française.

Treilhard. Bonnier.

Achte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 4. April 1793.

Von Seiten der Reichsdeputation habe man dem Geschäftsgange und der Beförderung des Friedensschlusses am zuträglichsten geglaubt, wenn alljenes vordersamst ins Reine gebracht würde, was bey Bestimmung der künftigen Gränzen zwischen beyden Nationen festzusetzen nothwendig und diesseits wiederholt in Anregung gebracht worden sey, ehe man zu allenfalsigen Friedens-Artikeln übergehe. Da die französische Gesandtschaft aber in ihrer jüngsten Note vom 7. Germ. (27. März) erkläre, daß sie in diesem Augenblik mehr, als schon geschehen, auf die diesseitigen Anträge zu antworten, und hierüber weiter zu unterhandeln nicht vermöge, bevor sich die Deputation nicht auch über den proponirten Entschädigungsmodum beyfällig geäussert haben würde, und daß ohne diese Aeusserung der Friede durchaus nicht zu Stande kommen könne; daß aber alsdann in den ferneren Unterhandlungen alles mit angegangen werden solle, was gerecht und dem gemeinsamen Interesse beyder Nationen

Digitized by Google

angemessen sey; so sehe die Deputation, um diese Unterhandlungen und den Augenblik der endlichen Pacifikation sobald als möglich herbeyzuführen, sich gedrungen, auch noch in die verlangte, durch Säcularisationen zu erzielende Entschädigungen, für den auf dem linken Rheinufer entstehenden Verlust, sich einzulassen, und darüber in nähere Unterhandlungen zu treten; jedoch dergestalt, daß dabey mit allen denjenigen Maaßregeln und beschränkenden Vorsichten eingeschritten werde, welche zu Erhaltung der Konstitution des deutschen Reichs in jeder Hinsicht, auch zu Wiederherstellung und Befestigung des darauf gegründeten Wohls der Stände, Reichsangehörigen und Unterthanen wesentlich erforderlich seyen. Da es aber bey der Bestimmung jeder Entschädigung vorzüglich auf das Maaß der Beschädigung ankomme, so erwarte man, die französische Gesandtschaft werde nunmehr vor allem auf die in der Note vom 11. März angeführte zweyte Vorausfetzung bestimmt und willfährig zu antworten, auch über die am 3. März übergebenen 18. Punkte sich zu erklären, fernerhin keinen Anstand nehmen; zugleich aber sehe man, nachdem man sich dem gänzlichen Abschluß der Pacification gegenwärtig auf alle Art genähert zu haben glaube, mit Zuversicht der bisher vergeblich gewünschten Verfügung entgegen, daß die französischen auf dem rechten Rheinufer hin und wieder in grosser Anzahl befindlichen Truppen alsbald zurückgezogen, und hierdurch der nicht mehr erschwinglichen Verpflegung ein Ende gemacht werde.

Rastadt, den 4. April 1798.

En reconnoissant la nécessité des sécularisations pour fournir des indemnités sur la rive droite du Rhin, aux Etats qui ont perdu des possessions sur la rive gauche, et en adoptant le principe, la Députation de l'Empire temoigne par sa Note communiquée le 16. du present mois de Germinal (5. Avril), le desir d'une explication de la part des Ministres de la République Française sur la seconde des propositions, énoncées dans la Note de la Députation du 21. Ventôse (11. Mars), et sur les 18. Articles qu'elle avoit joints à sa Note du même mois de Ventôse (3. Mars). Elle demande aussi la rétraite des troupes de la République qui se trouvent sur la rive droite. — Les Ministres plénipotentiaires de la République Française, vont s'expliquer sur ces diverses demandes. Ils répetent, sur la derniere, ce qu'ils ont déjà dit, que, l'abandon des positions devant être la première suite d'une pacification effectuée, Il n'y a pas de motif suffisant pour qu'avant cette époque les troupes se retirent de l'autre côté du Rhin. Sur la seconde proposition contenüe dans la Note du 21. Ventôse (11. Mars), les Ministres plénipotentiaires de la République Françoise déclarent, qu'ils se sont déjà expliqués de manière à satisfaire tout esprit raisonnable, quand ils ont dit: *que dans le cours des discussions ultérieures, ils n'écarteroient rien de ce qui seroit juste et concordant avec l'intérêt commun des deux nations*; ce qui suppose aussi que de leur part ils ne feroient point de demande qui seroit inadmissible. Enfin sur les articles joints à la Note du 13. Ventôse (3. Mars), les Ministres de la République Françoise sont forcés d'obser-

Digitized by Google

ver que ces articles ne paroissent nullement avoir été proposés dans la vue d'accélérer les negociations; quelques uns n'ont jamais pu être l'objet d'un doute serieux de la part de la Députation de l'Empire, comme par exemple, la conservation des particuliers, le libre exercice des cultes en se conformant aux loix, l'oubli des opinions prononcées pendant le cours de la guerre; et il y en a d'autres evidemment inconciliables avec la souveraineté de la République et avec la constitution. Les soussignés ne peuvent assez temoigner leur étonnement de ce, qu'on a pu élever des doutes sur les uns, et se resoudre à demander les autres. Dans la position actuelle des choses, le vrai moyen d'accélérer les negociations est de travailler à l'application de la base des indemnités: peut être même avant tout, convient-il, que la Députation de l'Empire prépare des règles générales pour fixer le sort des titulaires qui pourront être supprimés, afin qu'il ne reste à qui que ce soit aucun doute sur les principes de raison et de sagesse qui dirigeront cette opération importante.

Rastadt le 19. Germinal an 6.
de la République Franç.

Treilhard. Bonnier.

Neunte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 18. April 1798.

Die Reichs-Friedens-Deputation habe bereits in ihrer jüngsten Note bemerkt, daß es bey Bestimmung der Entschädigungen vorzüglich auf das Maaß der Beschädigungen ankomme; daß sie daher erwarte, man werde

nunmehr vor allem auf die in der Note vom 11. März angeführte zweyte Voraussetzung, bestimmt und willfährig zu antworten, auch über die den 3. März übergebene 18. Punkte sich zu erklären, fernerhin keinen Anstand nehmen. In derselben Note habe die Deputation auch noch beygefügt, daß man der Verfügung wegen alsobaldiger Zurückziehung der französischen Truppen vom rechten Rheinufer mit Zuversicht entgegensehe.

Der Innhalt der Note der französischen Minister vom 19. Germ. (8. April) entspreche aber diesen so billigen Erwartungen nicht; denn in Rücksicht des Zurückzugs der Truppen werde darinn zu erkennen gegeben, daß kein hinlänglicher Grund vorhanden sey, denselben vor völligem Abschluß des Friedens zu bewerkstelligen; in Ansehung der zweyten Voraussetzung aber werde sich auf eine, unmöglich völlige Beruhigung gewährende Art nur im Allgemeinen dahin geäussert: Daß nach denen vorhin geschehenen Erklärungen anzunehmen sey, es würden von französischer Seite keine andere als zuläßige Forderungen gemacht werden; von denen den 3. März übergebenen 18. Punkten betrachteten die französ. Minister zwar einige als solche, in Ansehung welcher kein Zweifel statt finden möge; andere aber erklären sie mit der Souverainität und der Verfassung der Republik ganz unvereinbarlich, ohne aller übrigen Punkte weiter zu erwähnen; am Ende fügten sie den Antrag bey, daß an der Anwendung der Basis der Entschädigungen gearbeitet und vor allem allgemeine Regeln vorbereitet würden, um das Schicksal derjenigen, die supprimirt werden dürften, zu bestimmen.

Die Reichs-Friedens-Deputation erkenne nun zwar vollkommen die gerechten Rücksichten, welche die französ. Minister bey dem lezten dieser Anträge geleitet hätten;

Digitized by Google

und es gereiche ihr zur Beruhigung, daß in diesem Punkt die Obliegenheiten dieser Reichs-Friedens-Deputation mit dem Wunsche der franzöſ. Republik ſo vollkommen übereinſtimmten; die Reichs-Friedens-Deputation ſey jedoch feſt überzeugt, daß man ſich nicht eher wirkſam mit näherer Bearbeitung der Grundſäze über die Entſchädigungen beſchäftigen könne, bis man nicht eine gerade und beſtimmte Einſicht der Lage der Dinge und aller Umſtände erhalte. Dieſes leztere laſſe ſich aber erſt alsdann erlangen, wenn durch Erledigung der bekannten 18. Artikel die Maſſe des Verluſts, die Modification, unter welcher die Abtretungen geſchehen ſollen, und das Schickſal der Bewohner der überrheiniſchen Provinzen gemeinſam beſtimmt ſeyn würden; zumal da die Reichsdeputation allein in der unbezweifelten Erwartung, daß man den dreyen in der Note vom 11. März enthaltenen Vorausſetzungen Genüge leiſten werde, Aufopferungen anerkannt, welche für Deutſchland ohnehin ſo groß und ſo ſchmerzhaft ſeyen. Sie halte demnach ihren ſchweren Pflichten gemäß, noch ferner auf der Willfahrung ihrer vordern Anträge zu beſtehen; ſie erneuere daher gegenwärtig nochmals die Erwartung, daß die bevollmächtigten franzöſiſchen Miniſter auf die zweyte Vorausſetzung der Note vom 11. März beſtimmt und willfährig antworten, auf jeden der bekannten 18. Artikel ſich erklären, und zum Zurückzug der franzöſiſchen Truppen vom rechten Rheinufer, wo verſchiedene Gegenden neuerdings ſo ſtark überlegt worden, daß die erſchöpften Lande unmöglich mehr die Laſten aufzubringen wüßten, die Befehle unverweilt veranlaſſen werden.

Digitized by Google

La cession de la rive gauche du Rhin, l'adoption du principe des sécularisations pour fournir les indemnités, ne laissent actuellement à discuter qu'un mode d'exécution de ces deux bases formellement reconnües.

La Députation de l'Empire a observé avec justesse, que pour connoître la masse des indemnités, il falloit d'abord établir une masse des pertes; elle desire en conséquence qu'on s'explique sur ce point, et sur toutes les autres prétentions qui pourroient être formées. Les démandes des Ministres plénipotentiaires de la Rèpublique Françoise seront simples, et fondées sur l'avantage commun des deux peuples. Il suffit, en quelque manière, de les énoncer, pour en faire sentir toute la convenance. La Députation trouvera au surplus dans la présente Note une réponse suffisante, à presque toutes les quéstions contenues dans ses précédentes communications.

La navigation du Rhin sera commune aux deux nations, et les autres peuples ne pourront y participer, qu'avec le consentement respectif et aux conditions agréées par l'une et par l'autre.

Les chemins de hallage seront entretenus par les riverains de chaque côté, sans qu'on puisse faire sur l'une des deux rives, des travaux qui pourroient endommager la rive opposée.

Le transit sur l'un et l'autre chemin de hallage sera libre, et tous les droits de péage seront supprimés. Les marchandises seront sujettes seulement aux droits de douane etablis dans les pays, et perceptibles au moment du débarquement, sans néanmoins que

Digitized by Google

les droits sur une rive puissent exceder ceux, qui seront établis sur l'autre.

Les isles du Rhin resteront à la République. L'avantage immense qui doit resulter d'une navigation libre, fait justement éspérer que la Députation ne trouvera pas moins convenable, de rendre aussi libre pour les deux nations la navigation des rivières qui aboutissent au Rhin, et celles des grands fleuves d'Allemagne, notamment celle du Danube.

Au moyen de ces arrangemens, la République ne conservera de ce côté que le fort de Kehl, et son territoire; on doit sentir que ce n'est pas par un motif d'agrandissement, que la République fait la réserve de cet objet, mais bien pour sa sûreté et pour prévenir par la suite toute occasion de rupture. Un motif non moins impérieux exige la démolition du fort d'Ehrenbreitstein, dont l'existence est en quelque sorte incompatible avec celle de Coblentz. On ne parle pas du fort de Cassel, et de ses dépendances; ce poste ne peut être considéré que comme une partie des fortifications de Mayence, et ne peut donc pas en être séparé. Enfin la République demande que le pont commercial entre les deux Brisacs soit retabli, et qu'il lui soit cédé un terrein de 50. arpens en face du pont de Huningue avec le chemin nécessaire pour y arriver.

Les troupes évacueront tous les autres pays de la rive droite du Rhin, immédiatement après la conclusion et la ratification du traité.

Il ne reste plus qu'à indiquer celles des possessions de la rive gauche qui doivent être remplacées sur la rive droite. Les Ministres de la République Françoise ne pensoient pas, qu'il dût être nécessaire de s'expli-

Digitized by Google

quer sur ce point; la Députation n'ayant jamais pu se dissimuler que tout ce qui appartient aux Princes, Etats d'Empire, et Nobles immédiats, doit être transféré sur la droite; par une consequence nécessaire, et conformément aux principes universellement reçus, les dettes, dont ces objets sont grévés, seront transportés sur les objets donnés en remplacement.

Il est bien entendu que l'Empire renonce à toute espèce de prétention, de quelque nature qu'elle soit, même à la faculté de prendre les titres qui ont pu être assis sur les objets cédés. Les mêmes rénonciations auront lieu pour le territoire cédéen faveur des Républiques alliées à la République Françoise. Il n'échappera pas à la Députation que les articles proposés sont les seuls qui puissent opérer un ordre des choses stable, et une paix solide, telle que les deux nations doivent la desirer.

On n'a pas besoin sans doute de faire une réserve à raison des répétitions particulières de sommes d'argent, de mobilier, et autres prestations dont quelques Etats pourroient être tenus envers la République Françoise. Il ne s'agit ici que de ce qui peut concerner l'Empire Germanique, et nullement d'obligations particulièrement contractées, et qui de leur nature sont étrangères à l'Empire. Les Ministres plénipotentiaires de la République Françoise ne sçauroient prevoir d'objections fondées contre des demandes également modérées et convenables; ils attendent donc une prompte réponse; le moment des temporisations est passé.

Rastatt le 14. Floreal an 6.
de la République Franç.

Treilhard. Bonnier.

Zehn-

Digitized by Google

Zehnte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 14ten May 1798.

Der Reichs-Friedensdeputation sey erwünscht gewesen, in der jüngsten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 14. Floreal (3. May) wahrzunehmen daß dieselben nunmehr auch mit ihr die Ueberzeugung theilten, wie sehr, um die, nach den diesseitigen vordern Erklärungen möglichst zu beschränkende, Masse der Entschädigungen zu bestimmen, es nothwendig sey, daß man sich auch vorderfamst über die Masse des Verlustes vereinige.

Dagegen habe der Reichsdeputation höchst unerwartet und niederschlagend seyn müssen, in der gedachten Note neue und sogar solche Forderungen zu finden, welche, in Beziehung auf das Reich im Ganzen, selbst jene Aufopferung übertreffen, zu deren Anerkennung die Deputation sich bereits zu verstehen gedrungen worden, und welche sie als den schmerzlichsten aber auch äussersten Preis angesehen habe, wofür dem Reich der Friede zu erkaufen sey — Forderungen, welche noch überdieß die künftige Sicherheit Teutschlands offenbar untergraben würden.

Die Reichsdeputation werde gegenwärtig den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik alle jene aus der Natur der Sache geschöpften wichtigen Gründe, welche sich der Bewilligung dieser Forderung entgegen stellten, so wie die ausführliche weitere Beantwortung der gedachten Note, in dem steten Vertrauen auf die Mäßigung und Gerechtigkeit des französischen Gouvernements, mittheilen. Die Reichsdeputation halte sich überzeugt, auch für die französischen bevollmächtigten Minister würden diese Gründe und Aufklärungen so ein-

leuchtend seyn, daß auch ihrer Seits sich den Anträgen der Reichsdeputation genähert, und hierdurch eine Vereinigung baldigst erwürkt werde, auf welche Teutschland schon lange mit Sehnsucht hoffe, und welche herbeyzuführen die Reichsdeputation schon so viele schwere Opfer gebracht habe.

Um der in der jüngsten französischen Note angenommenen Ordnung der Gegenstände einigermaaßen zu folgen, müsse man sich vordersamst über die Art äussern, in welcher sich die bevollmächtigten Minister der französischen Republik über die Cession des linken Rhein-Ufers ausdrückten.

Es könne ihrer Erinnerung nicht entgangen seyn, daß man in der Note vom 11. März der Friedens-Basis, nach welcher der Lauf des Rheins die Grenze beyder Staaten ausmachen solle, bloß in der Art beygetreten sey, daß man sich über die, in den 18. Punkten der Note vom 3. März enthaltenen, Modifikationen vereinbaren und daß die beyden andern Voraussezungen der Note vom 11. März eintreten werden.

Wenn man nun auf solche Weise den Lauf des Rheins als Grenze endlich habe nachgeben wollen, so habe man dabey nothwendig unterstellt, daß, dem bey Völkern herkömmlichen Grundsatz gemäß, der Grenzfluß zwischen zwey Staaten entweder beyden gemein seyn oder eine Ideallinie die Grenze zwischen beyden ausmachen müsse. Die Reichsdeputation, diesem Grundsatz des Völkerrechts getreu, habe in dem ersten ihrer am 3. März übergebenen 18. Punkte nicht nur nach dem Vorgang älterer Friedensschlüsse die Hälfte des Rheinstroms als Grenze angenommen, sondern noch bestimmter dahin angetragen, daß der Art. 18. des Ryswicker- und der Art. 6. des Badener-Friedens bey der fernern Negociation zum Grund gelegt werden möchte.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik aber hätten in ihren Noten, in welchen von Be-

stimmung der künftigen Grenzen zwischen Teutschland und Frankreich die Rede sey, nur vom Rhein und dessen Lauf im Allgemeinen Erwähnung gethan, auch in der Note vom 22ten Pluviose (11ten Februar) ausdrücklich gesagt: „La cession de ce, qui est au delà du Rhin, voilà la Base"! Diese Sprache haben die bevollmächtigten französischen Minister in der Folge nicht geändert, als in den diesseitigen Mittheilungen, um deßhalb allem Mißverständniß zuvorzukommen, ausdrücklich bemerkt worden sey — daß durch den Lauf des Rheins nur die Mitte des Stroms verstanden werden könne; vielmehr sey dieß in der Note vom 25ten Ventose (15ten März) als bekannt angenommen worden. Die Reichs-Friedens-deputation könne sich demnach nicht überreden, daß die französischen bevollmächtigten Minister nicht auch ihres Orts die Absicht haben sollten, die Grenzlinie zwischen beyden Nationen in der Mitte des Rheins anzunehmen, und es habe daher die Reichs-Friedensdeputation um so mehr befremden müssen, daß die jüngste französische Note sämtliche Rhein-Inseln für die französische Republik verlange. Der größte Theil dieser Rhein-Inseln gehöre den anliegenden Gemeinden, welche sie als Gemeindsgüter benützten; einige auch einzelnen Personen. Am Mittel-Rheine trügen viele Familien dergleichen zu Lehen, und die wenigsten gehörten zu der Klasse fürstlicher Kameralgüter. Viele derselben seyen bewohnet, bestünden aus Buschwerk, Wiesen und gutem Ackerfeld, und alle zusammengenommen würden ein sehr beträchtliches Object ausmachen. In vielen Gegenden, besonders der rechten Rheinseite, würde man aber ganz ausser Stand seyn, die zum Uferbau erforderlichen Faschinaden herbeyzuschaffen und zu unterhalten, wenn die Rheinauen mit ihren Gebüschen für das rechte Rhein-Ufer verloren

Digitized by Google

gehen sollten. Der Gegenstand sey also für Teutschland von großer Erheblichkeit, und der Verlust dieser sämtlichen Inseln würde in Commerzial- Territorial- und Militär-Betracht eine wesentliche Vergrößerung für die französische Republik ausmachen. So sehr man daher nach bekannten Grundsätzen bereit sey, diejenigen Inseln der Botmäßigkeit der französischen Republik zu überlassen, welche auf ihrer Hälfte des Rheins lägen, so sehr müsse man aber auch diesseits die, auf der rechten Hälfte des Rheins liegenden, Inseln der Botmäßigkeit des teutschen Reichs und der angrenzenden Landesherrschaften mit dem ausdrücklichen Beysatz vorbehalten, daß das Privat-Eigenthum und dessen Grenzen auf den beyderseitigen Inseln stets unverrückt bleibe.

In den Gegenden, wo der Hauptfluß des Rheins seinen Gang selten oder gar nicht ändere, nämlich am Mittel- und meistens auch am Unterrhein, könne diese Grenzlinie keine Schwierigkeit haben. Am Oberrhein hingegen habe der sogenannte Thalweg oder der eigentliche schiffbare Theil des Rheines diese Hoheitsgrenze bestimmt; und nach Leitung dieses Thalwegs sey auch die Rheingrenze von Hüningen bis an die Pfälzischen Lande in neuern Zeiten zwischen den französischen und teutschen Reichsständischen Kommissarien förmlich dergestalt berichtigt worden, daß, was an den Inseln durch Veränderungen vom Eigenthum der rechten Rheinuferbewohner auf die linke Seite des Thalwegs komme, unter französische Hoheit, und hinwieder dasjenige unter teutsche Hoheit komme, was durch diese Veränderung auf die rechte Seite falle.

Es werde also nunmehr auf die Bestimmung ankommen, ob in Ansehung der, auf der linken Hälfte des Rheins liegenden, der französischen Republik bis jezt

Digitized by Google

noch nicht unterworfenen, Inseln die Stromesmitte oder der Thalweg die Hoheitsgrenze zwischen Teutschland und Frankreich ausmachen solle. Im ersten Fall würde die Idealgrenzlinie durch manche Inseln gehen, und alsdann räthlicher seyn, daß man dergleichen Inseln in der zu treffenden dießfalsigen detaillirten Uebereinkunft dem einen oder dem andern Theil wechselsweise ganz überlasse.

Wenn aber aus diesen Gründen schon deutlich erhelle, von welchem großen Werthe für Teutschland es sey, daß gerade die Hälfte des Rheins die Grenze bey der Nationen ausmache, so werde die französische Gesandtschaft gewiß von selbst ermessen, wie sehr die weitern Forderungen in ihrer neuesten Note, „daß die Forts Kehl und Cassel (welch lezteres ohnehin nie ein Zugehör der Vestung Mainz gewesen ist) ingleichen 50. Morgen Landes der alten Brücke von Hüningen gegenüber samt dem nöthigen Weg, um dahin zu gelangen, an die Republik überlassen, die Brücke zwischen den beyden Breysach hergestellt, und die Vestung Ehrenbreitstein geschleift werden solle", für die Reichsdeputation nunmehr habe erschütternd seyn müssen.

In der Note vom 9. Pluviose (28. Jenner) hätten die französischen Gesandten über den Grund, warum der Rhein zur Grenze verlangt werde, ausdrücklich geäussert:

„La sureté (de la République) exige les li-
„mites du Rhin, la tranquilité de l'empire
„sollicite encore plus vivement ces limites" —

auch dabey versichert, die Forderung beruhe

„sur un motif bien plus impérieux, motif
„commum aux deux puissances, celui, de

„pourvoir par des limites invariables à leur „tranquilité future.“

In der Note vom 15. Pluviose (3. Februar) werde der Rhein als Grenze „Base juste, convenable, utile „aux deux états“ genannt.

Desgleichen in der Note vom 2. Ventose (20. Februar) „Base convenable et nécessaire, qui „garantit encore la tranquilité future des deux états.“

Damit stimme auch die französische Note vom 14. Ventose (4. Merz) überein, wo, indem vom Rhein als der Friedens-Basis die Rede sey, ausdrücklich beygesezt werde —

„la convenance, la justice, la nécessité en „ont été demontrées dans les Notes précé„dentes: l'intérêt commun des deux états la „réclame“ —

Desgleichen werde in der Note vom 7. Germinal (27. März) annoch die Versicherung gegeben:

„que la République Françoise n'écartera rien „de ce, qui sera juste et concordant avec „l'intérêt commun des deux nations“ —

und als hierauf die Reichsdeputation in der weitern Note vom 16. Germinal (5. April) gleichwohl noch einmahl das Ersuchen wiederholt habe, daß die französischen Minister sich willfährig erklären möchten, keine weitere Forderungen an das Reich machen zu wollen, so sey hierauf unterm 19. Germinal (8. April) erwiedert worden: —

„Sur la seconde proposition contenue dans la „note du 21. Ventose dernier (11. Mars) „les ministres plénipotentiaires de la Republi„que Françoise déclarent, qu'ils se sont déjà „expliqués de manière, à satisfaire tout esprit

„raisonable, quand ils ont dit, que dans le „cours des discussions ultérieures ils n'écarte„roient rien de ce, qui seroit juste et con„cordant avec l'intérêt commun des deux „nations, ce qui suppose aussi, que de leur „part ils ne feroient, que des demandes qui „seroient *admissibles*."

Nach diesen eigenen Erklärungen habe man sich keinen andern wesentlichen Zweck bey der Proposition des Rheins zur Grenze ferner denken können, als diese Grenze unveränderlich zu machen; dadurch alle Nachtheile zu beseitigen, welchen Grenzen, die nicht von der Natur vorgezeichnet seyen, unterlägen (Note vom 2. Ventose, 20. Februar) hierdurch die Ruhe für die Zukunft desto sicherer zu erhalten und den gemeinschaftlichen Vortheil beyder Nationen zu erzielen.

Der jezt an die Deputation gelangte Antrag sey aber diesen Absichten, den einzigen, die den diesseitigen Beytritt zur ersten Friedensbasis bestimmt hätten, ganz entgegen.

Der Rhein würde aufhören, die Grenze zu seyn; auf der rechten Rheinseite würden mehrere Berührungspunkte (points de contact) entstehen, die der Erhaltung der Ruhe höchst ungünstig seyn müßten. Erwäge man endlich die verlangte Ueberlassung in der Eigenschaft von festen Plätzen, so werde das Verhältniß zwischen Frankreich und Teutschland nur noch weit ungleicher. Frankreichs linkes Rheinufer, durch die wichtigsten Vestungen geschützt, setze jedem, obwohl auf keine Art denkbaren, Versuch eines Angrifs einen undurchdringlichen Damm entgegen; Teutschlands Ruhe und Sicherheit hingegen schwebe in steter Gefahr. Die festen Punkte auf dem rechten Rheinufer würden ihm einen, stets zum An-

Digitized by Google

griff gerüsteten, Nachbarn befürchten lassen, seine militärische Selbstständigkeit zerstören, und seiner Unabhängigkeit (auf deren Erhaltung das französische Gouvernement einen Werth zu legen doch selbst seiner Politik angemessen finde) ewige Fesseln anlegen; zumalen auch sogar noch die Abtragung der diesseitigen Vestungswerke von Ehrenbreitstein, auch die Wiederherstellung der Brücke zwischen den beyden Breysach, und nebstdem noch 50. Morgen Landes auf dieser Seite, der alten Brücke von Hüningen gegenüber, gefordert würden, wo doch schon erstere Brücke durch zwey vordere Reichsfriedensschlüsse abgeschaft worden, gegen die Abtragung der Ehrenbreitsteiner-Vestungswerke aber nichts ähnliches angeboten sey; mithin dieses letztere gewiß nicht als ein solches angesehen werden möge, wobey auf das gemeinschaftliche Interesse beyder Nationen Rücksicht genommen worden sey. Alle diese bisherigen Gründe seyen gewiß zu sehr selbstsprechend, als daß die französischen bevollmächtigten Minister solchen nicht Gerechtigkeit wiederfahren lassen, und sich nicht überhaupt mit der Reichsdeputation dahin vereinigen sollten, daß der Rhein die künftige Scheidewand beyder Staaten ausmachen, und keiner seine Souverainität auf das entgegengesetzte Ufer ausdehnen möge; wobey man alsdann jede andere reservirende Auswege und Vorsichten mit anzugehen, vollkommen bereit seye, durch welche beyde contrahirende Theile über ihre gegenseitige Sicherheit möglichst beruhigt werden könnten. Dieß sey gewiß der mäßigste Antrag, den eine Nation, welche nach einem unglücklichen Kriege in dem Frieden kein anderes Glück, als künftige Ruhe, suche, nur immer machen könne. Die Reichsdeputation sey dagegen andererseits bereit, allen denjenigen Anträgen beyzupflichten, welche als natürliche Folgen der solchergestalt bestimmten Rheingrenze und der

Gemeinherrschaft über diesen Fluß zu betrachten kämen. Der Vorschlag wegen des **Leinpfades** finde daher als eine gemeinnützige Einrichtung, welche keine Veränderung in Ansehung des Eigenthums, der Gerichtsbarkeit und der Oberbotmäßigkeit hervorbringe, nach Nothdurft und Möglichkeit keinen Anstand.

Eben so zweckmäßig, und dem Art. 18. des Ryswiker- und Art. 6. des Badener-Friedens gemäß, finde man auch den, wegen des **Uferbaues** geschehenen, Antrag und getröste sich um so gewisser der hierunter geschehenen Zusicherung, als die Wasserbaue auf dem linken Rheingestade den tiefer liegenden lokeren Landen des rechten hin und wieder nachtheilig würden; weswegen sich dann auch von selbst verstehe, daß den Besitzern der Privatgründe unverwehrt bleiben müsse, ihr Eigenthum durch Dämme und sonstige Versicherung gegen das Eindringen des Wassers und der sogenannten Gießen zu verwahren, sofern solches nur dem Hauptstrome und der Schiffahrt nicht hinderlich sey.

Da es auch in vielen Gegenden des rechten Rheinufers an Steinen und andern Wasserbaumaterialen fast gänzlich fehle, das linke Rheinufer aber hieran Ueberfluß habe, so werde man sich die Baumaterialien, Steine, Faschinen, Holzstämme ꝛc. gegen billige Vergütung wechselseitig nach Bedürfniß zukommen lassen müssen. Der Grundsatz, daß beyden Nationen das gleiche Recht der Schiffahrt auf dem Rheine zustehen solle, stimme mit dem ersten und sechzehnten Artikel der diesseitigen Note vom 3. März ganz überein; nur sey der daselbst geäusserte Wunsch unberührt geblieben, daß nämlich durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der Batavischen Republik auch die freye Schiffahrt auf dem Rhein bis zu seinem Ausflusse sichergestellt werden möchte, und dagegen die

Einschränkung vorgeschlagen worden, andere Nationen nur mit beyderseitiger gemeinschaftlicher Bewilligung und unter beyderseits beliebten Bedingungen daran Antheil nehmen zu lassen. Es pflegten aber nur die Schweizer am Oberrhein, und die Niederländer am Unterrhein den Rhein mit ihren Schiffen zu befahren. Der fernere Vorschlag der Abschaffung der Rheinzölle (droits de pèage) scheine zwar allerdings dem Handel Vortheil verschaffen zu können; dagegen sey aber zu besorgen, daß, wenn die Flußeinkünfte wegfielen, die hie und da nicht wenig kostbare Unterhaltung der Wasserstraße in fahrbarem Stande unterbleiben möge. Sollte diese Besorgniß, auch der Umstand, daß die Zolleinkünfte vielen Gläubigern verhypothecirt seyen, nicht überwiegen, so werde jedoch diese Aufhebung alsdann auch auf die Batavische Republik auszudehnen und zu mehrerer Begünstigung der Handelsfreyheit auch die Stapelrechte nebst dem Schifferzunftzwang ebenfalls zu supprimiren seyn.

Wenn übrigens noch die jüngste französische Note den weitern Antrag enthalte, daß die Waaren blos denen, in den Ländern errichteten, Einfuhrzöllen (droits de douane) unterworfen bleiben, und diese beym Ausladen entrichtet werden sollten, doch so, daß sie auf dem einen Ufer jene des andern nicht übersteigen dürfen, so sey es zwar unverkennbar gut, wenn sich beyde Nationen über gewisse Grundsätze bey Verzollung der einzuführenden Waaren vergleichen würden; ganz gleich würden aber nach dem jenseitigen Vorschlage diese Abgaben auf den beyden Ufern nicht seyn können; denn, um diese Gleichheit zu bewirken, würde ein gemeinsamer uniformer Tarif ohne Unterschied in jedem größern oder kleinern am Rhein liegenden Staate eingeführt werden müßen. Der Hauptzweck dieser Mauth-Abgaben sey aber ihrer Natur nach

Digitized by Google

nicht sowohl, Kameral-Gefälle zu bilden, mithin blos Geld in die Cassen zu bringen, sondern vielmehr solle hierdurch nebst Deckung der Unkosten, die der Staat in Commerzialhinsichten, auf Leinpfade, Straßen, Brücken und nöthiges Personale zu machen habe, ein Mittel entstehen, wodurch der Staat zum Besten seiner Bürger zur Aufnahme eigener Manufakturen und Fabriken und zur Belebung der Industrie den Handel leiten könne; der Staat erreiche diese Absicht durch die Mauthen, wenn er manchen Artickeln den Eintritt erleichtere, andern erschwere, je nachdem sie entbehrlich oder unentbehrlich, roh oder verarbeitet, überflüßig oder selten vorhanden seyen.

Wenn diese Mauthen aber nun auf einmal auf dem ganzen rechten und linken Rheinufer dergestalt gleich seyn sollten, daß sie niemal ohne beyderseitige Einwilligung geändert werden könnten, so sey dieses bey so vielen, am rechten Rheinufer liegenden größern und kleinern, Staaten, neben und hinter denen noch überdieß wieder so viele andere kleinere oder größere Staaten lägen, die mithin auch so verschiedene Interesse, Bedürfnisse und Hinsichten hätten, so leicht und ohne die genaueste Prüfung des Details nicht auszuführen. Es sey an sich ganz klar, daß es das Interesse jedes Reichsstandes sey, hierinn nach seiner individuellen Lage und den Bedürfnissen seines Staats Abänderungen treffen zu können; oft auf die Einfuhre von Gegenständen Strafverbote zu legen, auf welche ein benachbarter Staat Prämien setze. Es werde daher ein, auf dem rechten Rheinufer einzuführender einförmiger Mauth-Tarif, der jenem auf dem linken gleich sey, allerdings viele gegründete Schwierigkeiten erzeugen.

Aus diesen sowohl als aus den über die Rhein-

Schiffahrt, den Leinpfad, den Uferbau und die Rheinzölle vorgetragenen ausführlichen, aus den Verhältnissen Teutschlands geschöpften, Bemerkungen erhelle, was für mannichfaltige lokal- und andere höchstwichtige Rücksichten bey diesen Gegenständen einträten, welche auf den ganzen teutschen Handel den wesentlichsten Bezug hätten; wie schwer es seyn werde, Einrichtungen abzuändern, die seit Jahrhunderten bestanden hätten, und die den wesentlichsten Einfluß auf das Gewerbe und den Wohlstand der Länder auf beyden Seiten des Flusses in einer sehr weiten Ausdehnung hätten, und wie wenig möglich es sey, ohne vorgängige gründliche Erörterung all dieser Rücksichten, eine für beyde Nationen gleich vortheilhafte Ueberkunft über diese so complicirten Gegenstände zu treffen. Da aber diese genauere Erwägung und Prüfung das Hauptfriedens-Werk selbst nicht aufhalten dürfe; so glaube man von Seiten der Reichsdeputation dahin antragen zu müssen, daß alle die Rheinschiffahrt, den Leinpfad, den Uferbau, die Zölle, (droits de peage) die Mauthen (droits de douane) und den Handel überhaupt betreffende, Punkte bis zu einem abzuschließenden eigenen Handels- und Schiffahrts-Tractat auszusetzen, in so lange aber alles noch einstweilen in Statu quo zu belassen sey. Der hiebey aber von den französischen Ministern noch weiter geäusserte Wunsch allgemeiner Schiffahrts-Freyheit auf den, in den Rhein sich ergießenden und andern großen Flüssen Teutschlands übersteige die Befugnisse dieser Reichsdeputation.

Eine ganz neue Forderung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik erscheine hiernächst darinn, daß zu den Besitzungen der Reichsstände auf dem linken Rhein-Ufer, für welche auf dem rechten

Ufer Vergütungen Statt finden sollten, nunmehr auch dasjenige gerechnet werde, was der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft gehöre. Es sey aber nicht abzusehen, aus welchen Gründen man diese Reichs-Ritterschaftliche Güter und Zuständigkeiten für etwas anders, als für solches Privat-Eigenthum, halten könne, dessen Unverletzlichkeit in der Note vom 19ten Germinal (8ten April) zugesichert worden sey.

Es könne diese, in Ansehung der Ritterschaft geschehene, Aeusserung nur auf einer irrigen Beurtheilung ihrer Verhältnisse zum Reiche beruhen, und es sey daherum so nothwendiger, die vorgefaßte Meynung dieserhalb zu berichtigen, als das Beharren auf derselben mit unabsehbaren Schwierigkeiten verbunden, der Gegenstand von ungemein großer Wichtigkeit sey, und eine etwaige Vergütung auf dem rechten Rhein-Ufer jede anzunehmende Entschädigungsmasse erschöpfen helfen, und mithin selbst den Zweck der Entschädigungen größtentheils vereiteln würde.

Diese unmittelbaren Adelichen seyen nämlich keine Stände des Reichs; hätten kein Stimmrecht auf Reichs- und Kreistagen, mithin auch nicht mehr Theil an Krieg und Frieden, als andere Reichs-Unterthanen; sie unterschieden sich von dem mittelbaren Adel und übrigen Reichs-Unterthanen dadurch, daß sie ohne Mittel unter Kaiser und Reich stünden, und keiner Landeshoheit irgend eines Reichsstandes unterworfen seyen; ihre Eigenthumsrechte seyen mit den französischen Gesetzen ganz verträglich. Der unmittelbare Adel, wovon hier die Frage sey, mache zwey ganze Cantone aus, nämlich die Cantone Ober- und Nieder-Rhein. Beyde hätten alle ihre Besitzungen auf der linken Rheinseite; der Canton Ober-Rhein sey von dem Rheine, der Queich und der Nahe begränzt; der Canton Nieder-Rhein aber habe seinen Bezirk von der Nahe

an abwärts. Die Ritterschaftlichen Besitzungen selbst hingegen in diesen beyden Cantonen seyen einzeln in allen Reichsständischen Landen zerstreut; sie bestünden bald aus einem Hofe, bald aus einem Hause, in einer Stadt, oder einem Dorfe; sehr oft aus bloßen Feldern, die unter den übrigen Aeckern zerstreut lägen, aus Zehnden, Gülten und andern Gefällen; nur wenige ganze Orte seyen Ritterschaftlich. Mehrere gräfliche Familien, die von einigen Besitzungen Reichs- und Kreis-Anschläge bezahlten, auch davon in Reichs-Grafen-Curien Sitz und Stimme hätten, gehörten übrigens mit ihren Gütern zu diesen Ritter-Cantonen, und diese seyen es hauptsächlich, welche mehrere ganze Ritterschaftliche Orte besäßen. Nebst diesen Grafen gebe es nur sehr wenige unmittelbare von adelichen Familien, welche einige beträchtliche ganze Orte hätten; ausser diesen letztern habe der Canton Ober-Rhein wohl keine 20 Ortschaften, welche ganz Einem von Adel gehörten; einige seyen ganerbschaftlich, nämlich mehreren von Adel gemein. Dann besäßen auch Reichsstände, Stifter, Klöster, oder andere Mittelbare dergleichen Ritterschaftliche Orte und einzelne Güter; diese letztern gäben hievon, so wie alle Ritterschaftliche Güterbesitzer, ihre Steuern an den Canton; die unmittelbare Eigenschaft einer Menge solcher Güter werde noch von den Reichsständen, in deren Landen sie lägen, bestritten, könne also nicht für richtig angenommen werden; aber auch selbst da, wo die Ritterschaft ganze Orte habe, und wo ihre Unmittelbarkeit anerkannt sey, erhebe der einzelne Adeliche von seinen Unterthanen keine Steuern, und die Reichsstände exercirten meistens in solchen Orten ein und die andern höhern Rechte. Das Haupteinkommen der unmittelbaren Reichsritter bestehe daher in ihren eigenen Gütern,

Digitized by Google

Zehnden und andern Gefällen. Ihre Einkünfte von Jurisdictionalien (droits seigneuriaux et feodaux) seyen meistens unbedeutend. Es seyen demnach diese unmittelbaren Adelichen nicht anders, als bloße Propriétaires von Privatgütern anzusehen, und da nach Titre 12. §. 335. der franz. Constitution selbst Fremde, ohne in der französischen Republik etablirt oder selbst Bürger zu seyn, in derselben Güter besitzen, erben, kaufen und darüber disponiren könnten, so müsse auf Unmittelbare von Adel, in Hinsicht auf ihre auf dem linken Rhein-Ufer gelegenen, eigenen Güter allerdings dasjenige angewendet werden, was die französische Note vom 19ten Germinal (8ten April) mit den Worten bestimmt zusichere:

„Que la conservation des propriétés des particu-
„liers n'a jamais pu être l'objet d'un doute se-
„rieux;“

und das französische Gouvernement werde um so weniger gemeynt seyn, diese Güter und Zuständigkeiten von Privaten ihren rechtmäßigen Eigenthümern zu entziehen, als nach dem europäischen Völkerrechte dergleichen Besitzungen niemals mit der Domäne de la nation, à laquelle la cession est faite, vereinigt werden könnten, und die französische Note vom 22ten Pluviose (10ten Februar) einen solchen Anspruch auch nur auf die Domänen des Princes, exercants la Souveraineté, mache.

In Betreff der **Schulden**, deren gänzliche Uebertragung von den Landen des linken auf das rechte Rhein-Ufer die jüngste französische Note ferner gesinne, sey es von jeher allgemein hergebracht, daß Schulden, welche auf Ländern haften, die durch einen Friedensschluß unter eine andere Botmäßigkeit kämen, von derjenigen Macht übernommen würden, die solche Lande erhalte. Dieser

Grundsatz sey auch noch zuletzt in dem Traktat zu Campo Formio befolgt worden; es lasse sich daher dieser Antrag mit den Gründen des Völkerrechts und der Billigkeit nicht vereinigen, und er sey ohnehin bey der bekannten Lage der Dinge in der Anwendung ganz unmöglich; man dürfe demnach erwarten, daß bey einer hinlänglichen Auseinandersetzung der Rechtsgründe und der unübersteiglichen Schwierigkeiten, die sich dem, dieserhalb geschehenen, Antrage entgegenstellten, die französischen bevollmächtigten Minister auf demselben weiter nicht zu bestehen, gemeynt seyn würden.

Von Schulden, welche einzelne Gemeinden, Aemter, Oberämter und Landschaften für sich gemacht hätten, sey wohl keine Frage; nur diejenigen könnten solche Schulden bezahlen, welche contrahirt hätten. Die Absicht des französischen Gouvernements werde auch nicht seyn, mit eigentlichen und bloßen Landesschulden, welche auf den Landessteuer-Cassen lägen, und bloß zum Bedürfniß des Landes, nach der Form, Gewohnheit und Verfassung eines jeden derselben gemacht worden seyen, die steuerpflichtigen Einwohner anderer unschuldigen Provinzen zu belasten. Es könnten also hierunter nur die hypothecirten Cameral- und Domänen-Schulden verstanden seyn; aber auch gegen deren Uebertragung auf etwaige Entschädigungs-Objecte des rechten Rhein-Ufers stritten die stärksten Gründe.

a) Diese Schulden seyen in Ansehung ihrer Entstehung und Verwendung von so verschiedener Art, daß es gegen alle Billigkeit anstoßen würde, sie indistincte und ohne alle Ausnahme den Schuldnern heimzuweisen, oder gar auf unschuldige diesseit rheinische Lande zu werfen; z. B. Cammerschulden, die der Regent zum Besten des Landes contrahirt habe,

und

und welche folglich wahre, von dem neuen Regenten zu übernehmende, Landesschulden seyen.

b) Würden auch die beschädigten und schuldenden Reichsstände mit Domänen anderer Länder entschädigt, so seyen diese letzteren gewiß auch schon mit Schulden beladen; auch zu andern Staats-Ausgaben bestimmt.

c) Würden die Gläubiger, welche auf die hypothecirten Unterpfänder den gerechtesten Anspruch hätten, hiedurch in ihrer Sicherheit beträchtlich gefährdet werden.

d) Die Unterthanen auf dem diesseitigen Rhein-Ufer würden, in Entstehung anderer wenig zu findenden Quellen, mit Abgaben, zur Tilgung solcher fremden Schulden gequält werden, wovon sie keinen Nutzen gehabt hätten.

e) Würden durch Uebertragung der Cameralschulden auf die diesseitigen Objecte die Entschädigungsgegenstände depretiirt, folglich Vermehrung derselben gefordert werden, hieraus aber die Inconsequenz entstehen, daß, wer mit den meisten jenseitigen Schulden beladen sey, auf eine verhältnißmäßig größere Vergütungsmasse an Land und Leuten Anspruch machen könnte.

f) Zudem sey von einigen und gerade den beträchtlichsten teutschen Landen auf dem linken Rhein-Ufer bekannt, daß keine Passivschulden auf denselben hafteten; von andern aber, daß ihre Schulden sehr unbedeutend seyen; so, daß also für die französische Republik die obgleich an sich starke Schulden der übrigen teutschen Lande im Ganzen weit weniger Betracht verdienten; wogegen die Lande auf dieser Rheinseite, welche Teutschland von der französischen

Republik zurück erhalte, dermaaſſen zu Grunde gerichtet ſeyen, daß vielleicht ein Jahrhundert nicht hinreichen werde, ſich von ihren eigenen Schulden zu erholen; ſie alſo um ſo weniger im Stande ſeyen, auch noch fremde Schulden zu tragen und zu verzinſen.

Die franzöſiſchen bevollmächtigten Miniſter hätten endlich in ihrer jüngſten Mittheilung der Renunciationen gedacht, welche ſie in Beziehung auf dasjenige verlangten, was von dem teutſchen Reich cedirt werden ſolle. So wie nun dieſe Verzichtleiſtungen dieſſeits keinen Anſtand fänden, auch zum Theil unterm 3. März vorläufig zugeſichert worden ſeyen, eben ſo wenig dürfe man zweifeln, daß auch eine gleiche Verzichtleiſtung für das teutſche Reich von jenſeits geſchehen werde; weßwegen man wiederholter Maaſſen die ausdrückliche Anerkenntniß deſſen gewärtigen müſſe, worauf in dem 3. Punkte der Anlage zur Note vom 3. März angetragen worden ſey, ſo wie denn auch in Anſehung der, während dem Krieg entſtandenen, Forderungen der franzöſiſchen Republik an einzelne Stände des Reichs das im 15. Punkten daſelbſt ausgedruckte Verlangen um ſo mehr erneuert werden müſſe, als dergleichen Verzichtleiſtungen bey Friedensſchlüſſen Herkommens ſeien, und es ohnehin ſehr drückend ſeyn würde, nach ſo großen Aufopferungen, welche das Reich zum Beſten des Ganzen und aller einzelnen Stände gethan habe, leztere noch weitern Anſprüchen und Forderungen des Kriegs zu einer Zeit ausgeſetzt zu ſehen, wo das Reich ſelbſt ſchon die Früchte des Friedens genießen würde.

Schlüßlich müſſe die Reichs-Friedensdeputation die franzöſiſchen Miniſter nochmals um Beantwortung aller in der jüngſten Note theils noch gar nicht, theils nicht

Digitized by Google

erschöpfend beantworteten, Punkte, sonderlich des 7, 8, 9, 11, 13, 14, 17. und 18, welche die Sicherheit und freye Disposition aller und jeder Eigenthümer über ihre Besitzungen und Zuständigkeiten auf der linken Rheinseite — die Amnestie mit ihren Folgen — die Versorgung der, durch die neue Organisation ihre Existenz verlierenden geist- und weltlichen Personen — die Nichtanwendung der Emigrationsgesetze auf die cedirten Lande — auch die für Elsaß und Lothringen insbesondere nöthige Verfügungen betreffen, hiermit angelegenst ersuchen.

Zehnte französische Gegennote, vom 22. Juny 1798.

Les soussignés Ministres plénipotentiaires de la République Françoise pour les négociations avec l'Empire Germanique, ont reçu la Note de la Deputation de l'Empire du 29. Floréal dernier qui leur a été communiquée par M. le Comte de Metternich, Plénipotentiaire de S. M. l'Empereur. Ils s'attendoient que la Députation, éclairée sur ses veritables intérêts et sur le danger des temporisations, penetrée comme eux-mêmes de la necessité d'une paix prompte et durable, n'hésiteroit point à accepter les propositions énoncées dans la Note de la Legation Françoise du 14. Floréal dernier; qu'elle reconnoitroit que la République victorieuse n'a pu se montrer plus modérée ni plus condescendante, et qu'on eût sans doute exigé d'elle bien d'avantage, si ses ennemis eussent rèussi dans leurs plans combinés d'envahissement et de partage; enfin qu'au lieu de s'engager de plus en plus dans une discussion interminable, elle s'appliqueroit à préciser ses réponses; qu'elle justifieroit sur-tout

Digitized by Google

l'opposition qu'elle manifeste dans les points les plus importans par cette force de raison, à laquelle les hommes de bonne-foi ne résisterent jamais.

Trompés dans leur attente, les soussignés n'ont mis que plus d'attention à méditer la note du 29. Floréal; mais ils doivent déclarer, qu'il ne résultoit pour eux d'un mûr examen aucun motif de conviction, qui ait pu les determiner à se desister de leurs premières demandes. Par exemple, ce n'est pas serieusement sans doute, que la Députation propose de renvoyer à une convention particulière ce qui est relatif, dans la note de la Legation Françoise, à la navigation du Rhin, au chemin de hallage, aux ouvrages riverains, aux droits de péage etc. On ne conçoit pas en effet, ce que c'est qu'un traité de commerce avec l'Empire en général; c'est avec chaque chaque Etat en particulier que l'on peut, suivant les convenances, former des relations de ce genre: mais tous les objets dont il est ici question, à l'exception peut-être des droits de douanes qui rentrent dans les conventions purément commerciales, doivent trouver place dans le traité de paix conclu avec l'Empire, parce qu'ils sont pour l'Empire d'un intérêt public et direct.

Il n'est pas plus facile de se rendre compte de la declaration faite par la Députation, qu'il est *hors de sa compétence* de s'expliquer sur la démande de la République Françoise, relativement à la libre navigation des rivières, qui se jettent dans le Rhin, et en général des grands fleuves d'Allemagne: il semble, que la Députation de l'Empire se récuse envain dans cette circonstance; s'il ne lui appartient-pas, de prononcer, au moins lui appartient-il de solliciter la décision de la Diéte Germanique: et certes, on auroit d'autant

Digitized by Google

plus lieu de s'étonner de son indifference à cet égard, que l'affranchissement des fleuves interieurs de l'Allemagne est un objet auquel en résultat la Nation Allemande est principalement interessée.

Le réfus de la Députation de consentir au rétablissement du pont commercial entre les deux Brisacks, n'est pas mieux fondé, surtout lorsqu'on fait attention que le prétexte en est tiré uniquement d'anciens traités qui ont prononcé la destruction de ce pont. Sans chercher ici, à approfondir les veritables motifs de la resistance manifestée sur cet objet, les soussignés répéteront, que l'avantage d'une partie de l'Allemagne, ne réclame pas moins que celui de quelques départemens de la République Françoise, que cette ancienne issuë soit rendue au commerce des deux nations. Pourquoi les craintes, qui naissent d'un état de guerre, s'opposeroient-elles toujours à l'entier bénéfice de l'état de paix?

Si on entroit dans les détails de toutes les difficultés que la Députation semble créer à chaque pas, on prouveroit également qu'elles n'ont rien de solide, et que les prétentions de la République demeurent dans toute leur force. Mais en négociations le point essentiel est d'avancer, et l'on n'avance pas en discourant. Il faut donc que de part et d'autre on s'explique sans retard et sans détour. Les soussignés en donneront l'exemple; et si la foiblesse des objections qu'on leur a opposées jusqu' ici ne peut motiver de leur part aucun sacrifice, ils en puiseront les motifs dans la politique bienfaisante de leur Gouvernement, dans son respect pour l'humanité, dans son desir sincère d'accélérer la conclusion du traité définitif, qui doit lier les deux puissances pour leur prospérité

Digitized by Google

commune. Voici en consequence les modifications qu'ils proposent à quelques articles de la note du 14. Floréal, en supposant, que la Députation accède aux autres articles qu'elle renferme; lesquels restent dans leurs entier ; les soussignés y persistent de plus fort comme ne pouvant souffrir des discussions. 1.) Kehl a trop souvent fait partie du domaine François pour ne pas être consideré comme ancienne possession Françoise, et sous ce rapport on ne doit pas croire, que la République s'en déssaisisse aujourd'hui; mais pour rassûrer l'Empire sur les inquiétudes qui lui sont inspirées, on promettra, que sur ce terrain il ne sera élevé ni ville, ni fort régulier, et que l'on ne conservera, que la tête-de-pont, et les redoutes nécessaires à sa protection. 2.) La République avoit démandé 50. arpens de terrain en face de l'ancien pont d'Huningue, avec un chemin suffisant, pour y arriver ; elle renonce à cette acquisition, se bornant à demander qu'il puisse être construit à Huningue un pont commercial de gré à gré entre les deux riverains. 3.) Les vives réclamations des Plénipotentiaires de l'Empire en faveur des Nobles immédiats seront accueillies par le gouvernement François. Il consentira à ce, que ceux, qui ne sont pas en même-temps Comtes, Princes, Etats d'Empire, et qui n'ont pas à la Diète voix collective ou individuelle, soient considerés comme simples particuliers et traités comme tels: bien entendu néanmoins, que de leur part il n'y aura lieu à aucune répétition ni indemnité quelconque, soit pour suppression des droits féodaux, soit pour défaut de jouissance ou pour cas de dégradation, jusqu'a l'époque, qu'ils seront remis en possession, c'est à dire jus-

Digitized by Google

qu'au jour de la ratification definitive. L'arrièré du revenu, dû à cette epoque appartiendra à la République. 4.) Les dependances sur la rive gauche d'établissemens ecclésiastiques sur la rive droite, devant rester à la République, les dépendances sur la rive droite d'établissemens écclésiastiques sur la rive gauche resteront à l'Empire.

Les Ministres plénipotentiaires de la République Françoise ne doutent point que la Députation de l'Empire ne mette à ces nouveaux témoignages de la moderation de leur gouvernement son veritable prix: de la réciprocité des sacrifices sortira une paix prompte, solide et honorable pour les deux Etats.

Rastadt du 4. Messidor an 6.
de la République Françoise.

Bonnier, Jean de Bry.

Eilfte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 6. July 1798.

Die französische Gesandtschaft habe in ihrer, unterm 4. Meßidor (22. Juny) auf die diesseitige Note vom 18. May ertheilten, Antwort zwar diejenigen beruhigenden Erklärungen noch nicht gegeben, welche man, von der unverkennbaren Stärke der mitgetheilten Gründe erwarten zu können, geglaubt habe; die Reichsdeputation sey vielmehr von den lebhaften Besorgnissen noch immer nicht zurückgekommen, welche die unerwarteten Forderungen der damaligen jenseitigen Note vom 3ten May (14. Floreal) bey ihr erzeugt hätten; gleichwohl habe sie aus der jüngsten Aeusserung der französischen bevollmächtigten Minister auf etwelche Punkte einige beschränkte

Nachgiebigkeit bemerkt, und sie habe aus dieser, auch der beygefügten feyerlichen Zusicherung des aufrichtigen Verlangens nach einem, zur gemeinschaftlichen Wohlfahrt beyder Nationen abzielenden, Definitivfrieden die Geneigtheit des französischen Gouvernements wahrgenommen, sich Bedingungen zu nähern, welche mit der Vollmacht dieser Reichsdeputation, nämlich der Abschliessung eines billigen, anständigen und dauerhaften allgemeinen Reichsfriedens, sich vereinigen liessen.

Sie, die Reichsdeputation, habe, um diesen Zweck zu erreichen, sich zu den möglichsten Aufopferungen bereits verstanden; und da sie sich überhaupt diesem Friedensgeschäft mit einer bisher in der deutschen Geschichte, bey so äusserst wichtigen, nach dem Reichsstyl zu bearbeitenden Verhandlungen, gewiß seltenen Thätigkeit gewidmet, auch sich hierbey über jede nicht wesentliche Anstände gern hinweggesezt habe, so könne die Meinung der bevollmächtigten Minister der französ. Republik gewiß nicht seyn, bey ihr, der Deputation, irgend eine ganz nicht denkbare geflissentliche Verzögerungs-Absicht zu vermuthen. Die jüngste Note der Reichs-Friedens-Deputation vom 18. May habe bereits ausführlich die Gründe enthalten, warum es dem Interesse des deutschen Reichs, dem klaren Sinne der, von beyden Theilen anerkannten, ersten Friedensbasis, und selbst den französischen offiziellen Zusicherungen gemäß sey, die Mitte des Rheins als die Gränze beyder Staaten anzunehmen; diese Gründe bestünden noch fort; durch die, in Betref des Forts Kehl in der lezten französ. Note vom 4. Meßidor (22. Juny) vorgeschlagene Modification werde das Hauptbedenken der Reichsdeputation, welches gegen jede Ueberlassung eines Platzes diesseit des Rheins gerichtet sey, nicht gehoben; denn, wenn auch das deutsche Reich zu einer Zeit, wo

Digitized by Google

von ihm selbst noch die wichtigsten Festungen auf der linken Rheinseite besessen worden sind, eine Tête de pont auf der rechten Rheinseite an Frankreich habe überlassen können, so würden doch die französischen Minister selbst erleuchtet einsehen, daß eine solche Ueberlassung mit der deutschen Sicherheit dermalen nicht mehr bestehen könne, wo die französische Republik dem Reich dagegen auf der linken Rheinseite gar nichts mehr gestatten wolle.

Es könne die Reichs-Friedens-Deputation daher nicht umhin, sich auf alle die, in der Note vom 18. May angeführten, mit der Wohlfahrt, der Ruhe, der Sicherheit und der militärischen Selbstständigkeit Deutschlands so enge verbundenen Betrachtungen dahier nochmals in der zuversichtlichen Erwartung zu beziehen, daß das französische Gouvernement nicht länger auf den festen Punkten diesseits und überhaupt auf keinem jener Ansprüche bestehen werde, welche die, als Gränze beyder Staaten angenommene, Mitte des Rheins auf irgend eine Art überschreiten, und sich mit dieser Eigenschaft als Gränze und mit der Gemeinherrschaft des Flusses ganz nicht vertrügen. Die Reichs-Friedens-Deputation sehe der Erfüllung dieser zuversichtlichen Erwartung um so gewisser entgegen, als die franzöſ. bevollmächtigten Minister bereits auf die Forderung der 50. Morgen Landes, Hüningen gegenüber, verzichtet hätten; so wie sie, die Deputation, dann auch in der Folge alles dasjenige gern mit anzugehen bereit seyn werde, was zur wechselseitigen Sicherheit dieser neuen Gränze etwa annoch erforderlich seyn könnte.

Aus demjenigen, was hiernächst die französischen bevollmächtigten Minister in ihrer jüngsten Note, in Betref eines zu errichtenden Handels- und Schiffahrts-Traktats, und der dahin Bezug habenden Gegenstände geäuß-

Digitized by Google

sert hätten, habe man ersehen, daß sie sich von demjenigen Schwierigkeiten, welche in Rücksicht der Douanes (Einfuhr-Zölle) angeführt worden seyen, nunmehr gleichfalls überzeugt und dermahlen schon dießfalls festzusetzende allgemeine Bestimmungen eben auch unausführbar gefunden hätten; man halte sich daher um so mehr versichert, daß sie auch den übrigen Betrachtungen über diesen Gegenstand beypflichten würden, als diese Gegenstände der Rheinschiffahrt mit den Einfuhr-Zöllen (den Douanes) und mit den weitern Anstalten einer Barriere, welche der Rhein alsdann formire, unzertrennlich verbunden seyen. Die französischen bevollmächtigten Minister würden auch ferner nicht mißkennen, daß ein Handlungs- und Schiffahrts-Traktat mit dem gesammten Reich in so fern allerdings Statt finden möge, als er Gegenstände betreffe, die das deutsche Reich im Ganzen angiengen; wie denn von jeher in Reichsfriedens-Schlüssen und in Reichs-Gesetzen von gesammten Reichs wegen allgemeine Verfügungen über diese Gegenstände gemacht worden seyen. Das franzöſ. Gouvernement habe seines Orts ein ergiebiges Surrogat für die bisherige Rheinzoll-Einkünfte schon wirklich gefunden, und unerachtet des noch nicht abgeschlossenen Friedens eingeführt, indem es ganz kürzlich seine Barriere an den Rhein vorgelegt habe, und Douanes (Einfuhrzölle) nach einem Tarif erhebe, welches die vom rechten Ufer auf das linke kommende Waaren weit höher als vorhin anlege; dagegen hievon die absoluten Bedürfnisse des linken Rheinufers, z. B. Früchte, Schlachtvieh, Holz ꝛc. befreye, verschiedene andere Artikel aber theils auszuführen verbiete, theils durch beträchtliche Essitozölle (droits de sortie) erschwere, dabey auch von den Transito-Waaren die bisherigen Zölle noch immer und in so lange provisorisch erheben zu lassen

Digitized by Google

verfügt habe, bis hierüber eine Uebereinkunft mit den Nachbarn getroffen seyn würde. Auf dem rechten Rheinufer hingegen bestehe gegen alle diese Anstalten noch zur Zeit nichts, als die hergebrachten Zollgebühren, und wenn diese nach dem jenseitigen Verlangen schon durch das gegenwärtige Friedens-Instrument sollten aufgehoben werden, so würden die deutschen zollberechtigten Landesherren hiefür ohne alles Surrogat seyn, und dieses die bedenkliche Folge haben, daß die kostspieligen Unterhaltungen des Rheinbettes vernachläßiget, dadurch aber die Schiffahrt selbst nothwendig leiden würde; nicht zu gedenken, daß auch die batavische Republik ihre Zölle aufheben müßte, wenn eine allgemeine Aufhebung der Rheinzölle statt haben sollte. — Wenn man nun mit diesen Betrachtungen noch die weitere verbinde, daß zu gründlicher Berichtigung sämtlicher Handels-Verhältnisse und Aufstellung allgemeiner Grundsätze über dieselbe, eine vollständige Kenntniß der Local-Verhältnisse so vieler Lande und reife Prüfung aller dabey eintretenden mannichfachen Rücksichten unumgänglich erforderlich sey; wenn man ferner die, in ihren Folgen nicht zu berechnende, neue Richtung erwäge, welche der ganze Handel der, zunächst an den Rhein gränzenden und der entferntern, deutschen Lande durch Aufhebung der Rheinzölle erhalten würde, so dürfe man sich allerdings den Beyfall der franzöſ. bevollmächtigten Minister zuversichtlich versprechen, wenn man den Antrag wiederhole, daß es dermahlen noch und bis zu Abschliessung eines Handels- und Schiffahrts-Traktats bey den bisherigen Zollabgaben, und zwar dergestalt zu belassen sey, daß indessen in Ansehung der Zölle alles in Statu quo verbleibe, daß aber alsbald nach geschlossenem Frieden die Unterhandlungen über einen Commerz- und Schiffahrts-Tractat, mit Zu-

Digitized by Google

ziehung aller dabey mit intereßirten Staaten angefangen werden sollen; es verstehe sich hiebey von selbst, daß in diesem Tractat sich nur über allgemeine Grundsätze und solche Punkte, welche das allgemeine Interesse betreffen, vereinigt werden könne, und daß hierdurch die französische Republik nicht gehindert werde, hiernächst mit einzelnen Reichsständen auch noch eigene, dem allgemeinen Tractat nicht zuwiderlaufende, und den andern Theilen des deutschen Reichs unpräjudicirliche, Handels-Uebereinkünfte zu treffen. Wenn übrigens die Reichs-Friedens-Deputation in ihrer lezten Note die Anträge wegen der freyen Rheinschiffahrt, wegen des Leinpfades, und wegen des Uferbaues vorerst auf den abzuschliessenden Handels- und Schiffahrts-Tractat verweisen zu müssen, geglaubt habe, so habe sie jedoch zugleich zu erkennen gegeben, daß sie vor der Hand dieser speciellen Gegenstände halben unter gewissen, beyden Theilen gleich nützlichen, Erläuterungen verstanden sey. Die Reichs-Friedens-Deputation finde daher dermahlen kein weiteres Bedenken, zu erklären, daß diese Artikel als zugestanden dem künftigen Friedens-Instrument dergestalt eingerückt würden, daß bey dem Leinpfade die Worte: Nach Nothdurft und Möglichkeit beyzusetzen; bey der gemeinsamen und freyen Rheinschiffahrt aber der Grundsatz: Daß beyden Nationen das gleiche Recht der Schiffahrt auf dem Rhein zustehe, festzusetzen; dann durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik die freye Schiffahrt auf dem Rhein bis zu seinem Ausflusse sicher zu stellen, auch das Stapelrecht und der Schifferzunfts-Zwang allenthalben aufzuheben seyen.

Was sodann noch die Commerzial-Brücken betreffe, deren die neueste französische Note abermahl erwähne, so zögen immerhin dergleichen Brücken einen Contact nach

Digitized by Google

sich, der mit der Absicht einer strengen nassen Gränze sich nicht wohl vertrage, weswegen stehende Brücken zwischen zwey Staaten, so viel möglich, vermieden würden. Da nun auch die französ. bevollmächtigten Minister in ihrer jüngsten Note die Brücke bey Hüningen nicht anders, als mit freyem Willen und Einverständniß der beyderseitigen Uferbewohner zu errichten gedächten, folglich vorauszusetzen schienen, daß Kaiser und Reich ein solches Einverständnis zwischen den Riverains, d. i. zwischen den angränzenden deutschen Landesherren und den französ. Departements gerne zugeben würden, die Reichs-Friedens-Deputation hingegen neue, dergleichen stehende Brücken über den Rhein für das Commerz um so weniger nöthig finden könne, als es in dasiger Gegend an solchen Brücken schon wirklich nicht fehle, so dürfte man hoffen, daß die französischen bevollmächtigten Minister auf denselben nicht ferner bestehen würden.

Die Reichs-Friedens-Deputation habe ferner aus der jüngsten Note der französischen Minister ersehen, daß das französ. Gouvernement sich nunmehr entschlossen habe, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft das Eigenthum ihrer Güter und Besitzungen auf der linken Rheinseite zuzusichern; zugleich jedoch dieser Zusage einige wichtige Beschränkungen beyzufügen. Wie nun aber, so viel diese Beschränkungen betrift, die Reichsritterschaftlichen Güter, welche gerade in dem jetzigen Augenblick zufälliger Weise von einem, eine Viril- oder Curiat-Stimme auf dem Reichstag führenden, Reichsstande besessen würden, darum nicht minder ritterschaftliche Güter seyen, da Titel und Reichs-Standschaft des Besitzers die Eigenschaft der Güter nicht ändere; da folglich ein Unterschied unter ritterschaftlichen Gütern nach ihren Besitzern unbillig sey; und da es endlich den allgemein anerkannten Begriffen

über die Rechte des Eigenthums zuwider seyn würde, wenn man den Genuß dieser Besitzungen dermahlen noch erschweren oder für die Degradationen keinen Ersatz leisten wollte; so glaube man von der Gerechtigkeitsliebe des französ. Gouvernements auch noch erwarten zu können, daß sämtliche Reichsritterschaftliche Güter, und deren Besitz und Genuß, ihren, sowohl abwesenden, als auf ihren Gütern wirklich lebenden, Eigenthümern bis zum Abschlusse des Friedens ferner nicht würden entzogen, die angelegten Sequester dermahlen schon aufgehoben, wegen des erleidenden Verlustes, sonderlich an nützlichen, meist theuer erkauften Rechten, z. B. Zehnden, von den Zehndpflichtigen oder sonst eine billige Vergütung zugestanden, und in Ansehung derjenigen Eigenthümer, welche von andern Besitzungen zugleich stimmführende Reichsstände seyen, keine Ausnahme werde gemacht, sondern diesen gleich andern gestattet werden, diese Güter entweder als Fremde fort zu besitzen, oder nach Belieben frey zu veräusseru, ohne wegen solcher Veräusserung irgend einer weitern Taxe oder Abgabe zu unterliegen.

Die französischen bevollmächtigten Minister erklärten endlich in ihrer jüngsten Note, daß die dependances auf der linken Rheinseite von geistlichen Etablissemens auf der rechten der Republik, dagegen aber die dependances auf der rechten Rheinseite von geistlichen Etablissemens auf der linken, dem Reich verbleiben sollten. Die Ausdrücke: Dependances und Etablissemens ecclésiastiques seyen verschiedener Deutungen fähig: Es werde daher, um bey näherer Bestimmung der diesfalls aufzustellenden Grundsätze mit Verläßigkeit zu Werke gehen zu können, auch noch nöthig seyn, sich darüber zu äussern, was unter dem Wort: Etablissemens ecclésiastiques verstanden werde? Wie es mit demjenigen, was man unter dem

Digitized by Google

Ausdruck: pia Corpora, begreife, namentlich mit dem Vermögen von Universitäten und andern Schulanstalten, von Hospitälern, Wittwen- und Waisen-Instituten, Gemeinden und andern weltlichen Körperschaften soll gehalten werden? Was man eigentlich unter dependances, ob blos liegendes oder auch fahrendes Haab verstehe? Was insbesondere wegen der Kapitalien zu verfügen seyn möge? Ob derjenige Theil, dem solche dependances zufielen, sie ganz frey erhalte? Ob er keine andere, als die ohnehin auf selbigen haftenden, Lasten oder noch weitere, und was für welche, damit übernehme? Endlich, wem eigentlich diese dependances auf der rechten Rheinseite von Körperschaften auf der linken würden zu Theil werden?

Da sich über alle diese Anstände gerechte und billige Bestimmungen würden finden lassen, so zweifle man nicht, daß auch hierüber sich in balden werde vereinigt werden.

So wie man nun die jüngste französische Note hierdurch vollständig beantwortet zu haben glaube, so müsse man übrigens auch noch wegen aller andern diesseitigen Anträge, Punkte, Erklärungen und Voraussetzungen der Note vom 3. und 11. März, und vom 18. May (deren Erörterung unumgänglich nöthig, die aber bis jezt ganz unbeantwortet geblieben seyen), die französ. bevollmächtigten Minister um eine gleichfalls vollständige und umfassende Rückäusserung ersuchen, von deren Billigkeit man sich zum voraus um so sichrer überzeugt halte, als hierinn die gedachten Minister ohne Zweifel gern Gelegenheit finden würden, diejenigen Gesinnungen von Mäßigung zu realisiren, wovon das französ. Gouvernement dem deutschen Reiche Beweise zu geben, mehrmahl und noch besonders in der jüngsten Note vom 4. Meßidor (22. Juny) Hoffnung gemacht habe.

Digitized by Google

Eilfte franzöſiſche Gegennote, vom 19. Julius 1798.

Les soussignés Ministres de la République Française pour la Negociation avec l'Empire Germanique, ont reçû la Note de la Deputation de l'Empire du 21. Messidor dernier, qui leur a été communiquée par M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur. Il leur parait convenable avant tout, de répondre à quelques objections, que la Deputation leur a faite dans sa Note du 29. Floréal, & qu'elle renouvelle aujourd'hui; scavoir, que les dernieres demandes formées au nom de la République Française, sont en opposition avec les précédentes; que la Note du 14. Floréal énonce des prétentions éxagerées et inattendues, qui non seulement detruisent la limite convenue entre les deux Etats, mais qui menacent encore le bien-être & l'indépendance de l'Allemagne.

La Deputation de l'Empire doit se rappeller, que les Ministres plénipotentiaires de la République Française ont manifesté dès l'ouverture de la Négociation l'intention, où ils étaient, pour l'avantage commun d'en régulariser la marche; qu'en conséquence ils ont toujours évité dans leurs communications écrites ou verbales, de confondre les objets, en les cumulant, et qu'ils ont tenu constamment à ce, que les diverses questions fussent traitées dans leur ordre naturel. Au premier rang, sans contredit, était celle de la cession des païs situés sur la rive gauche du Rhin; venait ensuite le mode d'indemnité par la voïe des secularisations; mais les questions une fois résolues n'en excluent pas des subsèquentes. Jamais il n'est arrivé aux Ministres plénipotentiaires de la République Française, de donner à cet égard le moindre

signe

signe de rénonciation. La Deputation elle même prévoiait si bien, qu'il lui serait adressé des démandes ultérieures, qu'elle a exprimé plus d'une fois le désir, que la Légation Française s'expliquât à ce sujet. Les propositions faites aujourd'hui par les soussignés ne sont donc, qu'un effet trés simple de la progression des idées, qu'un développement successif du plan regulier, qu'ils avaient annoncé. Considérées en elles mêmes, elles n'ont rien de contraire à ce, qui a été proposé et convenu antérieurement. De ce qu'un état a une limite reconnue, il ne s'ensuit pas, qu'il ne puisse pourvoir d'ailleurs a la surèté de cette limite; sans être taxé pour cela, d'avoir des vues d'aggrandissement; et ici il faut remarquer, que la France aïant été attaquée, et ses armées aïant triomphé, elle doit d'un côté porter plus loin ses mesures de précaution pour l'avenir, et que d'un autre côté elle peut justement prètendre à une compensation plus forte des sacrifices immenses que la nécessité de se defendre, lui a imposés. Cependant elle a scu moderer ses légitimes prétentions. Toute personne impartiale ne verra rien dans les conditions de paix, qu'elle offre à l'Empire, qui ne soit extremêment raisonnable, ou qui ne tienne à la nature de tous les traités, lesquels emportent toujours une certaine inégalité d'avantages suivant la position relative des puissances contractantes. Non, l'intention du gouvernement Français ne sçaurait étre, que l'independance de l'Empire Germanique fut menacée, ni compromise. Son voeu serait bien plutôt, qu'elle acquit plus de force et de solidité. La Deputation sentira, si elle veut y réflechir, que les deux points possédés à la droite du Rhin par les Français, bien loin de

Digitized by Google

lui faire ombrage, doivent au contraire être régardés comme un lien de confiance, comme un des gages de la tranquillité future des deux Nations.

Passant maintenant à la Note du 21. Messidor, les soussignés observent en premier lieu, que la Deputation de l'Empire ne parait pas avoir bien saisi ni assés apprècié le contenu de celle, qu'ils ont remise le 4. du même mois, et qu'en adoptant un systeme presqu'absolument negatif, tandis qu'eux mêmes se relachent sur des points importants, elle ferait peut-être douter de la sincerité de ses inténtions pacifiques. Les soussignés écarteront toujours un pareil doute; mais aussi la Deputation de l'Empire doit de son coté eloigner l'idée, que la moderation de la République et les facilités, qu'elle apporte à la conclusion de la paix, puissent s'étendre au dela de leurs justes bornes. Une seconde observation à faire, c'est, que la note des Ministres Plénipotentiaires de la République Française du 4. Messidor n'avait pas seulement pour objet, d'abandonner ou d'adoucir certains articles de celle du 14 Floreal; mais, qu'encore on y insistait sur les autres articles de cette même note, qui etaient maintenus et non sujets à modification. Cependant la reponse de la Deputation de l'Empire ne contient à cet égard aucune declaration precise et propre, à ammenér enfin un resultat quelconque. Il ne reste donc aux soussignés, qu'un parti à prendre, pour tirer la negociation de cet etat de langueur et d'incertitude: C'est de reunir sous un seul point de vue les propositions renfermèas dans leur note du 14. Floreal et 4. Messidor; de repondre aux points objectés, qui en seraient susceptibles, et de declarer positivement ce, qui doit etre accordé ou refusé.

Digitized by Google

1. Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française persistent dans tout ce qu'ils ont demandé relativement à la navigation du Rhin, et voient avec plaisir, que la Deputation se soit approchée de leurs propositions evidemment dictées par le desir d'une prosperité commune. Mais ils ne peuvent voir sans surprise, qu'elle hesite à reconnaitre, que cet objet, etant d'un interêt direct pour tout l'Empire, les stipulations, qui s'y rapportent, doivent necessairement trouver place dans le traité actuel: ils s'etonnent surtout, qu'elle ait reclamée le maintien provisoire des droits de péage jusqu'à la conclusion d'un traité de commerce, ce qui equivaudrait, attendu les difficultés d'un traité de ce genre avec l'Empire en général, à une conservation pure et simple des droits les plus gènans pour le commerce. Les soussignés demandent de plus fort l'abolition des péages et l'insertion au traité de paix de tous les articles relatifs à la navigation du Rhin. Pour donner une nouvelle preuve des principes, qui les dirigent et de l'esprit conciliateur, dont ils sont animés, ils consentiront à ce, que cette navigation soit absolument libre pour les riverains; que les droits d'etape soient abolis, ainsi, que les corporations des bateliers. La Députation observera surement, que c'est là de la part de la République Française une cession reelle, qui doit écarter toutes les difficultés et qui meritera d'être compensée. On espere aussi, que la Députation reclamera efficacement de la Diete Germanique l'affranchissement des fleuves interieurs de l'Allemagne, ou du moins des rivieres, qui se jettent dans le Rhin.

2.) La République Française se departira de sa demande de la totalité des isles du Rhin: des deux

Digitized by Google

moyens, proposés par la Députation pour le partage du fleuve, on admettra le Thalweg. Ainsi les isles, qui se trouveront à la droite du chemin de navigation, resteront à l'Empire; celles, qui seront à la gauche, appartiendront à la République, ainsi que l'isle Saint Pierre, située au dessous de Mayence, laquelle est formellement exceptée de la portion echue à l'Empire. Les soussignés font neanmoins aussi la reserve expresse, que, si au delà du cours du grand Rhin il y a des isles dependantes de la France, elles lui seront conservées. Il sera encore convenu, que dans le cas, ou le cours du fleuve changerait, les isles demeureront sous la souveraineté, à la quelle elles auront été attachées par le traité. Dans aucun cas il ne sera touché à la neutralité de la navigation.

3.) Ainsi, qu'on l'a dit dans la Note du 14. Floreal, Cassel, le Fort de Mars et territoires ne peuvent pas être separés de Mayence, dont ils ont toujours été considerés comme faisant partie et qu'ils menaceraient sans cesse, s'ils n'etaient pas dans les mêmes mains. L'existence d'Ehrenbreitstein etant incompatible avec celle de Coblence, la sureté de la Republique exige la demolition. Ce sont deux points, sur lesquels il ne peut y avoir lieu à discussion ni à modification. A l'egard de Kehl, les soussignés devaient croire, qu'ils s'etaient suffisamment relachés des prémieres demandes dans l'Art. 1. de leur Note du 4. Messidor. Pour lever toute difficulté, on renoncera encore aux redoutes, qui etaient expressement reservées par le dit article.

4.) La Députation oppose à la demande, d'etablir des ponts commerciaux à Hunningen et entre les deux Brisac, *que les établissemens de ce genre sont toujours*

Digitized by Google

un point de contact, qu'on évite autant, qu'il est possible, entre les deux etats. On n'examinera pas ici, si cette opinion est bien ou mal fondée; mais une verité reconnue et tres importante, c'eſt, que l'agriculture et le commerce, ces deux grandes sources de la richesse des Nations, reclament dans tous les pais des communications promptes, faciles, multipliées. Les interêts commerciaux ne sont ils pas les plus precieux et peut être le seul veritable element des relations de peuple à peuple?

La Députation objecte encore, *que l'établissement de nouveaux ponts sur le Rhin est d'autant moins necessaire pour le commerce, qu'on n'en manque pas.* Cette seconde objection peu solide en soi, detruit en quelque sorte la premiere. D'abord l'existence de ces ponts prouve, que le moyen de rapprochement est utile sans danger: ensuite quel inconvenient y a-t-il à en accorder deux de plus, surtout quand ces nouvelles constructions sont si bien adoptées aux localités et desirées egalement par les riverains respectifs? Au surplus on pourrait se borner à declarer, qu'il n'y aura point de difficulté, à laisser etablir les ponts commerciaux.

5.) En ce, qui concerne la Noblesse immediate, les soussignés persistent dans l'Article 3. de leur Note du 4. Messidor. Les representations, que la Députation de l'Empire fait à ce sujet ne peuvent avoir aucune suite, parcequ'elles sont contraires aux principes et aux loix de la République Française.

6.) Il est dit dans la Note du 14. Floreal, que conformement aux principes generalement reçus, les dettes, dont seraient grévés les objets cedés à la République seraient transportées sur les objets donnés en

Digitized by Google

remplacement. Cette disposition, de laquelle les Electeurs ecclesiastiques ne sont point exceptés, est invariable.

7.) Les soussignés renouvellent la demande des renonciations detaillées dans la note precitée et notamment, qu'on stipule dans le futur traité l'abandon des droits quelquonques de l'Empire sur toutes les parties du territoire Italien, qui pourraient en relever et qui appartiennent aujourd'hui aux Républiques établies dans cette contrée. Ils demandent aussi, que par une clause speciale, inserée au même traité, quoiqu'il ne puisse s'elever aucun doute, ni difficulté à cet egard, on stipule la cession du Frikthal et l'abandon au profit de la République Française de tous les droits, que l'Empire Germanique pourrait pretendre sur ce territoire.

Telles sont les propositions, que les Ministres Plénipotentiaires de la République Française offrent à la deliberation de la Députation de l'Empire; se referant au surplus à leurs notes du 14. Floreal, 4. Messidor, et precedentes, en tout ce qui n'est pas contraire à la presente et n'y serait pas expressement rappellé; ils les presentent comme des conditions de la paix; ils invitent la Députation de l'Empire, à les prendre en trés grande consideration et à faire cesser par une declaration claire et precise sur chacun des Articles proposés toute incertitude sur la marche ulterieure de la Negociation.

Ils ont l'honneur, d'assurer M. de Metternich, Ministre Plénipotentiaire de Sa Maj. l'Empereur, de leur consideration la plus distinguée.

Rastadt le 1. Thermidor l'An. 6.

Bonnier. Jean Debry.
Roberjot.

Digitized by Google

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 7. August 1798.

Daß der dahiesigen französischen Gesandtschaft auf ihre Note vom 1. Thermidor (19. Julius) zu antworten seyn möge:

Es habe für die Reichs-Friedens-Deputation nicht anders als beruhigend seyn können, in der Note der bevollmächtigten französischen Minister vom 1. Thermidor (19. Julius) sowohl in verschiedenen Punkten der Negociation eine weitere Nachgiebigkeit, als auch die abermalige feyerliche Erklärung zu finden, wie wenig es die Absicht der französ. Regierung sey, daß die Unabhängigkeit des deutschen Reichs bedrohet, oder compromittirt würde, und wie sehr sie vielmehr wünsche, daß diese Unabhängigkeit noch mehrere Kraft und Vestigkeit erhalten möge. Diese erklärten Gesinnungen des französischen Gouvernements, verbunden mit der wiederholten ausdrücklichen Zusicherung seiner fortdauernden ernstlichen Neigung zum baldigen Frieden, belebten die Hofnung, daß die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beyden Nationen, welche zu erreichen die Deutschen sich bereits zu den äusserstlen Aufopferungen verstanden haben, ungeachtet der verschiedenen Meinung, welche noch über manche Gegenstände herrsche, dennoch bald wieder glücklich würden hergestellt werden.

Die französische Note vom 1. Thermidor (19. Jul.), schickte sogleich in ihrem Eingange, in Rücksicht des bisherigen Geschäftsganges, einige Bemerkungen voraus, welche die Deputation ihres Orts mit einigen Gegen-Bemerkungen zu erwiedern nöthig finde.

Die französ. bevollmächtigten Minister sehen es nämlich als eine blos einfache Wirkung der Ideen-Progreßion,

als eine allmählige Entwicklung ihres regelmäßigen Plans (developpement successif de leur plan regulier) an, wenn nach debattirten ältern Forderungen noch weitere neue nachgetragen würden; sie behaupteten, daß auf die Aufstellung neuer Forderungen von ihnen niemals verzichtet worden sey. Die Reichs-Friedens-Deputation hingegen habe immer die Ueberzeugung gehabt, daß der Standpunkt stets verrückt, die Uebersicht des Ganzen unmöglich gemacht, und die Negociation niemals zu einiger Bestimmtheit gelangen würde, wenn den einmal proponirten Friedens-Bedingungen stets neue folgten. Blos in dieser Hinsicht habe die Reichs-Friedens-Deputation, noch bevor sie sich zu irgend einer Basis verstanden habe, in ihrer Note vom 10. Febr. l. J. von den französischen bevollmächtigten Ministern begehrt, „dasjenige „auf einmal vollständig zu übersehen, was die französ. „Republik von dem deutschen Reiche, nach einem un„glücklichen Kriege, als Opfer verlange". Und als man sich in der Folge gedrungen gesehen, der jenseits proponirten ersten Friedensbasis in der Note vom 11. März l. J. beyzutreten, so sey dieß unter Voraussetzungen geschehen, welche unter andern auch alle weitere Forderungen an das deutsche Reich ausgeschlossen hätten. Man habe hierdurch alles erschöpft geglaubt, (siehe Note vom 22. März), „was nur irgend von dem Reiche, „des so sehnlichst erwünschten Friedens wegen, gefor„dert werden möge", und habe deswegen auch ausdrücklich diese Voraussetzungen vom 11. März abermahlen den Noten vom 4. und 21. April, so wie es auch gegenwärtig geschehe, erneuert. Diesseits hätten daher die neuere Forderungen der französ. Note vom 14. Floreal (3. May) nicht anders, als höchst unvermuthet seyn können. Dennoch habe die Reichs-Friedens-Deputation, durch ihren

Digitized by Google

so sehnlichen Wunsch nach einem baldigen Friedensschlusse bestimmt, auch noch einige dieser neuern Forderungen zu bewilligen, sich in den Noten vom 18. May und 9. July l. J. entschlossen; bey andern dieser Forderungen hätten die französ. bevollmächtigten Minister in ihren Noten vom 4. Meßidor (22. Jun.) und 1. Therm. (19. July) sich zu einiger Nachgiebigkeit oder zu Modificationen verstanden, und die gegenwärtig annoch in Discußion befangenen Punkte hätten die französ. bevollmächtigten Minister zum Theil in ihrer lezterwähnten Note in 7. Artik. zusammengefaßt, die man gegenwärtig punktweise und auf eine Art beantworten werde, welche neue redende Beweise des diesseitigen aufrichtigsten und thätigsten Verlangens nach Herbeyführung der von Deutschland, obgleich theuer zu erkaufenden Pacification enthalte.

ad 1) Habe man zwar diesseits die Anträge, in Betref der Handels- und Schiffahrts-Verhältnisse, bis zu einem eigenen Commerz-Traktate zu verschieben vorgeschlagen, um diese höchstwichtige und so vielen Rücksichten unterworfene Angelegenheit gründlich erörtern zu können; liessen sich jedoch diese Schwierigkeiten so geschwind beseitigen, daß, ohne den Abschluß des Friedens aufzuhalten, das Resultat der zu treffenden Uebereinkunft sogleich in das Friedens-Instrument selbst gebracht werden könne, so sey man hiezu diesseits gleichfalls bereit.

In Rücksicht der **Rhein-Transito-Zölle** (droits de péage) wolle man nunmehr dem so bestimmten Verlangen der französ. bevollmächtigten Minister ebenfalls nachgeben, und in die Aufhebung dieser Rhein-Zölle willigen, indem die französ. Republik auch die auf dem linken Rhein-Ufer befindliche, so wie die Stapel-Rechte und Schiffer-Zünfte ihres Orts aufzuheben, zusage. Da indessen die **Einfuhr-Zölle** (droits de douane) einigen Ersaz für

die beträchtlichen, durch die gedachten Transito-Zölle entbehrten Einkünften abgeben sollten, deren Einführung aber aus den in den vordern diesseitigen Noten enthaltenen Gründen mit vielen Schwierigkeiten umwunden sey, so müsse man jedoch dabey ausbedingen, daß die Zeit der wirklichen Aufhebung erst nach zwey Jahren eintreten solle, binnen welcher man sich über die bey den douanes einzuhaltenden Grundsätze vereinigen, auch nach dem in den diesseitigen Noten vom 18. May und 9. July bereits gemachten Antrage, durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik, die freye Schiffahrt auf dem Rheine vollends bis zu seinem Ausflusse sicher stellen könne.

ad 2.) Sey die Reichs-Friedens-Deputation damit einverstanden, daß der schiffbare Hauptstrom des Rheins, oder der sogenannte Thalweg, wie er von Zeit zu Zeit gemeinschaftlich durch verpflichtete Kunstverständige ausgesteckt werde, die künftige Gränze zwischen Deutschland und Frankreich bis dahin ausmache, wo derselbe aus dem Herzogthum Cleve, unter dem Namen Waal, in Holland tritt. In gedachtem Herzogthum selbst aber werde der die Büdericher-Insel durchschneidende Kanal für den sogenannten Thalweg anzusehen seyn.

In Rücksicht der Rhein-Inseln sey der Vorschlag, daß die Inseln auf der rechten Seite des Thalweges unter der Hoheit des deutschen Reichs, die Inseln auf seiner linken Seite aber unter der Hoheit der französ. Republik blieben, oder unter dieselbe kämen — den diesseitigen Anträgen ganz angemessen; auch nehme man keinen Anstand, dem fernern Vorschlage, in Ansehung des Theils des Rheins, der schon vordem die Gränze zwischen Deutschland und Frankreich gemacht habe — daß nämlich diejenigen Inseln auf der rechten Seite des Thalwegs, welche

bisher schon unter unstreitiger französ. Souverainetät gestanden seyen, auch unter derselben fernerhin verblieben — unter Bedingung des Reciproci für das deutsche Reich und die deutschen Landesherren in Ansehung solcher auf der linken Seite des Thalwegs gelegener, gegenwärtig aber unter deutscher Souverainetät befindlichen Inseln, ebenfalls beyzutreten. Dann finde man den weitern Antrag der französischen bevollmächtigten Minister eben so annehmbar, daß die künftige Aenderung des Thalwegs in Zukunft nichts an den Hoheits-Rechten über die Inseln ändere, sondern daß diese vielmehr von nun an nach ihrer gegenwärtigen Abtheilung unter der deutschen oder französischen Ober-Herrlichkeit verblieben, ob sie schon etwa in der Folge auf eine andere Seite des Thalwegs verlegt würden. Das Privat-Eigenthum der Inseln und der ungehinderte Bezug ihres Ertrags bleiben, wie es sich ohnehin verstehe, den bisherigen und künftigen Eigenthümern, ohne Rücksicht auf die Gränzscheidung, durch den Thalweg. Uebrigens werde die Neutralität der Schiffahrt diesseits genau beobachtet werden.

ad 3.) Die Reichs-Friedens-Deputation, um alles zu erschöpfen, was nur immer sich mit ihren aufhabenden schweren Pflichten, und mit ihrem lebhaften Verlangen vereinigen lasse, dem deutschen Reiche die wohlthätigen Folgen des Friedens baldmöglichst zu verschaffen, habe beschlossen, ungeachtet aller der empfindlichen Opfer, die sie diesem Zwecke bereits gebracht habe, gleichwohl auch noch dem so schmerzlichen Antrage der französischen bevollmächtigten Minister, „daß die Festungs-Werke von „Ehrenbreitstein nach dem Friedensschlusse geschleifet wür„den", jedoch sub conditione sine qua non et resolutiva, nachzugeben, daß dagegen auch das französ. Gouvernement alle vesten Punkte auf der rechten Rheinseite

und diesseits des Thalweges, als Kehl, Kassell, die Mars-Schanze, (Fort Mars) und die Peters-Aue, (l'Isle St. Pierre) sämtlich ebenfalls demolirt, dem Reiche wieder einräume, und auf alle Ansprüche und Anforderungen an diese und andere veste Punkte diesseits des Thalweges feyerlich verzichte. Indem nun aber die Reichs-Friedens-Deputation auf eine bisher mit so gutem Erfolge bestandene Schutzwehre künftig zu verzichten sich entschliesse, so glaube sie sich auch berechtiget, zu verlangen, daß, sowohl die bisherige Blokade der Vestung Ehrenbreitstein, als die gegen die Bewohner des Thals Ehrenbreitstein angelegte Sperre der Victualien und anderer Lebens-Bedürfnisse, den bestehenden Conventionen ohnehin gemäß, alsbald werde aufgehoben werden.

ad 4.) In Betreff der Commercial-Brücke bleibe, wie man bereits in den diesseitigen Noten vom 18. May und 9. Julius bemerkt habe, immerhin gewiß, daß stehende Brücken auf einem Gränz Flusse zwischen zwey Nationen nicht blos nach Commercial-Rücksichten, sondern auch als Berührungs-Punkte in politische und militärische Betrachtung kommen müßten; — Gründe, welche schon in vordern Friedens-Schlüssen die Errichtung solcher Brüken untersagt hätten. Hiezu komme nun, daß die Hünninger-Brücke kaum eine halbe Stunde von der Basler-Rhein-Brücke zu stehen kommen würde; daß sie auf der rechten Fluß-Seite eben so leicht an das schweizerische, als an das deutsche Reichs-Gebiet angestossen werden könne, indem ein Theil der dortigen Schiffer-Insel, so wie das hinter derselben liegende veste Land, dem Kanton Basel angehöre. Der Brücke zwischen den beyden Breysach aber (da dergleichen Brücken, selbst nach den jenseitigen Anträgen, nur mit gemeinschaftlichem Einverständnisse der Ufer-Bewohner (de gré à gré entre les riverains)

errichtet werden sollten) stehe ohnehin entgegen, daß der dortige Riveram, das Erzhaus Oesterreich, eine solche Brücke weder nützlich noch nothwendig finde; man hoffe daher, daß das französ. Gouvernement auf diesen Brücken fernerhin zu bestehen, nicht gemeynt seyn werde.

ad 5.) Müsse man, in Ansehung der Reichsritterschaftlichen Besitzungen auf dem linken Rheinufer, einen Unterschied unter Reichsritterschaftlichen Gütern nach ihren Besitzern forthin als unbillig ansehen, und daher noch stets die Hoffnung hegen, daß dießfalls sowohl, als auch in Rücksicht der Aufhebung des angelegten Sequesters und der für den erleidenden Verlust zu leistenden billigen Vergütung, von Seiten des französischen Gouvernements eine weitere Nachgiebigkeit eintreten werde.

ad 6.) Habe man bereits in der Note vom 18. May den französischen bevollmächtigten Ministern sowohl die verschiedenen Arten von Schulden auf dem linken Rheinufer zergliedert, als auch die stärksten Gründe angeführt, welche sich der Uebertragung sämtlicher Kameral- und Domänen-Schulden auf Gegenstände des rechten Rheinufers von allen Seiten entgegenstellten; bey den französ. bevollmächtigten Ministern schienen aber diese so wichtigen Betrachtungen die gehofte Ueberzeugung noch nicht bewirkt zu haben, indem sie in ihrer jüngsten Note vom 1. Thermidor (19. Julius) nach wie vor sogar — im Allgemeinen auf die Uebertragung sämtlicher Schulden unnachläßig bestünden, ohne auch nur dem geringsten Unterschiede zwischen denselben, weder in Ansehung ihrer Veranlassung oder ihrer Verwendung, oder der Zeit, in welcher sie kontrahirt worden, oder endlich in Ansehung der Gläubiger und der Natur der Hypotheken Statt zu geben. Diesseits müsse man daher sich nicht nur nochmal auf die Note vom 18. May und die daselbst gemach-

Digitized by Google

ten wesentlichen Betrachtungen beziehen, sondern auch noch weiter bemerken, daß diese Schulden-Uebertragung nicht blos in politischer Hinsicht höchst lästig und beynahe unausführbar seyn würde, sondern daß sie auch, in Hinsicht auf die Gläubiger, mit den natürlichen und bürgerlichen Gesetzen sich nicht vertrage. Der Gläubiger habe allein an seinen Schuldner das Recht der Forderung; bey deutschen Staatsschulden sey aber selten die Person des Regenten der Schuldner, sondern häufiger die einzelnen Länder, an welche sich der Gläubiger daher zu halten berechtiget sey. Wider den Willen der interessirten Theile könne man weder diese Schulden auf andere Lande übertragen, noch auch den Gläubiger zwingen, das Subject und Object des gegebenen Credits zu verändern, noch ihn, falls ein anderes Land wirklich freywillig seine Forderung übernehmen wollte, in den Fall setzen, in Concurs-Fällen seine Priorität und die Rechte seiner Classe andern ältern Gläubigern aufopfern zu müssen. Diese rechtliche Befugnisse des Gläubigers gehörten unter sein Privat-Eigenthum, welches die französ. bevollmächtigten Minister unberührt zu lassen zugesagt hätten; sie seyen bürgerliche Privatrechte, welche das französ. Gouvernement zu kränken gewiß nicht gemeynt seyn werde.

ad 7.) Habe die Reichs-Friedens-Deputation unterm 3. März und 18. May sich schon im Allgemeinen zu all jenen Verzichten bereit erklärt, welche aus der Natur der gegenwärtigen Ueberlassungen nothwendig flössen; sie habe sich jedoch hiebey für das deutsche Reich das reciprocum vorbehalten, ohne daß die franz. bevollmächtigten Minister sich hierüber bisher geäussert hätten. Da nun auch noch die Renunciation zu Gunsten aller mit Frankreich verbundenen Republiken blos im Allgemeinen anverlangt werde, ohne weder diese, noch die Gegenstän-

Digitized by Google

de, auf welche der Verzicht eigentlich geleistet werden solle, zu benennen; so erfordere die Wichtigkeit der Sache, und die Verhütung künftiger Zweifel und Streitigkeiten, daß man vordersamst einer hinlänglichen und detaillirten Aufklärung über diesen ganzen Gegenstand entgegensehe, bevor man diesseits eine bestimmte Rückäusserung zu ertheilen im Stande sey; wobey man voraussetze, daß ersagte Republiken eben so auch ihres Orts auf alle Rechte und Ansprüche, welche sie etwa an das Reich haben mögten, renunciren und zugleich versprechen würden, das in ihren Gebieten liegende Vermögen, Einkünfte, Rechte, Gerechtsame und Besitzungen aller und jeder deutschen Reichsstände, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft, auch sonstiger mittel- und unmittelbaren Reichs-Angehörigen, auf alle Art denselben zu erhalton, und sie in deren vollem Genusse auf keinerley Weise zu stören; so wie anderer Seits diesen Republiken, ihren Körperschaften und Einwohnern, die Proprietäten ebenfalls verbleiben würden, welche sie dermalen im deutschen Reiche besässen. Bey diesem siebenten Punkt endlich sezten die französ. bevollmächtigten Minister auch noch als bekannt voraus, daß das deutsche Reich sich aller Ansprüche auf das dem Erzhaus Oesterreich zustehende Frickthal in dem künftigen Friedens-Vertrage begeben werde. Der Reichs-Friedens-Deputation habe aber dieser Antrag nothwendig um so mehr fremd seyn müssen, da man nur diejenigen deutschen Besitzungen jenseits des Rheins, welche unmittelbar an das französische Gebiet stiessen, der französ. Republik unter gewissen Voraussetzungen zu überlassen sich erklärt habe, das Frickthal aber durch einen Theil der Schweiz von Frankreich abgesondert werde. — Hierauf sey selbst auch der Antrag der französ. Minister bis jezt nicht gerichtet gewesen, da ihre noch vor der Cession

des linken Rheinufers erlassene Note vom 2. Ventose (20. December) ausdrücklich besage, daß diese erste Basis — die Rheingränze — der französ. Republik nichts gebe, als was sie schon besitze: „Qui enfin ne laissant „à la République que ce qu'elle *possède*, garantit encore „la tranquillité future des deux Etats". Wie es nun solcher Gestalt nie die Meinung der Deputation gewesen, noch habe seyn können, das von französ. Truppen nicht occupirte Frickthal unter besagter Länder-Ueberlassung mit zu begreifen, so könne man auch dermalen nicht dieser neuerlichen Forderung diesseits Statt geben.

Uebrigens seyen viele diesseitige Anträge, Vorschläge und Anfragen, namentlich der Noten vom 3. März, 18. May und 9. July, von den französ. bevollmächtigten Ministern in ihrer jüngsten Note vom 1. Therm. (9. Jul.) abermals gänzlich übergangen worden; die Reichsfriedens-Deputation, stets überzeugt, daß ohne die Erörterung der obgedachten Gegenstände, eine vollständige Bestimmung des Verhältnisses zwischen beyden Nationen nicht denkbar sey, müsse daher die französischen bevollmächtigten Minister um eine umfassende Antwort auf alle solche noch unerledigte Punkte wiederholter dringendst ersuchen.

Diese, nach dem Dafürhalten dieser Reichs-Friedens-Deputation der französ. Gesandtschaft zu ertheilende Antwort sey mittelst herkömmlichen Erlasses an die Kaiserl. Plenipotenz zu bringen, und demselben beyzufügen:

Die Reichs-Friedens-Deputation vermeyne, daß dieser der französ. Gesandtschaft zu ertheilenden Antwort, ob sich gleich darinn zu weitern harten Friedens-Bedingnissen verstanden werde, dennoch nach Lage der Umstände nicht länger auszuweichen sey; da sie sich jedoch zugleich überzeugt glaube, daß diese Antwort ein wesentlicher Schritt zum baldigen Friedensschluß seyn werde, so zweifle

sie

sie nicht, daß auch die höchstansehnliche Kaiserl. Plenipotenz sich mit dem Deputations-Schlusse vereinigen wolle, und behalte sich übrigens, in Rücksicht der mündlichen Unterhandlungen, worüber die kaiserliche höchstansehnliche Plenipotenz in ihrem Erlasse de dato 12. July l. J. die Meynung dieser Reichs-Friedens-Deputation zu vernehmen wünsche, das Weitere annoch vor.

Zwölfte Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die französischen Minister vom 10ten August 1798.

Für den Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Deputation hat es nicht anders als beruhigend seyn können, in der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 19. Jul. (1sten Thermidor) sowohl in verschiedenen Punkten der Negotiation eine weitere Nachgiebigkeit, als auch die abermalige weitere Erklärung zu finden, wie wenig es die Absicht der französischen Regierung sei, daß die Unabhängigkeit des teutschen Reichs bedrohet oder compromittiret würde, und wie sehr sie vielmehr wünsche, daß diese Unabhängigkeit noch mehrere Kraft und Festigkeit erhalten möge. Diese erklärten Gesinnungen des französischen Gouvernements, verbunden mit der wiederholten ausdrüklichen Zusicherung seiner fortdauernden ernstlichen Neigung zum baldigen Frieden, belebten die Hofnung daß die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beyden Nationen, welche zu erreichen die Deutschen sich bereits zu den äussersten Aufopferungen verstanden haben, ungeachtet der verschiedenen Meynung, welche noch über manche Gegenstände herrsche, bald wieder glücklich werden hergestellt werden.

Die Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 1sten Thermidor (19ten Jul.) schicke so-

gleich in ihrem Eingange in Rücksicht des bisherigen Geschäftsganges einige Bemerkungen voraus, welche man dieses Orts mit einigen Gegenbemerkungen zu erwiedern nöthig findet.

Sie sehen es nämlich als eine bloße einfache Wirkung der Ideen-Progression, als allmählige Entwickelung ihres regelmäßigen Plans (developpement successif de leur plan regulier) an, wenn nach debattirten ältern Forderungen noch weitere neue nachgetragen würden; sie behaupten daß auf die Aufstellung neuer Forderungen von ihnen niemals verzichtet worden sey. Diesseits hingegen hatte man immer die Ueberzeugung, daß der Stand-Punkt stets verrükt, die Uebersicht des Ganzen unmöglich gemacht, und die Negotiation niemals zu einiger Bestimmtheit gelangen würde, wenn den einmal proponirten Friedensbedingungen stets neue folgten; blos in dieser Hinsicht hat man von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik, noch bevor man sich zu irgend einer Basis verstand, in der Note vom 10ten Febr. l. J. begehrt: „Dasjenige auf einmal vollständig zu übersehen, was die französische Republik von dem deutschen Reiche, nach einem unglücklichen Kriege, als Opfer verlange." Und als man sich in der Folge gedrungen sah, der jenseits proponirten ersten Friedens-Basis in der Note vom 14ten Merz laufenden Jahrs beyzutreten, so geschah dieß unter Voraussetzungen, welche, unter andern, auch alle weitere Forderungen ausschloßen. Man glaubte hierdurch alles erschöpft (siehe Note vom 27. März) „was nur irgend von dem Reiche, des so sehn„lichst erwünschten Friedens wegen, gefordert werden „mögte", und man erneuerte deswegen auch ausdrücklich diese Voraussetzungen vom 14ten März abermals in den Noten vom 5ten und 21sten April, so wie es auch

gegenwärtig geschieht. Diesseits konnten daher die neuen Forderungen der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 14ten Floreal (3ten May) nicht anders als höchst unvermuthet seyn. Dennoch, durch den so sehnlichen Wunsch nach einem baldigen Friedensschluße bestimmt, entschloß man sich in den Noten vom 18ten May und 9ten July l. J. noch einige dieser Forderungen zu bewilligen; bey andern dieser Forderungen verstanden die bevollmächtigten Minister der franzöſ. Republik in ihren Noten vom 4ten Meßidor (22. Jun.) und 1sten Thermidor (19ten July) sich zu einiger Nachgiebigkeit, oder zu Modificationen, und die gegenwärtig noch in Discussion befangenen Punkte faßten sie zum Theil in ihrer lezterwähnten Note in 7. Artikeln zusammen, die man gegenwärtig punktweise und auf eine Art beantworten wird, welche neue redende Beweise des diesseitigen aufrichtigsten und thätigsten Verlangens nach Herbeyführung der von Deutschland obgleich theuer zu erkaufenden Pacification enthält.

ad 1) Habe man zwar diesseits die Anträge, in Betreff der Handels- und Schiffarths-Verhältnisse, bis zu einem eigenen Commerz-Traktat zu verschieben, vorgeschlagen, um diese höchst wichtige und so vielen Rükſichten unterworfene Angelegenheit gründlich erörtern zu können; ließen sich jedoch diese Schwierigkeiten so geschwind beseitigen, daß, ohne den Abschlus des Friedens aufzuhalten, das Resultat der zu treffenden Uebereinkunft sogleich in das Friedens-Instrument selbst gebracht werden kann, so ist man hiezu diesseits gleichfalls bereit.

In Rükſicht der Rhein-Transito-Zölle (droits de péage) will man nunmehr dem so bestimmten Verlangen der bevollmächtigten Minister der französischen Republik ebenfalls nachgeben, und in die Aufhebung dieser Rhein-

zölle willigen, indem die französische Republik auch die auf dem linken Rheinufer befindliche, so wie die Stapel-Rechte und Schiffer-Zünfte, ihres Orts aufzuheben, zusagt. Da indessen die Einfuhr-Zölle (droits de douane) einigen Ersaz für die beträchtlichen, durch die gedachte Transito-Zölle entbehrten Einkünfte abgeben sollten, deren Einführung aber aus den in den vordern diesseitigen Noten enthaltenen Gründen, mit vielen Schwierigkeiten umwunden ist, so müsse man jedoch dabey ausbedingen, daß die Zeit der wirklichen Aufhebung, erst nach 2. Jahren eintreten soll, binnen welche man sich über die bey den douanes einzuhaltenden Grundsätze vereinigen, auch nach dem in den diesseitigen Noten vom 18ten May und 9ten July bereits gemachten Antrage, durch eine gemeinsame Uebereinkunft mit der batavischen Republik, die freye Schiffarth auf dem Rheine, vollends bis zu seinem Ausflusse sicherstellen kann.

ad 2) Ist die Reichsdeputation damit einverstanden, daß der schiffbare Haupt-Strom des Rheins oder der sogenannte Thalweg, wie er von Zeit zu Zeit gemeinschaftlich durch verpflichtete Kunstverständige ausgestekt wird, die künftige Gränze zwischen Deutschland und Frankreich bis dahin ausmache, wo derselbe aus dem Herzogthum Cleve, unter dem Nahmen Waal, in Holland tritt. In gedachtem Herzogthum aber selbst, wird der die Budericher Insel durchschneidende Kanal für den sogenannten Thalweg anzusehen seyn.

In Rüksicht der Rhein-Inseln, sey der Vorschlag, daß die Inseln auf der rechten Seite des Thalwegs unter der Hoheit des deutschen Reichs, die Inseln auf seiner linken Seite aber unter der Hoheit der französischen Republik bleiben, oder unter dieselbe kommen — den diesseitigen Anträgen ganz angemessen. Auch nimmt man keinen

Digitized by Google

Anſtand, dem fernern Vorſchlage, in Anſehung des Theils des Rheins, der ſchon vordem die Gränze zwiſchen Deutſchland und Frankreich gemacht hat — daß nämlich diejenigen Inſeln auf der rechten Seite des Thalwegs, welche bisher ſchon unter unſtreitiger franzöſiſcher Souverainität geſtanden ſind, auch unter derſelben fernerhin verblieben — unter Bedingung des Reciproci für das deutſche Reich und die deutſchen Landesherren, in Anſehung ſolcher auf der linken Seite des Thalwegs gelegener, gegenwärtig aber unter deutſcher Souverainität befindlichen Inſeln, ebenfalls beyzutreten. Dann findet man den weitern Antrag der bevollmächtigten Miniſter der franz. Republik eben ſo annehmbar, daß die künftige Aenderung des Thalwegs in Zukunft nichts an den Hoheitsrechten über die Inſeln ändere, ſondern daß dieſe vielmehr von nun an nach ihrer gegenwärtigen Abtheilung unter der deutſchen oder franzöſiſchen Oberherrlichkeit verbleiben ſollen, ob ſie ſchon etwa in der Folge auf eine oder die andere Seite des Thalwegs verlegt werden würden. Das Privat-Eigenthum der Inſeln und der ungehinderte Bezug ihres Ertrags bleibt, wie es ſich ohnehin verſtehet, den bisherigen und künftigen Eigenthümern, ohne Rükſicht auf die künftige Gränz-Scheidung durch den Thalweg. Uebrigens wird die Neutralität der Schiffart dieſſeits genau beobachtet werden.

ad 3) Behielt man ſich vor über die in dieſem Abſatz begriffene Gegenſtände, ſo wie über die ad 2) erwähnte Peterſaue die Erklärung eheſtens nachzubringen.

ad 4) In Betref der Commerzial-Brücken bleibt, wie man bereits in den dieſſeitigen Noten vom 18. May und 9. Jul. bemerkt hat, immerhin gewis, daß ſtehende Brücken auf einem Gränzfluß zwiſchen zwey Nationen, nicht blos nach Commerzial-Rükſichten, ſondern auch als

Digitized by Google

Berührungspunkte, in politische und militairische Betrachtung kommen müssen; — Gründe, welche schon in vorderen Friedensschlüssen, die Errichtung solcher Brücken untersagt haben. Hiezu kommt nun, daß die Hüninger-Brücke kaum eine halbe Stunde von der Baseler-Rheinbrücke zu stehen kommen würde, und daß sie auf der rechten Fluß-Seite eben so leicht an das schweizerische als an das deutsche Reichsgebiet angestossen werden könne, indem ein Theil der dortigen Schuster-Insel, so wie das hinter derselben liegende feste Land, dem Canton Basel angehöret; der Brücke zwischen den beyden Brysach aber (da dergleichen Brücken selbst nach jenseitigen Anträgen nur mit gemeinschaftlichem Einverständnis der Uferbewohner (de gré à gré entre les riverains) errichtet werden sollen) stehet ohnehin entgegen, daß der dortige Riverain, das Erzhaus Oesterreich, eine solche Brücke weder nüzlich noch nothwendig finde; man hoffe daher daß das französische Gouvernement auf diesen Brücken fernerhin zu bestehen, nicht gemeynet seyn werde.

ad 5) Muß man in Ansehung der **Reichsritterschaftlichen Besitzungen** auf dem linken Rheinufer, einen Unterschied unter reichsritterschaftlichen Gütern nach ihren Besitzern forthin als unbillig ansehen, und daher noch stets die Hofnung hegen, daß dießfalls sowohl, als auch in Rüksicht der Aufhebung der angelegten Sequester, und der für den erleidenden Verlust zu leistenden billigen Vergütung, von Seiten des französischen Gouvernements eine weitere Nachgiebigkeit eintreten werde.

ad 6) Hat man bereits in der Note vom 18. May den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik sowohl die verschiedenen Arten von **Schulden** auf dem linken Rhein-Ufer zergliedert, als auch die stärksten Gründe angeführt, welche sich der Uebertragung sämmt-

Digitized by Google

licher Cameral- und Domänen-Schulden auf Gegenstände des rechten Rhein-Ufers von allen Seiten entgegengestellten; diese so wichtigen Betrachtungen scheinen aber bey ihnen die gehofte Ueberzeugung noch nicht bewirkt zu haben, indem sie in ihrer jüngsten Note vom 1sten Thermidor (19ten Julius) noch wie vor, sogar im Allgemeinen auf die Uebertragung sämmtlicher Schulden unnachläßlich bestehen, ohne auch nur dem geringsten Unterschiede zwischen denselben, weder in Ansehung ihrer Veranlassung nach ihrer Verwendung, nach der Zeit, in welcher sie kontrahirt worden, noch endlich in Ansehung der Gläubiger und der Natur der Hypotheken Statt zu geben. Diesseits muß man daher sich nicht nur nochmal auf die Note vom 18ten May und die daselbst gemachten wesentlichen Betrachtungen beziehen, sondern auch noch weiter bemerken, daß diese Schulden-Uebertragung nicht blos in politischer Hinsicht höchst lästig und beynahe unausführbar seyn würde, sondern daß sie auch, in Hinsicht auf die Gläubiger, mit den natürlichen und bürgerlichen Gesetzen sich nicht vertrage. Der Gläubiger hat allein an seinen Schuldner das Recht der Forderung; bey deutschen Staatsschulden ist aber selten die Person des Regenten der Schuldner, sondern häufiger die einzelnen Länder, an welche sich der Gläubiger daher zu halten berechtiget ist; wider den Willen der interessirten Theile kann man weder diese Schulden auf andere Länder übertragen, noch auch den Gläubiger zwingen, das Subjekt und Objekt des gegebenen Credits zu verändern, noch ihm, falls ein anderes Land seine Forderung wirklich freywillig übernehmen wollte, in den Fall setzen, in Concurs-Fällen seine Priorität und die Rechte seiner Classe andern ältern Gläubigern aufopfern zu müssen. Diese rechtliche Befugnisse des Gläubigers gehörten unter

sein Privat-Eigenthum, welches die bevollmächtigten Minister der französischen Republik unberührt zu lassen, zugesaget haben; sie sind bürgerliche Privat-Rechte, welche das französische Gouvernement zu kränken, gewiß nicht gemeynt seyn werde.

ad 7) Hat man unterm 3ten März und 18ten May sich schon im Allgemeinen zu All jenen Verzichten bereit erklärt, welche aus der Natur der gegenwärtigen Ueberlassungen nothwendig fliessen; sich jedoch dabey für das deutsche Reich das Reciprocum vorbehalten, ohne daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik sich hierüber bisher geäußert hätten. Da nun auch noch die Renunciation zu Gunsten aller mit Frankreich verbundenen Republiken blos im Allgemeinen anverlangt wird, ohne weder diese noch die Gegenstände, auf welche der Verzicht eigentlich geleistet werden solle, zu benennen; so erfordern die Wichtigkeit der Sache, und die Verhütung künftiger Zweifel und Streitigkeiten, daß man vorderamst einer hinlänglichen und detaillirten Aufklärung über diesen ganzen Gegenstand entgegensehe, bevor man diesseits eine bestimmte Rükäußerung zu ertheilen im Stande ist; wobey man voraussezt, daß ersagte Republiken auch eben so ihres Orts auf alle Rechte und Ansprüche, welche sie etwa an das Reich haben mögten, renunciren und zugleich versprechen werden, das in ihren Gebieten liegende Vermögen, Einkünfte, Rechte, Gerechtsame, und Besitzungen aller und jeder deutschen Reichsstände, der unmittelbaren Reichsritterschaft, auch sonstiger mittel- und unmittelbaren Reichs-Angehörigen, auf alle Art denselben zu erhalten, und sie in deren vollen Genuß auf keine Weise zu stören, so wie anderer Seits diesen Republiken, ihren Körperschaften und Einwohnern, die Proprietäten ebenfalls verbleiben werden, welche sie dermalen im deut-

schen Reiche besitzen. Bey diesem 7ten Punkt endlich setzten die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, noch als bekannt voraus, daß das deutsche Reich sich aller Ansprüche auf das dem Erzhaus Oesterreich zustehende Frickthal in dem künftigen Friedens-Vertrage begeben werde. Diesen Antrag müßte man aber nothwendig um so mehr fremde finden, als man nur diejenigen deutschen Besitzungen jenseits des Rheins, welche unmittelbar an das französische Gebiet stossen, der französ. Republik unter gewißen Voraussetzungen zu überlassen, sich erklärt hat, das Frickthal aber durch einen Theil der Schweiz von Frankreich abgesondert wird. Hierauf ist selbst auch der Antrag der bevollmächtigten Minister der französischen Republik bis jezt nicht gerichtet gewesen, indem vielmehr ihre noch vor der Cession des linken Rhein-Ufers erlassene Note vom 2ten Ventose (20ten Febr.) ausdrücklich besagt, daß diese erste Basis — die Rhein-Gränze — der französischen Republik nichts gebe, als was sie schon besitze; „qui enfin ne laissant à la République que ce qu' elle posséde, garantit encore la tranquillité future des deux Etats." Wie es nun solchergestalt nie die Meynung der Deputation war, noch seyn konnte, das von französischen Truppen nicht occupirte Frickthal unter besagter Länder-Ueberlassung mit zu begreifen, so kann man auch dermalen nicht dieser neuen Forderung diesseits Statt geben.

Uebrigens sind viele diesseitige Anträge, Vorschläge und Anfragen, namentlich der Noten vom 3ten und 14ten März, 18ten May und 9ten July, von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in ihrer jüngsten Antwort vom 1sten Thermidor (19ten Jul.) abermals gänzlich übergangen worden; stets überzeugt, daß ohne die Erörterung der obgedachten Gegenstände, eine

Digitized by Google

vollständige Bestimmung des Verhältnisses zwischen beyden Nationen nicht denkbar sey, muß man daher die bevollmächtigte Minister der französischen Republik um eine umfassende Antwort auf alle solche noch unerledigte Punkte wiederholter dringendst ersuchen.

Hiebey versichert Unterzeichneter übrigens den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik seine ausgezeichnetste Hochachtung.

Zwölfte französische Gegennote vom 13. August 1798.

Les soussignés, Ministres plenipotentiaires de la République françoise pour la négotiation avec l'Empire Germanique, ont reçu la dernière note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 23. Thermidor present mois, par M. de Metternich, Ministre plènipotentiaire de S. M. l'Empereur.

En rendant justice aux intentions de la Députation de l'Empire, les soussignés ne sauroient dissimuler l'impression fâcheuse que, sous plusieurs rapports, la note même a laissée dans leur esprit: elle ne repond ni à leur juste attente, ni à l'idée que l'on doit se former de la sage prèvoyançe des Plénipotentiaires de l'Empire Germanique. Ils exprimeroient surtout bien difficilement, et ils s'abstiendront de qualifier le sentiment qu' ils ont éprouvé à la lecture du passage de cet ecrit, où il est si étrangement question de l'article 3e de leur note du 1er Thermidor. Qui auroit pensé, qu' après plus de vingt jours d' examen, après tant de séances employées sans doute à d' utiles délibérations, on eût différé de se declarer, ou eût pu se taire sur un des articles les plus essentiels et les plus précis de cette note, et qu' il faut regarder

Digitized by Google

comme irrévocable? Il est tems enfin que cet ètat de chose cesse, que ces délais èquivoques ayent un terme. Le Gouvernement François veut la paix; sa conduite a mis ses intentions à l'abri de tous les doutes; mais il a epuisé, pour y arriver, tout ce qu' on pouvoit attendre de sa bonne volonté. Les dernières propositions, que les soussignés ont faîtes en son nom, sont des conditions de cette paix: il n'y a donc plus matière à discussion, ni à retardement: la Députation doit se decider. Qu' elle ne consulte qu' elle même, qu' elle se livre à la droiture de ses intentions, son choix sera bientôt fait. Qu' elle reflechisse bien qu' en aucun cas ses délais et ses refus ne profiteroient à l'Empire, et que la voix publique en Allemagne approuvera toute determination qui aura detourné pour jamais le fléau de la guerre.

Les Ministres plénipotentiaires de la Republique Française, ne pouvant que persister dans tout le contenu de leur note du 1. Thermidor, de celle du 4. Messidor, et précedentes, demandent iterativement à la députation de l'Empire une réponse cathegorique et decisive sur tous les points qui y sont traités; ils l'attendent.

Rastadt le 26. Thermidor an 6. de la
République Française.

Bonnier. Jean Debry.

Französische Nachtrags-Note vom 20. August 1798.

Les soussignés Ministes plénipotentiaires de la République Francaise pour la négociation avec l'Empire Germanique, justement surpris que leur note du 26.

Digitized by Google

Thermidor dernier n'ait produit aucun effet qui leur soit connu; vivement affectés par amour pour l'humanité du danger imminent de cet état d'inertie auquel on veut réduire une négociation qui doit enfin avoir un terme, et se référant à la note précitée, requiérent la Députation de l'Empire de s'expliquer sur le champ cathégoriquement et divisément sur tous les points à régler qui sont énoncés dans leurs notes du 1. Thermidor dernier, 4. Messidor précédent et autres. En donnant à la Députation de l'Empire par cette nouvelle instance une preuve de plus du voeu formel et des efforts persévérans du Gouvernement Français pour la paix, ils lui déclarent qu'elle demeure responsable des suites qu'entraineroient des délais ulterieurs.

Ils assurent M. de Metternich, Ministre plénipotentiaire de Sa Maj. l'Empereur, de leur consideration la plus distinguée.

Rastadt, le 3. Fructidor, an 6.
de la République Française.

Bonnier, Jean Debry,
Roberjot.

Dreyzehnte Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 17. August 1798.

Auf die Note der bevollmächten Minister der französischen Republik, vom 13. August (26ten Thermidor) erklärt Unterzeichneter, vereiniget mit der Reichs-Friedens-Deputation, daß, so vergnüglich es der Reichs-Friedens-Deputation gewesen sey, in erwähnter Note, neue schätzbare Zusicherungen der fortwährenden Friedensliebe des französischen Gouvernements und Ausdrücke des Ver-

Digitized by Google

trauens in die gleichmäßige friedliche Gesinnungen der Reichs-Friedens-Deputation zu finden, so unangenehm habe es auch ihr seyn müssen, daß ein bloßer Misverstand an der in dieser jüngsten Note geäusserten Vermuthung die Schuld trage, als ob die Reichs-Friedens-Deputation einen der wichtigsten Artickel der Note vom 19ten July (1sten Thermidor) in ihrer Antwort mit Stillschweigen habe umgehen können. Die Reichs-Friedens-Deputation, stets überzeugt, wie die schriftliche Negociation gewinne, wenn alle Punkte zugleich, und nicht nach und nach discutirt würden, habe auch nicht unterlassen, den 3ten Artickel der Note vom 19ten July (1sten Thermidor) von welchem hier eigentlich die Frage sey, und das was in dem 2ten Artickel der gedachten Note, über die Petersaue (Isle St Pierre) bemerkt sey, bereits unterm 7ten August, dahin zu beantworten:

ad Art. 3) Die Reichs-Friedens-Deputation, um alles zu erschöpfen, was nur immer sich mit ihren aufhabenden schweren Pflichten, und mit ihrem lebhaften Verlangen vereinigen lasse, dem deutschen Reiche die wohlthätigen Folgen des Friedens bald möglichst zu verschaffen, habe beschlossen, unerachtet der empfindlichen Opfer, die sie diesem Zwecke bereits gebracht habe, gleichwohl auch noch dem so schmerzlichen Antrage der französischen bevollmächtigten Minister:

„daß die Festungswerke von Ehrenbreitstein nach dem Frieden geschleift würden“

jedoch sub conditione sine qua non et resolutiva, nachzugeben, daß dagegen auch das französische Gouvernement alle feste Punkte auf der rechten Rheinseite, und diesseits des Thalwegs, als Kehl, Cassel, Mars-Schanze (Fort de Mars) und die Petersaue (Isle St. Pierre) sämmtlich ebenfalls demolirt, dem Reiche wieder einräu-

Digitized by Google

me und auf alle Ansprüche und Anforderungen an diese und andere feste Punkte dieses Thalwegs, feyerlich verzichte. Indem nun aber die Reichs-Friedens-Deputation, auf eine bisher mit so gutem Erfolg bestandene Schuzwehr, künftig zu verzichten, sich entschließe, so glaube sie sich auch berechtigt, zu verlangen, daß sowohl die bisherige Blokade der Festung Ehrenbreitstein als die gegen die Bewohner des Thals Ehrenbreitstein angelegte Sperre der Victualien und anderer Lebensbedürfnisse, den bestehenden Conventionen ohnehin gemäß, alsobald werde aufgehoben werden.

Da aber Unterzeichneter, in Ansehung dieses Beschlusses ad tertium, sich noch vorbehalten habe, seine desfalls erforderliche Erklärung ehestens nachzubringen, so müsse die Reichs-Friedens-Deputation sich dermalen lediglich auf Eröfnung dieser Lage der Sache unter der Versicherung beschränken, daß sie die möglichste Beförderung der Friedens-Unterhandlungen sich gewis auch ferner eifrigst werde angelegen seyn lassen.

Uebrigens behält sich Unterzeichneter bevor, seine Entschliessung den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik ehestens zu eröfnen — und hierdurch diesen Theil der Verhandlung zur gehörigen Vollständigkeit und Wirksamkeit bringen zu können.

Da nun andurch der Gegenstand der weitern Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 20ten August (3ten Fructidor) erledigt ist, so bleibt Unterzeichnetem nur noch übrig, dieselben hier abermal seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Digitized by Google

Dreyzehnte franz. Gegennote, vom 22. August 1798.

Les soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la negociation avec l'Empire Germanique, ont reçu une note de la Députation de l'Empire, qui leur à été transmise le 4. Fructidor, present mois, par le Ministre Plénipotentiaire de S. M. l'Empereur. Il résulte de cette pièce que la Députation de l'Empire s'etoit effectivement occupée dans ses delibérations de l'Art. 3. de la note de la Legation Française du 1. Thermidor; qu'elle avoit répondu à cet article, et que si sa réponse ne s'est point trouvée, comme cela devoit être, dans la note communiquée le 23. du dit mois par le Ministre Plénipotentiaire de S. M. l'Empereur, c'est l'effet d'une omission qu'on ne sauroit attribuer à la Députation, et qui est réparée pour le moment autant qu'il est possible par la restitution du texte.

S'expliquant maintenant sur cette réponse, les soussignés declarent qu'ils ne peuvent en aucune manière entendre à ce qui leur est proposé, et que par des raisons suffisamment deduites au dit Art. 3. de leur note du 1. Thermidor, ils y persistent de plus fort, ainsi que dans les autres articles de la même note, qu'ils ont également présentés comme des conditions de la paix. Les soussignés se réferent donc aux deux notes du 26. Thermidor, et 3. Fructidor dont l'objet, bien loin d'être résolu, subsiste encore entier; et tenant à la déclaration par eux faite a la Députation de l'Empire, qu'elle demeure responsable des suites qu'entraîneroient des délais ulterieurs, ils la réquièrent itérativement de fournir sans délai une réponse cathégorique et decisive sur tous les articles de leurs notes,

Digitized by Google

et particulièrement de celle du 1. Thermidor, auxquels elle n'auroit pas donné son adhèsion. Le Gouvernement Français veut sincèrement la paix; il le prouve par sa moderation, et il le prouvera encore en employant tous les moyens d'accéleration qui sont en son pouvoir. Si la Députation la veut, comme on a tout lieu de le croire, qu'elle se décide enfin: la paix ne peut être rétardée que par ceux qui comptent pour rien les malheurs publics, et qui s'aveuglent sur leur propre avenir.

Rastatt, 5. Fructidor an 6.
de la Républ. Franç.

Bonnier, Jean Debry, Roberjot.

Vierzehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 3. August 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik haben in ihrer jüngsten Note vom 22. August die diesseitige ausführliche Note vom 10. August auf eine Art beantwortet, welche den Erwartungen des Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, nicht entsprechen konnte. So wie diese Note vom 10. August eine detaillirte und punktweise Erklärung auf alle sieben Artikel der franzöſ. Note vom 19. July wirklich schon enthielt, eben so war auch einer gleichfalls detaillirten und punktweisen Rückäusserung der bevollmächtigten Minister der franzöſ. Republik um so mehr entgegenzusehen, als gegenseitige bestimmte Näherungen es allein sind, welche diese schon so weit gediehenen Unterhandlungen vollends zu ihrem glücklichen Ende führen können;

nen; statt dessen haben die bevollmächtigten Minister der franzöſ. Republik sich in ihrer hierauf ertheilten Rückäuſserung blos auf ihre bereits möglichst beantwortete Note vom 19. July beschränkt, und sich, statt aller Antwort, auf dieselbe beziehen zu müſſen geglaubt.

Dieſſeits hat man in der Note vom 10. August insbesondere ad Art. 1. die Aufhebung der Rhein-Zölle betreffend, nachgegeben; dann hat ad Art. 3. die Reichs-Friedens-Deputation zur Schleifung der Festungswerke von Ehrenbreitstein sich verstanden; und wenn ſie dagegen verlangte, daß — von dem franzöſ. Gouvernement alle festen Punkte auf der rechten Rheinseite, und dieſſeits des Thalwegs dem Reiche wieder zurückgestellt würden, so begehrte ſie dieſelbe nicht anders, als ebenfalls demolirt zurück, und ſie verstand dabey, daß ſolche demolirt bleiben ſollen; bey dem 6. Artikel hingegen, das so wichtige Schuldenweſen betreffend, mußte man ſich begnügen, abermal im Allgemeinen zu beweiſen, wie unmöglich dieſe angeſonnene indiſtinkte Schulden-Uebernahme in jeder Hinſicht ſey; und man ſah nunmehr hierüber, so wie über alle übrigen bis jezt noch unbeantworteten dieſſeitigen Punkte, einer nähern und billigen Erklärung der bevollmächtigten Miniſter der franzöſ. Republik entgegen. Ihren Einſichten kann es nicht entgehen, daß vorzüglich auch dieſer Punkt des Schuldenweſens, so wie der Artikel des Privat-Eigenthums der Abweſenden und Ausgewanderten von der linken Rheinſeite, auch ſolcher, welchen ihre Dienſt- und andere Verhältniſſe auf dieſer Seite zu bleiben nicht erlaubten, unter die weſentlichſten Friedens-Artikel gehören, ohne welche dieſe Reichs-Deputation keinen Frieden abzuſchlieſſen vermag. So feſt auch, ſonderlich in Anſehung dieſes leztern Punktes, man von der Gerechtigkeitsliebe des franzöſ. Gou-

vernements überzeugt ist, daß dasselbe das Vermögen unschuldiger Privaten in Anspruch zu nehmen nie gemeynt seyn könne; so wird es doch zu großer diesseitiger Beruhigung gereichen, wenn die bevollmächtigten Minister der französ. Republik die freye Ausfolgung jedes Privateigenthums durch eine gefällige Erklärung endlich ausser Zweifel setzen wollten.

Man hat bisher überhaupt gewiß ernstlichst und mit unverkennbarer Aufrichtigkeit an Beschleunigung des Friedens gearbeitet; man fühlt tief den Drang aller Umstände; und, um den Hauptzweck der freyen und ruhigen Existenz des deutschen Reiches zu erreichen, hat man auch die äussersten Preise nicht versagt; nur solche Forderungen kann man nicht verwilligen, die mit dem Zwecke des Auftrages im Widerspruche stehen, und die sich unter den Begriff eines sichern und anständigen Friedens nicht bringen lassen. Wenn man nun von dergleichen Anträgen die bevollmächtigten Minister der französ. Republik abzubringen sucht, so kann der Vorwurf gewiß nicht treffen, als ob man den Abschluß des Friedens aufhalte, und bey einer solchen Lage der Sache kann man in keinem Falle für die Folgen verantwortlich werden, welche mit dem längern Aufschube des Friedens-Abschlusses verbunden seyn dürften; man muß vielmehr noch immer in fortgesetztem Vertrauen auf die wiederholt zugesicherte Mäßigung der französ. Regierung, von Seiten derselben eine mit diesen Gesinnungen übereinstimmende beruhigende Aeusserung auf die von der Deputation vorhin geschehenen Erklärungen, Anträge und Vorschläge, worüber das Einverständnis noch ermangelt, hoffnungsvoll gewärtigen.

Unterzeichneter beziehet sich übrigens auf den Vorbehalt seiner Note vom 21ten dieses, und erneuert hierbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

Digitized by Google

Vierzehnte franz. Gegennote, vom 1. Sept. 1798.

Une nouvelle Note de la Députation de l'Empire a été communiquée le 14. Fructidor, present mois, aux soussignés Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la Négociation avec l'Empire Germanique, par le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur.

Les soussignés s'empressent de faire connaitre à la Députation de l'Empire, qu'ils acceptent le consentement pûr et simple qu'elle donne par cette Note à la démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein; mais, qu'ils persistent de plus fort, et par les raisons exprimées dans leurs communications précédentes, à demander la cession de Kehl, Cassel et appartenances et de l'isle St. Pierre: points essentiels à la sûreté de la frontière Française, desquels la République est en possession, et qui sont en partie des dependances necessaires de ce qui lui a été déja irrévocablement cédé.

Ils persistent également dans toutes leurs autres propositions et declarations contenues dans les Notes qu'ils ont remises jusqu'à ce jour, notamment depuis et y compris le 14. Floréal dernier. La Députation de l'Empire sent trop bien, que quand même le gouvernement Français pourroit sacrifier quelque chose encore au desir d'accélérer la conclusion de la paix, ce ne serait pas sans doute lorsqu'on oppose à ses demandes une resistance nullement motivée et contraire à la vraie direction que la force des choses devrait donner aujourd'hui à la politique des Princes de l'Empire. Ils demandent, et ils éspérent que ce sera pour la dernière fois, une reponse cathégorique

Digitized by Google

et prompte; ils préviennent la Députation de l'Empire que cette réponse decidera de leur conduite ultérieure.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française assûrent le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 15. Fructidor an 6.
de la Républ. Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Nachtrags-Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die französischen Minister, vom 3. Sept. 1798.

In den lezten Noten, welche den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik am 21. und 31. August zugestellt worden sind, hatte Unterzeichneter sich vorbehalten, über die von der Reichs-Friedens-Deputation, unter den davon nicht abzusondernden Bedingnissen, zugestandene Schleifung der Festungswerke von Ehrenbreitstein seine Entschliessung ehestens nachzutragen. Diese hat er nunmehr der Reichs-Friedens-Deputation genehmigend eröfnet. Hierdurch allein, und nicht eher, konnte der Antrag der Reichs-Friedens-Deputation die Gestalt eines wirklichen und förmlichen Anerbietens von Staate zu Staate erlangen; und er tritt erst in seine ganze Kraft in dem Augenblicke, wo Unterzeichneter, wie andurch geschiehet, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hiervon unterrichtet. Er wiederholt hierbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Digitized by Google

Fünfzehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. September 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik haben, in ihrer jüngsten Note vom 1. September, durch das fortgesetzte Beharren auf den verlangten festen Punkten der rechten Rheinseite beynahe alle Hoffnung niedergeschlagen, über diesen für die künftige deutsche Sicherheit so wichtigen Gegenstand eine Vereinigung zu Stande zu bringen, zumalen ihnen in den vordern diesseitigen Noten bereits die erheblichsten Gründe wiederholt mitgetheilt worden sind, nach welchen Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, in Forderungen einzuwilligen nicht vermag, die gegen die Wesenheit eines sichern, dauerhaften und anständigen Friedens anstoßen würden.

Wenn man unter der Voraussetzung (daß keine Forderungen mehr nachkommen — auf alle diesseits articulirte Anträge billige Erklärung erfolgen — auch die französische Truppen von dem rechten Rhein-Ufer alsbald abziehen würden), sich endlich zu der so schmerzlichen Ueberlassung der Lande des linken Rhein-Ufers verstand; und, wenn man sogar auch noch gegen Wiederabtretung aller festen Punkte auf der rechten Rheinseite und diesseits des Rheinthalweges die Schleifung der Festungswerke von Ehrenbreitstein (mit Bezug auf die in Betref dieses Plazes bestehende und einsweilen zu dessen Approviantirung wieder herzustellende Waffenstillstands- und Conventionsmäßige Verhältnisse) nachgab, so war man überzeugt, alles erschöpft zu haben, was sich nur immer mit der politischen Existenz und künftigen Sicherheit des deutschen Reichs vereinigen läßt.

Digitized by Google

Von der Billigkeit und Gerechtigkeit des französischen Gouvernements mußte man zuversichtlich erwarten, daß es bey Annahme der diesseitigen Erbietungen, auch sämtliche dagegen stipulirte Punkte ohne Anstand zugestehen werde. Unmöglich kann man auch jezt noch die Hoffnung aufgeben, daß Erklärungen, Vorstellungen und Anträge, die auf Recht, Billigkeit, auch wechselseitige wohlverstandene und dauerhafte Convenienz sich gründeten, nicht endlich bey dem französ. Gouvernement den erwünschten Eingang finden sollten.

Die Sicherheit der französischen Gränze gegen das deutsche Reich erfordere gewiß nicht auch noch feste und sonstige Berührungs-Punkte auf dem diesseitigen Rhein-Ufer selbst; man kann daher anders nicht vermuthen, als daß die bevollmächtigten Minister der französ. Republik hauptsächlich nur etwa noch auf die bey Mainz diesseits des Rheinthalwegs gelegene befestigte St. Peters-Insel einen entscheidenden Werth legen dürften; so schwer man nun aber auch nothwendig diesseits daran kommen muß, in Ansehung dieser wichtigen Insel, einer Ausnahme von dem als Gränze beliebten Rheinthalwege Statt zu geben, so würde man gleichwohl, wenn davon durchaus die Beschleunigung des Friedens abhängen sollte, sich endlich auch noch zu Ueberlassung dieser Insel auf den Fall zu entschliessen geneigt seyn, wenn dagegen Kehl, Cassel, und die Marsschanze (Fort Mars) restituirt, auf alle Besitzungen auf dem rechten Rhein-Ufer verzichtet, über die übrigen diesseitigen noch unerörterten Anträge, Punkte, Erklärungen und Vorschläge, vorzüglich in Betref des Schuldenwesens und des Privateigenthums, sich zu einer billigen Uebereinkunft verstanden, auch den harten Kriegsbeschwerden und den unerschwinglichen Contributionen ein Ende gemacht würde, welchen die occupirten Thei-

le des rechten Rhein-Ufers mitten im Waffenstillstande und während den Friedens-Unterhandlungen unterliegen. Für die französische Republik sind alle übrigen Artikel, wovon man diesseits nicht abgehen darf, von keinem wesentlichen Interesse mehr; man schmeichelt sich daher mit der angenehmen Hofnung, daß das französische Gouvernement darinn kein Hinderniß mehr finden werde, das große Friedenswerk zu vollenden, und die Segnungen des Friedens auf die schon so lange seufzenden unschuldigen Lande zu verbreiten.

Man schmeichelt sich mit der tröstlichen Erwartung, daß von den französischen bevollmächtigten Ministern auf diese Erklärung endlich eine dem diesseitigen Verlangen gemäße nachgiebige Antwort erfolgen werde.

Unterzeichneter bestätiget anbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Gesinnungen seiner ausgezeichneten Hochachtung.

Fünfzehnte französ. Gegennote, vom 14. Sept. 1798.

Les soussignés Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la Négociation de paix avec l'Empire Germanique ont reçu la note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 25. Fructidor présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majésté l'Empereur.

Quelque satisfaction que les soussignés puissent avoir du langage pacifique de la Députation de l'Empire, quelque confiance qu'ils prennent en elle, ils sont néanmoins forcés de lui observer, qu'après plus de 9. mois de négociation, les paroles et même les intentions ne suffisent pas; il faut des effets; pour

Digitized by Google

prouver qu'on désire la paix, il faut la conclure; les soussignés ne cessent de l'offrir. A la vérité la Députation semble dans ce moment sortir de l'état de l'indécision où elle étoit retenue: elle a consenti récemment à une des demandes importantes qui lui ont été faites au nom de la République Française, à la demolition des fortifications d'Ehrenbreitstein; et ce consentement qu'elle renouvelle aujourdhui, est exprimé de manière à faire voir que les Soussignés ne se trompoient pas, lorsqu'ils ont fait la déclaration non contredite, qu'ils regardaient et acceptaient ce consentement comme pur et simple. Mais pourquoi laisser subsister dans un des conclusums précédents la disposition conditionelle, qui s'y étoit glissée? Pourquoi se priver des bons effets d'une revocation qui, en prévenant les difficultés, en restituant au sacrifice tout son merite, aurait donné au gouvernement Français une assûrance de plus sur la loyauté réciciproque des négociations et la solidité des engagemens futurs? Il est vrai encore que la Députation de l'Empire se montre entièrement disposée à céder à la République Française l'isle fortifiée de St. Pierre; mais elle semble mettre à cette cession un prix exagéré, qui en reduirait considérablement la valeur, et dont la seule proposition ferait croire, que la Députation oublie trop facilement les sacrifices nombreux que le gouvernement Français a déja faits pour donner la paix à l'Empire. C'est en général une erreur, on peut et on doit le rédire, que de songer à établir entre deux puissances contractantes une réciprocité d'avantages rigoureusement exacte; cette balance n'est presque jamais ni dans la nature des choses, ni dans la position respective des personnes, et si elle pouvait

Digitized by Google

être admise dans la négociation présente, il est manifeste qu'il en résulterait une inégalité réelle pour la République Française qui alors non seulement perdrait une partie considérable de la satisfaction proportionnelle qui lui est duë, mais encore qui verrait diminuer dans ses mains, par l'effet de cette réciprocité, l'importance des avantages qu'elle aurait conservés. Un pareil système inconciliable avec quelque paix que ce soit, est bien moins fondé quand on le rapproche de l'éclat des armes Françaises, et ne saurait être soutenu sérieusement par des négociateurs judicieux et de bonne foi.

Malgré ces observations qui étaient nécessaires, les Soussignés ne disconviendront point que la note de la Députation de l'Empite ne leur ait présenté quelque amélioratlon dans l'état des affaires et la possibilité heureuse quoique tardive d'un résultat impatiemment attendu par les deux nations; il parait en effet par l'analyse de cette note que toutes les difficultés, au moins essentielles, se réduisent aujourdhui à ces trois questions.

1. La conservation par les Français ou la restitution à l'Empire des points fortifiés de Kehl et de Kassel.

2. Le transport sur les pays donnés en remplacement à la droite du Rhin, des dettes dont se trouveront chargés les pays cédés à la gauche.

3. L'application ou l'exemption des lois Françaises concernant les emigrés. Tout le reste s'arrangera facilement ainsi que l'observe la Députation, lorsque les grands obstacles seront applanis. L'attention des Soussignés s'est donc portée toute entiere sur les trois questions, et l'examen qu'ils en ont fait, a été d'autant plus scrupuleux, que les deux dernières leur ont

Digitized by Google

paru véritablement intéresser le bien-être, la liberté et la fortune d'un grand nombre de familles des deux états ; objets sacrés pour le gouvernement Français dans ses relations politiques avec les autres gouvernements, comme dans son administration intérieure. En conséquence ils n'hésitent pas à faire les propositions et déclarations suivantes, sous la reserve expresse toutefois, que l'isle fortifiée de St. Pierre sera cedée incontinent à la République Française, et qu'en même tems toutes clauses et conditions mises à la démolition d'Ehrenbreitstein et autres demandes des Soussignés seront annullées.

1. Il serait inutile de réproduire ici les raisons assés connues qui attachent si fortement la République Française à la conservation de Kehl et de Kassel et de leurs dependances : les mèmes motifs s'opposent encore à ce qu'elle fasse l'abandon total de ces possessions. On pouvait croire que les princes et les autres êtats de l'Empire considéreraient cet objet sous un point de vuë politique, qu'on regreterait dans la suite de n'avoir pas apperçu ou d'avoir mal apprecié. Mais au lieu d'une confiance utile, on a paru éprouver le sentiment contraire, en voyant des points fortifiés dans la main des Français. Pour faire cesser toutes les craintes, la République Française renonce aux fortifications de Kehl et de Kassel, qui seront démolies, et ne conservera que les territoires.

2. Quant aux dettes, la Députation n'a sûrement pas présumé que le gouvernement Français put s'entendre à aucun arrangement qui serait de nature à déprécier trop sensiblement la cession de la rive gauche, à perpétuer entre les deux états des germes des discussions épineuses et à faire peser sur un territoire

Digitized by Google

devenu Français, les charges de la guerre personnelles de l'Empire. Les dettes des pays cèdés seront, ainsi que les Soussignés l'ont toujours dit, transportées sur les pays de la droite donnés en dedommagement; mais on consentira à ce que les dettes provinciales et communales, à l'exception néanmoins de celles qui auraient été contractés à l'occasion et pour les frais de la guerre, soient et demeurent à la charge des pays cédés: les droits des tiers créanciers seront reservés.

3. Les Soussignés déclarent que les lois sur l'émigration ne sont point applicables aux pays cédés et non réunis, même à Mayence. C'est avec plaisir qu'ils font cette déclaration rassûrante; mais comme l'article auquel elle répond, se trouve parmi les 18. Articles joints à la note de la Députation du 3. Mars et que ces articles se lient à des propositions énoncées dans la note du 11. du même mois, il convient de s'expliquer ici nettement sur cet objet. — Les Soussignés déclarent donc qu'ils ont répondu maintenant à ces articles et présuppositions en tout ce qui est susceptible de discussion, se référant au surplus à leur note du 19. Germinal et déclarant que la légation Française n'a regardé et ne regardera jamais ces articles et présuppositions que comme des propositions isolées, distinctes entre elles et indépendantes de toute autre, et qu'elle s'opposerait fortement á tout usage qu'on voudrait en faire pour infirmer ou pour éluder les points convenus.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française présentent cette note comme le gage de la paix.

La France et l'Allemagne en jugeront ainsi; on aime à croire que la Députation de l'Empire partagera

Digitized by Google

cette opinion, et ne voudra pas prendre sur elle l'initiative d'une rupture; ils assûrent le Ministre Plénipotentaire de Sa Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 28. Fructidor an 6.
de la République Française.

Bonnier, Jean Debry. Roberjot.

Sechszehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. September 1798.

Bereits seit dem Anfange der dahiesigen Friedens-Unterhandlungen, hat Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, sich bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik für den Rückzug der französischen Truppen vom rechten Rheinufer aufs nachdrücklichste, jedoch stets vergeblich, verwendet. Am 11. März l. J. geschah die Ueberlassung der Lande des linken Rheinufers unter andern Voraussetzungen auch ausdrücklich unter dieser:

„Daß die Zurückziehung der französischen Truppen „von der rechten Seite des Rheins sofort erfol„ge, und keine weitere Kriegs-Prästation daselbst „Statt finde".

Seitdem drang man mehrmal aufs angelegentlichste auf die Erfüllung dieses Antrages. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik ertheilten aber hierauf nicht nur keine befriedigende Antwort, sondern es vermehrten sich seit Kurzem die franzöſ. Truppen auf dieser Seite des Rheins in so großer Anzahl — die Kriegs-Beschwerden aller Art auf diesem kleinen Theile Deutsch-

Digitized by Google

lands wurden so drückend — die neuerdings ausgeschriebenen Contributionen sind so unerschwinglich, und werden mit so äusserst harten, beynahe feindlichen Zwangsmitteln exequirt — das allgemeine Elend dieser unglücklichen Gegend steigt hierdurch zu einem so hohen Grade, daß sich deren Bewohner, mitten im Waffenstillstande und während der Friedens-Unterhandlungen, dem Rande der Verzweiflung näher als je sehen. Laut spricht die Stimme der Menschheit und des Völkerrechts für diese unglücklichen Lande. Vergebens wird es also sicher nicht seyn, wenn die Reichs-Friedens-Deputation von den bevollmächtigten Ministern der französ. Republik zuversichtlich erwartet, daß das rechte Rhein-Ufer endlich einmal durch den Abzug der französischen Truppen und durch die Einstellung aller und jeder Contributionen, auch sonstiger Kriegsbeschwerden, die so höchst nöthige Erleichterung erhalte.

Unterzeichneter versichert die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hierbey seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Sechszehnte franz. Gegennote, vom 14. Sept. 1798.

Les soussignés Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation de paix avec l'Empire Germanique, ont reçu le 25. du courant une séconde note de la Députation de l'Empire qui leur a été transmise par le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur.

Cette note a particuliérement pour l'objet de demander la retraite des troupes de la République qui se trouvent sur la rive droite. — Les Soussignés in-

Digitized by Google

vitent la Députation de l'Empire à se bien pénétrer de cette vérité, rendue si sensible depuis l'ouverture des négociations, que le Directoire exécutif veut sincérement la paix et une réconciliation prompte et parfaite entre les deux états; qu'il ne désire rien tant, que de voir non seulement diminuer mais cesser entierement, par l'heureuse inutilité des mésures de précaution, les circonstances encore attachées à l'état actuel des affaires et à cette incertitude des événemens independantes de la volonté. La Députation de l'Empire de son coté ne peut manquer de connaitre, que la démande qu'elle renouvelle aujourd'hui, est prématurée; que l'abandon des positions militaires, devant être la première conséquence d'une pacification effectuée, il n'y a point de raison péremtoire, pour que les troupes de la République se retirent de l'autre coté du Rhin. En répetant cette observation essentiellement juste, les Soussignés en saisiront l'occasion pour detruire une assertion très-hazardée, répandue dans le public, et que les ennemis du nom Français ne seront pas fachés sans doute d'accréditer. On a dit que les troupes de la République avoient depassé la ligne d'armistice. Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française dementent formellement ce prétendu fait; ils affirment que les troupes de la République n'ont point outre-passé les lignes determinées pour les deux armées. — Cet exemple, auquel il seroit facile d'en ajouter d'autres, doit avertir la Députation de l'Empire de se munir contre les rapports de tout genre exagerés ou absolument faux, qui lui auront été ou qui lui seroient faits à l'avenir, toujours dans l'esperance d'aigrir les esprits et peut-être de dérober à l'attention publique des desseins véritable-

Digitized by Google

ment hostiles. Personne n'ignore, que quelques maux particuliers sont inséparables du passage de l'état de guerre à l'état de paix ; il n'a pas tenu aux Soussignés, que ce passage ne fut heureux et rapide : c'est à la Députation de l'Empire, à se convaincre de plus en plus, qu'on ne travaillera jamais plus efficacement au soulagement et au bonheur des peuples, qu'en prévenant pour toujours le fléau de la guerre par une prompte pacification. C'est à elle, à se rendre au voeu des Princes et de tous les habitans de l'Allemagne, dont les reclamations et les plaintes mêmes sont un cri de paix. Alors tous les sujets d'inquietudes respectives cesseront, et le sentiment des maux passés se perdra dans la jouissance d'une prospérité tranquille et durable.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française, en finissant cette note, se referent expressement à ce, qu'ils ont déclaré dans leur première de ce jour, relativement aux 18. Articles joints à la Note de la Députation de l'Empire du 3. Mars, et aux présuppositions énoncées dans celle du 11. du méme mois.

Ils assurent le Ministre Plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de leur consideration la plus distinguée.

Rastadt le 28. Fructidor an 6.
de la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Siebzehnte Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 23ten September. 1798.

Sehr angenehm war allerdings der Eindruck, den die in der Friedenssache selbst erlassene Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik (vom 14ten Sept.) bey dem Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hervorbrachte. Ihre merkliche Annäherung in einigen wesentlichen Punkten des Friedens-Geschäftes begründeten die beruhigende Hofnung in vollem Maaße, daß man dem glücklichen Augenblicke beträchtlich näher gekommen sey, an dem sich Deutschland und Frankreich die Hand des Friedens wieder reichen würden. Bey dem lebhaften Bestreben nach dieser baldigen Pacification, welches man diesseits durch so große Opfer so anschaulich, anhaltend und thätig bewies, bleibt es nur immer noch empfindlich, daß dieses laute Bestreben von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik stets verkannt, und dagegen behauptet werden mogte, daß man diesseits eine völlige Gleichheit von Vortheilen auf Seiten der contrahirenden Staaten beziele. — Eine Gleichheit, die sicher alsdann noch weniger denkbar ist, wenn man in der vesten Zuversicht, daß eben so jenseits in den für das deutsche Reich gleich wesentlichen, und zum Theile noch wichtigern Puncten eine wechselseitige Nachgiebigkeit eintreten, und man die geschehenen Anverlangen erfüllen werde — auch nunmehr noch dem weitern Verlangen der französischen bevollmächtigten Minister entspricht, und ihnen, nebst der Ueberlassung des linken Rhein-Ufers, auch die Peters-Au bey Mainz, und die Schleifung der Festungswerke von Ehrenbreitstein gegenwärtig zusichert; dabey jedoch das Ansinnen wiederholt,

daß

daß einstweilen die conventionsmäßige Verproviantirung dieses letzten Platzes nicht länger behindert werde.

Wie nun die bevollmächtigten Minister der französischen Republik versichern, daß, nach Berichtigung der drey, in der gedachten Note eigends ausgehobenen Puncte, man wegen alles Uebrigen leicht übereinkommen werde, so ist man um so mehr bereit, zur baldigsten Erledigung dieser drey, allerdings höchsterheblichen Puncte, nach Kräften beyzuwirken; man nimmt daher —

Ad 1mum) nicht nur den Verzicht der bevollmächtigten Minister der französischen Republik auf die Festungswerke von Kehl und Kassel, — sondern auch die Zusicherung mit Vergnügen an, daß ihre Absicht dahin gehe, alle Besorgnisse, in Hinsicht auf diese Besitzungen, zu heben. Da aber, um diese Absicht ganz zu erfüllen, erfordert wird, daß auch auf die vorbehaltenen Territorien, so wie auf jede Art von Besitzung und jeden Berührungspunct diesseits des Rheins, worauf Anträge gerichtet worden sind, von der französischen Republik verzichtet werde; so faßt man um so mehr zu dem französischen Gouvernement das zuversichtliche Vertrauen, — und man muß um so fester darauf bestehen, — daß es auch diesen Verzicht noch leisten werde, als die französische Gränze durch die Peters-Aue, und die Demolition der Ehrenbreitsteiner-Festungswerke gewiß ohnehin schon hinlänglich gedeckt ist; das vorbehaltene Terrain aber keinen reellen Werth hat, und die französische Republik durch diesen Verzicht zu erkennen geben wird, daß sie ebenfalls Alles zu entfernen suche, was künftig zur Störung des guten Vernehmens zwischen den beyden Staaten Gelegenheit geben könnte, und daß sie, durch ein völliges Einverständniß über diesen Punct, das hauptsächlichste Hin-

derniß der Pacifikacion gänzlich zu heben, auch ihres Orts geneigt sey.

Ad 2dum) haben sich die bevollmächtigten Minister der französischen Republik auch in Ansehung des Schuldenwesens auf dem linken Rhein-Ufer in ihrer jüngsten Note auf eine Art geäussert, welche wenigstens die Aussicht zu einer möglichen Vereinigung in diesem Betreffe eröffnet, deßfalls man alle ihre, über diesen Gegenstand gemachte vortheilhafte Erklärungen vorläufig annimmt; übrigens aber zu gänzlicher Bestimmung und Auseinandersetzung dieses so äusserst wichtigen, in das Privat-Interesse und die Privat-Rechte so tief eingreifenden Gegenstandes, folgendes bemerken muß:

a) Diesseits kann man unter dem jenseitigen Ausdrucke: *Dettes communales* nichts anders als die Schulden von Land- und Stadt-Gemeinden, Aemtern, Districten und Corporationen, kurz solche Schulden verstehen, welche nicht der ganze Staat, sondern blos einzelne Körperschaften, zu Bestreitung ihrer gesellschaftlichen Bedürfnisse und Lasten contrahirt haben. Diese Gattung von Schulden sind lediglich Privat-Schulden: sie afficiren das Staats-Vermögen nicht; die deutschen Landesherren haben an denselben keinen directen Antheil; für diese Communal-Schulden bleiben die Communal- und die verpfändeten Communal-Güter allein verhaftet; die Staats-Cassen haben mit der Bezahlung dieser Schulden nichts zu thun; die Bezahlung muß allein von den schuldenden Communen, Aemtern, Districten, Körperschaften, oder denjenigen, die an der letztern Stelle treten, geleistet werden; diese Gattung von Schulden, als welche ihre ausgemessene Bestimmung bereits hat, kann daher zu gegenwärtiger Discussion unmöglich gezogen, noch weniger in Rücksicht derselben irgend einem Unterschiede zwischen Schulden, die

Digitized by Google

vor und nach dem gegenwärtigen Kriege contrahirt sind, Platz gegeben werden.

b) Die *Dettes provinciales* oder Landes-Schulden haben nach der Verschiedenheit der reichsständischen Territorien auch so verschiedenartige Ansichten und Verhältnisse, daß es nothwendig wird, diese den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik ausführlich vorzulegen, bevor man zu Aufstellung allgemeiner Grundsätze über dieselbe schreiten kann. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik werden sich mit diesem Detail um so lieber bekannt machen, als sie in ihrer jüngsten Note erklären, daß sie mit der Deputation die aufrichtige Absicht theilen, in dem Schuldenwesen alles deutlich zu bestimmen, um zwischen den beyden Staaten den Saamen verwickelter Discussionen nicht zu verewigen.

Sie wiederholen vorerst, daß die Schulden der zu überlassenden Lande auf die Lande der rechten Rhein-Seite, welche zur Entschädigung würden gegeben werden, übertragen werden sollen. Diesemnach ist nur noch von Schulden solcher Lande die Frage, deren bisherige Landesherren wirklich andere Gebiete auf der rechten Rhein-Seite zur Entschädigung bekommen sollen. In diesen Landen ist aber, nach der jedesmaligen Landes-Verfassung, die Art höchst verschieden, wie Landes-Schulden contrahirt werden; ein Land hat Landstände, das andere keine; in dem einen Lande ist die Domainen-Casse von der Landes- oder Steuer-Casse ganz getrennet; ein anderes Land kennt diesen Unterschied ganz nicht, sondern in demselben fließt Alles in eine Casse; in einigen Landen, wo zwey gesonderte Cassen sind, administriren die Landstände und die Landschaft ihre Casse selbst; in andern verwaltet der Landesherr beyde; in einigen Landen endlich steht jeder Casse ein eigenes Collegium vor; in andern

stehen alle Cassen ohne Unterschied unter einer Finanz-Kammer. Es ist also, um zu dem so nöthigen allgemeinen Kennzeichen einer wahren Landes-Schuld, (*Dette provinciale*) zu gelangen, eigentlich nur ein Criterium denkbar, nemlich, daß die Schuld zum Bedürfnisse und zum Besten des Landes aufgenommen worden sey; alsdann ist es eine wahre Landes-Schuld (Dette provinciale), welche auf dem Lande haften bleibt; — sollte es übrigens, nach vorgängiger reifer Prüfung und Beleuchtung dieses so vielseitigen und verwickelten Gegenstandes angemessen befunden werden, daß diejenigen Landes-Schulden, welche gelegenheitlich des jetzigen Kriegs und für die Reichs-Kriegs-Kosten gemacht worden sind, auf die Entschädigungs-Objecte des rechten Rhein-Ufers übertragen würden, so würde diese Ausnahme auch noch die nähere Bestimmung erfordern, daß diese Schulden von Kriegskosten herrühren müßten, welche gegen die französische Republik, nicht aber für und zum Besten der französischen Armeen verwendet worden sind. Dann erstrecken sich viele Lande zugleich auf beyde Rheinseiten; es wird daher auch wegen der Schulden dieser Lande gleichfalls eine nähere Bestimmung eintreten müssen. Hiebey wird es wohl, wenn nicht diese Schulden pro ratis der einzelnen Länder-Theile mit vieler Schwierigkeit getheilt werden sollen, auf die in der Schuldverschreibung dem Gläubiger verpfändete Special-Hypothek ankommen müssen, und etwa die Schuld derjenigen Rhein-Seite zufallen, auf welcher die Special-Hypothek liegt. — Wenn hiernächst die bevollmächtigten Minister der französischen Republik schließlich zusichern, daß

c) die Rechte dritter Gläubiger vorbehalten bleiben sollen: so ist dieses den diesseitigen Gesinnungen und den in den vordern diesseitigen Noten entwickelten rechtlichen

Grundsätzen so ganz angemessen, daß man diese Zusicherung in der Hoffnung mit Vergnügen annimmt, es werde sich solche auch auf den freyen und ungeschmälerten Bezug von Kapitalien und Zinsen in der Art erstrecken, wie dieses zwischen den Contrahenten jedesmal stipulirt worden ist. Endlich

Ad 3tium) erkennt man allerdings die Erklärung der französischen bevollmächtigten Minister, daß die französischen Emigrationsgesetze auf die überlassenen deutschen Lande, auch selbst auf Mainz nicht angewendet werden sollen, als einen schätzbaren Beweis vorzüglicher Gerechtigkeits-Liebe. Da nun ausser Zweifel ist, daß die gesammten deutschen Lande jenseits des Rheins, welche erst durch den künftigen Friedensschluß auf gleiche Weise und zu gleicher Zeit an Frankreich überlassen werden sollen, auch auf eine völlig gleiche Behandlung nach Grundsätzen der Gerechtigkeit mit vollem Vertrauen Anspruch zu machen haben; da ferner die geschehene Reunionen gegen die Einwohner der reunirten Lande, — auf welche die bevollmächtigten Minister der französischen Republik die Emigrations-Gesetze gleichwohl anwenden zu wollen scheinen, — weder vor der Ueberlassung des Reiches angezogen werden, noch durch dieselbe eine zurückwirkende Kraft erlangen können, so darf man von dem französischen Gouvernement zuversichtlich erwarten, es werde von selbst gerecht erachten, auch noch weiter zu erklären, daß diese französischen Emigrations-Gesetze auf irgend einen Theil jener deutschen Lande, welche durch den künftigen Reichs-Frieden an Frankreich gelangen, so wie auch insbesondere auf die Besitzungen deutscher Stände, unmittelbarer reichsritterschaftlicher Mitglieder und sonstiger Reichsangehörigen in Lothringen, im Elsaße und in Frankreich selbst nicht angewendet werden, auch diese

Nichtanwendung jedermann, ohne Ausnahme, wessen Standes und Würde er sey, zu Statten kommen, allem aber, was dagegen bisher in Beziehung auf Personen und Eigenthum irgend geschehen, gerechtest abgeholfen werden solle.

Wie man nun übrigens mit den französischen bevollmächtigten Ministern darinn vollkommen übereinstimmt, daß, nach Erledigung obiger 3. Hauptpuncte, eine baldige Uebereinkunft über alle andere noch zu bestimmende Puncte und Artikel nicht mehr ferne seyn werde; so will man, um in den gedachten Hauptgegenständen desto eher zu einer baldigen Vereinigung zu gelangen, sich über alle bis jezt noch nicht bestimmte Puncte gegenwärtig annoch im Allgemeinen das Weitere vorbehalten.

Unverkennbar ist indessen jezt schon das Friedensgeschäft glücklicher Weise dergestalt vorgerückt, daß jede Sicherheits-Maaßregel in den Landen der rechten Rheinseite für die französische Republik von Tage zu Tage überflüßiger wird; man kann demnach zu Beantwortung der zweyten Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 14ten Sept. nicht umhin, den in der diesseitigen Note vom 11ten Sept. so nachdrücklich und dringend gemachten Antrag, um Abzug der französischen Truppen von dem rechten Rheinufer, auch noch dermalen, wo die Exactionen dieser Truppen täglich zunehmen, aufs angelegentlichste zu wiederholen; und man muß sich von der Gerechtigkeits-Liebe des französischen Gouvernements versprechen, es werde bey der gegenwärtigen Lage der Unterhandlungen unverweilt, wenigstens provisorisch, verfügen, daß der größte Theil der Truppen diese Lande verlasse, auch allen fernern Requisitionen sogleich Einhalt gethan, und von Beytreibung der noch nicht bezahlten Contributionen abgestanden werde. Durch diese so gerech-

Digitized by Google

te Verfügung wird der so schwer gedruckte Theil des rechten Rheinufers wenigstens ein Vorgefühl desjenigen friedlichen Zustandes empfinden, welchen über ganz Deutschland baldigst zu verbreiten, man sich diesseits gewiß aufrichtigst bestrebt.

Unterzeichneter erneuert hierbey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Siebzehnte französische Gegennote vom 3. Oct. 1798.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République Française pour la Négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 2. Vendémiaire, présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur.

La Députation de l'Empire ne pouvait manquer d' être ramenée enfin au véritable intérêt, au bésoin réel et pressant de l'Allemagne, la paix avec la France. C'est, sans doute un grand pas vers ce but tant souhaité, après la cession complette des pays situés à la gauche du Rhin, que le consentement formel donné à la démolition des fortifications d'Ehrenbreitstein et la nouvelle cession faite à la République de l'île fortifiée de St. Pierre; et plus cet avancement des afaires est salutaire à l'Empire, plus il convient d'en profiter pour prévenir le retour du systeme temporisateur dont les conséquences seraient aujourd'hui si dangereuses. Le moment est venu de faire cesser par des actes decisifs, cette alternative de paix et de guerre également fatiguante, quoique

Digitized by Google

sous des rapports différens, pour les deux nations et qui eût été levée, il y a long tems, si on eut mieux reflèchi à quelle influence des principes français on s'exposeroit par une rupture. Au jugement des peuples, car il appartient surtout à un peuple libre d'invoquer ce témoignage, le Directoire exécutif a constamment porté dans la négociation actuelle un caractère de dignité condescendante et de modération qu'on peut appeler sans exemple dans l'histoire des traités conclus par des puissances victorieuses. Cette conduite dictée par l'amour de l'humanité, le Directoire exécutif veut la soutenir encore. Il donnera à l'Empire une dernière et bien grande preuve de ses sentimens pacifiques en lui assûrant la restitution tant sollicitée des territoires de Kehl et de Cassel; et cela, au moment même où un revers passager n'a servi qu' à centupler l'énergie et les forces nationales, qui, sans doute, n'auront à se depoyer que contre d'anciens et irréconciliables ennemis. Mais une rénonciation si importante en elle même, puis qu'il s'agit d'une partie précieuse des conquètes de la République, remarquable dans la circonstance qu'on vient d'indiquer, doit faire disparaitre à l'instant toutes les difficultés et vaincre toutes les résistances. Les soussignés ont mûrement considéré l'état actuel de la négociation, ce qui a été fait et ce qui reste à faire, ce qu'il peut y avoir à éclaircir ou à rectifier, enfin ce qui leur est permis d'accorder encore et ce qui leur est impossible d'accorder jamais. Cette note est destinée à présenter là dessus des resultats trop cértains pour laisser l'éspérance d'aucun changement ulterieur. Le nouveau sacrifice que le Gouvernement Français consent d'offrir à la paix, sera le

Digitized by Google

prix d'une accession prompte aux articles suivans : accession, que le bien de l'humanité fait désirer ardemment aux soussignés, et qu'ils attendent de la Députation de l'Empire conseillée par elle même. On croit inutile d'observer que la plûpart des articles qui vont être rappelés dans cette note ayant déja reçu une solution formelle, on ne pourrait les soumettre à une nouvelle discussion sans que cette marche indiquât l'intention secrette d'éloigner le terme de la pacification.

1) La delimitation du cours du Rhin et de ses îles et la navigation du fleuve étant sans contredit une des parties les plus importantes du traité futur, les soussignés on êu soin de s'expliquer trés-clairement à cet égard, d'abord dans les notes des 14. Floréal et 4. Messidor, ensuite dans celle du 1. Thermidor interprètative des deux précédentes. Il leur a paru cependant, en relisant plus attentivement les notes correspondantes de la Députation de l'Empire, qu'il était à propos d'éclaircir et de determiner d'une maniére invariable ce qu'on voudrait voir encore de douteux et d'incertain dans ce qu'ils ont déclaré sur cet objet important.

Des deux moyens proposés par l'Empire pour le partage du fleuve, le gouvernement Français a admis le Thalweg, ou chemin de navigation; la Députation y a acquiescé dans sa note du 23. Thermidor. Mais faute probablement d'y avoir assés refléchi, elle a accompagné cet acquiescement de dispositions contradictoires qui détruiraient le principe et que les soussignés n'ont jamais été disposés ni autorisés à adopter puis qu'ils ont toujours persisté dans leur note du 1. Thermidor par laquelle ce principe est

Digitized by Google

consacré- Ils y persistent aujourd'hui de plus fort, en déclarant positivement que par le Thalweg il faut entendre rigoureusement le milieu du cours principal et navigable du Rhin proprement dit; que là, où le fleuve prendrait un autre nom, la branche, qui a retenu ce nom, est celle qui formera le Thalweg; et que le Gouvernement Français ne consentira jamais à ce que l'Empire ou l'un de ses membres puissent conserver, en aucune maniére, quelque propriété ou droit sur des parties situées á la gauche du Thalweg tel qu'il vient d'être défini: toute direction contraire à cette ligne de limite est manifestement incompatible avec le principe de la barriere du Rhin pour les deux états. A l'égard des îles, la Députation est tombée d'accord de tout ce qui a été proposé par les Ministres plénipotentiaires de la République Française; mais, en consentant, indépendamment de la cession consommée de l'île St. Pierre, que les îles du côté droit du Thalweg, qui auraient été sous la souveraineté française, y restent à l'avenir, elle a exprimé la condition de réciprocité pour l'Empire d'Allemagne et les Seigneurs territoriaux, relativement aux îles du côté gauche du Thalweg soumises jusqu'à présent à la souveraineté Germanique. Les soussignés, se référant à l'artiele 2. de leur note du 1. Thermidor refusent formellement la réciprocité demandée par la Députation de l'Empire, parcequ'elle serait destructive des avantages que la République doit se promettre de la cession de la rive gauche dont ces îles font partie, et que la restitution des territoires de Kehl et de Cassel sera pour l'Empire une compensation libérale de ce qui est acquis à la France.

Venant actuellement aux points relatifs à la navi-

Digitized by Google

gation du Rhin, il resulte du rapprochement scrupuleux que les soussignés ont fait des notes respectives, qu'on est à peu de chose près entiérement d'accord sur l'essentiel de ce qui a été proposé dans cette matiére, de la part des Ministres plénipotentiaires de la République Française dans leurs notes des 14. Floréal, 4. Messidor et 1. Thermidor, et de la part de la Députation de l'Empire dans ses reponses des 28. Floréal, 20. Messidor et 23. Thermidor, Mais parmi quelques difficultés légéres, on remarque deux ou trois plus conséquentes et qu'il est nécessaire de resoudre promptement.

La premiére de ces difficultés regarde la liberté même de la navigation à cet égard; les soussignés repeteront, que la navigation du Rhin sera entiérement libre pour les deux nations Française et Allemande; mais la République ne peut consentir actuellement à aucune extension que la Députation de l'Empire entendrait donner au principe.

La seconde consiste en ce que la Députation de l'Empire a demandé, qu'à l'Article concernant les chemins de Hallage on ajoutât lés mots: *selon le bésoin et la possibilité.* Les soussignés ne sauraient s'expliquer les motifs de cette addition; ils ne peuvent l'adopter; elle est au moins inutile, si même elle n'est pas dangereuse et propre à favoriser dans la suite des prétextes pour éluder ou contester l'exécution de l'article. La Députation a demandé encore que les matériaux nécessaires à l'entretien du chemin de Hallage, qui manquent dans plusieurs points de la rive droite, tandis qu'ils abondent sur la gauche, puissent étre pris sur celle-ci, selon l'exigence et en les payant un prix raisonnable; cette facilité pourra être accordée,

Digitized by Google

mais soumise cependant aux reglemens intérieurs de la République.

La troisième difficulté est relative à l'abolition des péages sur le Rhin. En convenant de la suppression actuelle de ces entraves du commerce, la Députation de l'Empire a proposé d'insérer au traité de paix la condition que la suppression effective n'aurait lieu que dans deux ans, éstimant sans doute ce tems nécessaire pour l'établissement du nouvel ordre de choses. Une pareille demande a dû fixer toute l'attention des Ministres plénipotentiaires de la République Française. C'est surtout dans des questions de la nature de celle-ci que le provisoire tue souvent le definitif; et quand on reflèchit, que la République, en même tems qu'elle a réclamé l'abolition de ces péages oppressifs, s'est hatée de sacrifier de son coté ceux qui se percevoient à son profit, et jusqu'aux droits dont elle se trouve exclusivement propriétaire, on ne croit pas avoir à combattre une opposition sérieuse de la part de l'Empire qui au fonds est le favorisé dans cet arrangement. Cependant le Gouvernement Français, toujours disposé aux voies de conciliation, consentira à ce que l'abolition de tous les péages sur le Rhin soit stipulée dans le traité comme principe et comme devant avoir son plein et entier effet six mois après l'échange des ratifications, sans qu'aucun péage, sous aucun prétexte, puisse être prorogé ni remplacé au de là de ce terme.

2) En demandant l'affranchissement des fleuves intérieurs de l'Allemagne le Gouvernement Français donnait aux habitans de l'Empire, directement intéressés à cette liberté de navigation, un témoignage de sa bienfaisance. Les soussignés n'insisteront pas sur cet article qu'ils recommendent néanmoins à la sagesse

Digitized by Google

de la Députation de l'Empire; mais ils demandent formellement pour la République Française la suppression actuelle du péage d'Elsfleth sur le Weser, comme étant une entrave extrememement nuisible à son commerce avec la ville de Bremen. Ils demandent également, par suite des relations industrielles de leur nation àvec l'Allemagne et de l'affection particulière que leur Gouvernement porte à un objet de si haut intérêt, que les villes Anséatiques de Bremen et de Hambourg et la ville libre et impèriale de Francfort, conservant leur existence politique, soient confirmées et maintenues dans la plénitude de leur indépendance constitutionnelle.

3) Il sera stipulé qu'on ne pourra jamais, de part ni d'autre, s'opposer au rétablissement et à l'entretien des ponts commerciaux qui existent sur les deux points du Rhin, ou qui y existeroient par la suite de gré à gré entre les riverains. Ces communications pûrement commericales sont à l'avantage des deux nations.

4) Les soussignés ont declaré dans l'article quatre de leur note du 4. Messidor dernier que *les dépendances sur la rive gauche d'établissemens ecclésiastiques situés sur la rive droite devant rester à la République, les dépendances sur la rive droite d'établissemens placés sur la rive gauche resteroient à l'Empire.*

La Députation de l'Empire a desiré qu'on s'expliquât à ce sujet; elle a demandé par sa note du 20. Messidor ce qu'on entendait par *dépendances d'établissemens ecclésiastiques.* En demandant une interprétation des ces termes, la Députation les a pris dans le sens le plus étendu, et en cela elle a fourni elle même l'explication dont ils sont succeptibles dans une

Digitized by Google

affaire où tout doit être réciproque. Les soussignés consentent donc volontiers à admettre l'article proposé pour les biens ecclésiastiques, fondations pieuses, hôpitaux et autres établissemens de charité, universités, écoles, instituts pour veuves et orphelins, communautés laïques et réligieuses. Les meubles seront compris comme les immeubles dans la cession. Les capitaux actifs qui seraient à recouvrer, appartiendront au domaine de la rive sur la quelle se trouvait établie la recette pour l'acquittement des rentes. Tous ces biens conserveront les charges spéciales dont ils sont grévés. Quant à la question de savoir à qui les dépendances sur la rive droite d'établissemens situés sur la rive gauche tomberont en partage, on propose, comme règle générale, que ces parties soient données de préférance aux Princes dans le domaine desquels elles seront placées.

5) Rien ne saurait être changé dans les dispositions de l'article 3. de la note des soussignés du 4. Messidor, concernant la noblesse immédiate. Ils renouvelleront seulement pour la dernière fois l'observation peremtoire énoncée dans l'Art. 5. de la note du 1. Thermidor, que les demandes formées par la Députation de l'Empire pour l'amélioration de la condition de nobles immédiats sont contraires aux principes et aux lois constitutionnelles de la République qui ne flèchissent devant aucune considération.

6) Les soussignés ont fait remarquer ailleurs que chaque fois qu'il leur arrive de se relâcher de leurs plus justes prétentions, la Députation de l'Empire semble en prendre occasion d'augmenter les siennes et se montre plus difficultueuse. Cette réflexion s'applique particuliérement à l'article des dettes, article

Digitized by Google

intéressant, il est vrai, pour l'Empire, mais au quel aussi la bienveillance du Directoire exécutif a apporté tout le tempérament possible. Cet article présenté d'abord dans la note de la légation Française du 14. Floréal a été reproduite dans celle du 1. Thermidor de la maniére suivante: *conformément au principe généralement reçu les dettes dont seroient grévés les objets cédés à la République seront transportées sur les objets donnés en remplacement. Cette disposition, de la quelle les Electeurs ecclésiastiques ne sont point exceptés, est invariable.*

En maintenant le principe, lequel est immuable, dans leur note du 28. Fructidor, les soussignés ont déclarê, que pour faciliter l'heureuse issuë de la négociation, la République consentirait á ce que les *dettes provinciales*, c'est à dire d'un pays entier, et les *dettes communales*, c'est à dire particulières à une commune ou partie d'un pays, *à l'exception néanmoins de celles de ces dettes qui auraient été contractées à l'occasion et pour les frais de la guerre demeurassent à la charge des pays cédés.* Que resulte-t-il de ces dispositions, prises dans leur sens naturel, et dégagées, de tous les details superflus ou ètrangers à la question? Il en resulte évidemment que le Gouvernement Français veut decharger l'Empire de toutes les dettes véritablement et légalement contractées pour les bésoins et l'utilité publique des pays ou parties de pays cédés à la République, et qu'il en excepte seulement celles qui ont été contractées pour les bésoins et l'utilité publique des pays ou parties de pays cédés à la République, et quil en excepte seulement celles qui ont été contractées pour l'avantage et le service du Prince ou Seigneur territorial, ou à l'occasion et pour les

Digitized by Google

frais de la guerre que l'Empire à faite à la République. Or les soussignés demandent si on peut raisonnablement attendre devantage d'un Gouvernement juste, modéré, et cependant trop sage pour oublier jamais la mesure qu'il lui convient de garder en toute circonstance. Voila donc un resultat tout à la fois avantageux à l'Empire, honorable pour la générosité Française et facile dans l'exécution. *Mais*, dit la Dèputation, pénétrée au fonds de la justice de ce qu'on lui propose, *il faudrait du moins établir que les dettes militaires faites contre la République seraient placées sur les objets d'indemnité à la rive droite du Rhin, et non pas celles contractées pour et à l'avantage de la République.* Au cas que la Dèputation ait voulu designer par ces expressions peu exactes les contributions reparties et perçues pour la subsistance des troupes Françaises, les soussignès n'hésitent pas à lui déclarer que la distinction qu'elle cherche à établir est fausse et inadmissible. L'Empire a mis la France dans la necessité d'armer, c'est une vérité historique que toutes les dénégations ne détruiraient pas. Si donc l'effet d'une legitime défense a entrainé les Français sur le territoire Allemand, ce séjour forcé ne saurait être imputé à la République; les frais qu'il y a occasionnés, ne peuvent retomber sur l'état qui n'est point l'agresseur; ils font partie des dettes des princes, car ce sont les princes qui ont voté la guerre; ils doivent donc être compris dans les charges de la guerre personnelles à l'Empire.

D'après toutes ces raisons, les soussignés persistent dans l'art. 2. de leur note du 28. Fructidor, développé dans celui-ci, et avec cette addition: que quant aux pays situés à la fois sur les deux rives, on se chargera

des

Digitized by Google

des dettes qui auront tourné à l'avantage particulier de la partie de ces pays devenue Française.

7.) Après la déclaration faite par les Soussignés dans leur note du 28. Fructidor relativement à l'application des lois concernant les Emigrés, on s'étonne que la Députation de l'Empire, soit revenue sur un objet complètement terminé. Il ne peut être question ici que des pays actuellement cédés à la France par l'Empire, et l'on a déclaré positivement que les lois de l'émigration ne sont point applicables à ces pays. Si on a excepté en général les pays réunis, c'est que les lois de l'etat le veulent ainsi. Mais le bienfait de l'exemption a été étendu à Mayence, parceque le decrèt de réunion n'y ayant pas été publié, les habitans n'ont pu profiter des trois mois que la loi accorde après la publication du decrèt pour rentrer dans les pays réunis. C'est donc là un principe posé, dont l'application pourrait se faire aux pays ou parties de pays qui se trouveraient dans le même cas. Les soussignés se persuadent qu'il ne sera plus reparlé de ces hommes qui ont été le flambeau de la guerre, et qu'on sentira généralement qu'il n'y auroit ni convenance ni avantage à reproduire des demandes qui retraceraient ce souvenir.

8.) Les soussignés ne s'attendaient pas davantage, après leur seconde note du 28. Fructidor, aux nouvelles instances de la Députation de l'Empire pour la retraite des troupes Françaises qui se trouvent à la droite du Rhin dans la ligne d'armistice. Les troupes de la République repasseront à la gauche aussitôt après la pacification; il est sensible que jusque là elles ne peuvent quitter leur position actuelle. La Députation doit être assurée que suivant les cir-

constances on s'occupera d'adoucir cet état de choses qu'il ne tient qu'à elle de faire cesser très promptement par la conclusion de la paix; cette note même lui en fournit le plus sûr moyen.

9.) Ainsi qu'il a été dit dans les notes précédentes de la Légation Française, notamment dans celles des 14. Floréal et 1. Thermidor, l'Empire renoncera par le traité futur à toute éspèce de prétentions et droits sur les objets cédés présentement à la République, et aussi sur ceux qui lui ont été cédés dans la ci-devant Savoye par le traité avec le Roi de Sardaigne, et dans le ci-devant Cercle de Bourgogne par le traité de Campo Formio. L'Empire consentira à la cession du Frickthal et fera l'abandon, au profit de la République Française, de tous les droits quelqu'ils soient qu'il auroit ou pourroit prétendre sur ce pays. S'il n'y a aucun droit, soit de Suzeraineté, soit de toute autre nature, il la déclarera formellement.

L'Empire renoncera à tous les droits quelconques qu'il aurait ou pourrait prétendre sur les pays d'Italie qui appartiennent aujourd'hui aux Républiques établies dans cette contrée, et spécialement à tous les fiefs impériaux qui font partie de ces Républiques.

Outre les rénonciations susmentionnées, l'Empire renoncera à tous les titres qui rappelleraient d'anciens droits et des dignetés attachées aux objets cédés.

Il n'y aura pas de difficulté à ce que la République Française et les Républiques d'Italie renoncent de leur côté, si cela est jugé nécessaire, à toute prétention sur les pays qui restent à l'Allemagne. Quant à la demande faite par la Députation de l'Empire que la République Française renonce au com-

Digitized by Google

plément des engagemens individuels qui auraient été pris à l'occasion de la guerre par quelques princes et états d'Empire, et non encore acquittés, c'est là une question tout à fait particulière, qu'on pourra traiter separément.

Les Soussignés persistent dans toutes les propositions detaillées au présent article, avec d'autant plus de raison, qu'après avoir bien examiné les objections de la Députation de l'Empire contenues dans ses notes des 23. Ventose, 28. Floréal et 23. Thermidor, ils n'y ont rien vu à quoi cet article ne puisse servir de réponse.

10.) Il a été convenu que les fortifications de Kehl et de Cassel seraient et demeureraient démolies. L'Empire s'obligera en outre à ne construire aucun fort ou camp retranché qu'à la distance d'environ six Kilomètres ou trois mille toises de la rive droite du Rhin.

Telles sont les propositions des Ministres Plénipotentiaires de la République Française, ils se réfèrent au surplus à leurs précédentes notes. La Députation de l'Empire verra par celle-ci qu'au moment du plus grand développement des forces nationales, il n'y a pas d'arrangement raisonnable que le Directoire exécutif ne soit disposé à approuver; elle verra qu'il ne lui reste qu'un pas à faire pour couronner l'important ouvrage de la pacification par l'application du principe des indemnités. La Députation ne perdra pas de vuë surtout que si les articles de paix proposés n'étaient pas acceptés sans delai, non seulement la promesse conditionnelle de restituer à l'Empire les territoires de Kehl et de Cassel n'aurait point son effet, mais encore qu'il serait démontré au peuple

Digitized by Google

Français et au Gouvernement, que l'Empire veut la guerre.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française assûrent le Ministre de S. M. l'Empereur, de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 12. Vendémiaire an 7.
de la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Achtzehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 17. October 1798.

Die Verzichtleistung auf die Territorien von Kehl und Kassel, welche von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in der Note vom 3. October nunmehr zugesichert wird, ist dem Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, allerdings der angenehmste Beweis, daß es dem französischen Gouvernement wahrer Ernst sey, sich dem diesseitigen so oft bethätigten Verlangen nach einem baldigen Friedens-Schlusse wesentlich zu nähern. Man säumt daher nicht, diese so lang gewünschte Entsagung auf alle diesseitige feste und Berührungs-Punkte mit Vergnügen anzunehmen, und bestrebt sich in den übrigen, noch nicht vollständig berichtigten Gegenständen, den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik auf jeden Punkt ihrer Note in einer detaillirten Antwort die diesseitigen Erklärungen in der festen Zuversicht vorzulegen, daß, obschon hin und wieder annoch einige Verschiedenheit mit den vorgeschlagenen Bestimmungen obwalte, dennoch die dabey zum Grunde liegende nähere Aufklärungen von den

Digitized by Google

französischen bevollmächtigten Ministern billig werden beherziget werden, um das große Ziel der gänzlichen Vereinigung vollends zu erreichen.

ad 1.) In Betreff der **Rhein-Gränze** ist man stets damit einverstanden, daß allenthalben der Thalweg die Gränze beyder Staaten ausmachen, und daß unter dem Thalwege die Mitte des schiffbaren Hauptstromes des Rheins verstanden werden solle. Da jedoch hierdurch am Unterrhein die **Büdericher-Insel** bey Wesel auf die französische Seite fällt, der Königl. Preußische Hof aber auf deren Beybehaltung zu mehrerer Sicherung der Festung und Stadt Wesel mehrmal ausdrücklich angetragen hat, so glaubt man zuversichtlich hoffen zu können, daß das französische Gouvernement den dießfallsigen Königl. Preußischen, selbst zu des Reiches Beßtem gereichenden Wünschen willfahren, und diese Insel der deutschen Seite überlassen werde.

Die **Rhein-Inseln** betreffend, ist man bereits in den vorhin gewechselten Noten übereingekommen, daß die Inseln auf der rechten Seite des Thalwegs dem deutschen Reiche, die Inseln auf seiner linken aber der französischen Republik verbleiben sollen. In der Folge ist man auch dem eigenen französ. Antrage der Note vom 19. July beygetreten, wornach die **künftige** Aenderung des Thalwegs nichts an den Hoheits-Rechten über die Inseln ändern, sondern diese vielmehr von nun an nach ihrer **gegenwärtigen Abtheilung** unter der deutschen oder französischen Oberherrlichkeit verbleiben sollen, wenn sie schon etwa in der Folge auf eine andere Seite des Thalwegs verlegt würden. Wenn nun aber die bevollmächtigten Minister der französ. Republik in ihrer jüngsten Note äussern, daß das französ. Gouvernement dem deutschen Reiche oder einem seiner Glieder **niemals** irgend eine Be-

Digitized by Google

sitzung auf der linken Seite des Thalwegs einräumen werde, so kann wohl die Meinung nicht seyn, daß hierdurch jene ältere Verabredungen zurückgenommen werden sollen; sondern der Sinn ist ohne Zweifel nur auf die Rheinlinie von Hüningen bis an das Kurpfälzische Oberamt Germersheim gerichtet, wo der Rhein schon vordem die Gränze zwischen Deutschland und Frankreich gewesen, und wo man sich auf das Begehren der bevollmächtigten Minister der französ. Republik die bisher französisch gewesenen Inseln auf der rechten Seite des Thalwegs auch noch ferner beyzubehalten, das Reciprocum ausbedungen hat. Da sich nun aber die gegenwärtige Ueberlassung des linken Theils des Rheinthalwegs an die französische Republik eigentlich erst bey dem Oberamte Germersheim, als dem ersten Punkte der eroberten Lande des linken Rheinufers, nicht aber dort anfange, wo Deutschland schon vorhin an Frankreich gegränzt hat, so wird das französ. Gouvernement wohl keinen weitern Anstand nehmen, in Ansehung dieses Theils des Rheines und seiner Inseln es bey den bisherigen auf Verträgen und Herkommen beruhenden Verhältnissen zu belassen, und sonderlich den diesseitigen Gemeinden, welche dergleichen Inseln jenseits des Thalweges besitzen, deren freye Benutzung und mithin den Gebrauch des Busch- und Holzwerkes zum nöthigen Uferbaue auf keine Art zu erschweren.

In Betreff der freyen Rhein-Schiffahrt hat man bereits mehrmals seine Beystimmung mit dem Satze, daß beyden Nationen das gleiche Recht der Schiffahrt zustehen solle, zu erkennen gegeben. Man hat dieser Erklärung jedoch jedesmal den Wunsch einer gemeinsamen Uebereinkunft mit Holland beygefügt, um die Schiffahrt des Rheines bis zu seinem Ausflusse zu sichern; die französischen bevollmächtigten Minister erklären aber gegen

wärtig, in die dießfallsigen Wünsche der Reichs-Friedens-Deputation dermalen nicht eingehen zu können. Da nun diese mit Holland zu treffende Uebereinkunft für das deutsche Reich in Commercial-Hinsichten von großer Wichtigkeit ist, so wird wenigstens die Aufhebung der Zölle der batavischen Republik nicht anders zu gut kommen können, als sofern das deutsche Reich binnen der, zu künftiger Aufhebung der Rheinzölle festzusetzenden Zeit sich mit der batavischen Republik einer gleichmäßigen Aufhebung der Rheinzölle verglichen haben wird.

In Ansehung des **Leinpfades** kann man geschehen lassen, daß der diesseits vorgeschlagene Beysatz: **Nach Nothdurft und Möglichkeit**, da der Leinpfad ohnehin schon seine hergebrachte Abmaasse hat, wegbleibe.

Die willfährige Erklärung wegen der diesseits angetragenen Verabfolgung der **Baumaterialien** vom linken Rheinufer auf das rechte, wird nicht auf die Unterhaltung des Leinpfades, als wofür sie nicht verlangt worden ist, sondern auf jene des Uferbaues zu verstehen seyn; und man darf hoffen, daß die innern Verordnungen der Republik den Bezug dieser Baumaterialien zu diesem nützlichen, öffentlichen Zwecke nie hemmen oder erschweren werden.

Daß die wirkliche Aufhebung der **Rheintransito-Zölle** in dem Friedens-Instrumente festgesezt werde, läßt man sich gefallen; nur muß man wünschen, daß, statt des zu jeder neuen Einrichtung gar zu kurzen Termins von 6. Monaten, wenigstens die Zeit eines Jahres nach Auswechslung der Friedens-Ratificationen zum wirklichen Vollzug dieser Aufhebung bestimmt werden möge.

ad 2.) Die französischen bevollmächtigten Minister haben in ihrer jüngsten Note zum erstenmal verlangt: Daß der Weser-Zoll zu **Elsfleth** zu Gunsten der französischen

Republik aufgehoben werde. Da aber dieser, den Grafen, nunmehrigen Herzogen von Oldenburg, in dem 10. Artikel des Münsterischen Friedens bestätigte Zoll, in einem nicht occupirten Theile Deutschlands liegt, und die Reichs-Friedens-Deputation darauf einzugehen nicht vermag, so will man dem französ. Gouvernement lediglich überlassen, über diesen Gegenstand mit dem Herzogl. Hause Hollstein-Oldenburg jedes dienlich scheinende Commercial-Uebereinkommen zu treffen.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik verwenden sich hiebey zugleich für die Aufrechthaltung der constitutionsmäßigen Verhältnisse der freyen Reichsstädte Hamburg, Bremen und Frankfurt. Die Aufrechthaltung dieser und aller anderer commercirenden Reichsstädte ist dem deutschen Reiche für sein Commerz allerdings wichtig; sämtliche freye Reichsstädte, welche den dritten Reichsständischen Körper in Deutschland ausmachen, stehen in Ansehung ihrer wohlhergebrachten Verfassungen, vermöge Reichs-Verbandes, unter dem Schutze der Gesetze; die Reichs-Friedens-Deputation aber rechnet es sich zur vorzüglichen Pflicht, auf die Erhaltung der Reichsstände und der Reichsverfassung möglichst bedacht zu seyn, und in den geäusserten Wunsch der bevollmächtigten Minister der französischen Republik alle Reichsstände und Reichsangehörige zu begreifen.

ad 3.) In Betreff der Commercial-Brücken ist man verstanden, daß die bisher bestandenen Rheinbrücken auch ferner auf Kosten derjenigen, welche sie seither bestritten haben, wieder hergestellt und unterhalten werden sollen. Bey denjenigen aber, welche erst jezt gemeinschaftlich würden, z. B. der Brücke zwischen Mainz und Kassel, wird jedem Riverain der Theil der Brücke zu unterhalten obliegen, der auf seiner Seite des Rhein-

Digitized by Google

Thalwegs liegt. Was hingegen noch weiter, in der Folge, mit Einverständnis beyder Riverains etwa zu errichtende Commercial-Brücken anlangt, so kann hierüber die erforderliche Einwilligung des Reichs, wobey es jedesmal auf Nutzen und Nothwendigkeit ankommt, zum voraus im Allgemeinen nicht zugesichert werden.

ad 4.) Tritt man nunmehr den französischer Seits geschehenen Vorschlägen bey, daß die Dépendances auf der linken Rheinseite von geistlichen établissements auf der rechten der Republik, und die Dépendances auf der rechten Rheinseite von geistlichen établissements auf der linken dem deutschen Reiche verbleiben sollen; dann daß diese Verfügung auch auf alle pia corpora, und namentlich auf Hospitäler, Armen-Anstalten, Universitäten und Schulen, (vorbehaltlich jedoch der über diesen Artikel bestehenden oder noch zu machenden besondern Uebereinkünfte und Tractaten) erstreckt werde. Hiedurch hält man sich überzeugt, daß diejenigen vielfachen Schwierigkeiten werden beseitiget werden, welche mit jeder sonstigen Art von Einverständniß über diesen verwickelten Gegenstand verbunden sind. Um jedoch diesem nunmehr angenommenen Grundsatze in seiner ganzen Ausdehnung getreu zu bleiben, müssen die Mobilien all dieser Körperschaften auch dem Rheinufer, auf dem sie sich gegenwärtig befinden, so wie die Activ-Kapitalien, als ebenmäßige Dépendances, der Rheinseite zufallen, auf welcher sie angelegt sind, und worauf der Schuldner gegenwärtig seinen festen Wohnsitz hat. Daß endlich die auf solchen Dépendances haftende Schulden und sonstige Lasten demjenigen zufallen sollen, der dergleichen Dépendances acquiriren wird, ist der Billigkeit ganz gemäß. Was sodann den Vorschlag betrift, daß der Reichsstand, in dessen Landen solche Dépendances liegen, vorzüglichen

Anspruch auf deren Acquisition haben solle, dabey findet man ebenfalls nichts zu erinnern; nur versteht sich von selbst, daß ein Reichsstand solche Güter nicht unentgeldlich an sich ziehen könne, sondern es werden alle Güter, Gefälle und Kapitalien geist- und weltlicher jenseitiger Stiftungen, (welche der Landes-Verfassung nach, oder weil sie zum allgemeinen Landes-Besten stets bestimmt gewesen sind, auf dieser Rheinseite nicht fortwähren müssen) zu andern nöthigen Zwecken, sonderlich zum billigen Ersatze für diejenigen diesseitigen pia corpora, welche verhältnißmäßig zu viel von ihren Einkünften auf der andern Seite einbüssen, auch zu sonstigen Entschädigungen zu verwenden, und zu dem Ende in eine Masse zusammenzuziehen seyn. Nur in Ansehung der **Wittwen-** und **Waisen-Gesellschaften** wird eine Ausnahme billig und gerecht, auch das franzöſ. Gouvernement selbst gemeynt seyn, diesen Instituten nichts zu entziehen, sondern denselben ihre Einkünfte, auch allenfallsige Güter, sie mögen liegen wo sie wollen, zu versichern, mithin festzusetzen, daß solche Wittwen- und Waisen-Institute, welche in den nun gänzlich überlassenen Landen errichtet sind, zu Gunsten ihrer Theilhaber erhalten — von denjenigen hingegen, welche in solchen Landen gestiftet gewesen, die nur zum Theile an die franzöſ. Republik kommen, die Fonds und Kapitalien nach Verhältniß und Anzahl der Participanten unter diesen vertheilt werden sollen.

ad 5.) Kann die Reichs-Friedens-Deputation in Ansehung der unmittelbaren **Reichs-Ritterschaft** noch immer dem Bestreben nicht entsagen, ihren dießfallsigen so gerechten Vorstellungen gewührigen Eingang zu verschaffen: Sie kann sich noch immer nicht überzeugen, daß es den franzöſ. Grundgesetzen zuwiderlaufe, wenn Reichsritterschaftliche Mitglieder, welche zugleich Reichsstände

Digitized by Google

sind, mit solchen, die keine Reichsstände sind, in Rücksicht ihrer auf dem linken Rheinufer besitzenden Reichsritterschaftlichen Güter, in eine Classe gesezt würden; und da es den französ. Gesetzen nicht widerstrebt, wenn leztere ihre Güter, ohne alle weitere Gerechtsame, blos als Privaten besitzen, so sollte man es mit eben diesen Gesetzen übereinstimmend glauben, daß auch Reichsstände ihre Reichsritterschaftlichen Güter forthin als Privaten besitzen könnten; man muß demnach von der Billigkeit des französ. Gouvernements erwarten, daß es sowohl diese, als die übrigen in Betreff der Reichsritterschaft mehrmals vorgebrachten wohlgegründeten Anträge ferner von der Hand zu weisen nicht gemeynt seyn werde. Mit welchem Antrage man noch den fernern eben so gerechten verbinden muß, daß nach der eigenen französ. Note vom 22. Juny auch noch alle diejenige in dem ungestörten Genusse ihres Privat-Eigenthums erhalten werden, welche weder Fürsten, Grafen, noch Stände mit individueller oder Curiat-Stimme sind. Wohin gehören a) der ganze landsäßige Adel in den überlassenen Landen; b) die appanagirte Herren, weibliche Angehörige, Gemahlinnen, Töchter und Wittwen reichsständis. Häuser; c) einige unmittelbare Reichs-Angehörige, welche weder zu einem reichsständischen Hause, noch zur Reichs-Ritterschaft gehören, und sich in keinem Verbande mit irgend einem Kreise oder Cantone befinden; endlich d) selbst Reichs-Stände mit ihren Privat-Besitzungen, in Ansehung welcher sie als Privat-Personen stets betrachtet worden sind.

ad 6.) Bey dem Schuldenwesen kann die Reichs-Deputation gewiß eben so wenig als in Ansehung aller übrigen Punkte den Vorwurf verdienen, daß sie auf bezeigte Nachgiebigkeit ihre Forderungen erhöhe, wenn sie

gleich noch immer den so sehr billigen Wunsch hegt, überhaupt mit den Schulden solcher Lande verschont zu werden, welche für das Reich künftig mit allen ihren Einkünften verloren sind; da jedoch die franzöſ. bevollmächtigten Miniſter nunmehr erklären, daß diejenige Schulden, welche zum Bedürfniß und zum Beßten der Lande contrahirt worden sind, (als worüber die ausgestellten Obligationen am beßten entscheiden werden), auf diesen Landen haften bleiben sollen, so will man dagegen diesseits gleichwohl nachgeben, daß diejenigen Stände, welche auf dieser Rheinseite werden entschädigt werden, die zu ihrem Vortheile und Dienste gemachte Schulden abführen, auch insbesondere die zu Führung des Reichs-Kriegs contrahirten Landes-Schulden, auf die Objecte der rechten Rheinseite, welche sie zur Entschädigung erhalten, übernehmen sollen. Was aber die von einzelnen Theilen der Lande, auch von einzelnen Gemeinden aus Anlaß und zum Behufe des Krieges contrahirte Schulden betrift, so kann man unmöglich den angeführten Grund zugestehen, aus welchem sogar auch dergleichen Privat-Schulden diesseits übernommen werden müßten. Ohnehin würde es gänzlich an einem Objecte fehlen, auf welches diese Communal-Kriegs-Schulden diesseits gegründet werden könnten, denn die meisten Lande sind schon mit eignen Schulden überladen; und solche auf andere diesseitige Gemeinden anzuweisen, läßt sich mit keinem Rechte vereinigen. Diese Communal-Kriegsschulden sind überdieß zum Behufe der occupirenden Truppen zu einer Zeit aufgenommen worden, wo der occupirende Theil die ganze Landes-Administration und die Landes-Renten an sich gezogen, die Landesherren samt ihren Beamten entfernt, und die occupirten Lande wie sein Eigenthum behandelt hat.

Digitized by Google

Wenn demnach die bevollmächtigten Minister der französischen Republik alle diese wahre Umstände in Betracht ziehen, so kann man mit Zuversicht erwarten, daß sie hierwegen der Reichs-Friedens-Deputation nichts ferner zuzumuthen gemeynt seyn werden.

In Ansehung der Schulden solcher Lande hingegen, die auf beyden Rheinseiten liegen, besorgt man, daß, wenn die wirkliche Verwendung für diesen oder jenen Landes-Theil die Uebernahme entscheiden sollte, dieser Grundsatz in der Anwendung unüberseh liche Schwierigkeiten finden werde; man glaubt daher, den bereits in der Note vom 23. Sept. geäusserten, einfachern Vorschlag erneuern zu müssen, daß diese Schulden ganz oder pro rata dorthin zu übernehmen seyen, wo sich die in den Schuld-Verschreibungen dafür specialiter verpfändeten Hypotheken befinden.

Dann wird es auch noch bey der äussersten Erschöpfung, die der bisherige Krieg verursacht hat, unvermeidlich nothwendig werden, zur Heimzahlung der Schulden billige, angemessene Fristen, (so wie es auch im Westphälischen Frieden geschehen ist) festzusetzen, um die durch den Krieg unvermögend gewordenen Schuldner aller Classen gegen die Ungestümm ihrer Gläubiger, welche jezt schon ihre Capitalien fordern, und noch mehr gleich nach dem Frieden auf Abtragung derselben bestehen werden, sicher zu stellen.

ad 7.) Haben die französischen bevollmächtigten Minister in ihrer Note vom 14. September selbst geäussert, die Frage von Anwendung oder Nichtanwendung der französischen Emigrations-Gesetze verdiene um so mehr die sorgfältigste Erwägung, als das Wohl, die Freyheit und das Vermögen einer großen Anzahl von Familien in beyden Staaten davon abhänge. Diese Betrach-

tung muß selbst in ihren Augen die Reichs-Friedens-Deputation rechtfertigen, wenn sie wieder auf diesen Gegenstand zurückkommt. Es ist eine ihrer heiligsten Pflichten, sich mit der angestrengtesten Sorgfalt des Schicksals so vieler Deutschen anzunehmen, welchen größtentheils nichts anders als ihre treue Anhänglichkeit an ihre bisherige Verfassung und Landesherrschaften zur Last gelegt werden mag. Den Deutschen kann dieß um so weniger zum Verbrechen gemacht werden, als sie den Werth dieser ihrer Verfassung zu sehr fühlen, um für neue Staats-Einrichtungen empfänglich zu seyn. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik schränken aber in ihrer lezten Note die Nichtanwendung der französ. Emigrations-Gesetze blos auf die noch nicht mit der Republik unirten, dann bey den unirten Landen blos auf diejenigen ein, wo die Reunions-Dekrete nicht publicirt worden sind, und wo daher den Einwohnern die bestimmte Frist von 3. Monaten zu ihrer Rückkehre nicht hat zu statten kommen können. Allein, wahre Vereinigung fremder Provinzen sezt eine wirkliche Ueberlassung voraus, und wahre Ueberlassung geschieht nur durch Friedensschlüsse, indem dadurch erst die Pflichten an die alte Regierung aufhören.

Die Reichs-Friedens-Deputation schmeichelt sich daher um so mehr, von den erleuchteten Einsichten des französischen Gouvernements erwarten zu können, daß der auf Natur- und Völker-Recht gebaute Grundsatz der allgemeinen Nichtanwendbarkeit der Emigrations-Gesetze auf alle Deutsche werde anerkannt werden, als sie hiedurch keine Stöhrer der öffentlichen Ruhe, sondern deutsche Mitbürger in Schutz nimmt, deren zeitheriges Schicksal eine eben so traurige als unverschuldete Folge der Kriegs-Umstände ist, und denen auch ohne diese Rück-

sichten schon die Vortheile und Wohlthaten der Amnestie zum Guten kommen würden, welche bey Wiederherstellung der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen zwey Nationen, nach der menschenfreundlichen Gewohnheit aller Friedensschlüsse, stets festgesezt zu werden pflegt, und die auch schon vorläufig von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in ihrer Note vom 8. April zugesichert worden ist. Man darf diese allgemeine Zusage um so mehr hoffen, als die französischen Emigrations-Gesetze selbst häufig zu Gunsten derjenigen sprechen, welche sich dennoch auf mehreren Emigrations-Listen eingetragen befinden. Hieher gehören nebst vielen andern schon vorzüglichst alle deutsche, auch selbst in Frankreich begüterte Reichsfürsten und Reichsgrafen mit ihren Familien — viele, die schon vor der französischen Revolution in deutsche Dienste getreten sind — die reichsständischen Diener, welche mit oder ohne ihre Herrschaften aus ihren Landen vor ihrer Vereinigung mit Frankreich abgezogen sind, und sich anderswo etablirt haben — die blos als Fremde anzusehende reichsständische Diener im Elsaß und Lothringen, welche ihren Dienstherren folgen mußten — die Reichsritterschaftlichen Personen, namentlich jene des Ober- und Niederrheinischen, und des Ritter-Cantons Neckar, Schwarzwald und Ortenau, dann alle übrigen Reichsangehörigen, welche zugleich in deutschen (sowohl reunirten als neu-überlassenen) und in den der französischen Hoheit unterworfenen Landen, domiciliirt oder begütert sind — diejenigen, die in Ansehung ihrer Besitzungen in Lothringen und Elsaß durch die vorigen Friedensschlüsse und selbst durch die Anerkenntniß des französischen Gouvernements in ältern und neuern Zeiten in ganz eigenen Verhältnissen mit Deutschland geblieben sind. Man sezt daher in Rücksicht all dieser hier ver-

Digitized by Google

zeichneten Personen das zuversichtliche Vertrauen in das französische Gouvernement, es werde wenigstens für solche, statt der mit großen Schwierigkeiten und Kosten verbundenen ordentlichen Nachsuchung ihrer Radiationen, auch aller dießhalbigen Präclusion, die Nichtanwendung der Emigrations-Gesetze auf dieselbe verbindlich zuzusagen, und das dagegen Geschehene ab- und herstellen zu lassen, keinen weitern Anstand nehmen.

ad 8.) Die Versicherungen der bevollmächtigten Minister der französischen Republik, daß sich einstweilen mit der Erleichterung der occupirten Lande des rechten Rhein-Ufers nach Möglichkeit werde beschäftiget werden, erkennt man mit Danke, und begründet hierauf die tröstliche Hoffnung, daß eine wiederholte Vorstellung endlich den erwünschten Zweck nicht verfehlen, mithin die französische Republik alle Truppen von der rechten Rheinseite nunmehr gänzlich wegziehen, die Contributionen einstellen, und die vorzüglichste Bedingniß des Waffenstillstandes — welchen nicht verletzt zu haben die bevollmächtigten Minister der französischen Republik selbst versicherten — nämlich die conventionsmäsige Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein nunmehr um so gewisser ohne Zeitverlust gestatten werde, als nach nunmehr bewilligter Schleifung der Festungswerke von Ehrenbreitstein auch in entferntem Verstande keine entgegenstehende Ursache mehr vorhanden ist.

ad 9. Ist man bereit, in dem künftigen Friedensschlusse auf alle Ansprüche und Rechte, welche das Reich auf die Gegenstände hat, die dermalen an Frankreich überlassen werden sollen, zu verzichten; auch diesen Verzicht auf Savoyen und die sogenannten östreichischen Niederlande zu erstrecken, welche durch die Tractaten mit dem Könige von Sardinien und durch den Tractat zu Campo Formio an die französische Republik gekommen sind.

In

In Ansehung des Frickthals muß man sich auf seine vorige dießfallsige Erklärung vom 10. August beziehen; es kommt indessen darauf an, daß sich das französische Gouvernement vor allem wegen desselben mit dem Erzhause Oesterreich vollkommen einverstehe, welcher Uebereinkunft alsdann das Reich seine Beystimmung nicht versagen, und die darauf habende reichsverbandmäsige Zuständigkeiten seines Orts aufzugeben kein Bedenken haben wird.

Das Reich ist auch bereit, auf seine Rechte auf jene italienische Lande und Reichslehen, welche der cisalpinischen Republik nach Innhalt des Vertrages von Campo Formio zufallen, zu verzichten; hingegen werden in Ansehung der übrigen berührten Reichslehen in Italien, die bereits unterm 10. August verlangte nähere Aufklärung und bestimmtere Bezeichnung der Gegenstände, auf welche zu verzichten gegenwärtig ebenfalls begehrt wird, zuvörderst noch der Reichs-Deputation mitzutheilen seyn.

Die von Seiten der französischen und der italienischen Republiken zugesagte gegenseitige Verzichtleistung acceptirt man diesseits; man muß aber auch hiebey dasjenige wiederholt verlangen, was in der Note vom 10. August wegen der leztern Republiken und der deutschen Besitzungen in deren Gebiete, vorausgesezt wird.

ad 10.) Ist man vorhin schon einverstanden gewesen, daß die Festungswerke von Kehl und Kassel geschleift bleiben sollen, und will nunmehr auch noch die weitere verlangte Zusicherung geben, daß in der Gegend dieser beyden Plätze, und zwar in der Weite von 3000. Toisen vom rechten Rheinufer, irgend eine Befestigung nicht werde angelegt werden.

Uebrigens sind ausser den, zu Gunsten der allgemeinen Reichs-Versammlung und des Kaiserl. Reichs-Kammer-

Gerichtes dieſſeits gemachten, jenſeits noch nicht beantworteten Anträgen, noch einige, die Ruhe und das Eigenthum der Privaten betreffende Punkte, als z. B. des freyen Abzugs durch eine feſtzuſetzende Zeit — der Entſchädigung derjenigen, welche ihre Beſoldungen, Beneficien oder Emolumente verlieren — der Beunruhigung reichsſtändiſcher Diener wegen älterer Amts-Handlungen, gemeinſam zu beſtimmen übrig; alle dieſe Gegenſtände werden ihren ſchicklichen Platz in förmlichen Friedens-Projecten finden; und man will daher ſolche dermalen nicht weitläufiger berühren, ſondern ſich blos auf die Beantwortung der lezten Note der bevollmächtigten Miniſter der franzöſiſchen Republik und auf die Verſicherung beſchränken, daß man bey ſeinem ſtets fortgeſezten eifrigſten Beſtreben, dem Reiche aufs baldigſte einen billigen und anſtändigen Frieden zu verſchaffen, gewiß auch auf keine Weiſe eine gegründete Urſache zu Abbrechung der Unterhandlungen geben werde.

Unterzeichneter beſtätiget hierbey den bevollmächtigten Miniſtern der franzöſiſchen Republik die Geſinnungen ſeiner ausgezeichneteſten Hochachtung.

Achtzehnte franz. Gegennote, vom 28. Oktob. 1798.

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la note de la Députation de l'Empire qui leur a été communiquée le 26. Vendemiaire dernier par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur.

Il est difficile, après avoir lû cette étonnante reponse à la note des Soussignés du 12. du même mois, de modérer l'expression des sentimens pénibles

qu'elle fait naître. Aux difficultés de tout genre et nullement fondées dont elle est remplie, à l'affectation qu'on y remarque de mettre sans cesse en question ce qui est evidemment resolu, à l'ambiguité des articles même consentis, à cette série d'intercessions peu motivées ou tout à fait inconvenantes qui occupent des pages entières, on ne saurait s'empêcher de reconnaitre des vues dilatoires; et de concevoir enfin des doutes serieux sur les veritables intentions de la Députation de l'Empire. La République Française ne veut point la guerre, mais elle ne la craint point. Elle veut conclure la paix; la Députation ne veut-elle qu'en parler toujours? La générosité du Gouvernement Français est allée au delà de toutes les espérances; on ne doit pas s'attendre à de nouvelles concessions de sa part.

Les Soussignés persistent dans tout le contenu de leur note du 12. Vendemiaire.

Ils confirment au Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur les sentimens de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 7. Brumaire an 7.
de la République Franç.
Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Neunzehnte Note der Reichs-Friedens-Deputation, vom 23. Oktober 1798.

Bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik habe man allschon durch die Noten vom 10. August, 11. und 23. Sept. diejenigen Verhältnisse reclamiren zu müssen, sich veranlaßt gesehen, welche die über das Ravitaillement der Festung Ehrenbreitstein be-

stehenden verbindlichen Militär-Konventionen deutlichst vorschrieben. In den von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik auf die obangeführten Noten erlassenen Gegennoten habe man jedoch niemals über diesen Gegenstand einige Erklärung, noch weniger einige verbindliche Zusage erhalten. Man habe sich daher bey der unverkennbaren Wichtigkeit und Dringenheit des Gegenstandes, genöthigt gesehen, die dießfalls vorgebrachten und unbeantworteten diesseitigen Anträge in der unterm 17ten l. M. über das ganze Friedensgeschäft erlassenen ausführlichen Note, abermals und in einer Art zu erneuern, bey welcher den französischen bevollmächtigten Ministern der ganz besondere Werth nicht entgehen werde, welchen man diesseits der genauen und baldigsten Erfüllung der angerufenen Militär-Konvention beylege.

Bey einem Antrage, für den die klaren Worte eines beyderseits anerkannten Vertrages sprechen, und bey der nunmehr nachgegebenen Schleifung der Ehrenbreitsteiner-Festungswerke habe man noch hoffen können, daß etwa die bevollmächtigten Minister der französischen Republik diese Reklamation durch die That beantwortet und den General en Chef der französischen Truppen auf dem rechten Rheinufer durch die geeignete Wege veranlaßt haben würden, die Ravitaillirung der Festung nicht länger zu behindern. Da aber auch über diese so gegründete Erwartung, keine verläßige Bestätigung bis jezt hieher gekommen sey; so nöthige dieser äußerst dringende Gegenstand die Reichs-Friedens-Deputation, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik zu ersuchen, daß dieselbe dem auf das Ravitaillement der Festung Ehrenbreitstein gerichteten Antrage der jüngsten Note vom 17. Oktober ohne Verzug entsprechen, und hierüber der Reichs-Friedens-Deputation eine baldige beruhigende

Versicherung auch noch vorher ertheilen mögen, ehe der viele andere Gegenstände umfassende Innhalt der jüngsten Note ihnen etwa erlaube, die übrigen Punkte derselben zu beantworten.

Neunzehnte franz. Gegennote, vom 28. Okt. 1798.

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la note de la Députation de l'Empire qui leur a été transmise le 2. Brum. présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur.

Quoique la demande que cette note renferme appartienne à la partie militaire, qui est hors de la compétence des Soussignés, ils n'hésitent pas à se référer sur ce point à ce qu'ils ont declaré tant de fois touchant la retraite des troupes, en assûrant de nouveau la Députation de l'Empire, qu'augurant bien du parti qu'elle prendra, on est disposé de ce côté à étendre á tous les objets, qui en sont susceptibles, les adoucissemens et l'amélioration convenables. Mais ils sont forcés d'observer que rien ne prouverait d'avantage qu'on ne veut pas la paix, et n'indiquerait plus sensiblement des pensées ultérieures que cette inquiétude et ces instances continuelles pour des choses que la paix seule peut arranger complettement et à la satisfaction réciproque des deux puissances.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française renouvellent à cette occasion au Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur l'assûrance de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 7. Brumaire an 7.
de la République Franç.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation, vom 6. November 1798.

Die Reichs-Friedens-Deputation wisse sich nicht zu erklären, wie auf ihre, das ganze Friedensgeschäft umfassende, detaillirte und motivirte Note vom 17. l. M. die bevollmächtigten Minister der französischen Republik dagegen in ihrer Note vom 7. Brumaire (28. Oktober) — ohne auch nur in einen, gleichwohl irgend einer Bestimmung entgegensehenden Artikel näher einzugehen — auf eine allgemeine verweigernde Antwort sich hätten beschränken — auf ihre Note vom 12ten Vendemiaire (3ten Oktober) sich lediglich beziehen — und noch dabey diese ihre Antwort mit Ausdrücken und Aeusserungen verbittern mögen, welche in dem Augenblicke der so nahen Vereinigung nothwendig eben so unerwartet, als bey öffentlichen und diplomatischen Unterhandlungen zwischen zwey paciscirenden, sich wechselweise achtenden Staaten ungewöhnlich seyen. Wenn sich die Reichs-Deputation über Schwierigkeiten nicht hinwegsetzen könne, welche aus der Natur der Sache flössen, so suche sie durch deren Erörterung gewiß nicht die Geschäfte zu verlängern, sondern diesen dadurch vielmehr eine feste Richtung zu geben; und da sie sich vornehmlich bestrebe, alles deutlich zu fassen, mithin Doppelsinn zu vermeiden, so hätte sie wünschen mögen, die Stellen ihrer Note zu wissen, in welcher die bevollmächtigten französischen Minister dennoch Zweydeutigkeiten zu ahnden glaubten. Sie verwende sich allenthalben nur für solche Anträge, und bestehe auf ihnen, welche für sich selbst gerecht und billig seyen; wenn sie sich nun bey dieser ihrer manchfaltigen Obliegenheit in ihren Erklärungen nicht jedesmal ganz so kurz, wie die bevollmächtigten französischen Minister zu fassen vermö-

Digitized by Google

ge, so liege überhaupt auch hievon der einfachste Grund schon darinn, daß derjenige, welcher blos Forderungen abzuhalten, und die Summe seines Verlustes möglichst zu mindern bedacht sey, die Modificationen ausführlicher bestimmen müsse, als derjenige, den das Waffenglück in die Lage gesezt habe, nur allgemeine Forderungen machen, und sich mit mehr oder weniger Gewinn begnügen zu können.

Wenn aber die bevollmächtigten französischen Minister dieser Reichs-Deputation zulezt sogar noch vorwürfen, daß sie den Frieden nicht ernstlich wolle, sondern davon immer nur spreche; so bedürfe es wohl nur eines Blickes auf den Gang der bisherigen Unterhandlungen, einer gedrängten Darstellung desjenigen, was die Deputation, um den Frieden zu erlangen, wirklich gethan habe, und niemand werde dieser Beschuldigung im Ernste Glauben beymessen. Nicht nur habe man die vorgeschlagene Haupt-Friedens-Basis wirklich eingegangen, und die sämtlichen so schönen, in ihrem Umfange, Lage, Bevölkerung und Reichthume so wichtigen, mithin zur beträchtlichen Vergrößerung der französischen Republik in der That gereichenden Lande des linken Rheinufers derselben überlassen — sondern sich auch noch außerdem zu den wichtigsten jenseitigen Forderungen nach und nach verstanden. Man habe nämlich ferner den Rechten des Reiches auf die österreichischen Niederlande, Savoyen, und die in Cisalpinien gelegenen beträchtlichen Reichs-Lehen entsagt — auf die Rheinzölle verzichtet — zur Sicherstellung der Festung Mainz auch noch die Ueberlassung der Peters-Aue diesseits des Rheinthalwegs verwilliget — sogar die Schleifung der auf der rechten Rheinseite gelegenen Werke der wichtigen Festung Ehrenbreitstein zugesichert — über den Rheinthalweg selbst, als künftige den Rheinfluß theilende Gräu-

Digitized by Google

ze, über die vorgeschlagene Abtheilung der Rhein-Inseln, über die freye Rhein-Schiffahrt, und über die Unterhaltung des Leinpfades, sich unter zweckdienlichen Modificationen allenthalben einverstanden erklärt — in die Herstellung und Unterhaltung der bisherigen Rhein-Commercial-Brücken gewilliget, die Einrichtung von weitern Brücken in der Zukunft nicht versagt, sondern solche auf Nutzen und Nothwendigkeit und auf die jeweilige Einwilligung von Kaiser und Reich ausgesezt; — in Ansehung der Dépendances des établissements écclesiastiques sey man dem jenseitigen Antrage in dem Hauptsatze vollkommen beygetreten; nur habe man über deren Verwendung auch in Ansehung der darunter begriffenen Mobilien und Activ-Capitalien sachgemäße Vorschläge gethan; — man habe selbst den Antrag nicht verweigert, in der Weite von 3000. Toisen von Kehl und Kassel diesseits Rheins keine Befestigung anzulegen — und man habe endlich sogar die Privat-, auch die zu Führung des Reichskriegs contrahirten Landesschulden derjenigen Stände des linken Rheinufers, welche diesseits entschädigt würden, zu übernehmen sich entschlossen.

Größere Opfer sey keine Nation, die frey, unabhängig und selbstständig seyn und bleiben wolle, zu bringen fähig — zu solchen Ueberlassungen und Bedingungen verstehe sich kein Staat, der nicht das allerlebhafteste Verlangen nach Frieden, dem Ziele der Leiden der Menschheit, hege. Worauf könne man nun noch den Vorwurf begründen, daß die Deputation den Frieden nicht wolle? Etwa darauf, daß man sich weigere, die Communal-Kriegsschulden des linken Rheinufers — eigentlich bloße Privatschulden (welche selbst der französischen Republik als Nationalschuld nicht auflägen, und wovon sie vielmehr der beträchtlichste Gläubiger künftig seyn werde),

auf das rechte Rheinufer zu übernehmen? — Oder auf ihren Antrag, daß bisherige deutsche Staatsbürger nicht als französische Emigranten behandelt — daß, durch den Krieg unglücklich Gewordene, durch den Frieden nicht noch unglücklicher werden sollten? — Das deutsche Reich werde die künftigen Friedens-Artikel heilig erfüllen. Bedingungen aber, die im Grunde der convenirten ersten Friedens-Basis zuwider seyen, weil sie Frankreichs Ansprüche in der That auch über das ganze rechte Rheinufer ausdehnen würden — Bedingungen, die mit der deutschen National-Ehre unverträglich, den Ruin der deutschen Staatsbürger nach sich ziehen, und Deutschlands politische Existenz in Gefahr bringen würden — Bedingungen, die das deutsche Volk gleichsam zu einem stehenden Tribute verpflichten, hierdurch alle Erwerbsmittel lähmen, alle Staatskräfte zernichten würden — solche Bedingungen, die zu erfüllen schlechterdings unmöglich seyen, könne und dürfe die Deputation nicht eingehen. Ihr sey das Wohl Deutschlandes anvertrauet, ihre Pflichten schrieben ihr daher vor, auch bey ihrer unbezweifeltesten Friedensliebe, Bedingnissen dieser Art sich nicht zu fügen. Eben diese ihre Pflichten — Gerechtigkeit und Billigkeit — seyen es auch, welche der Deputation die in ihrer lezten Note enthaltenen Verwendungen vorgeschrieben hätten; die Verwendungen und Begehren für so viele unglücklich Gewordene beträfen keine Länder-Ueberlassungen, keine Gränz-Bestimmungen, keine Commercial-Vortheile mehr, sondern Recht, Eigenthum, Beruhigung, ja selbst das Leben deutscher Unterthanen. Die National-Würde habe es der Deputation zum Gesetze gemacht, für diese Deutsche mit Wärme zu sprechen. Sie verlange nichts, als was bey jedem Frieden, und bey jeder Länder-Ueberlassung, nach dem allgemeinen Völkerrechte ohnehin hergebracht sey.

Digitized by Google

Die Deputation glaube, daß sie ihre ganze bisherige Handlungsweise, so wie die in der gegenwärtigen Note enthaltenen Bemerkungen, dem Urtheile ihrer Zeitgenossen und der Nachwelt getrost unterwerfen dürfe; sie habe aber auch noch immer das feste Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Billigkeit des französischen Gouvernements, daß diese so wahren Betrachtungen von demselben tief würden beherziget werden, und daß die bevollmächtigten französischen Minister — in der Ueberzeugung, daß die Deputation das Aeusserste gethan habe, um eine gänzliche Vereinigung zu bewirken — nunmehr nicht länger anstehen würden, auf die in der Erklärung vom 17. Oktober geschehenen sämtlichen Anträge, sich auf eine gefällige und befriedigende Art zu äußern.

Zwanzigste französ. Gegennote, vom 11. Nov. 1798.

Les Soussignés Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 17. Brum., présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur.

L'esprit de conciliation que les Soussignés allieront toujours avec la fermeté convenable aux circonstances, leur servira dans ce moment pour écarter les observations auxquelles plusieurs traits de cette note pourraient aisément donner lieu. Laissant aux opinions dictées par la partialité le langage qui leur appartient, on se propose uniquement dans cette réponse de ramener la négociation à son véritable point. Elle est contenue toute entiere, quant aux bases et aux principes généraux, dans la note des Soussignés du 12. Vendémiaire dernier, qui se fortifie encore de

Digitized by Google

toutes les précédentes dont elle n'a pas annullé les dispositions. C'est donc là que la Députation de l'Empire doit concentrer son attention, là qu'elle trouvera la paix, malgré tant d'élémens opposés qui sembleraient se réunir pour embarrasser la marche des affaires.

La note du 12. Vendémiaire est en effet, si on veut la bien méditer, la preuve la plus complete que le Gouvernement Français ait pu donner à l'Empire de ses résolutions pacifiques et de la mesure qu'il sait mettre dans le sentiment de ses avantages et de sa force. Il serait superflu de reproduire ici les articles 3, 4, 5, 7, 8. et 10: les uns sont déja consentis explicitement, ou implicitement, par la Députation de l'Empire; et le caractère peu sérieux des difficultés qu'elle allègue sur les autres, fait présumer que cet obstacle cédera bientôt à de meilleures réflexions. Est-il possible que le 7. article, par exemple, laisse quelque chose à desirer à de sages négociateurs, et qu'il soit nécessaire encore de déclarer que les loix Françaises sur l'émigration ne sont point applicables à la nation allemande?

L'article 1er. relatif à la délimitation du cours du Rhin et de ses iles, est du nombre de ceux auxquels la Députation de l'Empire a accédé. Mais elle a proposé un doute, et a demandé que l'on s'expliquât sur le sens de ces paroles : *Le Gouvernement Français ne consentira jamais à ce que l'Empire ou l'un de ses membres puissent conserver, en aucune manière, quelque propriété ou droit sur des parties situées à la gauche du Thalweg tel qu'il a été déterminé.* On n'aurait jamais pensé qu'un texte aussi clair, aussi précis que l'est ce passage, fortifié encore par le corps de l'article, dût avoir besoin d'interprétation; les exceptions ne peu-

Digitized by Google

vent, en aucun cas, être étendues, ni à plus forte raison être supléées. Ainsi les Soussignés déclarent surabondamment, et pour satisfaire au désir de la Députation de l'Empire, qu'il est entendu par le dit article, que généralement toutes les iles situées à la gauche du Thalweg établi dans le milieu du cours du Rhin proprement dit, et par conséquent celles qui sont indiquées dans la note de la Députation du 26. Vendémiaire dernier, doivent appartenir à la République Française, non obstant tous arrangemens et observances anterieures lesquelles sont incompatibles avec les conventions actuelles; sauf à comprendre cet objet, après examen, dans les indemnités à prendre sur la rive droite. Quant à l'observation touchant *les ouvrages riverains*, on ne refusera pas d'appliquer à l'entretien de ces ouvrages du côté allemand la faculté d'extraire du côté Français les matériaux dont le premier manquerait, aux conditions toute fois énoncées au dit article et à la charge de réciprocité suivant l'exigence des localités.

Le 2^d^. article n'est susceptible d'aucune modification et d'aucune difficulté : la Députation en conviendra elle même, si elle veut y faire mieux attention. En ce qui concerne le péage d'Elsfleth, c'est précisément parceque les Soussignés n'ignoraient point l'origine et la nature de ce droit, qu'ils en ont demandé à la Députation de l'Empire l'abolition pour la République Française. Rien assurement n'est plus ordinaire que de voir les choses établies par un traité être annullées ou modifiées par un traité postérieur; et lorsque les parties contractantes sont essentiellement les mêmes, comme dans l'espèce présente, où serait le doute sur le pouvoir de faire de concert

Digitized by Google

les arrangemens jugés convenables? L'Empire a concédé le droit dont il est question, c'est à l'Empire à connaitre d'une demande relative à l'objet de la concession. S'il ne dependait pas de lui (ce que les Soussignés n'accordent point) de prononcer la suppression reclamée, il lui appartiendrait toujours de l'autoriser et de la valider par un consentement formel. Au moment du retablissement de la paix et des anciennes relations entre les deux puissances, l'Empire ne voudra pas refuser au commerce Français une franchise dont jouissent plusieurs autres états.

Cet article 2^d^. renferme une seconde demande; celle, que par une clause spéciale insérée au futur traité, les Villes libres et Impériales de Hambourg, Bremen et Francfort *soient confirmées et maintenues dans la plénitude de leurs droits et de leur indépendance constitutionnelle.* Il est tout simple, et ce doit être une chose agréable à l'Empire en général, que la République Française saisisse une occassion si solemnelle pour donner à des villes recommandables, avec lesquelles ses rapports industriels sont plus intimes, un témoignage public d'amitié qu'elles savent apprécier. La République ne renoncera point à cette satisfaction, et la Députation de l'Empire ne saurait la différer sans un manque d'égards qu'il est impossible de supposser.

L'Article 6. concerne les dettes. L'arrangement qui a été fait à ce sujet ne laissant subsister de litige que par rapport aux dettes communales, les Soussignés s'expliqueront en peu de mots sur cet objet qu'une mauvaise foi évidente pourrait seule présenter au public sous un jour defavorable au Gouvernement Français, en insinuant qu'il veut faire supporter à l'Empire la généralité de ces dettes. Per-

Digitized by Google

sonne n'ignore que les Soussignés ont consenti à ce que les dettes communales contractées pour l'avantage et les besoins publics demeurent, ainsi que celles de pays qui auraient eu la même destination, à la charge de la partie devenue Française. S'ils ont excepté les dettes des Princes et les dettes de la guerre, est-il un homme impartial qui ne s'y soit pas attendu? Tous les bons esprits reconnaissent, malgré les soins qu'on se donne pour égarer leur jugement, que les frais de la querelle qu'on a cherchée à la France doivent équitablement retomber sur l'Empire en masse, et non pas sur une portion de l'Empire qui même a cessé d'être allemande; et pour cela en désirent-ils moins la conclusion d'une paix qu'ils regardent avec raison comme devant être perpétuelle? Il est ensuite à remarquer que la Députation pour la pacification de l'Empire, en consentant à se charger des dettes des Princes et des dettes de pays contractées à l'occasion de la guerre, a reconnu elle même le principe de l'immunité de la France. Comment donc voudrait-elle aujourd'hui introduire une différence arbitraire entre des dettes qui ont eu la même cause et la même destination? Elle ne disconviendra pas sans doute que l'Empire, soit avant, soit pendant les hostilités, n'ait tiré des communes et baillages, en quelque manière que ce puisse être, des parties de sa dépense militaire; d'où il suit qu'elle pourrait prétendre tout au plus, et ce serait de la part du Gouvernement Français une grande marque de déférence, que la République consentit à laisser à la charge de la rive cédée celles des dettes communales qui auraient été contractées depuis l'occupation et la possession des lieux par les troupes Françaises. La

Digitized by Google

République est toujours disposée, comme on voit, à ouvrir des voies d'accommodement; mais elle ne se laissera jamais aller jusqu'à oublier tous ses intérêts et compromettre sa dignité.

Après ces explications, les Soussignés espèrent de voir finir une lutte déja trop prolongée, et de pouvoir aborder prochainement le principe convenu des sécularisations, partie intégrante de la négociation qu'ils sont chargés de compléter. Ils ne doutent pas que les ennemis sécrèts ou déclarés de la pacification, que des ennemis communs ne se soient flattés d'égarer la politique de la Députation de l'Empire. Mais en même tems ils se persuadent qu'elle saura éviter tous les pièges par ses propres lumieres, et par les leçons d'un intérêt bien entendu et d'une expérience bien sentie; qu'elle considérera très-sérieusement toute l'inégalité de la guerre où des conseils pernicieux s'efforceraient de l'entrainer, d'une guerre où la France, outre qu'elle possède beaucoup plus qu'elle n'a demandé en offrant la paix, pourrait suivant de grandes probabilités gagner encore davantage; tandis que l'Empire n'aurait pas même la perspective de réparer ses pertes, et s'exposerait, quelques fussent les evénemens, à des résultats fort différens à tous égards de ceux que lui présentent dans ce moment la paix et l'amité de la République.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française confirment au Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur les sentimens de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 21. Brumaire an 7.
de la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Ein und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation, vom 6. November 1798.

Die Reichs-Friedens-Deputation habe aus der weitern Note der bevollmächtigten Minister der franzöſ. Republik vom 7. Brumaire (28. Oktober) die Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein betreffend, erſehen, daß die gedachten bevollmächtigten Minister dieſe Ravitaillirung für einen, blos in das Militärfach einſchlagenden, außer ihrer Competenz liegenden Gegenſtand erklärten, und daher lediglich im Allgemeinen die Verſicherung wiederholten, daß das franzöſ. Gouvernement Linderung und Verbeſſerung über alle dahin geeignete Objecte zu verbreiten geneigt ſey, dabey jedoch zugleich bemerkten, daß nur der Friede allein ſolche Dinge in Ordnung bringen könne, mithin nichts ſo ſehr als dergleichen ſtets erneuerte Anträge verrathen würden, daß man dieſen Frieden nicht wolle. Allein, es liege wohl in der Natur der Sache, daß auch militäriſche Gegenſtände, wenn gleich deren Vollziehung den Militär-Behörden obläge, unmöglich von einer Friedens-Negociation, wenn ſie anders vollſtändig und umfaſſend ſeyn ſolle, ausgeſchloſſen werden, noch außer der Competenz derjenigen liegen könnten, welche bey Geſchäften der Art die einzigen Organe ihrer reſpectiven Regierung ſeyen. So gehöre die Schleifung der Feſtungswerke von Ehrenbreitſtein ſelbſt im Grunde gleichfalls in das Militärfach; gleichwohl ſey dieſelbe von der Reichs-Friedens-Deputation unter dem beſtimmten Verlangen nachgegeben worden, daß ſowohl die bisherige Blokade der gedachten Feſtung, als die gegen die Bewohner des Thals Ehrenbreitſtein angelegte Sperre der Victualien und anderer Lebensbedürfniſſe den beſtehenden Conventionen gemäß werde aufgehoben werden. Dieſe Conventionen

tionen sprechen deutlich. Nachdem am 18. April 1797. zu Leoben der Waffenstillstand für Deutschland feyerlich stipulirt, und von beyden Theilen zugesagt worden, hätten die am Unterrheine commandirenden Generale beyder Armeen von Wernek und Hoche am 24. April 1797. convenirt:

„Dans le cas, où les hostilités recommenceroient, „les places de Mayence et d'Ehrenbreitstein seront „ravitaillées pour autant de jours, que l'armistice „aura duré. Les Généraux Autrichiens préviendront les Généraux Français de ce ravitaillement, „afin qu'il puisse être constaté; il pourra être „fait de huit en huit jours, pendant le temps que „durera l'armistice seulement".

Am 12ten May seyen hierauf die Bevollmächtigten der en Chef commandirenden Generale der Kaiserlichen und Reichs-Armee auf der einen — und der Französischen auf der andern Seite zu Heidelberg zu Berichtigung sämtlicher Positionen zusammengetreten. Wobey dann diesseits erklärt worden:

2c. „Art. V. Tout ce qui a été fixé à la Convention de M. M. les Généraux Werneck et Hoche „à l'égard du ravitaillement des forteresses, ainsi „que la libre navigation sur le Main, Rhin et „Moselle, continuera d'être reconnu sur le même „pied".

Der, im Namen des Generals en Chef Hoche hiebey anwesend gewesene General-Adjutant d'Autanne habe hierauf geantwortet:

2c. „Art. V. Le cinquième Article est reconnu". &c.

Der Festungs-Commandant von Ehrenbreitstein und der französische General Goullus hätten sich noch ferner

zu nähern Bestimmungen verstanden, nämlich vorläufig am 25. April 1797:

2c. „Les habitans du Thal pourront provisoirement „avec l'autorisation expresse du Commandant du „Fort aller à Coblence pour affaires de commerce; „il en sera de même pour ceux de Coblence, „qui en obtiendront la permission du Général „Français". &c.

Und unterm 10. Juny 1797:

2c. „L'importation et l'exportation de toutes mar„chandises commerciales sera permise sur l'une „et l'autre rive du Rhin".

„Sont néanmoins exceptés de cet article tout ce „qui tiendroit à l'attirail militaire, tels que plomb, „poudre, fer, bois de construction et autres „munitions de guerre &c. dont l'entrée est abso„lument prohibée au Thal". &c.

Die eigenen Worte dieser Conventionen zeigten schon, daß solche geradezu nur für die Zwischenzeit, vom Waffenstillstande bis zum Frieden oder neuen Krieg errichtet seyen; es könne daher die schon durch mehrere Monate gehemmte Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein nicht erst Folge eines noch abzuschließenden Friedens werden; und eben so wenig könne man dadurch, daß man die einsweilige Erfüllung dieser Conventionen stets fordere, sich den Verdacht zuziehen, als sey man deswegen minder ernstlich gemeynt, diesen Frieden zu beschleunigen. — Der möglichst geschwinde denkbare Abschluß desselben stehe an Zeitraum mit dem dringenden Bedürfnisse der Festung und des Thals nicht im Verhältnisse — diese Ravitaillirung während der ganzen Zeit des Waffenstillstandes von 8. zu 8. Tagen sey ein für sich selbst durch

wiederholte feyerliche Zusicherungen um so fester bestimmter Gegenstand, als die bevollmächtigten Minister der französischen Republik selbst den geschlossenen Waffenstillstand und die für beyde Armeen bestimmten Linien noch neuerlich in der einen ihrer Noten vom 28. Fructidor (14. Sept.) diplomatisch anerkannt hätten; und in welchem Augenblicke könne man wohl getroster der Erfüllung bestehender Verträge entgegensehen, als in jenem, wo man versammelt sey, um neue von der lezten und äußerster Wichtigkeit abzuschließen; man müsse daher noch immer erwarten, daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik eine, dem diesseitigen Antrage vom 23. Oktober gemässe, baldige Erklärung zu ertheilen, länger keinen Anstand nehmen würden.

Ein und zwanzigste französische Gegennote, vom 11. November 1768.

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la seconde Note de la Députation de l'Empire qui leur a été transmise, le 17. Brumaire, présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur.

La piece dont cette note présente quelques extraits n'était point connue des Soussignés; elle les confirme dans leur opinion que l'objet, dont il s'agit, appartient au district militaire, et par conséquent se trouve hors de leur mission bornée aux négociations de la paix. Ils ne peuvent donc, en se referant à ce qu'ils ont déja dit à ce sujet, qu'exprimer à la Députation

Digitized by Google

de l'Empire la volonté constante du Gouvernement Français de conclure la paix, et jusqu'à cette heureuse époque, qui dépend entièrement d'elle, d'améliorer l'état actuel des choses autant que la sureté nationale le permettra.

Les Soussignés assurent le Ministre Plénipotentiaire de Sà Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 21. Brumaire an 7.
de la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Französische Nachtragsnote, vom 13. Nov. 1798.

Les Soussignés Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ayant vérifié qu'il s'étoit glissé une omission dans l'expèdition de leur première note du 21. du courant, en ce que l'article 9. de celle du 12. Vendémiaire n'y a pas été mentionnè avec les articles 3. 4. 5. 7. 8. et 10. de la même note, s'empressent de réparer cette omission et de rétablir le dit article dans l'ordre, où il doit être placé.

Rastadt le 23. Brumaire an 7.
de la République Franç.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Zwei und zwanzigste Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 21ten Novemb. 1798.

Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hat durch die von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in der Friedens-Sache selbst erlassene Note vom 11ten November, und durch die Additional-Note vom 13ten November die angenehme Ueberzeugung erhalten, daß man eine tiefe Beherzigung der, durch die diesseitige Note vom 7ten November mitgetheilten Betrachtungen, nicht vergebens von der Gerechtigkeit des französischen Gouvernements vertrauensvoll erwartet habe. Die über zwey wesentliche Puncte der Negociation von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik gegebenen Erklärungen rechtfertigen dieses Vertrauen, und beweisen Gesinnungen, die den fernern Unterhandlungen einen günstigen Fortgang versprechen.

Man erkennt mit den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Artikel 3. 4. 5. 8. 9. und 10. der französischen Note vom 3ten October von der Art, daß dieselben durch weitere Erwägung bald gänzlich würden ins Reine gebracht werden können; und da die französische Gesandtschaft für überflüßig erachtet, die ebenerwähnten Artikel von neuem vorzulegen; so glaubt man, annehmen zu können, daß sie mit den Erklärungen und Anträgen, welche die Reichs-Friedens-Deputation unter den angezogenen Nummern in der Note vom 17ten Octob. gemacht hat, meist wirklich einverstanden seye, oder doch, daß, wenn bey irgend einem Puncte noch etwas zu erinnern seyn sollte, sie solches bestimmt zu eröffnen, keinen Anstand nehmen werde.

Digitized by Google

Unter den in der Note vom 11ten November ausführ-licher behandelten Artikeln — ist

Der erste Artikel derjenige, der allenthalben die eigentliche künftige Gränzbestimmung mit der französischen Republik zum Zwecke hat, der folglich der hauptsächlichste bey der ganzen Negociation ist. Man setzt hiebey voraus, daß bey der Aeusserung der bevollmächtigten Minister in Ansehung der Inseln, die auf der linken Seite des Thalwegs im Rheine liegen, von der Souverainität über solche die Rede nicht sey, die erst in der Folge durch Veränderung des Thalwegs auf dessen linke Seite kommen könnten; indem man sich bereits nach dem eigenen jenseitigen Antrage dahin vereiniget hat, daß eine solche künftige Veränderung keine Beziehung auf die Hoheits-Rechte über die Inseln haben, sondern solche demjenigen, der sie vorher gehabt, bleiben sollten. Demnach kann man die Berichtigung dieses ersten Artikels um so mehr als beynahe vollendet ansehen, als man sich überzeugt hält, daß die französische Republik — indem sie die, am Ober-Rheine auf der linken Seite des Thalwegs liegenden, bisher deutsch gewesene Inseln, für sich zu behalten verlangt, — hiebey auf keine Art die Meynung haben werde, das den deutschen Reichs-Ständen, Privaten, auch Gemeinden, auf diesen Inseln in jenem Theile des Rheins, wovon schon der Thalweg die Gränze gemacht hat, durch Verträge und Herkommen zustehende **Privat-Eigenthum** zu entziehen. Und wenn man bey diesem Artikel immer noch hofft, daß das französische Gouvernement, zu Deckung der Festung Wesel, die sogenannte Büdericher Insel bey dem Herzogthum Cleve belassen werde; so findet man sich zu Erneuerung dieses Antrags bey seinem pflichtmäßigen Bestreben, den Gränzen des Reichs allenthalben mehrere

Digitized by Google

Sicherheit zu verschaffen, dermalen noch besonders dadurch veranlaßt, daß die dahiesige königliche preußische kurbrandenburgische Gesandtschaft unterm 15ten l. M. dieses Orts schriftlich erklärt hat: „Daß für jetzt, und so „lange es die physische Beschaffenheit des Stroms erforde „re, der Theil desselben zwischen dem rechten Rhein-Ufer „und der Büdericher Insel der von den Schiffen zu „befahrende Weg sey, und seyn müsse, dessen ungestörte „freye Benutzung für beyde Nationen, ein schon wie „für den ganzen Strom, so auch für diesen Theil desselben verglichener Punct sey, worüber, wann es verlangt „werde, die Versicherung auf das bündigste gegeben werden könnte; — daß es ferner für beyde Ufer gleich „wichtig bleibe, den Büdericher-Canal zu erhalten, und „immer mehr fahrbar zu machen, indem, wenn er eingehen sollte, der Andrang des Stroms selbst auch bey „Büderich auf dem linken Ufer eine weite und fruchtbare Gegend der Ueberschwemmung und Verheerung „aussetzen würde."

Bey dem zweyten Artikel, den Weser-Zoll zu Elsfleth betreffend, hat man bereits am 17ten October erklärt, daß man dem französischen Gouvernement lediglich überlasse, mit dem herzoglichen Hause Hollstein-Oldenburg jedes dienlich scheinende Commercial-Uebereinkommen zu treffen. Sich hierüber dermal zu etwas Weiterem zu erklären, sieht man sich um so mehr ausser Stande, als die dahiesige herzoglich Hollstein-Oldenburgische Gesandtschaft gegen jede Aufhebung und Beschränkung dieses Zolls erhebliche Bedenklichkeiten geäussert, und bestimmt erklärt hat, daß dem Herrn Herzogen nicht zustehe, einen Gegenstand von dieser Wichtigkeit, ohne Zustimmung derer, die mit Ihm ein gleiches Erbfolge-Recht in das Herzogthum Hollstein-Oldenburg hätten, nament-

Digitized by Google

lich der Kronen Rußland, Schweden und Dännemark, aus Handen zu lassen; wie denn auch bereits die königlich Dänisch-Hollstein-Glückstadtische Gesandtschaft dieser Hollstein-Oldenburgischen Erklärung eigends ausdrücklich beyg pflichtet, und dieselbe durch die königl. preußisch-kurbrandenburgische Gesandtschaft nachdrücklich unterstützt worden ist.

In Betreff der Verwendung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik für die freyen Reichs-Städte Hamburg, Bremen und Frankfurt, ist man weit entfernt gewesen, irgend einen Mangel von Aufmerksamkeit gegen diese besondere Verwendung des französischen Gouvernements zu zeigen; sondern man hat nur dabey ausdrücken wollen, daß man diesseits auf die Erhaltung aller und jeder Reichs-Stände, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft, und aller Reichs-Angehörigen, so wie der Reichs-Verfassung überhaupt, möglichst bedacht seyn müsse.

Bey dem den Schulden-Punct betreffenden sechsten Artikel hat man die Geneigtheit des französischen Gouvernements, daß dasselbe auf Uebertragung derjenigen Communal-Schulden des linken Rhein-Ufers nicht ferner bestehen werde, welche die Gemeinden während der Occupation contrahirt haben, als einen Beweis seiner Gerechtigkeit und Billigkeit gern erkannt. Allein, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik werden selbst einsehen, daß dieser zwischen den Communal-Schulden gemachte Unterschied die so sehr erheblichen und so einleuchtend dargestellten Anstände nur vermindert, ohne sie ganz zu beseitigen. Man hat nicht gedacht, durch die bewilligte Uebernahme der zu Führung des Reichs-Krieges contrahirten Landes-Schulden die Verbindlichkeit im Ganzen anzuerkennen, auch alle übrige Kriegs-

Schulden zu übernehmen; vielmehr ist es unverkennbar, daß man sich zu jener so drückenden Uebernahme keineswegs aus rechtlicher Ueberzeugung, sondern im Wege der Vergleichs-Unterhandlung, soviel die zu entschädigende Reichsstände betrift, verstanden habe. Und wenn man in diesem Wege die Communal-Kriegs-Schulden zu übernehmen, anhaltend versagt hat, so ist diese Weigerung mit unwiderleglichen Gründen unterstützt worden. Man hat bereits bemerkt, daß die französische Republik diese Communal-Schulden als Staats-Schulden eben so wenig übernehme, als sie die Activa dieser Gemeinden in französisches Staats-Eigenthum verwandle; sondern daß diese Schulden, nach wie vor, eben so Privat-Schulden der Gemeinden bleiben, wie so viele Einwohner des linken Rhein-Ufers, auch nach der Ueberlassung desselben an Frankreich, mit allen jenen Schulden belastet bleiben, die sie wegen der häufigen Kriegs-Prästationen, Requisitionen ꝛc. contrahiren zu müssen, das traurige Loos gehabt hatten. Nebstdem wird die vorgeschlagene Abtheilung der Communal-Schulden — wenn auch die Unverbindlichkeit und die Unmöglichkeit, auch nur einen Theil derselben zu übernehmen, nicht fort bestühnde — in unendliche Discussionen verwickeln, und diese noch durch die häufigen Veränderungen des Standes der Armeen, und durch die Beyziehung so mancher auch nicht occupirten Gemeinden zu den Kriegs-Lasten unabsehbar vermehrt werden. Man darf daher erwarten, die bevollmächtigten Minister der französischen Republik werden in diesen und den vordern über diesen Gegenstand mitgetheilten erheblichen Betrachtungen entscheidende Beweggründe finden, der Gerechtigkeit und Billigkeit volles Genüge zu leisten, und, mit Umgehung alles Unterschiedes zwischen Communal-Kriegs-Schulden, deren Uebertragung dem deutschen Reiche nicht ferner zumuthen.

Digitized by Google

Der siebente Artikel betrifft die Nichtanwendung der französischen Emigrations-Gesetze auf die Deutschen. Hierüber haben die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in der Note vom 11. November ausdrücklich erklärt: „Que les loix françaises sur l'émigration ne sont point applicables à la nation allemande.“ Man schmeichelt sich, daß das französische Gouvernement durch diese gerechte Erklärung einen der wichtigsten bisherigen Anstände auf einmal zu heben gedenke. Alle Deutsche, welche bey dem siebenten Artikel der Note vom 17ten October nach ihren verschiedenen Gattungen bemerkt worden sind, erhalten alsdann hiebey ohne Unterschied die beruhigende Zusage, daß kein französisches Emigrations-Gesetz, weder in den durch den Frieden zu überlassenden deutschen Landen, noch in Frankreich selbst, in Beziehung auf ihre Personen und ihr Eigenthum, Anwendung leide; hiedurch wird demnach der, ohnehin mit dem Völkerrechte nicht vereinbarliche Unterschied zwischen im Laufe des Krieges reunirten und nicht reunirten Landen von selbst wegfallen, mithin der deutsche Unterthan seine Verhältnisse gegen seine bisherige Regierung erst in dem Augenblicke ablegen, wo ein feyerlicher Friedens-Schluß die Gränze zwischen den beyden Staaten berichtigen wird.

Wie man nun solchemnach in den wichtigsten Puncten der Haupt-Friedens-Basis bey den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Geneigtheit mit Vergnügen bemerkt, den gerechten und billigen Anträgen der Deputation sich allenthalben zu nähern, so zweifelt man nicht, daß ihre nächste Rück-Aeusserung solche Erklärungen enthalten werde, von welchen man sich mit Zuversicht versprechen kann, dem Augenblicke nahe gekommen zu seyn, wo an die noch übrigen zu berichtigen

den Gegenstände der Pacification die letzte Hand wird gelegt werden können.

Unterzeichneter versichert hierbey die bevollmächtigten Minister der französischen Republik der Gesinnungen seiner vollkommensten Hochachtung.

Zwei und zwanzigste französische Gegennote vom 23sten November.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 11. Frimaire, présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur.

Les Soussignés, voulant abréger des discussions, qui ne profitent qu'à l'ennemi commun, et mettant le comble aux preuves de modération et d'amour de la paix que leur Gouvernement n'a cessé de donner, déclarent, que la République Française consentira à ce que les dettes communales de la rive gauche du Rhin restent à la charge du côté français; mais ils déclarent en même tems que cette concession si libérale n'est proposée que sous la condition *sine qua non et resolutiva*, que la Députation de l'Empire, de son côté, accédera complétement sans reserve et sans délai quelconque, à leur note du 12. Vendémiaire dernier, expliquée par leurs notes posterieures des 21. et 23. Brumaire, et par les dispositions suivantes:

1°. Relativement à l'article 1er. de la dite note du 12. Vendémiaire concernant la délimitation du cours du Rhin et de ses iles, les Soussignés tombent d'accord que la propriété des iles possedées au côté gauche du

Thalweg par des particuliers, leur sera conservée en se conformant aux loix; mais quant à celles du dit côté qui appartiennent à des Princes et Etats d'Empire et Nobles immédiats ayant voix à la diete, il est entendu que la souveraineté et la propriété de toutes les iles, sans distinction, sont cedées et transportées à la République Française; tous arrangemens, conventions et observances contraires sur ce point devant cesser, comme incompatibles avec la limite solemnellement et irrévocablement fixée et reconnue dans la présente négociation par les deux puissanses contractantes.

2°. En ce qui concerne le péage d'Elsfleth, dont l'abolition pour la République Française est réclamée par l'article 2^d^. de la dite note du 12. Vendémiaire, les Soussignés ne conçoivent pas que la Députation de l'Empire se croie incompétente pour prononcer la suppression partielle de ce péage, tandis qu'elle a bien prononcé celle de tous les péages sur le Rhin appartenans la plûpart à des membres de l'Empire. Au surplus on ne demande à l'Empire Germanique que ce qui dépend de lui, c'est à dire l'abandon de ces droits, ou la déclaration formelle, qu'il n'en a aucun; et quant aux intérêts individuels, nul doute que la perte résultante d'une cession effectuée ne soit indemnisée de la même maniere que toutes les autres que la pacification actuelle aura occasionnées.

3°. Ce qui a été dit par les Soussignés dans leur note du 21. Brumaire touchant l'article 7. de celle du 12. Vendémiaire relatif aux émigrés, ne peut être et n'est en effet qu'une explication confirmative du dit article, dont la substance ne saurait être par là nullement altérée. Les pays devenus français par leur

Digitized by Google

réunion effective ne font plus partie de la nation allemande; conséquemment ils sont soumis à toutes les loix françaises. Les Soussignés déclarent de nouveau que la Constitution républicaine s'oppose à l'extension que la Députation de l'Empire voudrait donner au dit article 7. qu'ils rejettent formellement le sens forcé qu'elle donne, par une fausse analogie, aux termes, dont ils ont usé dans leur note du 21. Brumaire. Au reste comme les loix relatives à l'émigration admettent de justes exceptions et en assés grand nombre, la Députation doit être peu inquiete sur leur application.

En terminant cette note les Soussignés pourraient justement rehausser aux yeux de la Députation de l'Empire l'importance du nouveau sacrifice qu'ils viennent d'offrir à la paix comparé avec ce qu'ils lui demandent dans ce moment; mais pleins de confiance en celle, ils se reposent sur sa sagesse du soin de ce parallele, et ils se persuadent qu'elle ne voudra pas, par une résistance, qui désormais ne serait motivée que sur des intérêts purement individuels, compromettre le bien être général et la tranquillité de l'Allemagne.

Les Ministres plénipotentiaires de la République Française assurent à cette occasion le Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur des sentimens de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 3. Frimaire an VII. de
la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Drei und zwanzigste Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 21ten Novemb. 1798.

Dem Unterzeichneten, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, ist befremdend gewesen, aus der in Betreff der Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik unterm 11. November erhaltenen Note wiederholt die Behauptung vernehmen zu müssen, als ob die bestehenden, allgemein bekannten Conventionen, weil sie von Militär-Personen abgeschlossen seyen, ausser der Competenz der diplomatischen Behörden der französischen Republik lägen. Unter dem Geklirre der Waffen können blos Militär-Personen zweyer Staaten sich über gewisse Gegenstände vereinigen; die von solchen abgeschlossene Conventionen sind aber darum nicht minder verbindliche Staats-Verträge, an deren Erfüllung auch die Diplomatie unläugbar gebunden ist; man hat dieß bereits in der jüngsten diesseitigen Note vom 7ten l. M. mit Gründen dargethan, deren Bündigkeit unmöglich verkannt werden mag. Man kann sich auf dieselbe um so sicherer beziehen, als die in der Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 11. Nov. mit angerufene National-Sicherheit unmöglich einen Grund abgeben kann, sich der Erfüllung einer feyerlich eingegangenen Obliegenheit zu entziehen. Auch ist es gerade die deutsche National-Sicherheit, welche es der Deputation zur Pflicht macht, auf die Ravitaillirung nachdrücklichst zu dringen. Die Festung macht einen Theil des rechten Rhein-Ufers aus; sie ist bis jetzt noch eine der wenigen Schutzwehren, die dem deutschen Reiche auf dieser Seite übrig bleiben; das linke Rhein-Ufer hingegen ist durch mehrere Reihen

der wichtigsten Festungen gedeckt; die französische National-Sicherheit ist also durch Erfüllung einer Convention sicher nicht gefährdet, welche noch überdieß für dieses Approvisionnement selbst nur gewisse, ganz kurze Fristen festsetzt.

In der Ueberzeugung also, daß die bevollmächtigten Minister der französischen Republik diese nun sicher hinreichend bekannten Conventionen nicht länger aus der Sphäre ihrer Amts-Handlungen auszuschliessen gemeynt seyn werden, sieht man einer vollkommen befriedigenden, baldigen Rück-Erklärung über diesen Gegenstand entgegen, welche man als einen Beweis der so feyerlich zugesicherten conciliatorischen Absichten des französischen Gouvernements aufzunehmen nicht verfehlen wird.

Unterzeichneter wiederholt den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Drei und zwanzigste französische Gegennote vom 23sten November 1798.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la 2de. note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 1. Frimiaire, présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de l'Empereur.

Quelque désir qu'ils ayent de faire preuve de leur déférence pour la Députation de l'Empire, les Soussignés ne peuvent partager son opinion sur l'objet de cette nouvelle note. Mais ils l'invitent par toutes les considérations d'un intérêt bien entendu et d'une vraie humanité à porter toute son attention sur leur note principale de ce jour, dans laquelle elle trouvera

Digitized by Google

le gage assuré d'une prompte paix et de l'amélioration possible des choses.

Les Soussignés renouvellent au Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur l'assurance de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 3. Frimaire an VII
de la Républ. Franç.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Vier und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 4ten December 1798.

Die Reichs-Friedens-Deputation habe aus der Haupt-Note vom 3. Frimaire (23ten November) die fortwährende Absicht des französischen Gouvernements, durch wesentliche Annäherungen in den noch zu berichtigenden vorzüglichsten Punkten der Negociation den baldigen Abschluß des Friedens zu bewirken, mit vielem Vergnügen ersehen.

Die in Ansehung des Schulden-Punktes nunmehr erklärte Nachgiebigkeit, vermög welcher die Communal-Schulden der linken Rhein-Seite, nach dem Begriffe des 6ten Artikels der Note vom 12. Vendémiaire, dieser linken Rhein-Seite zur Last seyn und bleiben sollen, acceptire man in ihrem vollem Werthe, und zweifle nicht, daß wegen der übrigen bey diesem Schulden-Punkte noch zu berichtigenden, in der diesseitigen Note vom 17ten October bemerkten Gegenständen die bevollmächtigten französischen Minister mit den diesseitigen näheren Anträgen ebenfalls verstanden seyn würden.

Sehr gern habe man weiter

Ad I. In Betreff der Rhein-Inseln die Zusicherung

rung der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vernommen, daß den deutschen Particuliers, wozu auch die Gemeinden gehörten, das Eigenthum der auf der linken Seite des Rhein-Thalwegs liegenden Inseln verbleiben solle. Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik trügen dagegen bey diesem Punkte darauf an, daß der französischen Republik das Eigenthum jener Inseln im Ober-Rheine, wo vorhin schon der Thalweg die Gränze gemacht habe, überlassen werde, welche Ständen des Reichs gehörten. Die Reichs-Friedens-Deputation, um einen abermaligen Beweis zu geben, wie sehr sie den Frieden zu erleichtern sich bestrebe, wolle nun auch noch dem französischen Verlangen über diesen Gegenstand accediren, mit der Bemerkung, daß Ihr in jener Gegend keine Inseln auf der linken Rhein-Seite, welche Unmittelbaren von Adel, die zugleich Reichs-Stände seyen, zugehörten, bekannt seyen. Allenfalls würde das Eigenthum solch letzterer Inseln von der gänzlichen Berichtigung des 5ten Artikels der Note vom 12. Vendémiaire abhängen, woselbst überhaupt wegen der Besitzungen solcher Adelichen, die zugleich Reichs-Stände seyen, sich noch vereinigt werden müsse. Bey diesem Artikel könne man übrigens nicht unerinnert lassen, daß man noch immer glaube, sich in Betreff der Büdericher Insel von den dießfalls verschiedentlich gemachten Anträgen den gewierigen Erfolg für diesen, die Sicherheit der deutschen Gränze mit betreffenden Gegenstand, versprechen zu können.

Ad II. In Betreff des Weser-Zolles zu Elosleth, habe die Reichs-Friedens-Deputation vermeynt, sich bereits in der Note vom 17ten October deutlich genug ausgedruckt zu haben. Da aber dermalen von der Hollstein Oldenburgischen, der königlich Dänisch-Hollstein-Glück-

städtischen, dann der königlich preußisch-kurbrandenburgischen Gesandtschaft neuerdings schriftliche Widersprüche gegen alle Befreyung von dem Elsflether-Zolle bey der Reichs-Friedens-Deputation eingelegt worden seyen, so scheine überflüßig zu seyn, sich hierüber weiters zu verbreiten.

Ad III. Auch in dem sogenannten **Emigrations-Punkte** hätten die bevollmächtigten Minister der französischen Republik Gesinnungen zu erkennen gegeben, welche für die betroffene unglückliche Reichs-Angehörige in so ferne tröstlich seyen, als sie die Neigung des französischen Gouvernements bewiesen, bey diesem Punkte alle gerechte Rücksichten eintreten zu lassen. Diesseits vermöge man nun zwar auf keine Art den jenseits aufgestellten Grundsatz anzuerkennen, als ob die von den französischen Behörden während des Krieges vorgenommene Reunion deutscher Provinzen die Bande schon habe auflösen können, womit diese Provinzen dem deutschen Reiche verhaftet seyen. Vielmehr hörten diese Provinzen im rechtlichen Sinne erst alsdann auf, deutsche Lande zu seyn, wenn das gesammte deutsche Reich seinen Rechten auf dieselbe durch feyerliche Tractaten und Friedensschlüsse entsagt habe. Würden aber solche Lande erst durch den Friedensschluß wirklich französisch, so folge von selbst, daß frühere Strafgesetze des, alsdann erst rechtlich, erwerbenden Staates auf diese Lande nicht wirken, oder auf irgend eine Art auf sie angewendet werden könnten. Diese Anwendung der französischen Emigrations-Gesetze auf Deutsche — sie mögen ihre Wohnsitze vor oder nach der französischen Occupation verlassen haben — finde aber auch schon blos deswegen keine Statt, weil diesen Deutschen schon an sich ganz unmöglich gewesen sey, in den, von diesen Gesetzen für die verschiedenen Classen der

Digitized by Google

Abwesenden verschiedentlich bestimmten Terminen, in ihre Wohnsitze zurückzukehren; denn zur Zeit, wo die französische Befehle an alle abwesende Deutsche zur Rückkehr nach ihren Wohnsitzen ergangen seyen, nämlich im Jahre 1793, seyen bereits von deutscher Seite gerade entgegengesetzte allgemeine Gebote wirklich erlassen gewesen; indem gleich bey dem ersten Einfalle der französischen Armeen in Deutschland zu Ende des Jahres 1792. das deutsche Reich eben so an alle seine Deutsche Avocatorien und Inhibitorien zu erlassen beschlossen habe, so wie dergleichen von Seite des französischen Gouvernements in den Jahren 1792. und 1793. bey dem Einmarsche der deutschen Armeen in Frankreich an die französische Gränzbewohner ergangen seyen; diese kaiserliche Avocatorien und Inhibitorien seyen bereits am 19ten December 1792. expedirt, und im ganzen Reiche verkündigt worden; vermög dieser kaiserlichen Patente habe daher im Jahre 1793. kein Deutscher, — und am wenigsten ein auf die rechte Rhein-Seite geflüchteter Deutscher, — die französischen Befehle befolgen dürfen noch können, weil, wenn er es auch hätte versuchen wollen, die deutschen Armeen zu Handhabung dieser Avocatorien und Inhibitorien ihm die Rückkehre nicht verstattet haben würden. Könnten nun aber nach allen bisher angeführten Gründen die französischen Emigrations-Gesetze keinen Deutschen, der seinen Wohnsitz in den an Frankreich durch den Frieden kommenden Landen vorhin gehabt und verlassen habe, treffen; so komme dagegen solchen Reichsständen, der unmittelbaren Reichs-Ritterschaft, und sonstigen Reichs-Angehörigen, auch ihren Dienerschaften, welche im Elsaß, Lothringen, und überhaupt in Frankreich Besitzungen und anderes Vermögen hätten, ohne je für ihre Personen wirklich französische Bürger gewesen zu seyn, die natürliche Folge

und Wirkung des Friedens zu Statten; auch hätten diejenigen, welche zugleich das französische Bürgerrecht vor der Revolution genossen, aber schon vor dieser Revolution ihre gewöhnliche Wohnsitze in Deutschland gehabt hätten, oder daselbst in Dienst-Verhältnissen gestanden seyen, von den französischen Emigrations-Gesetzen nichts zu besorgen; in Ansehung aller übrigen aber in den vorderen diesseitigen Noten, sonderlich in der vom 17ten October bemerkten Classen, hoffe man ebenfalls zuversichtlich, daß solche wenigstens in der von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik bereits im Allgemeinen zugesicherten Amnestie ihre Stelle finden würden. Nur durch eine bestimmte Zusicherung des französischen Gouvernements, welche gegen alle leidenschaftliche Auslegungen der unteren Behörden schütze, könnten die verschiedenen Classen aller dieser unglücklichen Menschen beruhigt werden.

Wenn übrigens die bevollmächtigten Minister der französischen Republik ihre Nachgiebigkeit in Ansehung des Schulden-Punktes an das Verlangen knüpften, daß die Reichs-Friedens-Deputation ihren Anträgen in den Noten vom 12. Vendémiaire, 21. und 23. Brumaire beytreten möge, so erwarte letztere hierüber die bereits in Erinnerung gebrachte Rückerklärung auf all jene unterm 17ten October vorgeschlagene Modificationen, welche noch zu erörtern, an sich aber von der Beschaffenheit seyen, daß eine vergnügliche Vereinigung darüber sich nicht bezweifeln lasse.

Vier und zwanzigste französische Gegennote, vom 6. December 1798.

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ne discuteront pas la nouvelle note de la Députation de l'Empire, communiquée le 16. Frimaire, présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur. Toute discussion est superflue et presque dérisoire, quand de part et d'autre la matiere a été épuisée; quand du côté de la légation Française la condescendance serait aujourd'hui un délit, et que du côté de l'Empire la résistance est devenue un système. Il ne reste plus aux Soussignés qu'à retracer en peu de mots la conduite vraiment républicaine de leur Gouvernement, et à faire connaître ses dernieres intentions.

La République Française s'est présentée dans la négociation actuelle avec tous les avantages de la victoire; mais en même tems avec tous les sentimens d'humanité et de modération qui honorent un vainqueur, avec la plus forte volonté de hâter l'instant, où une paix raisonnable et sûre et le rétablissement des relations commerciales entre les deux nations répareraient et éloigneraient à jamais les malheurs d'une guerre, qu'elle n'a soutenue que pour la défense de ses foyers et de sa liberté.

Ces résolutions pacifiques, le Gouvernement Français en a donné une premiere preuve par son empressement à faire trouver dans la ville du Congrès ses Plénipotentiaires, munis de pleins pouvoirs, lorsque la Députation de l'Empire, ou n'était pas encore réunie ou n'avait à communiquer que des pouvoirs

Digitized by Google

limités et défectueux. Car il n'est pas inutile de remarquer ici, que de la manière dont ces pouvoirs étoient conçus, les Plénipotentiaires impériaux auraient fort bien pû se croire obligés de n'acquiescer ni à la cession de l'entiere rive gauche du Rhin, ni au principe des sécularisations; de sorte que ces deux grandes bases, aujourd'hui solemnellement reconnuës, étant alors écartées, on ne voit pas qu'il restât rien à faire aux négociateurs.

Si on veut maintenant, se dépouillant de toute prévention, prendre la négociation à sa naissance et la suivre jusqu'à ce moment, on verra à qui il faut en attribuer les lenteurs ou le progrès. Les Plénipotentiaires de la République, persuadés qu'on accélère les résultats, dans les affaires compliquées, par la simplicité du travail, avaient proposés et ont constamment pris pour règle de traiter les matieres dans leur ordre naturel et successif; la Députation de l'Empire, au contraire, tout en convenant de la complication des objets, a mêlé trop souvent les questions les plus diverses: méthode sûre pour tout obscurcir sans rien terminer, et très-propre à occasionner des surprises, des mal-entendus et de justes défiances. Lorsqu'il ne s'agissait que de poser des principes généraux, elle s'est appésantie sur une foule de détails, de conséquences naturelles qui appartiennent à une rédaction soignée des articles définitifs, et qu'elle a érigés en bases et en principes, pour en faire le sujet d'interminables discussions. A combien d'autres longueurs les affaires auraient été exposées, si les Soussignés eussent adopté le projet d'établir des conférences avec un corps délibérant; et l'idée, au moins prématurée à l'époque dont on parle, de discu-

Digitized by Google

ter des projets de traité entier, quand on pouvait à peine, en plusieurs mois, s'entendre sur quelques articles?

Il suit de tout ceci que le mode même de négociation employé par les Plénipotentiaires de la République, atteste l'efficace désir de leur Gouvernement d'arriver promptement au but. Mais ce n'est point par les formes seulement, ce n'est pas non plus par des protestations et des vélléités diplomatiques qu'il a prouvé son affection pour la paix. Les grands témoignages qu'il en a donnés sont dans l'équité de ses prétentions et dans la générosité de ses sacrifices.

Maîtresse de toute la rive gauche du Rhin, la République possédait encore sur la droite des points militaires jugés très-importans: on a renoncé à cet avantage, on a consenti à la restitution des territoires de Kehl et de Cassel, et à l'abandon de ce qu'on demandait de plus sur la même rive, quoiqu'on eût aussi à cet égard des titres à faire valoir.

Sans doute, dans la position où l'à mise la supériorité de ses armes, la République pouvait prétendre à conserver le cours entier du Rhin: on a admis et irrévocablement arrêté, d'un commun accord avec la Députation de l'Empire, par les notes respectives et correspondantes du 12. Vendémiaire et du même mois (27. Oct) une juste délimitation du cours du fleuve et de ses iles, en laissant aux particuliers et Communes d'Allemagne la possession des iles qui leur appartiendraient à la gauche du Thalweg.

La demande de transférer sur la rive droite toutes les propriétés de la Noblesse immédiate situées à la gauche, ayant causé des inquiétudes et excité des réclamations de la part de la Députation de l'Empire,

Digitized by Google

on a accordé que les immédiats, qui n'ont pas voix à la diete, conservassent leurs domaines dans le territoire devenu Français.

En demandant, pour le bien commun des deux nations, que tous les péages sur le Rhin, appartenans à des Princes, Etats et autres membres de l'Empire, soient abolis dès aujourd'hui en principe, et que l'abolition en soit effectuée dans le terme convenu de six mois après l'échange des ratifications, on a consenti de ce côté à supprimer les droits et établissemens de même nature dont la France était exclusivement propriétaire.

A l'egard des dettes, la République était-elle si peu fondée, d'après l'exemple d'anciens traités, à en demander le transport sur les objets de remplacement? n'était-elle pas véritablement en droit de se montrer inflexible sur toutes celles qui ont été contractées pour alimenter une guerre dirigée contre son indépendance? Mais les considérations de bien public sont si puissantes auprès du Gouvernement de la République, l'avancement de la paix a toujours été une chose si précieuse à ses yeux qu'après avoir épuisé les modifications et allégemens qui paraissaient admissibles, on vient d'accorder que les dettes communales de la rive cédée resteraient á sa charge; bien-fait immense et d'un tel poids dans l'opinion de l'Allemagne, que la République y est justifiée à l'avance des suites de la guerre à laquelle elle serait forcée pour la seconde fois.

Quel a été cependant le fruit de tant de facilités et de concessions? A mesure que le Gouvernement Français s'est montré plus déférant, la Députation de l'Empire est devenue plus exigeante, singuliere-

Digitized by Google

ment servie en cela par l'obscurité qu'elle a paru mettre dans toutes ses explications, et qu'on retrouve dans sa dernière note, où elle affecte d'élever des nuages sur la partie même de dettes dont elle s'est expressement chargée. En paraissant attacher successivement la conclusion de la paix à chaque demande qu'elle a formée, elle est parvenue à tout obtenir, sans qu'à raison de la générosité Française les affaires ayent été plus avancées, parceque de sa part une prétention satisfaite est bientôt remplacée par une autre, et que les obstacles se succèdent avec les prétentions. Deux points importans, le transport général des dettes et la conservation de Kehl et de Cassel par la France, divisaient d'une maniere sérieuse les Plénipotentiaires de la République et ceux de l'Empire; l'entier rapprochement des parties dépendoit uniquement de la décision de ces deux points: la République a consenti à restituer les territoires de Kehl et de Cassel, on s'est entendu sur les dettes: et lorsque, les difficultés majeures de la négociation étant ainsi résolues à la satisfaction de l'Empire, on devait regarder la premiere base comme entiérement terminée, on a vu la Députation créer ou reproduire d'autres empêchemens, et en venir au point d'exiger du Gouvernement Français une chose qu'il n'est au pouvoir d'aucune autorité dans la République d'accorder jamais. La Députation de l'Empire ne l'ignorait pas, et les Soussignés l'ont déclaré plusieurs fois, la Constitution des Français s'oppose formellement à la demande de ne point appliquer aux pays réunis les lois concernant l'émigration. Le Gouvernement a fait à cet égard tout ce qu'il lui était permis de faire; la note des Soussignés du 3. de ce

Digitized by Google

mois doit suffire pour calmer des craintes raisonnables. Insister davantage sur ce point c'est donc prouver invinciblement qu'on ne veut point la paix, puisqu'on l'a fait dépendre d'une condition impossible, et que cette condition impossible n'est représentée avec une nouvelle chaleur qu'au moment où la République a accordé tout ce qu'elle était libre de refuser. D'ailleurs, à qui persuadera-t-on que si on n'avait pas besoin d'un prétexte, à la vérité mal choisi, pour colorer la rupture projetée, on eut mis un instant en balance l'avantage de quelques individus et le salut de l'Allemagne?

Si cette opposition à la paix n'est pas dans le coeur des Plénipotentiaires de l'Empire, il est au moins évident, que les suggestions violentes auxquelles la Députation serait livrée à son insçu, auraient le même effet, celui de multiplier désormais des notes insignifiantes et de rendre interminables les discussions du Congrès. Cependant ces discussions doivent avoir un terme. Quand une année entiere n'a pas suffi pour pacifier l'Allemagne, c'est sans doute qu'on en a d'autres sur elle que des vuës de pacification. Un avenir prochain fera connaitre à la Députation et à tout le peuple allemand leurs véritables amis : dans ce moment il faut par un acte formel, d'une part prouver la persévérance pacifique du Gouvernement Français, et d'autre part amener les Plénipotentiaires de l'Empire à une explication positive.

En conséquence, les Soussignés, pénétrés de la droiture d'intention de leurs commettans, et pleins de confiance encore dans la prudence et l'humanité de la Députation de l'Empire, déclarent que leur note du 12. Vendémiaire dernier expliquée par les notes

Digitized by Google

subséquentes et indivisibles des 21. et 23. Brumaire, du 3. Frimaire courant et par la présente, est *l'Ultimatum* du Gouvernement Français.

Ils déclarent, avec l'expression des mèmes sentimens, que si dans le délai de six jours, à compter de demain 17. Frimaire, la Députation de l'Empire n'a pas donné et transmis aux Soussignés une réponse cathégorique et satisfaisante sur tous les points de la dite note qui sont en contestation, leurs pouvoirs doivent cesser.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française renouvellent au Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur l'assurance de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 16. Frimaire an 7. de la
Républ. Franç. une et indivisible.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Fünf und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 4. Dec. 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hätten für gut gefunden, in ihrer Note vom 3. Frim. (23. Nov.) das so nachdrückliche Ansinnen der Reichs-Friedens-Deputation, in Betreff der conventionsmäßigen Ravitaillirung der Festung Ehrenbreitstein, abermals unwillfährig zu beantworten. Da sie jedoch hiebey nicht versucht hätten, die Sperrung selbst zu rechtfertigen, oder die von der Reichs-Deputation hierüber vorgetragenen Gründe zu schwächen, oder zu entkräften, so müsse die Reichs-Friedens-Deputation ihren vorigen

dießfallsigen Anträgen durchaus vollkommen inhäriren, und einer diesen Anträgen entsprechenden baldigen Verfügung und Rückantwort noch immer entgegensehen.

Fünf und zwanzigste französische Gegennote, vom 6. December 1798.

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, repondant à la seconde note de la Députation de l'Empire communiquée cejourd'hui 16. Frimaire par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur:

Sont forcés de se référer à leurs notes précédentes sur le même objet; et la Députation de l'Empire le sentira, en considérant l'état présent de la négociation.

Les Soussignés assurent à cette occasion le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 16. Frimaire an 7. de la Républ. Franç. une et indivisible.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Sechs und zwanzigste Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. Decemb. 1798.

Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hat mit gerechtem Schmerz-Gefühle in der Haupt-Note der bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 6. Dec. die abermalige Behauptung gelesen, als ob man diesseits durch zweydeutige Negociations-

Künste den Frieden zu erschweren und zu verzögern suche: Man ist sich hingegen vielmehr seines ununterbrochenen, aufrichtigsten und lebhaftesten, zum Zwecke eines baldigen und sichern Friedens führenden Bestrebens vollkommen bewußt: Man hat dieß theuer genug erprobt, und sich nur stets damit zu beschäftigen gehabt, das Maaß des Reichs-Verlustes zu vermindern. Getrost will man daher sein ganzes Verfahren dem Urtheile der Zeitgenossen und der Nachwelt lediglich unterwerfen. — Schon ist das Friedens-Geschäft so weit vorgerückt, daß man in der ganzen Reihe der Gegenstände, worüber die Unterhandlungen gepflogen worden, keinen mehr kennt, worüber man die Negociation abzubrechen gemeynt wäre; vielmehr hat man sich mit allen bey der ersten Friedens-Basis vorgekommenen Artikeln, den einzigen Emigrations-Punkt ausgenommen, bis auf einige Wünsche, Fragen und Modificationen, vorhin schon mit den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik einverstanden.

In dieser Lage des Friedens-Geschäftes erklären nunmehr dieselbe ihre Noten vom 3ten Oktober, 11, 13, und 23ten Nov. und 6ten Dec. als das Ultimatum ihres Gouvernements, und sie verlangen hierauf eine categorische, befriedigende Antwort.

Was nun den so eben erwähnten, bisher hauptsächlich noch streitigen Emigrations-Punkt betrift, so überzeugt man sich diesseits aus allem, was dießfalls von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik dermalen gesagt wird, daß wegen der französischen Emigrations-Gesetze und deren Anwendbarkeit man sich in Ansehung der Grundsätze nicht zu vereinigen im Stande sey.

Da jedoch zugleich die bevollmächtigten Minister der französischen Republik in ihren vordern dießfallsigen No-

ten versichert haben, daß dennoch Mittel und Wege vorhanden seyen, den deutschen Reichs-Angehörigen, für die man sich bisher nachdrücklichst zu verwenden sich verpflichtet sah, für ihre Personen und für ihr Vermögen die gewünschte Beruhigung zu verschaffen, so will man diese Zusicherung acceptiren, und man vertrauet zu der Gerechtigkeit des französischen Gouvernements, es werde um diesen Unglücklichen, welchen auch noch die in den vordern diesseitigen Noten, vorzüglich in jener vom 6ten l. M. enthaltenen so triftigen Beweggründe zur Seite stehen, diese zugesicherte Hilfe rechtmäßig, werkthätig, auch auf eine Art, welche dieselbe, gegen jede leidenschaftliche Willkühr unterer Behörden schütze, und worüber sich demnächst noch zu vereinigen seyn wird, angedeihen zu lassen, alle zweckdienliche Vorkehrungen treffen.

In Rücksicht aller übrigen Artikel der Noten vom 3ten Oktober, 11, 13, und 23ten November und 6ten Dec. würde man zwar sehr gewünscht und vorgezogen haben, die nähere Vereinigung, deren dieselbe noch hin und wieder bedürfen, gleich bald zu berichtigen; da aber die bevollmächtigten Minister der französischen Republik auch in Rücksicht dieser Punkte einen cathegorischen Beytritt zu ihrem Ultimatum bestimmt verlangt haben, so siehet man sich vermüßiget, diesen Beytritt andurch zu ertheilen, und zu erklären, daß man nunmehr in allen Artikeln ihrem Ultimato accedire, und sich sofort gefallen lasse, daß die bey einigen derselben annoch nöthigen nähern Bestimmungen und Erläuterungen erst bey der Redaction der Friedens-Artikel nachgeholt werden.

Gleich wie nun durch diese cathegorische Erklärung der Reichs-Friedens-Deputation die vorzüglichsten Hindernisse eines baldigen Friedens-Abschlusses nunmehr gänzlich hinweggeräumt sind, so darf man um so zuversicht-

Digitized by Google

licher hoffen, daß, den vordern Versprechen gemäß, das Schicksal der occupirten Lande des rechten Rhein-Ufers nunmehro in jeder Hinsicht möglichst werde erleichtert, und insbesondere der neuerlich verlangten unerschwinglichen Contributionen und Requisitionen schleuniger Einhalt werde gethan werden.

Unterzeichneter erneuert den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherungen seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Sechs und zwanzigste französische Gegennote, vom 12. December 1798.

Les Soussignés Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la note de la Députation de l'Empire, qui leur a été communiquée le 21. Frimaire, présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur.

Ils ne veulent pas différer l'expression du sentiment agréable qu'ils ont éprouvé en voyant que leur confiance dans la prudence et l'humanité éclairées de la Députation de l'Empire n'a pas été trompée. Ils acceptent avec plaisir la déclaration faite par elle, qu'elle accède aux justes et dernieres propositions de leur Gouvernement énoncées dans *l'Ultimatum* qu'ils ont remis le 16. du courant et dans les notes précédentes qui y sont relatées, et la Députation de l'Empire est assurée qu'ils concourront de tous leurs efforts à tout ce qui pourra faire servir la face actuelle des choses à l'utilité réciproque des deux parties contractantes.

Digitized by Google

Comme au moyen de cet acte d'adhésion formelle et entiere au dit *Ultimatum*, tout l'essentiel de la premiere base de la négociation est définitivement convenu et arrêté, il n'est plus question que de s'occuper de l'application du principe reconnu des indemnités par la voie des sécularisations, ce qui forme une partie intégrante, et indivisible du traité futur que les négociateurs respectifs doivent compléter. Cet objet, qu'on dirigera dans les mêmes vuës d'intérêt général qui ont conduit la négociation à un point de maturité si satisfaisant, mérite d'être encore médité avant que d'être mis en discussion; mais les Soussignés comptent présenter incessamment leurs propositions à cet égard à la Députation de l'Empire qui doit trouver, ainsi qu'eux mêmes, un augure favorable dans le caractere décidé d'accélération et d'unité que les affaires viennent de prendre.

Les Ministres Plénipotentiaires de la République Française renouvellent au Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur l'assurance de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 22. Frimaire an 7.
de la République Franç.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Sieben und zwanzigste Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. Dec. 1798.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik bezogen sich in ihrer wegen Ravitaillirung von Ehrenbreitstein erlassenen Note vom 6ten Dec. auf ihre vor-

vordern Note, und führten, als Grund hierzu, die gegenwärtige Lage der Negociation an. Da sich nun aber diese Lage, durch die heutige Hauptnote, ganz nach ihren Wünschen ändert, so bekommen hiedurch die in den vordern diesseitigen Noten angeführten, aus der Natur der bestehenden Verträge geschöpften Gründe neues Gewicht, und man hält sich demnach überzeugt, daß von Seite der bevollmächtigten Minister der französischen Republik befriedigende Antwort und baldige Abhilfe nunmehr unverweilt erfolgen werde.

Unterzeichneter wiederholt den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik die Versicherung seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Sieben und zwanzigste französische Gegennote, vom 12. December 1798.

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République Française pour la négociation avec l'Empire Germanique, ont reçu la seconde note qui leur a été transmise le 21. Frimaire, présent mois, par le Ministre Plénipotentiaire de l'Empereur.

Ils assurent maintenant la Députation de l'Empire qu'ils vont porter sur le champ à la connaissance de leur Gouvernement et recommander à son attention spéciale ses voeux et ses demandes sur la situation actuelle de la rive allemande, particuliérement en ce qui concerne Ehrenbreitstein et les nouvelles contributions. La République Française, qui fait pousser la guerre lorsqu'une aggression injuste l'a placée dans le cas d'une légitime défense, prouvera dans ce moment, en apportant tous les adoucissemens pos

Digitized by Google

sibles à l'état des choses, le prix qu'elle met à la paix, et sa confiance dans les déclarations pacifiques de la Députation de l'Empire.

Les Soussignés renouvellent au Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur l'assurance de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 22. Frimaire an 7.
de la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Acht und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 31. Dec. 1798. wegen Ehrenbreitstein.

Die bevollmächtigten Minister der französischen Republik hätten in der einen ihrer Noten vom 21. Frimaire (12. Dec.) zugesichert, daß sie nunmehr die Wünsche und Anträge der Reichs-Friedens-Deputation, in Betreff des gegenwärtigen Zustandes des rechten Rhein-Ufers insbesondere wegen Ehrenbreitstein und den neuerlichen Contributionen unverzüglich zur Kenntniß ihres Gouvernements bringen, und dessen besonderer Aufmerksamkeit empfehlen würden.

Da nun mittlerweile die Reichs-Friedens-Deputation die Anzeige erhalten habe, daß auf dem rechten Rhein-Ufer wirklich schon Erleichterungen in ziemlicher Maasse eingetreten seyen, so gereiche es ihr zum Vergnügen, den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik bezeugen zu können, wie sehr sie hierunter deren thätige Verwendung, so wie die friedlichen und rücksichtlichen Gesinnungen ihres Gouvernements erkenne. Einer gleich befriedigenden Nachricht habe die Reichs-Deputation

bisher noch in Ansehung der Festung Ehrenbreitstein mit Zuversicht entgegensehen zu können geglaubt, ohne daß diese Erwartung zur Zeit noch in Erfüllung gegangen sey; es komme jedoch hier auf schleunige Hilfe an, indem jeder Tag der fortdaurenden Sperre den Nothstand der Besatzung der Feste und der unglücklichen Einwohner in dem Thal vergrössern. Man müsse daher die bevollmächtigten Minister der französischen Republik wiederholt dringendst ersuchen, der Reichs-Deputation baldmöglichst die beruhigende Versicherung zu geben, daß das französische Gouvernement wegen der conventionsmässigen Ravitaillirung der Festung und des Thals Ehrenbreitstein die erforderlichen Befehle wirklich erlassen habe; auch daß dasselbe die übrigen occupirten Lande der rechten Rheinseite gegen die noch hin und wieder durch französische Commissariate angedrohte wirkliche Bedrückungen durch angemessene Wege schützen werde.

Französische Note vom 3. Jan. 1799. wegen des Marsches der Russischen Truppen.

Les Soussignés Ministres plénipotentiaires de la République Française, pour la négociation avec l'Empire Germanique, sont chargés par leur Gouvernement, de faire à la Députation de l'Empire cette déclaration formelle:

Que si la Diète de Ratisbonne consentait à l'entrée des troupes Russes sur le territoire de l'Empire, ou si même elle ne s'y opposait point efficacement, la marche de l'armée Russe sur le territoire Germanique sera regardée comme une violation de neutralité de la part de l'Empire, que la négociation, qui se fait à Rastadt, sera rompue, et que la République et l'Empire se retrouveront sur le pied où étaient

les deux états avant la signature des préliminaires de Léoben et la conclusion de l'armistice.

A cette déclaration dictée par la sévérité des circonstances, les Soussignés joignent avec plaisir l'assurance la plus expresse des dispositions efficaces de leur Gouvernement pour le soulagement et la satisfaction de l'Empire, et du désir sincère qu'il a qu'un incident aussi peu prévu que celui qui fait l'objet de cette note, et qui pourrait devenir si funeste à la tranquillité intérieure de l'Allemagne, ne vienne pas détruire les espérances presque réalisées d'une réconciliation parfaite, et d'une paix perpétuelle entre les deux nations. Personne, au surplus, ne saurait se tromper sur les motifs et le but du cabinet de Petersbourg. La Députation de l'Empire surtout est trop instruite dans les affaires de l'Europe, pour ne pas voir clairement que la Russie, après avoir entretenu la guerre pendant six ans, sans y prendre part, ne se met si ouvertement aujourd'hui en état d'aggression contre la France que pour traverser la pacification du continent, et dans l'intention non moins évidente de couvrir la grande usurpation qu'elle médite depuis long-tems.

Les Soussignés ne doutent donc pas que la Députation ne voie dans la démarche du Gouvernement Français une preuve de plus de ses sentimens pacifiques, et une occasion pour l'Empire d'acquérir, en évitant un danger personnel, de nouveaux droits à l'amitié de la République.

Ils assurent le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastadt le 13. Nivôse an 7.
de la République Française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Gegennote des Kaiserl. Plenipotentiarii, an die französischen Minister, vom 4. Jenner 1799.

Unterzeichneter, vereint mit der Reichs-Friedens-Deputation, hat die, von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik, in Betreff eines etwanigen Marsches rußischer Truppen durch das deutsche Reichsgebiet, am 2ten dieses Monats erlassene Note erhalten. Er hat, auf der Reichs-Friedens-Deputation ausdrückliches Ersuchen, Kaiserl. Majestät hievon sogleich seinen allerunterthänigsten Bericht erstattet. Auch die Reichs-Friedens-Deputation hat erwähnte Note der allgemeinen Reichs-Versammlung zu Regensburg zu übermachen nicht verfehlt; als wovon man hiemit die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vorläufig zu benachrichtigen die Ehre hat, wobey Unterzeichneter die Gesinnungen seiner ausgezeichnetsten Hochachtung erneuert.

Vorläufige Antwortsnote der Reichs-Friedens-Deputation, vom 26. Jan. 1799.

Der Kaiserl. Plenipotenz sey, auf den in Gemäsheit des Deputations-Ersuchens, in Betreff eines etwanigen Marsches Kaiserl. Rußischer Truppen durch das deutsche Reichsgebiet erstatteten Bericht, von Kaiserl. Majestät die Resolution zugekommen, von welcher der Gegenstand der dahin Bezug habenden französischen Note, als außer ihrer Competenz gelegen, lediglich dem unter seinem Oberhaupt versammelten Reiche zur Entschließung übergeben worden sey, und man nun von daher das wei-

tere zu erwarten habe. Von der allgemeinen Reichs-Versammlung aber sey in dieser Sache die Instruktions-Einholung von der Behörde resolvirt, auch der Deputation bekannt gemacht worden, daß an den Reichstag wegen eines Durchmarsches Kaiserl. Rußischer Truppen noch keine Anzeige oder Requisition gekommen sey.

Französische Gegen-Note vom 31. Jenner 1799. (12. Pluviôse an VII. etc.)

Les Soussignés, Ministres Plénipotentiaires de la République françoise pour la negociation avec l'Empire Germanique, déclarent à la députation de l'Empire: qu'ils ont ordre de ne remettre, ni recevoir aucune note sur aucun des points de la négociation jusqu'à ce qu'il ait été répondu d'une manière cathégorique et satisfaisante à celle qu'ils lui ont remise le 13. Nivôse dernier. Les soussignés assurent le Ministre Plénipotentiaire de sa Majésté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastatt le 12. Pluviôse an 7.
de la République françoise.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Digitized by Google

Note der französischen bevollmächtigten Minister, wegen des Vorrükens des Generals Jourdan, vom 1. März, 1799.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République française pour le négociation avec l'Empire germanique, ont reçu ordre du Directoire exécutif de donner connaissance à la Députation de l'Empire de la proclamation ci-jointe; ils s'en acquittent en joignant à la présente Note un exemplaire certifié par eux de cette proclamation, et de l'adresse du Général Jourdan à l'armée qu'il commande.

Les Soussignés sont chargés en même tems de dèclarer qu'on ne doit voir dans cette marche de l'armée qu'une précaution commandée par les circonstances; que le désir de la paix de la part du Gouvernement français est toujors vif et sincère, et qu'il persiste à la conclure avec l'Empire, en supposant toute fois que l'Empire se déclarera contre la marche des Russes.

Les Ministres plénipotentiaires de la République française assurent le Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastatt le 11. Ventôse an VII. de la République française.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Digitized by Google

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE.

Liberté. *Egalité.*

DIRECTOIRE EXÉCUTIF.

PROCLAMATION.

Les troupes de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, au mépris d'une convention conclue à Rastadt, le 11. Frimaire, an VI. ont repassé la riviére de l'Inn, et sont sorties des Etats héréditaires.

Ce mouvement a été combiné avec la marche des troupes russes, qui annoncent hautement qu'*elles* viennent attaquer et combattre la République française, et qui se trouvent dans les Etats de l'Empereur.

Toujours fidèle à ses engagemens, toujours animé du désir le plus sincère de maintenir l'état de paix, toujours porté à supposer les mêmes sentimens à Sa M. l'Empereur, le Gouvernement français lui a demandé une déclaration satisfaisante sur cette marche de troupes russes, et sur le passage qui leur est accordé.

L'Empereur *a gardé le silence:* le Directoire exécutif se voit donc forcé par la nécessité d'une défense légitime, et par l'obligation imposée à tout Gouvernement de pourvoir à sa sûreté, de faire prendre aux armées françaises les positions que les circonstances réclament. Mais il déclare que son vœu pour la paix est inaltérable, et qu'au moment où S. M. l'Empereur annoncera par une déclaration amicale que les Russes ont évacué ses Etats, et que ses troupes ont repris les positions réglées par la convention

Digitized by Google

de Rastadt, les armées françaises rentreront dans leurs anciennes positions.

Approuvé par le Directoire exécutif, le deux Ventôse, an 7. de la République française, une et indivisible.

Signé le Président du Directoire exécutif, L. M. Revellière Lépeaux; par le Directoire exécutif, *le Secretaire général*, signé Lagarde.

Pour copie conforme,
Le Ministre de la guerre, signé Scherer.

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE.

Liberté. *Egalité.*

Au Quartier général de l'armée de Mayence, le 10. Ventôse, an VII. de la République française, une et indivisible.

LE GÉNÉRAL EN CHEF, A L'ARMÉE.

Soldats!

Au mépris d'une convention solennelle, les troupes de l'Autriche on franchi, *les premières*, la ligne de démarcation tracée; l'Empereur, trompant les dispositions pacifiques du Gouvernement français, à appelé au sein de l'Allemagne *des étrangers armés*, moins connus par quelques succès militaires que par leur brigandage dans les dernières guerres; et, pendant que, scrupuleux observateurs de la foi des traités, vous deumeuriez derrière vos lignes dans une attitude fière, mais paisible, ce Prince osait combiner des mouvemens hostiles avec ses nouveaux alliés,

Digitized by Google

et prendre, à la faveur d'un silence perfide, tous les avantages que lui laissait votre sécurité. Cette infraction manifeste, cet outrage fait à la foi publique, respectée de toutes les nations policées, a forcé enfin le Directoire exécutif à user de représailles: il a tout fait pour la paix; mais, si l'on veut la guerre, il la fera. Soldats, sortons de nos lignes, et rentrons dans la carrière que vous avez parcourue jusqu'ici avec tant de gliore!

Nous combattrons, si nous trouvons des obstacles à prendre les positions militaires sur lesquelles l'armée s'avance; nous combattrons, si l'Empereur n'exécute pas promtement et strictement la convention qui existe: fidèles au système de modération qui jusqu'à présent a caractérisé la nation française, nous rétrograderons, nous rentrerons dans nos premières lignes, aussitot que la République aura reçu la satisfaction qu'elle a le droit d'attendre.

Soldats, en reprenant les armes, rappelez-vous que le fléau de la guerre ne doit peser que sur les ennemis de la République: votre gloire serait effacée, vos lauriers seraient flétris, les vœux de vos ennemis seraient remplis, si vous vous portiés à des excès condamnables. Vous le savez, vos ennemis ont employé toutes les manœuvres pour armer les peuples de l'Europe contre le peuple français. Que votre conduite démente l'effet de ces bruits perfides! Souvenez-vous toujours que l'Armée doit respecter les *propriétés générales et particulières*, et que tout désordre sera réprimé avec force et puni avec sévérité.

C'est vous surtout, Officiers supérieurs, Chefs de corps, Commandans, que je rends personnellement responsables de la stricte exécution des intentions du

Gouvernement et des miennes. Maintenez la plus exacte discipline; veillez aux besoins des troupes qui sont sous vos ordres; surveillez les sans cesse; et, si quelque Soldat oubliait ses devoirs, dites-lui que toute action lâche est indigne du nom français; rappelez-lui qu'il souillerait la gloire des armées de la République, et sans doute il rentrera dans l'ordre.

Animé des principes de justice et d'équité, le Directoire exécutif m'ordonne de vous prévenir que son intention formelle est de rembourser aux peuples et aux gouvernemens, amis de la République, les fournitures que les besoins imprévus de l'armée pourraient exiger; qu'à cet effet, il est nécessaire qu'il soit délivré, avec la plus scrupuleuse exactitude, des *bons* de tout ce qui sera requis et fourni à l'Armée. En conséquence, pour empêcher les abus, je vous préviens en même temps, que le Commissaire-ordonnateur en chef, d'après l'autorisation qu'il recevra de moi, aura seul le droit de frapper toute espèce de réquisitions; que cependant les Généraux, ou Commandans des troupes détachées pourront frapper des réquisitions motivées sur des besoins *d'urgence*, mais qu'il m'en sera de suite adressé copie; que, pour centraliser la comptabilité, ces réquisitions devront toujours être faites, autant que possible, aux Magistrats supérieurs; que, dans tous les cas, le Généraux ou Commandans de troupes détachées devront délivrer aux Bourguemaitres ou Baillis des *bons* de tout ce qui aura été fourni; enfin que jamais on ne devra se permettre de rien enlever de vive force chez aucun particulier. Je le répète, toute contravention au présent ordre sera punie avec la dernière Sévérité;

Digitized by Google

mais, je l'eſpère, Soldats, vous éviterez cette peine à votre Général.

Au moyen de ces diſpoſitions juſtes et loyales, dignes de la nation françaiſe, les habitans de la Germanie, raſſurés contre les bruits propagés par la malveillance de nos ennemis, reſteront calmes au milieu de l'orage; j'eſpère qu'ils ſentiront que le meilleur parti qu'ils pourront prendre pour conſerver leurs propriétés, ſera celui d'y demeurer en paix. Mais ſi, au contraire, et malgré l'engagement que je prends envers eux, l'armée françaiſe trouvait les villes déſertes et les villages anbandonnés, ſi ces habitans s'oppoſaient à ſa marche, ou ſe refuſaient à lui procurer les ſecours qui ſont en leur pouvoir; alors, je le déclare avec la même franchiſe, je prendrais d'autres meſures pour les punir et les faire repentir de leur témérité.

Le Général en Chef, ſigné JOURDAN.

Pour copie conforme:

Le Général de Diviſion, Chef de l'Etat major général, ſigné ERNOUF.

Concluſum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 2. März 1799.

Daß der allgemeinen Reichs-Verſammlung die Note der bevollmächtigten franzöſiſchen Miniſter vom 11. Ventoſe ſamt Anlagen alsbald zuzufertigen, und dabey zu bemerken ſey: Majora Deputationis ſeyen der zuverſichtlichen Hoffnung, es werde dieſe Note die allgemeine Reichs-Verſammlung unfehlbar überzeugen, wie dringend

nothwendig es sey, daß die Reichs-Friedens-Deputation in den Stand gesetzt werde, der französischen Gesandtschaft eine Antwort auf die Note vom 13. Nivose (2. Jänner) zu übermachen, um die schon so lange stockende Friedens-Unterhandlungen wieder fortzusetzen.

Von diesem Schreiben an die allgemeine Reichs-Versammlung sey der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz das gewöhnliche Remiß zu machen, und ihr dabey zugleich durch einen Erlaß zu erkennen zu geben: Die Reichs-Friedens-Deputation halte dafür, daß den französischen Ministern eine Vorantwort auf ihre Note vom 11. Ventose dahin zu geben sey:

„ Die Reichs-Friedens-Deputation habe die Note
„ der bevollmächtigten Minister der französischen
„ Republik vom 11. Ventose (1. März) nicht nur
„ sogleich der allgemeinen Reichs-Versammlung mit-
„ getheilt, sondern derselben zugleich auch diesen
„ Gegenstand dringend empfohlen. Indem man nun
„ hievon die bevollmächtigten Minister der französi-
„ schen Republik zu benachrichtigen die Ehre habe,
„ versichere man zugleich, daß, so sehr man einer-
„ seits das vermehrte Unglück, welches die deutschen
„ Reichs-Lande dadurch, daß sie neuerdings mit
„ Armeen überzogen würden, erlitten, nothwendig
„ empfinden müsse, man gleichwohl andererseits eben-
„ falls noch immer von dem lebhaften Verlangen
„ nach einem baldigen und dauerhaften Frieden auf-
„ richtig beseelet sey. “

Endlich wäre den hier anwesenden betheiligten Herren Particular-Abgeordneten von der französischen Note vom 11. Ventose samt Anlagen herkömmlicher Maaßen Nachricht zu ertheilen.

Digitized by Google

Kaiserl. Commißions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt, den 4. März, 1799.

Der Röm. Kaiserl. Majestät, Unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commißion kann den Antrag der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 2ten dieses Monats, zur Vorbeantwortung der Note der bevollmächtigten Minister der franz. Republik vom 1ten dieses (11. Ventose) nach jetziger Gestalt der Sachen nur in so ferne genehmigen als diese Vorantwort auf die lediglich Angabe des Empfanges und der Mittheilung erwähnter Note an die allgemeine Reichs-Versammlung eingeschränkt — alle weitere Aeusserung aber, zufolge des Deputations-Gutachtens vom 26. Jänner und der unter dem 27. Jänner erfolgten Benehmigung auf eine weitere Entscheidung Kaisers und Reichs ausgesetzt bleiben wird.

Womit die kaiserliche höchstansehnliche Commißion sämmtlichen vortreflichen Herrn Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stets zugethan verbleibe

Franz Georg Carl,
Reichs-Graf von Metternich-
Winneburg-Beilstein.

Note der französischen bevollmächtigten Minister wegen des Vorrückens des Generals Massena, vom 9. Merz, 1799.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République française pour la négociation avec l'Empire

germanique ont reçu ordre du Directoire exécutif, de donner connaiſſance à la Députation de l'Empire de la Proclamation du Général Maſſena Commandant en Chef l'Armée françaiſe en Helvétie; ils joignent, en conſéquence à la préſente Note, un exemplaire certifié par eux de cette Proclamation, et de celle du Directoire exécutif déja notifiée à la Députation l'Empire.

Les Souſſignés ont auſſi reçu Ordre de renouveller à cette occaſion, la déclaration conſignée dans leur Note du 11. de ce mois, qu'on ne doit voir dans la marche de l'armée, qu'une meſure commandée par les circonſtances et qui ne touche en rien au déſir de la paix, dont le Gouvernement français eſt toujours auſſi vivement et auſſi ſincèremenr animé.

Ils ſont formellement chargés de réiterer l'aſſurance que le Directoire exécutif perſiſte à conclure la paix avec l'Empire, en ſuppoſant toutefois que l'Empire ſe déclarera contre la marche des Ruſſes.

Les Souſſignés, Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe, aſſurent le Miniſtre plénipotentiaire de Sa Majeſté l'Empereur de leur conſidération la plus diſtinguée.

Raſtadt le 19. Ventôſe an VII. de la Rép. franç.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Proclamation du Directoire, du 2. Ventôſe an VII. de la République françaiſe &c. &c. &c.

Approuvé par le Directoire exécutif le 2. Ventôſe an VII. de la République franç. une et indiviſible.

Signé: Le Préſident du Directoire exécutif,
L. M. Reveillere Lepeaux.

Digitized by Google

Par le Directoire exécutif, le Sécrétaire-général, Signé : *Lagarde.*

Pour copie conforme, le Général en Chef de Signé : *Scherer.*

Pour copie conforme, le Général en Chef de l'Armée françaiſe en Helvétie,

Maſſena.

ARMÉE FRANÇAISE EN HELVÉTIE.

Liberté. *Egalité.*

PROCLAMATION.

Du 16. Ventôſe an VII. de la République françaiſe une et indiviſible.

Maſſena, Général en Chef de l'Armée françaiſe en Helvétie, au Peuple de Griſons.

PEUPLE DES GRISONS!

Les ennemis de votre indépendance ont appelé une puiſſance étrangère pour ſoutenir leur tyrannie.

Des amis de votre liberté réclament à leur tour l'appui de la République françaiſe.

L'Armée que j'ai l'honneur de commander vient ſéconder; vos vœux ſon ſeul objet eſt de vous rendre à vous-mêmes. Du moment où la Cour de Vienne reſpectera votre indépendance, aura declaré qu'elle n'enverra plus de troupes dans votre pays, l'Armée françaiſe évacuera votre territoire.

Pendant

Digitized by Google

Pendant ſon ſéjour la liberté individuelle, les proprietés, les opinions politiques et réligieuſes ſeront inviolablement respectées.

Et vous, Soldats français, appelés à rendre le Peuple de Griſons à la liberté, vous connaiſſés les intentions de votre Gouvernement et celles de votre Général. Reſpectés un Peuple qui devient libre par vous, et que votre conduite lui apprenne, le convainque, qu'une diſcipline ſevère, que le reſpect des droits et des proprietés des Peuples conſtituent eſſentiellement les Armées françaiſes.

Signé: *Maſſena.*

Certifié par nous, Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe au Congrès du Raſtadt.

A Raſtadt le 19. Ventôſe an 7. de la République françaiſe.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Concluſum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 11. März 1799.

1) Daß höchſtanſehnliche kaiſerliche Plenipotenz durch einen weitern Erlaß nochmals zu erſuchen ſey, die im Concluſo vom 2. d. M. an die franz. Miniſter beſchloſſene Gegennote nach dem ganzen Inhalt des gedachten Concluſi den franzöſiſchen Miniſtern zuzufertigen.

2) Daß die neuſte franzöſiſche Note ſamt Anlage an die allgemeine Reichs-Verſammlung zu befördern, und hiervon der höchſtanſehnlichen kaiſerl. Plenipo-

tenz Remiß zu machen, den französischen Ministern aber, daß solches geschehen, mittelst weiterer Note, welche durch gewöhnlichen Erlaß an hochgedachte kaiserliche Gesandtschaft zu bringen, Eröfnung zu machen, endlich

3) Daß den betheiligten Hrn. Partikular-Abgeordneten von der neusten französischen Note herkömmlicher Maaßen Nachricht zu ertheilen sey.

Kaiserl. Commißions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt; den 14. März, 1799.

Der Röm. Kaiserl. Majestät, Unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn, zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commißion unverhält der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation auf das Gutachten vom 11. dieses: Daß Sie auf dem Inhalte Ihres Decrets vom 4. dieses bestehe. Womit die kaiserl. höchstansehnliche Commißion sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stets zugethan verbleibt.

Franz Georg Carl,
Reichs-Graf von Metternich-
Winneburg-Bielstein.

Note der französischen bevollmächtigten Minister wegen der Entfernung des Geschäftsträgers Bacher, von Regensburg, v. 14. März, 1799.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires françaises pour la négociation avec l'Empire germanique, viennent d'être informés des faits suivans:

Que Monſieur de Hügel, Concommiſſaire impérial à la diète de Ratisbonne, s'eſt rendu le 20. Ventôſe, préſent mois, chez le Citoyen Bacher, Chargé d'affaires de la République françaiſe prés la diéte, et lui a preſenté un ordre de l'Archiduc Charles (Général en Chef de l'armée du Roi de Hongrie et de Bohême) en vertu duquel il enjoint à un Capitaine de Cavallerie autrichien d'accompagner le dit Chargé d'affaires jusqu'aux avant-poſtes français; que le Citoyen Bacher a répondu que ſa réſidence à Ratisbonne étant autoriſée par un arrêté de la diète revêtu de la ratification impériale, il ne partirait qu'autant qu'on employerait la force; que malgré cette déclaration il ne lui a été donné que 24. heures pour ſe préparer à ſon départ. Les Soussignés, denoncent à la Députation et à la diète de l'Empire cette violation de tous les principes et de tous les droits, en les prévenant qu'ils ſe ſont empreſſés d'en informer leur Gouvernement.

Les Miniſtres plénipotentiaires de la République françaiſe aſſurent le Miniſtre plénipotentiaire de Sa Majeſté l'Empereur de leur conſidération la plus diſtinguée.

Raſtadt le 24. Ventôſe an VII. de la Republique françaiſe.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Concluſum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 18. März 1799.

Daß die geſtrige Note der franzöſiſchen Geſandtſchaft, ſamt Abſchrift des disfallſigen Erlaſſes der höchſtanſehn-

lichen kaiserl. Plenipotenz, der allgemeinen Reichs-Versammlung zuzufertigen, und diese um disfallsige Aufschlüsse zu ersuchen sey, wodurch die Deputation im Stand seyn möge, den französischen Ministern eine beruhigende Erklärung zu geben. Hievon sey die französische Gesandtschaft mittelst Note vorläufig zu unterrichten, worüber demnach Remiß und Erlaß an die höchstansehnliche kaiserl. Plenipotenz zu ergehen hätten; dann wäre auch den betheiligten Herrn Partikular-Abgeordneten von dieser neuen französischen Note herkömmliche Nachricht zu geben.

Betreffend den Deputationsschluß vom 2. dieses, habe das Directorium sub reservatione solita der kaiserl. höchstansehnlichen Plenipotenz gegen den gestrigen Erlaß, nochmal angelegentliche, mündliche Vorstellung zu machen, und Hochdieselbe zu ersuchen, sich mit dem gedachten Deputationsschlusse annoch zu vereinigen, und solchen der französischen Gesandtschaft zuzufertigen, um die Deputation aus der unangenehmen Verlegenheit zu setzen, solchen in andern Wegen zur Kenntniß der gedachten franz. Gesandtschaft zu bringen.

Mündliche Erklärung der Gründe, warum die kaiserliche Commißion dem Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 2. März ihre Genehmigung nicht ertheilen kann; dem Deputations-Directorium auf wiederholtes Andringen eröffnet. Rastatt, den 21. März 1799.

Wenn die Mehrheit der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation Ursachen zu haben glaubt, der allgemeinen

Reichs-Versammlung den Gegenstand der Note der französischen Bevollmächtigten vom 1. März (11. Ventose) dringendst zu empfehlen, und dem Selbstgefühle des Reiches über seine wichtigste Angelegenheit vorzukommen; wenn sie von der Reichs-Versammlung eine solche Antwort auf die vordere Note der französischen Bevollmächten vom 2. Jänner (13. Nivose) verlangt, wodurch die schon so lange stockende Friedens-Unterhandlungen wieder in Gang gebracht werden können, und dadurch vorerkennet, daß das in dieser Note enthaltene Verlangen der französischen Regierung einzuräumen seye; so schreitet sie zwar hierdurch aus den eigentlichen Schranken des Verhältnisses, in welchem sich der Bevollmächtigte gegen den Bevollmächtiger befindet, und die deputirten Stände scheinen ein Recht, einen Ausfluß der Mittheilhabung an den Berathschlagungen und Entschliessungen der obersten Macht, hier auf dem Congresse ausüben zu wollen, welche sich nur in der Reichs-Versammlung selbst äussern können, wo zugleich die Absichten, Einsichten, Lage und Urtheile jedes einzelnen deputirten Standes das gehörige Maaß ihrer Einwirkung auf das Ganze in der Zahl und in dem Gewichte aller übrigen Mitstimmenden antreffen.

Jedoch, da hierbey nur die innern Verhältnisse der Deputation gegen das Reich, in Berührung kommen, so würde die kaiserliche Commission noch gerne hierüber hinweggesehen haben. Aber die Mehrheit der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation beschloß ferner, von dieser dringenden Empfehlung die französischen Bevollmächtigten zu unterrichten, und ihnen dabey zu erkennen zu geben, daß sie noch immer von dem lebhaften Verlangen nach einem baldigen und dauerhaften Frieden aufrichtig beseelet seye. Gleichwohl hat die französische Re-

Digitized by Google

gierung in ihrer obenangezogenen Erklärung vom 2. Jänner (13. Nivose) so wie in den folgenden vom 1. und 9. März (11. und 19. Ventose) die Erlangung des Friedens, oder eigentlicher die Fortsetzung der Unterhandlungen über den Frieden, streng an ein Bedingniß von der höchsten Wichtigkeit gebunden, über welches Kaiser und Reich noch keinen Entschluß gefaßt haben, und über welches es möglich ist, daß Sie ganz verschieden von der Mehrheit der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation denken. Sobald auch nur diese Möglichkeit bestehet, ist es der Unterordnung, in welcher der Bevollmächtigte gegen den Bevollmächtigenden sich befindet, — es ist zugleich der in jeder Unterhandlung zu beobachtenden Klugheit zuwider, — es hat auf alle Fälle keinen wesentlichen Nutzen, in einigen aber kann es sogar schaden, wenn man mit Empfehlungen und Voräusserungen gegen eine fremde Macht herausgehet, welche an ihren eigenen Bevollmächtigten dahier auf die unerwarteste Weise gezeigt hat, was dergleichen Empfehlungen und Versicherungen gelten, welchen die Gewährschaft der obersten Entschliessung fehlt.

Wenn nun über dieses die Aeusserungen, welche die Mehrheit der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation den französischen Bevollmächtigten machen will, in einen Zeitpunkt fallen, welcher durch Ueberziehung des Reichsgebietes diesseits des Rheines, durch Aufforderung und Besetzung diesseitiger Festungen und Städte, durch Forderungen und Erpressungen aller Art, durch eine gewaltsame Verrückung jeder mittelst des Waffenstillstandes bezielten und der Friedens-Unterhandlung zum Grunde gelegten Verhältnisse dem Kaiser und Reiche eine andere Sprache und die Ergreiffung höherer Maaßregeln zur Nothwendigkeit machen kann, welcher wir hier auch nicht

auf die entfernteste Art vorgreifen dürfen; so liegen die Gründe einer bescheidenen Zurückhaltung in der den französischen Bevollmächtigten zu ertheilenden Antwort so vollkommen am Tage, daß es unnöthig seyn würde, sie durch weitere Bemerkungen in grösseres Licht zu setzen. Sie sind zugleich von einer solchen Beschaffenheit, daß die kaiserliche Commission es der Mehrheit der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation und ihrer Selbst-Einsicht billig zutrauen mußte, sie würde dieselbe mit eigenem Blicke auffassen. Es geschah also aus Rücksicht für die Mehrheit, und im Vertrauen auf ihre stille Ueberzeugung der Rechtmäßigkeit der verweigerten Genehmigung der kaiserlichen Commission, wenn sie die Unannehmlichkeit umgieng, diese Gründe in dem Commissions-Decrete vom 14. dieses offen zu legen.

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 3. April 1799.

Die Reichs-Friedens-Deputation sey auf das beyliegende Schreiben der allgemeinen Reichs-Versammlung d. d. Regensburg den 27. Merz 1799, von dessen Einlangung der kaiserl. Plenipotenz bereits durch den Directorial-Secretär die vorläufige geziemende Anzeige gemacht worden, des Dafürhaltens, daß den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik eine Note nachstehenden Inhalts zuzufertigen sey:

„ Die Reichs-Deputation habe bereits am 15. v.
„ M. den bevollmächtigten Ministern der franz. Republik
„ zu eröffnen die Ehre gehabt, daß Sie der allgemeinen
„ Reichs-Versammlung zu Regensburg die franz. Note
„ vom 24. Ventose (14. Merz) überschickt habe, und

„ von daher beruhigende Aufschlüsse über den Gegen„ stand dieser Note zu erhalten hoffe. Von der gedach„ ten allgemeinen Reichs-Versammlung habe die Depu„ tation nunmehr eine Vorantwort, datirt vom 27. v. „ M. empfangen. Die Reichs-Deputation wolle nicht „ verweilen, die bevollmächtigten Minister der franz. „ Republik, von deren Inhalte mittels vidimirter Abschrift „ zu unterrichten."

Schreiben der allgemeinen Reichs-Versammlung an die Reichs-Friedens-Deputation. Regensburg 27. März 1799.

„ Von der allgemeinen Reichs-Versammlung wird der ausserordentlichen Reichs-Friedens-Deputation, der in derselben Berichte vom 15. d. M. wegen des Vorfalls mit dem Citoyen Bacher nachgesuchte Aufschluß dahin mitgetheilt: Daß am 10. d. M. der kaiserl. Con-Commissarius dem Citoyen Bacher den Inhalt des hier beyliegenden Schreibens eröffnet, und darauf dieser den Kur-Mainzischen Reichsdirectorialen ersucht habe, an dem folgenden Tag den 11. dieses der Reichs-Versammlung diese Ereignisse anzuzeigen und derselben Entschliessung ihme wiederum zu kommuniciren; daß auf diese Aufzeige, alle drey Reichs-Kollegien, an diesem Vorfall keinen Antheil zu haben, sondern, wenn von Reichs wegen eine Entschliessung ertheilt werden sollte, förderſamst an ihre höchst und hohe, auch übrige Behörden ihrer Schuldigkeit gemäß berichten zu müssen, sich erklärt: Daß der Reichs-Directorialis dem Citoyen Bacher, von dieser Erklärung sofort Nachricht zu geben, und die Gründe dazu in dem — durch die Verfassung vorgeschriebenen — Citoyen Ba-

cher selbst bereits bekannten Gange der Geschäfte, dargestellt, dessen Einwendung aber gegen die ihm angesonnene Entfernung an den kaiserl. Con-Commissarius verwiesen — und endlich ihm auf sein wiederholtes Verlangen — und unter der vorigen Erklärung, die Abschrift von dem obengedachten Schreiben mit der Kur-Mainzischen Kanzley Unterschrift und mit derselben Insiegel beglaubigt zugestellt habe."

Schreiben des Erzherzogs Carl an den kaiserl. Con-Commissarius. Hauptquartier Friedberg, 8. März 1799.

„In den gegenwärtigen Umständen, da von Seiten der Franzosen die Feindseligkeiten angefangen worden sind, kann auf keine Weise zugegeben werden, daß der B. Bacher fortfahre, sich im Rücken der Armee aufzuhalten. Demnach muß ich den Hrn. Con-Commissarius dringendster ersuchen, dem B. Bacher zu erklären, daß das General-Commando der Kaiserl. und Reichs-Armee seine Entfernung jenseits der Grenzen der Vorposten verlange, und daß er demnach innerhalb 24. Stunden Regensburg zu verlassen habe. Zu diesem Behuf habe ich einen Offizier gesandt, welcher Auftrag hat, bey Ablauf dieser Frist den B. Bacher bis zu den Vorposten der k. Armee zu begleiten."

Digitized by Google

Kaiserl. Commissions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation, wegen Abberufung des Kaiserlichen Plenipotentiarii. Rastatt, den 7. April 1799.

Der römisch-kaiserlichen Majestät unsers allergnädigsten Kaisers und Herrn zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission bringt die von den kaiserl. königl. und den französischen Bevollmächtigten am 18. April 1797. zu Leoben unterzeichneten und bald hernach wechselseitig ratificirten Friedens-Präliminarien in Erinnerung, worinn in Folge ehrerbietigster Uebertragung der ersten Friedens-Einleitung an Se. kaiserliche Majestät, festgesetzt ward, daß vom Tage der Unterzeichnung an alle Feindseligkeiten zwischen dem deutschen Reiche und der französischen Republik aufhören sollen. Es beschränkte sich aber diese völkerrechtliche Uebereinkunft nicht blos auf eine kurz vorübergehende Linderung der vielen bisherigen Drangsalen des abgedrungenen Reichs-Kriegs; ihr vorzüglicher Zweck war, daß sie als tröstliches Unterpfand der aufrichtigsten Friedens-Neigung zugleich zur Unterhandlung und Herstellung eines billigen und sichern Definitiv-Friedens-Schlusses dienen sollte.

Die Reichs-Friedens-Deputation blieb mitten unter den vielen feindseligen Erpressungen in den vorliegenden Reichs-Landen, und während der gegen die Ehre und Treue bestehender Verträge unerbittlich fortgesetzten feindlichen Aushungerung der deutschen Schutz-Wehre und Festung Ehrenbreitstein, auch als ihre künftige Schleifung schon zugesichert war, mitten unter den in mehrerer Hinsicht gewaltsam veränderten Staats-Verhältnissen des

deutschen Reichs in Helvetien und Italien, mitten unter andern tiefe Beherzigung erweckenden Vorfällen und Gefahren, der sie beseelenden Friedens-Liebe so anhänglich und getreu, daß es wirklich das Ansehen gewann, als sollte jede neue Eigenmächtigkeit gegen das Reich und dessen Angehörige durch ein neues Friedens-Opfer ausgesöhnt werden. So groß war ihre friedfertige Beharrlichkeit, die Sehnsucht nach Frieden, die jedes andere Gefühl unterdrückte, und der die Mehrheit der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation durch ihren Beytritt zu dem gebieterischen Ultimato der französischen Regierung vom 6. December des vorigen Jahres das Siegel aufsetzte.

Die um einen so ausserordentlichen Preis erkaufte Friedens-Hoffnung schien jezt ihrem Ziele näher, als jemal; denn der Beytritt war erwirkt; anderer Seits aber ward das hierüber in der Note der französischen Bevollmächtigten vom 12. December bezeigte Vergnügen in solchen empfindungsvollen Ausdrücken dargelegt, und die unverzügliche Beschleunigung der weitern Friedens-Unterhandlungen so feyerlich zugesichert, daß man nunmehr der schleunigsten Vollendung des Friedens-Geschäftes mit Begierde entgegensah. Allein, die alles verwirrende Politik des französischen Directoriums hatte dem deutschen Reiche ein anderes Schicksal zubereitet.

Ganz gegen die öffentliche Meynung ward während dieses Kongresses der vortreflichen Reichs-Deputation in bitteren Ausdrücken der Vorwurf einer beflissentlichen Verzögerung der Negociationen gemacht; hingegen entstand jezt in Hinsicht auf die oben gedachte Zusicherung wider alle Erwartung ein gänzlicher Stillstand im Friedens-Werke, bis Unterzeichnetem am 2. Jänner des laufenden Jahres wieder eine Note von den bevollmächtigten

Ministern der französischen Republik zugestellt ward: Aber ihr Inhalt betraf zur allgemeinen Verwunderung — statt einer befriedigenden, schon lange mit bestem Rechte erwarteten Erklärung auf die vielen dringenden Anträge der Reichs-Deputation wegen endlicher Erledigung der langen und grossen Beschwerden auf dem rechten Rhein-Ufer, insonderheit wegen redlicher Erfüllung der klärsten Pflicht des an der Festung Ehrenbreitstein verletzten Völkerrechts, oder statt irgend ein anderes zu den Friedens-Unterhandlungen gehöriges Object nur zu berühren — einen durchaus neuen, fremden und ausser der Kompetenz der Reichs-Deputation gelegenen Gegenstand; bekanntlich den befürchteten Einmarsch der russischen Truppen auf das Gebiet des deutschen Reichs; daher auch dieser Gegenstand lediglich der Erwägung des unter seinem Oberhaupte vereinigten Reichs übergeben werden mußte. Obgleich hier nicht der Ort ist, den Haupt-Inhalt dieser Note vorzüglich von der Seite ihres völkerrechtlichen Werthes näher zu beleuchten; so darf doch nicht unbemerkt gelassen werden, daß die Herrschbegierigkeit des französischen Gouvernements gedachten Gegenstand mit der Fortdauer des Friedens-Congresses in Verbindung gesetzt, und Friede oder Krieg davon durch die nachfolgende Erklärung abhängig gemacht hat: Daß, wenn die Reichstags-Versammlung zu Regensburg zu dem Einmarsche der russischen Truppen auf das Gebiet des deutschen Reichs ihre Einwilligung geben, oder sich demselben nicht nachdrücklich widersetzen werde, die Negociationen zu Rastatt abgebrochen seyn, und die Republik und das Reich sich wieder auf dem nämlichen Fuß befinden werde, auf welchem diese beyde Staaten vor Unterzeichnung der Präliminarien und Abschliessung des Waffenstillstandes gewesen seyen. Die Unterhandlungen blieben nun auch

fernerhin unterbrochen, so, daß noch durch eine besondere Note von den französischen Bevollmächtigten der vortreflichen Reichs-Deputation am 31. Jänner selbst der völlige Stillstand ausdrücklich erklärt ward; indem sie Befehl hätten, keine Note mehr über irgend einen Punkt der Unterhandlung zu übergeben, oder anzunehmen, bis auf die ihr am jüngstverflossenen 2ten Jänner zugestellte Note eine kathegorische und befriedigende Antwort erfolgt seyn würde, wodurch zugleich, (nachdem indessen auch die Festung Ehrenbreitstein wider die durch gemeinschaftliche Gewährschaft aller Nationen besiegelten Grundsätze des Völkerrechts gefallen war, und die in den besetzt gehaltenen Reichslanden angesetzten Requisitionen und Contributionen mit mehr Schärfe als jemals exequirt wurden), der Weg so sehr versperrt wurde, daß nun nicht einmal eine weitere Vorstellung gegen so laut schreiendes Unrecht geschehen konnte.

Immittelst vermehrte auch in der Zeit der Friedens-Unterhandlungen die französische Regierung die Macht der Republik durch erzwungene Schutz- und Trutz-Bündnisse, und die im Felde stehenden Armeen durch ein strenges Kriegs-Aufgebot von 200,000. Mann; und so kam mitten unter diesen bedrohlichen Zurüstungen nach einem nun beynahe dreymonatlichen Stillstande der Unterhandlungen die allmählige Entwicklung der unglücksvollen Plane des vollziehenden Directoriums mit jedem Tage ihrer politischen Reife näher; in welcher Hinsicht der 1. März, (an welchem die kriegerische Proklamation des gedachten Directoriums gegen Ihre Majestät des Kaisers, König von Ungarn und Böhmen, und die noch heftigere Adresse des Obergenerals Jourdan an die Armee von den zu Rastatt bevollmächtigten Ministern der französischen Republik in Folge eines ausdrücklichen Auftrags

des Directoriums mittelst einer besondern Note zur Kenntniß der Reichs-Deputation gebracht wurde), für die Zukunft einer der merkwürdigsten Tage in der neuern Zeitgeschichte ist. Dieser Note ward in Ansehung des deutschen Reichs aus besonderm Auftrage die Erklärung beygefügt, daß man in dem Marsche dieser Armee nur eine von den Umständen gebotene Vorsicht sehen dürfe; daß das Verlangen nach Frieden von Seiten der französischen Regierung stets lebhaft und aufrichtig sey; und daß sie darauf beharre, solchen mit dem Reiche, jedoch in der Voraussetzung zu schliessen, daß das Reich sich gegen den Marsch der russischen Truppen erklären werde. Diese Erklärung und Versicherung ward sodann in der Note vom 9ten März auf ausdrücklichen Befehl des Vollziehungs-Directoriums von den französischen Ministern erneuert.

Also lebhaftes und aufrichtiges Verlangen nach Frieden mit dem Reiche! während die mit offenkundiger Verletzung der heiligsten Verträge ausgehungerte, in eigenmächtigen Besitz genommene und dem gesammten Reiche zur Schutzwehre dienende Festung Ehrenbreitstein aufs neue befestigt, und durch feindselige Erpressungen von Reichs-Unterthanen mit allen Erfordernissen versehen wird; während die Stadt Mannheim mit französischen Truppen besetzt, die dortige Besatzungs-Mannschaft entwaffnet, dem Magistrate und allen öffentlichen Stellen nur provisorisch — zum Vorzeichen der Erfüllung der selbst in einer officiellen Note vom 3. Oct. des v. J. ohne Scheu gemachten Drohung mit Einführung der staatsumwälzenden französischen Grundsätze in Deutschland — die weitere Ausübung ihrer Amtsverrichtungen zugelassen; während an der Herstellung der Festungswerke dieser Stadt mit möglichster Thätigkeit

gearbeitet, und die Reichs-Festung Philippsburg in einer auffallenden Sprache ohne Beyspiel zur Uebergabe aufgefordert wird; während die französischen Truppen mit sichtbarer Ueberschreitung der Waffenstillstands Linie, und selbst mit Hintansetzung der vertragsmäßigen Aufkündigung des Reichs Waffenstillstandes, in mehreren Richtungen in das Herz von Deutschland, besonders in die deutschen Reichslande des österreichischen und schwäbischen Kreises mit fürchterlicher Macht eindringen, die drückendsten Kriegsforderungen und Contributionen ausschreiben, deutsche Unterthanen als Geiseln fortschleppen, ganze Gemeinden ausplündern, militärische Stellungen annehmen, u. s. w., wo mithin der schlichte Menschenverstand in Handlungen, die alle Attribute des Kriegsstandes in sich vereinigen, nur Krieg erkennen kann; und wo, auch ehe noch die Antwort der allgemeinen Reichs-Versammlung auf die zudringliche Forderung einer Erklärung wegen des Einmarsches des russischen Truppen erfolgen konnte, selbst durch die That der Krieg wider Deutschland schon bestand.

Se. kaiserliche Majestät tragen durch die gesetzliche Wahl der Kurfürsten die Krone eines freyen und selbstständigen Reichs, und können Ihrer Seits durch derley subtile Ideen, derer der französische Revolutionsgeist zum Verderben der Völker schon mehrere erzeugt hat, und die mit den moralischen und rechtlichen Begriffen anderer kultivirten Völker im öffentlichsten Widerspruche stehen, die natürliche Gutmüthigkeit des biedern deutschen Volkes nicht länger mißhandeln, nicht länger der Würde, Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Reichs Hohn sprechen lassen. Allerhöchstdieselbe wollen und können daher auch Unterzeichnetem in Ihrer reichsoberhauptlichen Eigenschaft nicht gestatten, noch länger an Verhandlungen

Antheil zu nehmen, wo unter stolzer Hinweisung auf die Rechte eines Siegers den diesseits zu machenden Erklärungen bald eine peremtorische Frist von wenigen Tagen gesetzt, bald auf mehrere Monate die Geschäftsthätigkeit des Kongresses mit seltener diplomatischer Willkühr gehemmet wird, und die sich zu ihrem Wirkungskreise mit Hintansetzung der Würde des Reichs stets neuen Stoff erschaffen wird; wo der Krieg gegen das deutsche Reich durch die That selbsten wirklich besteht, und das vertragsmäßige Unterpfand des Waffenstillstandes zur aufrichtigen Unterhandlung und Herstellung eines billigen, anständigen und dauerhaften Friedens nicht mehr vorhanden ist; wo keine vollkommene Beruhigung über die Sicherheit der nöthigen Korrespondenz Statt haben kann, und mitten unter dem Geräusche der Waffen die Sicherheit des Kongreß Ortes, auf welche bey allen Zusammenkünften dieser Art jederzeit ein vorzüglicher Bedacht genommen wird, nicht minder bedrohet ist; wo bey unabläßigem Trachten, die Stände unter sich und von dem Reichs-Oberhaupte zu trennen, eintretende gewaltsame Drohungen, eintretende Gefahren und Schrecken des Kriegs für die Personen und Lande der deputirten Reichsstände selbst, der ständischen Stimmenfreyheit wider das ihnen anvertraute Wohl des gesammten Reichs gebiethen können, und demnach die gesetzliche Stimmenfreyheit aller Mitglieder des Kongresses nicht wohl mehr denkbar ist; wo sohin bey gänzlich veränderten Umständen und Verhältnissen, unter welchen der Congreß sich vereinigte, und bey jetziger Gestalt der Sachen, ein längeres geduldsames Ausharren in aller Hinsicht als fruchtlos anzusehen ist.

Unterzeichneter hat von Sr. kaiserlichen Majestät den bestimmten Auftrag erhalten, die Allerhöchste Entschliessung der vortreflichen Reichs-Deputation durch

gegen-

gegenwärtiges Commissions-Decret zu eröffnen, und dabey in kaiserlichem Namen weiter zu erklären, daß Ihre kaiserliche Majestät sich zugleich nothgedrungen sähen, Ihrer Seits allen während des hiesigen Congresses an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik gemachten, und nach den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen ohnehin nur salva ratificatione Cæsaris et Imperii verbindlichen Zusicherungen die bisher bestandene Rechtskraft wieder zu entziehen; da diese nur einzig in der sichern Hoffnung und Voraussetzung eines billigen, annehmlichen und dauerhaften Friedens geschehen sind, mithin bey gänzlich geänderter Lage der Sachen zu einer blos bedingt übernommenen Verbindlichkeit kein fortwirkender rechtlicher Grund mehr vorhanden ist, so, daß in eben dieser Hinsicht Allerhöchstdieselbe den staats- und völkerrechtlichen Zustand der Dinge zwischen Deutschland und Frankreich wieder auf den Fuß hergestellt erachten müssen, auf welchem derselbe vor dem Friedens-Congresse zu Rastatt gewesen ist. Seine kaiserliche Majestät erachten diese Erklärung der Erfüllung Allerhöchstihrer reichsoberhauptlichen Pflichten eben so sehr, als der Natur der Sache vollkommen gemäß.

Es verbleibt übrigens die kaiserliche höchstansehnliche Commission den sämmtlichen vortreflichen Herren Subdelegirten zu gegenwärtiger Reichs-Friedens-Deputation mit freundlichem und geneigtem Willen stets zugethan.

Franz Georg Carl,
Reichs-Graf von Metternich-
Winneburg-Beilstein.

Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, Rastatt den 8. April 1799.

Da aller von dem französischen Gouvernement geschehenen Betheurungen des lebhaftesten und aufrichtigsten Verlangens nach Frieden mit dem Reiche ungeachtet, und mit Hintansetzung der vertragsmäßigen Aufkündigung des Reichs-Waffenstillstandes, der Krieg wider Deutschland durch die That selbst schon bestehet, auch keine vollkommene Beruhigung über die Sicherheit der nöthigen Correspondenz Statt haben kann, und da selbst die Sicherheit des Congreß-Ortes, auf welche bey allen Zusammenkünften dieser Art jederzeit ein vorzüglicher Bedacht genommen ward, mitten unter dem Geräusche der Waffen nicht minder bedroht ist; so hat Unterzeichneter von Seiner kaiserlichen Majestät, in Allerhöchst Ihrer Eigenschaft als Reichs-Oberhaupt, den bestimmten Befehl erhalten, bey so gänzlich geänderten Umständen und Verhältnissen, unter welchen der Congreß sich vereinigt hat, an den bisherigen Friedens-Unterhandlungen keinen weitern Antheil zu nehmen, sofort den Congreß-Ort zu verlassen, und den Inhalt dieses allerhöchsten Auftrags Sr. kaiserlichen Majestät den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik zu eröffnen.

Indem Er nun durch gegenwärtige Erklärung dieses Auftrages sich entlediget, versichert Er übrigens die bevollmächtigten Minister der französischen Republik seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Franz Georg Carl,
Reichs-Graf von Metternich-
Winneburg-Beilstein.

Note der französischen Gesandtschaft, an die Reichs-Friedens-Deputation, die Abberufung des Kaiserlichen Plenipotentiarii betreffend. Rastatt den 9. April 1799.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République française pour la négociation avec l'Empire germanique, croient devoir donner connaissance à la Députation de l'Empire de la note qu'ils ont reçue, le jour d'hier du Ministre plénipotentiaire de l'Empereur et de la réponse qu'ils y ont faite; ils joignent en conséquence à la présente des copies certifiées par eux de ces deux pièces.

Rastatt le 20. Germinal an VII. de la République française.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Attendu que malgré les assûrances du Gouvernement français, exprimant le désir le plus vif et le plus sincère pour la paix avec l'Empire, et qu'au mépris des stipulations convenues à l'égard de la rupture de l'armistice pour l'Empire, la guerre contre l'Allemagne existe déjà par le fait, qu'une parfaite tranquilité pour la sûreté de la correspondence nécessaire ne peut avoir lieu, et que même la sûreté de l'endroit du Congrès, à laquelle on avait toujours pourvû particulièrement dans les assemblées de ce genre, n'est pas moins ménacée au milieu du bruit des armes, le Soussigné a reçu l'ordre précis de Sa Majesté Impériale, en sa qualité du Chef de l'Empire, de ne prendre, dans les circonstances, et les rapports qui sont entièrement changés, et qui ne sont plus les

Digitized by Google

mêmes, sous lesquels le Congrès s'est réuni, aucune part ultérieure aux négociations de pacification qui ont eu lieu jusqu'à présent, de quitter l'endroit du Congrès, et de communiquer aux Ministres plénipotentiaires de la République française, les ordres suprêmes qu'il a reçus de Sa Majesté Impériale.

En s'en acquittant par la présente déclaration, il assûre les Ministres plénipotentiaires de la Republique française de sa considération la plus distinguée.

Rastatt, le 8. Avril 1799.

Signé: *François-George-Charles,*
Comte de Metternich-Winnebourg-Beilstein.

Certifié conforme.

Bonnier. Jean Debry. Roberjot.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République française pour la négociation avec l'Empire germanique, ont reçu la note qui leur a été adressée le 19. Germinal présent mois, par le Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur.

Si l'objet de cette note a dû les surprendre, ils s'etonnent davantage encore des motifs qui y sont énoncés et qui tous portent sur des allégations absolument denuées de fondement.

Des actes multipliés attestent la vivacité, la sincérité des vœux, des efforts et des sacrifices du Directoire exécutif pour une paix promte et solide. — L'état d'armistice et de négociation toujours subsistant entre l'Empire germanique et la République française dément toutes les assertions contraires; et quant à ce qui est échappé dans la dite note sur la *sûreté des*

Digitized by Google

correspondances et de l'endroit du Congrès, les Soussignés se persuadent qu'une insinuation de ce genre ne saurait être dirigée contre leur Gouvernement; de pareilles violations du droit des gens sont sans exemple de sa part; il en est incapable.

Les Soussignés assurent le Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de leur considération la plus distinguée.

Rastadt, le 20. Germinal an VII. de la Répub. française.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, Rastatt den 9. April 1789.

Die Note, welche der Unterzeichnete den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik am 8. d. M. zustellte, enthält die Aufkündigung der Eigenschaft, in welcher Er auf dem Reichs-Friedens-Congresse erschienen ist; sie ist die letzte Handlung seiner Sendung. Da Er also keinen Beruf mehr hat, in welchem Er von den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik irgend welche öffentliche Erklärung empfangen und erwiedern könnte, so bedauert Er es, daß Sie ihn in den Fall gesetzt haben, Ihre Note vom heutigen Ihnen zurückhändigen zu müssen.

Er versichert Dieselben übrigens seiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

Franz Georg Carl,
Reichs-Graf von Metternich-
Winneburg-Beilstein.

Digitized by Google

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung zu Regensburg, wegen Mittheilung der Antwort wegen Bacher, und Abberufung der Plenipotenz. Rastatt, den 11. April 1799.

Der allgemeinen Reichs-Versammlung ist aus den fortgesetzten Berichten der Reichs-Friedens-Deputation hinlänglich bekannt, was dahier bey dem Reichs-Friedens-Congresse letztlich verhandelt worden, und in welcher Lage überhaupt die Reichs Friedens-Unterhandlungen sich bis zum Tage der jüngsten Deputations-Anzeige von 23. v. M. befunden haben. An diesem Tage ist der allgemeinen Reichs-Versammlung die vorläufige Antwort zugefertigt worden, welche die Reichs-Friedens-Deputation unter Beytritt der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz den französischen bevollmächtigten Ministern auf ihre Note von 24. Ventose (14. März), die Entfernung des französischen Geschäfts-Führers Bacher von Regensburg betreffend, ertheilt hat. Unterm 4ten dieses hat sodann diese Reichs-Friedens-Deputation, unter abermaligem Beytritte der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz, den französischen bevollmächtigten Ministern durch die hier abschriftlich beykommende Note Zffr. 1. weiter eröfnet, was Ihr, der Deputation, über den nur gedachten Gegenstand von der allgemeinen Reichs-Versammlung sub dato den 27. v. M. zugekommen ist.

Am 7. dieses hat die höchstansehnliche kaiserliche Plenipotenz durch den hier beykommenden Erlaß Zffr. 2. der Reichs-Friedens-Deputation eine Allerhöchst Kaiserl. Entschliessung bekannt gemacht, nach welcher hochgedachte kaiserliche Gesandtschaft unter ausführlicher Bemerkung der Se. Kaiserl. Majestät hiezu bewegenden Gründe an

gewiesen worden ist, der Reichs-Friedens-Deputation zu erklären: Allerhöchstdieselbe wollten und könnten in Ihrer reichs-oberhauptlichen Eigenschaft Allerhöchst Ihrer Plenipotenz nicht gestatten, noch länger an den gegenwärtigen Reichs-Friedens-Unterhandlungen Antheil zu nehmen, und sähen sich zugleich nothgedrungen, Ihrerseits allen während des hiesigen Congresses an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik gemachten, und nach den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen ohnehin nur salva ratificatione Cæsaris et Imperii verbindlichen Zusicherungen, die bisher bestandene Rechtskraft wieder zu entziehen; so, daß Allerhöchste den staats- und völkerrechtlichen Zustand der Dinge zwischen Deutschland und Frankreich wieder auf den Fuß hergestellt erachten müßten, auf welchem derselbe vor dem Friedens-Congresse zu Rastatt gewesen ist.

Der Reichs-Friedens-Deputation ist zu gleicher Zeit per Directorium bekannt geworden, daß diese nämliche allerhöchst kaiserliche Erklärung auch bereits an die allgemeine Reichs-Versammlung unmittelbar geschehen, und dieser hierüber ein eigenes allergnädigstes Commissions-Decret zugekommen sey. Die Reichs Friedens-Deputation glaubt diesemnach zur vollständigen Unterrichtung der allgemeinen Reichs-Versammlung nur noch bemerken zu müssen, daß auch der französischen Gesandtschaft dießfalls eine Note von der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz zugefertiget worden sey, wovon Hochdieselbe dem Deputations-Directorio eine Abschrift nach der Anlage Ziffr. 3. hat zukommen lassen; daß hierauf am 9. dieses von der gedachten französischen Gesandtschaft sowohl der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz als dem Deputations-Directorio die hier ferner unter Ziffr. 4. abschriftlich beykommende Note samt Anlagen zugekommen

sey; daß aber hochgedachte kaiserliche Gesandtschaft letztgedachte französische Note, mittelst der ebenfalls copeylich beyliegenden schriftlichen Aeusserung Zffr. 5, den französischen bevollmächtigten Ministern remittirt habe, und daß endlich der hochgedachte kaiserliche Herr Plenipotentiarius dieser Tagen von hier wirklich abzugehen gedenke.

Schließlich will auch die Reichs-Friedens-Deputation, da in dem Erlasse der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz ausführlicher der Festung Ehrenbreitstein erwähnt wird, einen dieses Gegenstandes wegen den 11. v. M. von der hochgedachten kaiserlichen Plenipotenz an Sie (die Deputation) gekommenen Erlaß samt Anlagen Zst. 6. der allgemeinen Reichs Versammlung noch beyfügen. Signatum Rastatt den 11. April 1799.

(L. S.) Kurfürstlich mainzische Kanzley.

Note der franz. Minister an die Reichs-Friedens-Deputation wegen der Störung ihrer Correspondenz mit Frankreich, vom 19. April 1799.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République française, pour la négociation avec l'Empire germanique, informent la Députation de l'Empire des faits qui se sont passés aujourd'hui sur la rive droite du Rhin vis-à-vis de Selz, au seul passage, qui leur reste pour leur correspondance. Ces faits sont consignés dans une depêche que leur a adressée ce jour même le Commandant de la place de Selz, et dont ils joignent à la présente Note une copie certifiée par eux.

Les Soussignés ne doutent point que la Députation de l'Empire ne ressente vivement cette violation

Digitized by Google

du droit des gens et de la foi publique commise presque sous les yeux du Congrès de paix et qui doit être reparée.

Rastadt le 30. Germinal an 7. de la République française.

Signé: *Bonnier*, *Jean Débry*, *Roberjot.*

Copie

Selz, le 30. Germinal l'an 7. de la République française une et indivisible.

Folser, Commandant de la place de Selz,
Aux Citoyens Ministres plénipotentiares de la République au Congrès de Rastatt.

Citoyens Ministres!

J'ai l'honneur de Vous prévenir que ce matin à dix heures une Patrouille autrichienne est venue à l'endroit où j'ai établi le passage, a coupé la corde, qui tenoit attaché un de nos bateaux plats, l'a envoyé au coulant du Rhin et a pris prisonniers dix paysans qui faisoient le service de pontonniers; et le onzieme a trouvé le moyen de se sauver.

Certifié conforme.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot.*

Digitized by Google

Protocoll der lezten Conferenz der Mitglieder der Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt im fürstlichen Schlosse, den 23. April 1799.

Præs. prioribus præcedente D. Hasso-Darmstadiensi D. D. Badensibus, absentibus D. C. a Lehrbach et D. a Günderrode.

Directorium trug vor: Bekanntlich habe man in der jüngsten Conferenz vom 20. l. M. sich dahin vereinigt, daß Directorialis Namens des hiesigen Corps diplomatique an den Commandanten des kaiserl. königl. Szekler-Husaren-Regiments schreiben und mit diesem Schreiben den Directorial-Secretär Freyherrn von Münch an denselben abschicken möge, um sowohl schriftlich als mündlich die nöthigen Erkundigungen über die ungestörte Sicherheit des ganzen hiesigen Corps diplomatique, nämlich der anwesenden Gesandtschaften aller und jeder Mächte und Staaten, auch deren Gefolge und Correspondenz, dann, im Falle des Abreisens einer oder der andern solcher Gesandtschaften von hier, über deren sicheres Fortkommen nach Hause, verläßig einzuziehen.

Directorialis habe daher den Directorial-Secretär an den ersagten Obersten mit dem Schreiben (382) abgeschickt, und dieser habe über den Vollzug seines erhaltenen Auftrags die Relation (383) abgelegt, besage deren gedachter Oberst versprochen habe, von seiner höheren Behörde alsbald Ordre einzuholen, und von solcher alsdann Ihn, Directorialen, ungesäumt zu benachrichtigen. Gestern frühe sey hierauf ein kaiserl. königl. Officier des Szekler-Husaren-Regiments, in Begleitung eines Trompeters und dreyer Gemeinen, in hiesige Stadt und Schloß gekommen, sey bey Directorialen abgestiegen,

und habe demselben von Seite des kaiserl. königl. Obersten von Barbacsy das Antwort-Schreiben de dato Stabsquartier Gernsbach den 22. April 1799. (384) eingehändigt, in welchem dieser bedaure, seinem Dienste gemäß auf das Schreiben des Directorialen vom 20. l. M. erwiedern zu müssen:

„ Daß Er in gegenwärtigen Kriegs-Umständen, wo
„ des Militärs und der hiesigen Gegenden eigene
„ Sicherheit das Patrouilliren in und um Rastatt
„ erheische, keine beruhigende Aufklärung über die
„ ungestörte Sicherheit des dortigen hochansehnlichen
„ diplomatischen Corps ertheilen könne, indem Rastatt
„ durch die Abrufung Sr. Excellenz des kaiserl.
„ Plenipotentiars ihrer Seits für keinen Ort mehr
„ betrachtet werde, den die Gegenwart eines Con-
„ gresses vor feindlichen Ereignissen schützen könne;
„ daher diese Stadt selbst, wie jeder andere Ort,
„ sich nach den Gesetzen des Kriegs zu fügen für nö-
„ thig erachten müsse.

„ Uebrigens könne Directorialis versichert seyn, daß,
„ ausser einem Kriegs-Nothfalle, dem diesseitigen
„ Militär die Pflicht der persönlichen Unverletzlichkeit
„ stets heilig bleibe.“

Directorialis habe dieses Schreiben sogleich gestern sämmtlichen Herren Subdelegirten mitgetheilt, und wolle gegenwärtig vernehmen, was etwa weiter bey diesen Umständen beliebt werden wolle?

Umfrage.

Kursachsen. Ihro kurfürstliche Durchlaucht hätten die Aufrichtigkeit Ihres Wunsches und Verlangens nach einem billigen, annehmlichen und allgemeinen Reichs-Frieden von jeher hinlänglich bewähret, und besonders

zu dessen Wiederherstellung seit Anfang der Unterhandlungen möglichst beyzutragen gesucht, wären auch noch von diesem Wunsche belebet.

Nachdem aber nunmehro die bekanntlich eingetretenen Umstände die Reichs-Deputation ausser Stand setzten, die Unterhandlungen nach der ihr ertheilten Vollmacht auf eine constitutionsmäßige Weise fortzusetzen, mithin diesseitiger längerer Aufenthalt zu Rastatt dermalen von einigem Nutzen nicht seyn könne; so habe diesseitige treugehorsamste Gesandtschaft den Befehl erhalten, sich vor der Hand wieder auf ihren Posten zu begeben.

Bayern. Die Wichtigkeit und anerkannte Größe der bisher vom Reiche zu Erlangung des Friedens dargebrachten Opfer kann nur dazu dienen, das Gefühl der schmerzlichsten Empfindung über die neuesten unerwarteten Ereignisse zu vermehren, wodurch in diesem Zeitpunkt die Thätigkeit der Reichs-Deputation gelähmt wird.

Die Betrachtung dieser Lage wird um so niederschlagender, je grösser die Sehnsucht und das Bedürfniß derjenigen vordern Reichslande sind, welche ihrem Schicksal überlassen, und in so manche gefahrvolle Verhältnisse versetzt, allein in dem Frieden Linderung der erlittenen unbeschreiblichen Drangsale zu finden hoften — Drangsale, welche man erfahren muß, um sie zu begreifen und zu würdigen.

Diese Betrachtungen haben alle diesseitigen Schritte während der gegenwärtigen Verhandlung geleitet. Sie sind es, welche Ihro kurfürstliche Durchlaucht bestimmten, ohne irgend eine Privat-Rücksicht, ohne Eigennutz, aber mit unverrücktem Blick auf die Reichs-Instruction, und gegründet auf ihre Pflichten gegen die leidende Reichslande, gegen ihre Mitstände und das Vaterland alles

mit anzugehen, was den Zweck der Deputations-Sendung erreichen konnte. Wenn diese Erwartung bis jetzt noch getäuscht ist, der Druck so mancher Lande vielmehr in gleichem Verhältnisse stieg, als man billige und schleunige Abhilfe zu fordern berechtigt war, so bleibt diesseits nichts übrig, dann sich mit dem Zeugniß seines Gewissens und der Ueberzeugung, seinen Pflichten in ihrem ganzen Umfang Genüge geleistet zu haben, zu beruhigen — eine Ueberzeugung, in welcher man bey jedem Ausgang der Sache sich auf das Urtheil der Zeitgenossen berufen kann.

Nicht ohne grosses Bedauern und mit Befremden habe daher Subdelegatus aus dem Directorial-Vortrage und den darinn enthaltenen Mittheilungen ersehen müssen, daß der Versammlungs-Ort des Congresses gewissen, mit der zu Friedens-Unterhandlungen nöthigen Ruhe und Sicherheit unverträglichen Maaßregeln ausgesetzt seyn dürfte. Demohngeachtet, allein der Verfassung — dieser Schutzwehre deutscher Freyheit und reichsständischer Selbstständigkeit — getreu, beharret man diesseits unerschütterlich bey dem Grundsatze, daß nur von dem unter seinem Oberhaupte versammelten Reiche eine gesetzlich gewählte Reichs-Deputation aufgelöset werden mag, und man kann daher noch bis auf diesen Augenblik und so lange die in der Reichs-Instruction festgesetzte Zahl der Mitglieder vorhanden, dieselbe nur als gesetzmäßig versammelt erkennen. Da aber Umstände eintreten, die ihre Sicherheit bedrohen, so unterwirft man es dem Ermessen einer fürtreflichen Reichs-Deputation, ob es nicht rathsam wäre, nähere Aufklärung von des Herrn Erzherzogs Karl Königl. Hoheit zu erbitten.

Uebrigens glaubt man, daß bis zu deren Anhergelangung der allgemeinen Reichs-Versammlung von der

gegenwärtigen Lage der Dinge die gewöhnliche Anzeige zu erstatten, und das Directorium zu ersuchen sey, von der erhaltenen Antwort den französischen Ministern Eröffnung zu machen, so wie auch den Herren Particular-Abgeordneten davon Nachricht zu geben.

Würzburg. Aus den vorliegenden neuesten Verhältnissen ergiebt es sich zur Genüge, wie bedenklich die Lage der zeither allhier geführten Negociationen ist, und wie viel mehr sie es noch werden muß. Die Reichs-Friedens-Deputation hat ihrer Pflicht gemäß alles gethan, um den Zweck ihrer Sendung zu erzielen; sie hat durch standhaftes Ausharren unter den mißlichsten Lagen, durch Ausgleichung höchst wichtiger Punkte, und durch grosse Anerbietungen und Nachgiebigkeiten, deren verbindliche Kraft und Wirksamkeit von dem endlichen Abschlusse unter gesetzlicher Ratification abhängt, hinlänglich bewiesen, wie sehr es ihr angelegen ist, einen anständigen, sichern und dauerhaften Reichs-Frieden zu beschleunigen.

So wie man sich würzburgischer Seits stets pflichtmäßig mit diesem aufrichtigen Bestreben der Reichs-Friedens-Deputation zu vereinigen beeifert, und den sehnlichen Wunsch, zu dieser Pacification zu gelangen, bethätigt hat, so ist jetzt Subdelegatus von seinem höchsten Committenten angewiesen, zu erklären:

„ Seine Hochfürstl. Gnaden zu Würzburg seyen der
„ Ueberzeugung, daß die Reichs-Friedens-Deputation bey
„ dem bereits erfolgten Abgange der kaiserlichen höchst-
„ ansehnlichen Plenipotenz ausser Stand sey, weitere
„ gesetzliche Unterhandlungen, deren Zweck ein allge-
„ meiner, ehrbarer und dauerhafter Reichs-Friede ist,
„ mit den bevollmächtigten Ministern der französischen
„ Republik zu pflegen. In Erwägung des gänzlichen
„ Geschäfts-Stillstandes, welcher nach der Verfassung

„ bey der Reichs-Friedens-Deputation eintreten müsse,
„ hätten Höchstdieselbe sich entschlossen, Ihren Subdele-
„ girten abzurufen. So wie Sie aber nie aufgehört
„ hätten, die baldige Berichtigung des heilsamen Friedens-
„ werks eifrig und aufrichtig zu wünschen, so würden
„ Sie bey veränderten Umständen, und sobald Kaiser
„ und Reich andere Verfügungen eintreten lassen werden,
„ eilen, Ihren Subdelegirten wieder an den Congreß-Ort
„ abzusenden. "

Bremen. Da nach der Abberufung des höchstansehnlichen kaiserlichen Herrn Plenipotentiarii von diesem Congreß-Orte irgend einige Friedens-Unterhandlungen des deutschen Reichs mit der französischen Republik auf eine constitutionsmäßige Weise während seiner Abwesenheit nicht gepflogen werden können; mithin die Activität dieser Reichs-Friedens-Deputation gänzlich gehemmt ist, da auch nach der Entfernung mehrerer Herren Subdelegirten die Hoffnung einer baldigen Wiederanknüpfung der Negociationen nunmehr gänzlich verschwindet, so muß Subdelegatus seines Orts dafürhalten, daß ein längerer Aufenthalt der Subdelegirten an diesem Congreß-Orte eigentlich ohne Nutzen seye. Seit einigen Tagen wird aber auch die Sicherheit dieses Congresses aufs höchste compromittirt. Offenkündige Thatsachen, die seit einiger Zeit vorgefallen, bewähren dieses unwiderleglich, und ergiebt die heute verlesene Erklärung des k. k. Obersten von Barbacsy, welchen Bedrängnissen, ja gar, welchen persönlichen Unannehmlichkeiten die Gesandten und Abgeordneten aller Mächte und Stände durch den nicht vorher zu bestimmenden Gang der Kriegs-Operationen bey einem längern Verweilen ausgesetzt seyn würden; so daß in der That die bey diesem Congresse versammelten diplomatischen Personen wohl eigentlich weder mit Sicherheit

noch mit Anstand hier verbleiben könnten. Subdelegirter hat also die individuelle Ueberzeugung, daß er bald von hier zu gehen genöthiget seyn wird, und ist Er unter diesen Umständen gewärtig, nächstens von seinem Hofe die letzten bestimmten, gemessenen Befehle zu erhalten, vors erste diesen Congreß-Ort zu verlassen, bis günstigere Ereignisse den Augenblik herbeyführen, wo ein dauerhafter und anständiger Friede für das deutsche Reich erzielt und zu Stande gebracht werden kann. Alsdann wird sein allhöchster Committent gewiß den bisher bey diesen Reichs-Friedens-Negociationen bewiesenen Eifer ferner bethätigen, und gerne alles dasjenige mit angehen, wodurch dem so bedrängten deutschen Vaterlande ein anständiger, sicherer und dauerhafter Friede verschaft werden kann.

Hessen-Darmstadt. Mit welcher ängstlichen Pünktlichkeit sich die Reichs-Deputation während des ganzen Laufs der Friedens-Unterhandlungen mit den französischen bevollmächtigten Ministern bestrebet habe, bey jedem Gegenstand, nach der ihr von Kaiser und Reich vorgeschriebenen Instruction, ihre aufhabende theure Pflichten getreulich zu erfüllen, und mit welcher standhaften Beharrlichkeit sich selbige bey den zur Gewinnung des so sehnlichst verlangten Friedens abgenöthigten grossen Aufopferungen Schritt für Schritt jedesmal benommen habe, darüber enthielten die weitläuftige Acten und Protocolle die vollständigste Beweise und unverkennbarste Denkmale ihrer ewigen Rechtfertigung, und die allgemeine Stimme des Publikums habe auch hierüber für dieselbe bereits entschieden. Seyen ihre Bemühungen indessen auch nur von einigem günstigen Erfolg zeither gewesen, so sey dieses dem glücklichen Umstand einzig und allein zu verdanken, daß die Reichs-Friedens-Deputation die in ihrer

unter

unter allerhöchster kaiserlichen Genehmigung von Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs ertheilten Vollmacht ihr mit und neben der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz auch sonsten vorgeschriebene Unterhandlungs-Art auf das genaueste zu erfüllen, bis jetzt noch immer im Stande gewesen sey. Leider aber ergaben sich gegen alles Wünschen und Erwarten nunmehro solche Ereignisse, welche, so lange sie dauerten, das vorhin bethätigte Wirkungs-Vermögen der Reichs-Friedens-Deputation vor der Hand in eine völlige Lähmung versetzten, und sie, auch selbst bey dem beßten Willen, hinderten, in der Negociation auf gleiche verfassungsmäßige Weise dermalen fortzufahren. Der gerechte Kummer, der darüber bey jedem biedern Deutschen billig entstehen müsse, werde aber, durch die, wegen der Sicherheit des hier versammelten diplomatischen Corps und des hiesigen Orts selbst, gestern eingelaufene, zur Proposition gestellte, mißtröstliche Aufklärung, und den damit verbundenen, äusserst kränkenden Gedanken, vollends auf das höchste vermehrt: Daß die Reichs-Friedens-Deputation den habenden und schon so weit gediehenen Friedens-Auftrag, wenn sie auch sonst könnte, zur glücklichen Beendigung zu bringen, auch noch sogar in dieser Hinsicht für jetzt abgehalten werde. Was dieselbe inzwischen bey diesem für sie so traurigen Verhängniß etwa noch thun könne, dürfe sie jedoch nicht unterlassen. Man stelle daher ebenfalls anheim, ob es nicht der Vorliegenheit der Umstände und der Würde des diplomatischen Corps angemessen zu seyn erachtet werden mögte, sich wegen des Sicherheits-Punkts annoch vordersamst an des Herrn Erzherzogs königl. Hoheit selbst geziemend zu wenden. Im übrigen aber mache, ohne anderer Gründe zu erwähnen, schon allein die Achtung, welche man der diplo-

matischen Eigenschaft der französischen Minister schuldig sey, es allerdings zur Pflicht, ihnen die gegenwärtige Lage der Sachen durch die fürtrefliche kurmainzische Gesandtschaft umständlich zu eröffnen; und gleichwie die Verhältnisse gegen die allgemeine Reichs-Versammlung ohnehin mit sich brächten, daß derselben davon die erforderliche Anzeige ohnverlängt geschehe, welcher das heutige Conferenz-Protocoll allenfalls in vollständiger Abschrift beygeschlossen werden könnte, so müsse auch sämmtlichen hier noch anwesenden Herren Particular-Abgeordneten darüber hinlängliche Nachricht herkömmlichermaaßen ertheilt werden.

Baden. Die hiesige ausserordentliche Reichs-Friedens-Deputation seye von Kurfürsten, Fürsten und Ständen aus Dero Mittel erwählet, und mit kaiserlicher Majestät allerhöchster Genehmigung von gesammten Reichs wegen mit Vollmacht und Instruktion versehen worden.

Letztere, die Instruktion, habe sie sich unverrückt zur Richtschnur dienen lassen; und wenn sie bis jetzo ihren heilsamen Endzweck, nämlich mit und neben der höchstansehnlichen kaiserlichen Plenipotenz den Frieden wieder herzustellen, zu ihrem innigsten Bedauern noch nicht habe erreichen können, so bleibe ihr jedoch die Beruhigung, und jedes unbefangene Urtheil müsse ihr das Zeugniß geben, daß sie sich eifrigst und unnachläßig bemühet habe, zu jenem erwünschten Ziele zu gelangen.

Erstere, die Vollmacht, kraft welcher die Deputation bis anhero gehandelt habe, hänge in Absicht ihrer allerseits verbindlichen Dauer von der Urgewalt ab, von welcher sie ertheilt worden, als worüber wohl ein Zweifel nicht entstehen dörfte.

Da jedoch durch ein trauriges Verhängniß allmählig und bis zu dieser Stunde solche widrige Umstände

Digitized by Google

eingetretten seyen, welche die Deputation in dem gegenwärtigen Zeit-Punkt in Unthätigkeit versetzten, und nun noch hinzukomme, daß nach der in Proposition gestellten Rück-Erklärung der hiesige Congreß-Ort dem Corps diplomatique die nöthige Sicherheit nicht mehr gewähre, so werde nun, wenn nicht, um alles zu erschöpfen, zugleich gut gefunden werden sollte, nach vordern Anträgen sich dieser Unsicherheit wegen mit Vorstellungen unmittelbar an das General Commando, nämlich an des Erzherzogs Karl königl. Hoheit geziemend zu wenden, nichts anders übrig bleiben, als von der Lage der Sachen der allgemeinen Reichs-Versammlung durch Mittheilung des heutigen Protocolls die ungesäumte Anzeige zu machen, auch die anwesenden Herren Particular-Abgeordneten more solito davon zu benachrichtigen.

Zugleich seye man denen bevollmächtigten französischen Ministern und ihrem bekleidenden Charakter schuldig, sie von nurgedachter Rück-Erklärung in Betreff der hiesigen Unsicherheit zu verständigen, um welche Eröffnung an dieselben das fürtrefliche Directorium zu ersuchen wäre.

Augspurg. Das in Berathung gestellte Antwort-Schreiben des kaiserl. königl. Herrn Obersten von Barbacsy giebt die erwartete beruhigende Aufschlüsse nicht, und erkläret die Sicherheit des Congreß-Ortes so wie die Unverletzbarkeit des diplomatischen Corps von Kriegs-Nothfällen abhängig, welche täglich erfolgen können.

Dieses und mehrere neuere Ereignisse versetzen die Reichs-Friedens-Deputation in einen solchen gelähmten Zustand, der wenig dazu geeignet zu seyn scheint, dem Zwecke ihrer Sendung näher führen zu können, und diesseits um so mehr bedauert werden muß, als man durch bereits 17. volle Monate ununterbrochen den aufrichtigsten Wunsch zu einem baldigen dauerhaften Reichs-

Frieden geäussert, eben so ununterbrochen bethätiget, und hierdurch nach innerer Ueberzeugung seine Pflicht gegen das deutsche Reich, wovon besonders die vorgelegene Lande der Ruhe zu ihrer Erholung so sehr bedürfen, erfüllet, und seine Beruhigung gefunden hat.

Dieses nochmal voraus bemerkt, will man sich all dasjenige gefallen lassen, was die Mehrheit dieser Reichs-Friedens-Deputation in Hinsicht der auf alle Fälle erforderlichen Notificationen und Insinuationen, oder sonst zweckdienlich und den Umständen angemessen erachten wird.

Frankfurt. Von den nämlichen Gesinnungen belebt, und von denselben Gefühlen durchdrungen, welche von den fürtreflichen Gesandtschaften von Hessendarmstadt und Baden geäussert und dargelegt worden, muß man sich dießorts auch mit denen damit verbundenen Anträgen vereinigen. Ulteriora sibi reservando.

Kurmainz. Bey allen bisher eingetretenen und in diesem Augenblik nunmehr vorliegenden Umständen läßt sich nicht mißkennen, daß die Reichs-Friedens-Deputation nach der ihr ertheilten Reichs-General-Vollmacht und Instruktion mit der dahiesigen französischen Gesandtschaft für jetzt nichts mehr zu unterhandeln vermöge; daß mithin ein längerer Aufenthalt dahier ohne wesentlichen Nutzen seyn würde, auch daß bevollmächtigte Minister sich mit Anstand und Sicherheit dermalen dahier länger nicht verweilen können. Ohnehin ist schon die so nöthige Correspondenz seit einiger Zeit dergestalt gehemmt, daß dem Subdelegirten selbst nunmehr seit 4. Tagen die sonst allemal richtig jeden Tag erhaltenen gewöhnlichen Depeschen ausgeblieben sind. Subdelegirter ist auf alle diese Fälle von Sr. Kurfürstl. Gnaden, seinem gnädigsten Herrn mit eventueller Instruktion versehen, in deren

Gemäßheit Er nunmehr zu erklären hat: Daß er ebenfalls sich dahier vor der Hand nicht mehr verweilen, sondern baldthunlichst auf seinen Posten nach Hause vorerst zurückkehren solle.

Subdelegatus darf übrigens nicht zweifeln, daß jedermann, der die Handlungen von Ministern und Höfen nicht etwa blos nach jüngeren Erfolgen, sondern nach der jedesmaligen Lage der Umstände und aller dabey zusammen getroffenen Verhältnisse unpartheyisch zu beurtheilen gewöhnt ist, der Reichs-Friedens-Deputation überhaupt gewiß die Gerechtigkeit nicht versagen werde, daß Sie bey ihrer in so mancher Hinsicht äusserst schweren Lage bis jetzt für das deutsche Vaterland alles geleistet habe, was von Ihr eigens erwartet werden könnte. Se. Kurfürstl. Gnaden insbesondere haben von dem ersten Augenblicke an, wo sich das bedrängte Vaterland nach Frieden gesehnt hat, zu dessen Erzielung alles gethan, was in Ihren Kräften stand; Höchstdieselbe haben sich für einen möglichst guten, die Reichs-Verfassung sichernden, dauerhaften Frieden eifrigst verwendet; einen solchen Frieden wollen Höchstdieselbe auch jetzt noch, und Höchstsie werden immer bereit seyn, die dießfallsigen Friedens-Unterhandlungen fortzusetzen, und mitzuwirken, daß solche vollends zu einem glücklichen Ende gebracht werden.

Subdelegatus wird von diesem seinem instruktionsmäßigen Vorhaben die französischen Minister geziemend präveniren. Er vermeynt aber auch, daß gegenwärtig alles dahin gediehen sey, wo man den gedachten französischen Ministern eine offene freymüthige Erklärung dahin machen könne, daß die Reichs-Friedens-Deputation bey allen eingetretenen Umständen, nach der ihr ertheilten Reichs-General-Vollmacht und Instruktion, mit Ihr, der französischen Gesandtschaft, die Friedens-Unterhandlungen

fortzusetzen vor der Hand nicht vermöge, auch nach den eingezogenen Erkundigungen, (wovon der gedachten Gesandtschaft Abschrift mitzutheilen wäre) die erforderliche Ruhe und Sicherheit dahier in Rastatt nicht mehr zu haben glaube.

Dann wäre der allgemeinen Reichs-Versammlung mittelst Abschrift des heutigen Protocolls von den bisherigen Ereignissen die gebührende Anzeige zu machen; auch werden die hier anwesende Herren Particular-Abgeordnete hievon gewöhnlichermaaßen zu unterrichten seyn.

Kursachen interloquendo, wolle allem dem, was von Directorii wegen geäussert worden, daß nämlich der allgemeinen Reichs-Versammlung sowohl als den hier anwesenden Herren Particular-Abgeordneten Mittheilung, auch der französischen Gesandtschaft davon durch das Directorium die mündliche Eröffnung geschehe, andurch beytreten.

Bayern interloquendo. Nach den erhaltenen Aufklärungen tritt man diesseits den im kurmainzischen Voto enthaltenen Schluß-Anträgen bey.

Würzburg interloquendo. Wie Kursachen; mit den so eben vernommenen zweckmäßigen Schluß-Anträgen des fürtreflich kurmainzischen Voti einverstanden.

Bremen interloquendo. Nach den erhaltenen Aufklärungen conformire sich gleichfalls den Schluß-Anträgen des fürtreflich kurmainzischen Directorialen.

Hessendarmstadt interloquendo. Um so mehr eben so, als nach nunmehro gehörten sämmtlichen Abstimmungen die erforderlichen duæ tertiæ ermangeln.

Baden interloquendo. Similiter.

Augspurg. Die erfolgten entscheidenden Aufklärungen lassen der diesseitigen Subdelegation nur noch den

Beytritt zu den fürtreflich kurmainzischen Schluß-Anträgen übrig.

Frankfurt interloquendo kann sich nach den gehörten Aufklärungen nun ebenfalls lediglich an den fürtreflichen Schluß-Antrag von Kurmainz anschliessen.

CONCLUSUM.

I. Daß der allgemeinen Reichs-Versammlung mittelst Abschrift des heutigen Protocolls von den bisherigen Ereignissen gebührende Anzeige zu machen, auch den hier anwesenden Herren Particular-Abgeordneten hievon gewöhnlichermaaßen Nachricht zu geben sey. Dann habe

II. Directorialis der französischen Gesandtschaft dahier mündlich zu eröffnen, daß die Reichs-Friedens-Deputation bey allen eingetretenen Umständen nach der ihr ertheilten General-Reichs-Vollmacht und Instruktion mit ihr der französischen Gesandtschaft die Friedens-Unterhandlungen fortzusetzen vor der Hand nicht vermöge, auch nach den eingezogenen Erkundigungen (wovon der gedachten Gesandtschaft Abschrift mitzutheilen wäre) die erforderliche Ruhe und Sicherheit nicht mehr dahier zu haben glaube.

Directorium wolle die sogleich entworfene Anzeige an die allgemeine Reichs-Versammlung (385) verlesen.

Legebatur (385).

Placuit, daß diese Anzeige an die allgemeine Reichs-Versammlung zu expediren, und per Directorium dahin zu befördern sey.

Quibus discessum.

Digitized by Google

Abschrift Schreibens des Herrn Directorial-Gesandten Freyherrn von Albini Excellenz, an den Kommandanten der kaiserl. königl. Vorposten Obersten von Barbaczy zu Gernsbach, Rastatt den 20. April 1799.

Die Vorfälle, welche sich gestern in der Nähe von Rastatt zugetragen, und die verschiedenen Störungen, welche einige Personen, die mit der Unverletzlichkeit des gesandtschaftlichen Karakters bekleidet sind, theils während ihrem Spatziereureiten, theils in dem Laufe ihrer Correspondenz, von einer Dero Kommando untergebenen Patrouille kaiserl. königl. Husaren erlitten haben, nöthigen mich, Namens und auf Ersuchen des hier anwesenden gesammten Corps diplomaque, den kurfürstlich mainzischen Hofrath Freyherrn von Münch an Euer ꝛc. abzuschicken, um von Denselben eine beruhigende Aufklärung über die ungestörte Sicherheit des ganzen hiesigen Corps diplomatique, nämlich der anwesenden Gesandtschaften aller und jeder Mächte und Staaten sammt deren Gefolge, auch ihrer Correspondenz, dann, im Falle des Abreisens einer oder der andern solcher Gesandtschaften von hier, über deren sicheres Fortkommen bis nach Hause, mir eigens auszubitten.

Euer ꝛc. ersuche ich daher ergebenst, den gedachten Freyherrn von Münch, der dieses Schreiben zu überreichen die Ehre haben wird, diesfalls gefällig aufzunehmen, und übrigens von der vollkommensten Hochtung versichert zu seyn, womit ich bin ꝛc.

Digitized by Google

(383)

Relation über den, dem unterzeichneten Directorial-Secretär an den k. k. Herrn Obersten von Barbacsy ertheilten Auftrag.

In Gemäßheit des mir in der heutigen Conferenz ertheilten Auftrags, begab ich mich diesen Nachmittag zu dem k. k. Obersten des Szekler Husaren-Regiments von Barbacsy, welchen ich zu Baden antraf, und stellte demselben das abschriftlich anliegende Schreiben des Herrn Directorialen zu; er äusserte hierauf, daß er dieses Schreiben noch diese Nacht in originali an den k. k. Generalen Görger, unter dessen Commando er stehe, nach Freudenstatt abschicken wolle, um es sodann Morgen mit desto mehrerer Verläßigkeit beantworten zu können. Auf meine verschiedentlichen an ihn gemachten Fragen äusserte er, daß er nicht den ganzen Vorposten-Cordon, sondern nur jenen Theil desselben kommandire, der von seinem Regimente besetzt werde; daß er also auch nicht wissen könne, was andere Regimenter für Befehle in Absicht auf den Congreß hätten; daß aber er seines Orts bis jetzt keinen Befehl habe, irgend eine gesandtschaftliche Person, zu welcher Nation sie immer gehöre, weder in noch ausser Rastatt zu incommodiren oder anzuhalten, oder einen Courier in seinem Wege zu hemmen oder aufzuheben, oder sonstige Correspondenz zu hindern; daß ihm die gestrigen Vorfälle sehr leid seyen; daß aber dem Herrn Grafen von Stadion seine Briefe bereits zurückgeschickt, der Baron Jacobi und Baron Rosenkranz aber auf ihre nähere Erklärung, daß sie Gesandte seyen, nicht weiter gestört worden seyen; daß der Vorfall mit der Nähe zu Plittersdorf aus Irrthum und vorzüglich darum geschehen sey, weil der auf eben dieser Nähe herübergekommene

Wagen mit Weinen von den Husaren für französisches Gut sey angesehen worden; da auch der Mann, der dabey gewesen, einen französisch geschriebenen Zettel bey sich gehabt habe, in welchem die Stelle vorkomme: des passeports des ambassadeurs de la République; daß der Husar nichts als das Wort République habe lesen können, und daher geglaubt habe, daß diese Weine französisch seyen; daß aber nach der von dem Regiments-Auditor vorgenommenen näheren Untersuchung diese Weine als Privatgut anerkannt, und auch, eben so wie die zugleich mit arretirte Schiffleute, heute wieder unverletzt restituirt worden seyen: Daß übrigens keine gesandtschaftliche Person, die ausser der Stadt auf eine Patrouille stossen würde, irgend etwas zu befahren habe; daß aber, um allen langen Aufenthalt zu vermeiden, am räthlichsten seyn werde, sich mit guten Pässen zu versehen; daß auch in Rücksicht der etwaigen Abreise eines oder des andern Gesandten ihm am gerathensten scheine, wenn, um allen Unannehmlichkeiten auszuweichen, und da ihm die Unverletzlichkeit gesandtschaftlicher Personen sehr wohl bekannt sey, man sich auf diesen Fall hin mit k. k. Eskorten versehe, daß aber in seinen Mächten nicht stehe, solche, wenn man dergleichen dermalen von ihm verlangen sollte, zu geben, indem er höhern Orts hiezu anerst angewiesen seyn müsse.

Der Oberste behielt sich übrigens bevor, in seinem Antwortschreiben an den Herrn Directorialen sich näher zu äussern.

Rastatt, den 20. April 1799.

Freyherr von Münch.

Abschrift Schreibens des Herrn Obristen von Barbacsy an des Freyherrn von Albini Excellenz.

Euer Excellenz!

Auf den mir durch den Herrn Hofrath Freyherr von Münch hochgeneigt zugemittelten Erlaß vom 20. dieses bedaure ich meinem Dienst gemäß ergebenst erwiedern zu müssen, daß ich in gegenwärtigen Kriegs-Umständen, wo des Militairs- und der hiesigen Gegenden eigene Sicherheit das Patrouilliren in und um Rastatt erheischet, keine beruhigende Aufklärung über die ungestörte Sicherheit des dortigen hochansehnlichen diplomatischen Corps ertheilen kann; indem Rastatt durch die Abrufung Sr. Excellenz des Kaiserl. Plenipotentiaire unserer Seits für keinen Ort mehr betrachtet wird, den die Gegenwart eines Congresses für feindliche Ereignisse schützen könnte; daher diese Stadt selbst, wie jedes andere Ort, sich nach den Gesetzen des Krieges zu fügen für nöthig erachten muß.

Im übrigen geruhen Euer Excellenz versichert zu seyn, daß ausser einem Kriegs Nothfalle dem diesseitigen Militaire die Pflicht der persönlichen Unverletzbarkeit stets heilig bleibe, und ich insbesondere mich stets bestreben werde, in tiefster Ehrfurcht zu seyn

Euerer Excellenz

Staabsquartier Bernsbach, den 22. April 1799.

unterthäniger Diener

Barbacsy. Obrist.

Aufschrift.

An Se Excellenz Freyherrn von Albini,
kaiserl. königl. geheimen Rath und
kürfürstlich mainzischen Minister,
nach Rastatt.

An die allgemeine Reichs-Versammlung von der Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt, den 23. April 1799.

Der allgemeinen Reichs-Versammlung ist unterm 11ten dieses von der Reichs-Friedens-Deputation umständlicher die Anzeige geschehen, auf was Art von Kaiserl. Majestät Allerhöchst Ihro Plenipotenz von hier abberufen worden sey. Aus dem kopeylich anliegenden heutigen Deputations-Protocoll samt Anlagen (wozu auch noch die beykommende Note der französischen Gesandtschaft, welche zu dem Schreiben an den kaiserl. königl. Obersten von Barbacsy mit Anlaß gegeben hat, vornehmlich gehört) wird die allgemeine Reichsversammlung nunmehr auch noch ausführlicher die Gründe ersehen, warum die Reichs-Friedens-Deputation, daß sie die bisherigen Friedens-Unterhandlungen mit der französischen Gesandtschaft fortzusetzen, vor der Hand nicht vermöge, dafür gehalten, auch letztere hiervon zu unterrichten nöthig befunden hat.

Signatum zu Rastatt, den 23. April 1799.

(L. S.) Kurfürstlich Mainzische Kanzley.

Letzte Note der franz. Minister über den Abbruch der Friedens-Unterhandlungen vom 25. April 1799.

Les Soussignés, Ministres plénipotentiaires de la République française pour la négociation de la paix avec l'Empire germanique, informés officiellement par Monsieur le Baron d'Albini, Ministre Directorial, du résultat de la séance tenue avant-hier par la Députation de l'Empire dont copie vidimée et certifiée

leur a été transmise avec les pièces, n'ont pû voir sans un vif sentiment de peine et de regrèt que des actes arbitraires aussi opposés au droit des gens que contraires au texte formel de la lettre de Sa Majesté l'Empereur en date du 13. Brumaire an 6, et que la douloureuse perspective de la continuation annoncée de ces procédés vexatoires avaient engagé la Députation à suspendre, quant à présent, le cours des négociations de paix.

Les Soussignés devaient d'autant moins s'attendre à une pareille conduite qu'un exemple absolument différent avait été donné par le Général de l'Armée française, qui passant le Rhin le 11. Ventose pour occuper son ancienne position et se conformant aux ordres du Gouvernement français respecta réligieusement le lieu du Congrès de paix, la liberté de ses délibérations, la sûreté et l'inviolabilité de chacun de ses membres, et ne laissa à cet égard pas même un prétexte à la calomnie.

Ce n'est pas non plus sans un grand étonnement que les Soussignés ont vû que le rappel fait par plusieurs Etats de leurs Envoyés reduisant la Députation à moins des deux tiers de ses membres allait la mettre dans l'impossibilité de pouvoir, aux termes de ses instructions, prendre une délibération quelconque. Ils pensaient que si les Etats d'Empire avaient chacun l'incontestable droit de changer leurs Subdélégués au Congrès, il n'appartenait cependant qu'à la Diète considérée comme Corps constituant de retirer les pouvoirs des Etats eux-mêmes.

Dans cette situation des choses et des personnes les Soussignés, à qui le Directoire Exécutif, toujours disposé à la paix, a recommandé de ne quitter le lieu

Digitized by Google

du Congrès qu'à la dernière extrémité, empressés de saisir l'espérance qui leur est offerte par la Députation de reprendre le cours des négociations, puisqu'elles ne sont que momentanément suspendues, persuadés que les excès même qui les arrêtent en ce moment serviront à convaincre les Etats de l'Empire du vif intérêt qu'ils ont à écarter le fléau de la guerre, et généralement tous les obstacles que la violence ou la mauvaise foi opposent à la paix; considérant d'ailleurs:

1.° Que la Députation a déclaré formellement dans son Conclusum et en a fait le motif principal de sa resolution de quitter Rastadt, qu'il n'y avait plus ni tranquillité ni sûreté pour le Congrès de paix, d'où il resultait qu'il étoit dans un véritable état d'oppression;

2.° Que cependant l'existence d'un Congrès entre deux états libres doit dependre de la volonté des parties contractantes et ne peut jamais être subordonnée à l'intervention d'une force étrangère, remettent à la Députation de l'Empire la protestation et la déclaration suivante:

Les Soussignés protestent

1.° Contre la violation du droit des gens exercée à leur égard par les troupes autrichiennes et dont l'objet est positivement énoncé dans leur Note du 30. Germinal

2.° Contre la réponse que le Commandant des troupes autrichiennes stationnées à Gernsbach a faite à la lettre Directoriale du 1. Floréal, réponse que la Deputation, en la faisant servir de base à sa délibération du jour d'avant-hier, a regardé comme l'expression

Digitized by Google

du commandement général de l'armée autrichienne et conçue en ces termes:

„ A Son Excellence, Monsieur le Baron d'Albini, „ Conseiller intime de Sa Majesté Impériale et Ministre „ Electoral de Mayence à Rastadt.

„ Je regrette beaucoup d'être, conformément à „ mon devoir, dans le cas de répondre à la lettre du „ 20. qui m'a été remise par Monsieur le Conseiller „ Baron de Munch, que dans les circonstances pré- „ sentes de la guerre, où la propre sûreté tant du „ militaire que de la contrée même exige qu'il soit fait „ des patrouilles à Rastadt et dans les environs, il est „ impossible de faire aucune déclaration tranquillisante „ relativement au maintien de la sûreté du Corps „ diplomatique qui s'y trouve. Depuis le rappel de „ Son Excellence le Plénipotentiaire Impérial nous ne „ pouvons plus de notre côté considérer Rastadt com- „ me un lieu que la présence d'un Congrès portège „ contre des événemens hostiles, et cette ville elle- „ même doit d'après cela sentir la nécessité de se „ conformer comme tout autre endroit aux loix de „ la guerre.

„ Au surplus je prie Votre Excellence d'être as- „ surée que hors le cas d'une nécessité imposée par „ les événemens de la guerre notre militaire se fera „ un devoir de regarder comme sacré l'inviolabilité „ personnelle, et qu'en mon particulier je m'efforcerai „ toujours de Vous témoigner le profond respect avec „ lequel je suis Votre Excellence très-humble Ser- „ viteur. "

Ils appellent au nom de la République française outragée dans ses droits la sérieuse attention de la Diète sur un acte aussi contraire à sa propre indépendance

que subversif de tous les principes pratiqués jusqu'à ce jour entre les nations civilisées; ils s'en attendent le juste et entier redressement. Enfin c'est en conséquence de tout ce qui vient d'être exposé que les Soussignés préviennent la Députation de l'Empire que dans trois jours ils quitteront Rastadt; mais voulant donner à l'Allemagne un dernier et éclatant témoignage de la longanimité du Gouvernement français et de son désir de conclure la paix ils déclarent qu'ils se rendront dans la Commune de Strasbourg où ils attendront la reprise des négociations et où ils pourront entendre toutes les propositions de paix qui leur seront faites.

Rastadt, le 6. Floréal an VII. de la République française.

Bonnier, *Jean Debry*, *Roberjot*.

Inhalt.

Digitized by Google

Inhalt.

Sechster Abschnitt.

Sämtliche zwischen der Kaiserl. Plenipotenz und der Reichs-Friedens-Deputation mit den französischen bevollmächtigten Ministern gewechselte Noten.

Seite

Erste Note der Reichs Friedens-Deputation auf die französische Friedens-Proposition, vom 27. Jan. 1798. 3

Gegennote der französ. Minister, vom 28. Jan. 1798. 7

Zweyte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister vom 2. Febr. 1798. 9

Zweyte franz. Gegennote vom 3. Febr. 1798. 14

Dritte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die franz. Minister, vom 10. Febr. 1798. 16

Dritte französische Gegennote vom 10. Febr. 1798. 17

Vierte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die franz. Minister, vom 16. Febr. 1798. 19

Vierte französische Gegennote vom 20. Febr. 1798. 22

Fünfte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die französischen Minister, vom 3. März 1798. 24

Fünfte franz. Gegennote, vom 4. März 1798. 32

Digitized by Google

Seite

Nachtrags-Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 6. März 1798. 33

Antwort der franz. Minister vom 7. März 1798. 34

Sechste Note der Reichs-Friedens-Deputation an die franz. Minister, vom 11. März 1798. 34

Sechste franz. Gegennote, vom 15. März 1798. 36

Siebente Note der Reichs-Friedens-Deputation an die franz. Minister, vom 22. März 1798. 37

Siebente franz. Gegennote, vom 27. März 1798. 39

Achte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 4. April 1798. 40

Achte französische Gegennote, vom 8. April 1798. 42

Neunte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die franz. Minister, vom 18. April 1798. 43

Neunte franz. Gegennote, vom 3. May 1798. 46

Zehnte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die franz. Minister, vom 14. May 1798. 49

Zehnte franz. Gegennote, vom 22. Juny 1798. 67

Eilfte Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 6. July 1798. 71

Eilfte französische Gegennote, vom 19. Julius 1798. 80

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 7. August 1798. 87

Zwölfte Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die franz. Minister vom 10. August 1798. 97

Zwölfte franz. Gegennote vom 13. August 1798. 106

Digitized by Google

Seite

Französische Nachtrags-Note vom 22. August 1798. 107
Dreyzehnte Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 17. August 1798. 108
Dreyzehnte franz. Gegennote, vom 22. August 1798. 111
Vierzehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 3. August 1798. 112
Vierzehnte franz. Gegennote, vom 1. Sept. 1798. 115
Nachtrags-Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die franz. Minister, vom 3. Sept. 1798. 116
Fünfzehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. Sept. 1798. 117
Fünfzehnte französische Gegennote, vom 14. September 1798. 119
Sechszehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. Sept. 1798. 124
Sechszehnte französische Gegennote, vom 14. September 1798. 125
Siebzehnte Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik vom 23. Sept. 1798. 128
Siebzehnte französische Gegennote vom 3. October 1798. 135
Achtzehnte Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 17. October 1798. 148

Digitized by Google

Seite

Achtzehnte französ. Gegennote, vom 28. October 1798. 162

Neunzehnte Note der Reichs-Friedens-Deputation, vom 23. October 1798. 163

Neunzehnte franz. Gegennote, vom 28. October 1798. 165

Zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation, vom 6. November 1798. 166

Zwanzigste französische Gegennote, vom 11. Nov. 1798. 170

Ein und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation, vom 6. November 1798. 176

Ein und zwanzigste französische Gegennote, vom 11. November 1798. 179

Französische Nachtragsnote, vom 13. Nov. 1798. 180

Zwei und zwanzigste Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 21. Nov. 1798. 181

Zwei und zwanzigste französische Gegennote vom 23. Novemb. 1798. 187

Drei und zwanzigste Note des Kaiserlichen Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der franz. Republik, vom 21. Nov. 1798. 190

Drei und zwanzigste französische Gegennote vom 23. November 1798. 191

Vier und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation, an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 4. December 1798. 192

Digitized by Google

Seite

Vier und zwanzigste französische Gegennote, vom 6. December 1798. 197

Fünf und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation an die bevollmächtigten Minister der franz. Republik, vom 4. Dec. 1798. 203

Fünf und zwanzigste französische Gegennote, vom 6. December 1798. 204

Sechs und zwanzigste Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der franz. Republik, vom 11. Decemb. 1798. 204

Sechs und zwanzigste französische Gegennote, vom 12. December 1798. 207

Sieben und zwanzigste Note des Kaiserl. Plenipotentiarii an die bevollmächtigten Minister der französischen Republik, vom 11. December 1798. 208

Sieben und zwanzigste französische Gegennote, vom 12. December 1798. 209

Acht und zwanzigste Note der Reichs-Friedens-Deputation an die französischen Minister, vom 31. Dec. 1798. wegen Ehrenbreitstein. 219

Französische Note vom 3. Jan. 1799. wegen des Marsches der Russischen Truppen. 211

Gegennote des Kaiserl. Plenipotentiarii, an die französischen Minister, vom 4. Jenner 1799. 213

Vorläufige Antwortsnote der Reichs-Friedens-Deputation, vom 26. Jan. 1799. 213

Französische Gegen-Note vom 31. Jenner 1799. (12. Pluviôse an VII. etc.) 214

Digitized by Google

Seite

Note der französischen bevollmächtigten Minister, wegen des Vorrückens des Generals Jourdan, vom 1. März, 1799. 215

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 2. März 1799. 220

Kaiserl. Commissions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt, den 4. März 17 9. 222

Note der französischen bevollmächtigten Minister wegen des Vorrückens des Generals Massena, vom 9. Merz 1799. 222

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 11. März 1799. 225

Kaiserl. Commissions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt, den 14. März, 1799. 226

Note der französischen bevollmächtigten Minister wegen der Entfernung des Geschäftsträgers Bacher, von Regensburg, v. 14. März 1799. 226

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 15. März 1799. 227

Mündliche Erklärung der Gründe, warum die kaiserliche Commission dem Gutachten der vortreflichen Reichs-Friedens-Deputation vom 2. März ihre Genehmigung nicht ertheilen kann; dem Deputations-Directorium auf wiederholtes Andringen eröffnet. Rastatt, den 21. März 1799. 228

Conclusum der Reichs-Friedens-Deputation, vom 3. April 1799. 231

Digitized by Google

Seite

Kaiserl. Commissions-Decret an die Reichs-Friedens-Deputation, wegen Abberufung des Kaiserlichen Plenipotentiarii. Rastatt, den 7. April 1799. 234

Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der französ. Republik, Rastatt den 8. April 1799. 242

Note der französischen Gesandtschaft an die Reichs-Friedens-Deputation, die Abberufung des Kaiserlichen Plenipotentiarii betreffend. Rastatt den 9. April 1799. 243

Note des Herrn Grafen von Metternich Excellenz an die bevollmächtigten Minister der franzs. Republik, Rastatt den 9. April 1799. 245

Erlaß der Reichs-Friedens-Deputation an die allgemeine Reichs-Versammlung zu Regensburg, wegen Mittheilung der Antwort wegen Bacher, und Abberufung der Plenipotenz. Rastatt, den 11. April 1799. 246

Note der franz. Minister an die Reichs-Friedens-Deputation wegen der Störung ihrer Correspondenz mit Frankreich, vom 19. April 1799. 248

Protocoll der lezten Conferenz der Mitglieder der Reichs-Friedens-Deputation. Rastatt im fürstlichen Schlosse, den 23. April 1799. 250

Lezte Note der franz. Minister über den Abbruch der Friedens-Unterhandlungen, vom 25. April 1799. 266

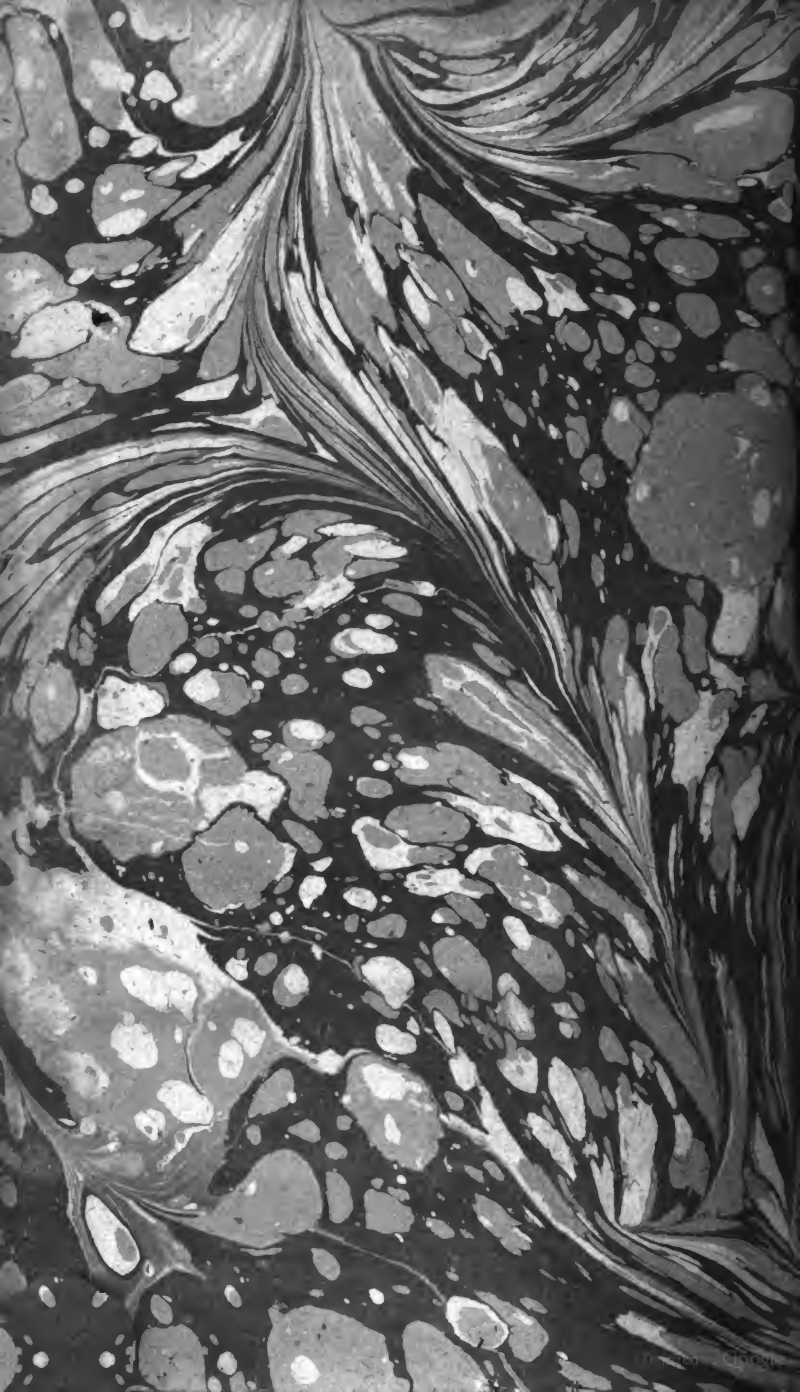
Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google